universität wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

Die deutsche Wiedervereinigung in den österreichischen Tageszeitungen

Eine Analyse der Zeitungen „Der Standard“ und „Kurier“

Verfasserin

Sandra Greis, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, September 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 066 841
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Publizistik- und Kommunikationswissenschaften
Betreuerin / Betreuer:	Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Aussagen sind als solche gekennzeichnet. Die Arbeit wurde bisher nicht in gleicher oder ähnlicher Form bei der Prüfungsbehörde vorgelegt.

Wien, September 2013

Sandra Greis

Abstract

Die Magisterarbeit beschäftigt sich mit der Berichterstattung österreichischer Zeitungen über die deutsche Wiedervereinigung. Neben einem geschichtlichen Abriss der Ereignisse lautet das Erkenntnisinteresse inwieweit man aus den Berichten der beiden untersuchten Zeitungen „Kurier“ und „Der Standard“ die Einstellungen der alliierten Siegermächte und vor allem die der Österreicher herauslesen kann. Fragen, die sich dazu stellen sind: Erregte die Wiedervereinigung in den österreichischen Medien überhaupt Interesse? Welche Gefühle waren damit verbunden? Werden die Positionen der Alliierten erwähnt und wenn ja, gibt es Hinweise auf Differenzen zwischen der offiziellen Haltung und der wirklichen Einstellung der handelnden Personen zur Einheit? Zudem werden die Zeitungen selbst auf die Qualität ihrer Berichterstattung untersucht. Es soll geklärt werden, ob eine der beiden ausführlicher, neutraler oder vielfältiger berichtet hat. Des Weiteren wurde darauf geachtet, ob es bei der Berichterstattung eine Rolle spielte, dass beide Zeitungen Ende der 80er in deutschem Besitz waren.

Über die österreichische Berichterstattung war im Vorfeld dieser Arbeit nicht viel bekannt. Die qualitative Inhaltsanalyse von 1.234 Artikeln, neutralen Berichten und Kommentaren, im Zeitraum vom 1. September 1989 bis zum 31. Dezember 1990 hat ergeben, dass Österreichs Politik sich erfreut über die Einheit äußerte, aber nicht zu große Euphorie zeigen wollte um einer möglichen Sichtweise von Österreich als drittem deutschen Staat entgegenzuwirken. Die Presse äußerte Bedenken aber keine wirklichen Ängste vor einer Einheit. Landesspezifisch wurde, dem Interesse Österreichs entsprechend, der Sorge um mögliche Verzögerungen des EG-Beitritts durch die Entwicklungen in Deutschland Raum gegeben. Die Reaktionen der USA waren sowohl in der Theorie als auch in den untersuchten Artikeln am positivsten. Die Haltungen Frankreichs und Großbritanniens wurden in den Zeitungsartikeln nicht so ausgeprägt beschrieben wie in der Theorie. Dazu muss man aber berücksichtigen, dass die theoretische Literatur den Vorteil hatte aus der Rückschau berichten zu können, während sich für die Zeitungen jeden Tag neue Wendungen ergaben. Auffallend war, dass der „Standard“ sich durch längere, vielfältigere und detailliertere Artikel auszeichnete wohingegen der „Kurier“ meist mit kurzen Artikeln mit großen Bildern und Kommentaren beziehungsweise Karikaturen arbeitete. Leserstimmen waren so gut wie keine vorhanden. Dass beide Zeitungen in deutschem Besitz waren, hatte keinen erkennbaren Einfluss auf die Haltung der Berichte.

This master thesis is about the German reunification in 1990 and the news coverage of the Austrian newspapers "Kurier" and "Standard". In addition to a summary of the German history since the end of the Second World War the thesis deals with the attitude of the Allies and the Austrians and how they were covered in both Austrian newspapers. Questions which were tried to answer in this context are: Was there an interest to report about the occurrences in Germany? Which emotions were associated with them? Was there a reference to the position of the Allies and was this reflective of the real opinion or just the official stance? Another point was the quality of the news coverage. Was one of the two newspapers reporting more detailed or neutral or multifaceted? Did it play a major role that both newspapers were in possession of German publishers at that time?

Previous to the writing of the thesis hardly any scientific results existed that answered the question of whether there has been a specific Austrian position concerning the German reunification. The qualitative analysis of 1.234 articles and comments, published in between 1st of September 1989 and 31th of December 1990 showed that Austrian policy expressed its happiness but that the politicians did not want to raise the pretence of a third German state. The press raised concerns about the Unity but no real fears. According to the interests of Austria, worries about possible delays concerning the accession to the EG due to the developments in Germany were given space. The reactions of the U.S. were positive in theory as well as in the examined articles. The attitudes of France and Britain which were described in the newspaper articles were not as extreme as described in the theory. The reason for that could be that the theoretical literature had the advantage to report in retrospect. For the newspaper there were new twists every day. It was conspicuous that the reporting of the newspaper "Standard" stood out due to detailedness and diversity whereas the "Kurier" published shorter articles which were illustrated with big pictures and headlines. Furthermore there were more comments and cartoons. Unfortunately there were too little letters to the editor in both newspapers so the public opinion of Austria couldn't be exactly reflected. Finally, the analysis revealed that the fact that both newspapers were in possession of German publishers at that time did not have any noticeable impact on the publications.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung ..... - 1 -

2. Die deutsche Einheit ..... - 2 -

2.1 Besetztes Deutschland ..... - 2 -

2.2 29 Jahre der Teilung ..... - 7 -

2.3 Der Mauerfall und die Wiedervereinigung ..... - 12 -

2.4 Die Angst vor dem „Vierten Reich“ ..... - 20 -

3. Die Haltung der Alliierten ..... - 22 -

3.1 USA ..... - 23 -

3.1.1 Politik ..... - 23 -

3.1.2 Öffentlichkeit ..... - 29 -

3.1.3 Presse ..... - 31 -

3.2 Großbritannien ..... - 33 -

3.2.1 Politik ..... - 33 -

3.2.2 Öffentlichkeit ..... - 38 -

3.2.3 Presse ..... - 40 -

3.3 Frankreich ..... - 42 -

3.3.1 Politik ..... - 43 -

3.3.2 Öffentlichkeit ..... - 46 -

3.3.3 Presse ..... - 47 -

3.4 Sowjetunion ..... - 49 -

3.4.1 Politik ..... - 49 -

3.4.2 Öffentlichkeit ..... - 54 -

3.4.3 Presse ..... - 56 -

4. Die Haltung Österreichs ..... - 58 -

5. Forschungsdesign ..... - 63 -

5.1 Forschungsstand ..... - 63 -

5.2 Funktionen der Massenmedien ..... - 64 -

5.3 Qualitative Inhaltsanalyse ..... - 67 -

6. Die Zeitungen ..... *- 68 -*

6.1 „Der Standard“ ..... **- 68 -**

6.2 „Kurier“ ..... **- 70 -**

7. Ergebnisse ..... *- 72 -*

7.1 Flüchtlingsstrom und Ausreise über Prager Botschaft ..... **- 72 -**

7.2 Der Mauerfall ..... **- 77 -**

7.3 Helmut Kohls 10-Punkte-Programm ..... **- 82 -**

7.4 Die Oder-Neiße-Grenzfrage ..... **- 83 -**

7.5 Angst vor dem Vierten Reich ..... **- 87 -**

7.6 Der EG-Beitritt Österreichs ..... **- 91 -**

7.7 Wirtschaftliche Hilfen für die Sowjetunion ..... **- 94 -**

7.8 Die deutsche Wiedervereinigung ..... **- 95 -**

7.9 Wirtschaftliche Folgen der deutschen Einheit ..... **- 98 -**

7.10 Die Haltung der Österreicher zur Wiedervereinigung ..... **- 102 -**

7.10.1 Politik ..... - 102 -

7.10.2 Öffentlichkeit ..... - 104 -

7.10.3 Presse ..... - 106 -

7.11 Die Haltung der Alliierten zur Wiedervereinigung ..... **- 114 -**

7.11.1 Amerika ..... - 114 -

7.11.2 Großbritannien ..... - 116 -

7.11.3 Frankreich ..... - 117 -

7.11.4 Sowjetunion ..... - 119 -

7.12 Merkmale der Berichterstattung der beiden Zeitungen ..... **- 122 -**

8. Fazit ..... *- 124 -*

9. Literaturverzeichnis ..... *- 129 -*

10. Abbildungsverzeichnis ..... *- 147 -*

11. Lebenslauf ..... *- 148 -*

1. Einleitung

Der Mauerfall und die darauf folgende Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 waren zwei der wichtigsten europäischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts. Nach über vier Jahrzehnten der Trennung in Ost und West feierten Millionen Deutsche am 3. Oktober 1990 ein Ereignis, an das die Mehrheit von Ihnen nicht mehr geglaubt hatte. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland unterschrieben bereits im August einen Einigungsvertrag *„ausgehend von dem Wunsch der Menschen in beiden Teilen Deutschlands, gemeinsam in Frieden und Freiheit in einem rechtsstaatlich geordneten, demokratischen und sozialen Bundesstaat zu leben, …“* (Einigungsvertrag, 1990, S. 1). Doch wie wurde die neue Einheit Deutschlands im Ausland aufgenommen? Mit dieser Frage beschäftigt sich diese Magisterarbeit. Ohne genauere Kenntnisse über die deutsche Einheit ließe sich vermuten, dass die Wiedervereinigung bei allen Nationen positiv aufgenommen wurde. Umso überraschender ist es, wenn die Recherche ergibt, dass die überwiegende Meinung von Skepsis oder gar der Angst vom Vierten Reich beherrscht gewesen sein soll, wie es unter anderem Rainer Grieß formulierte (Vgl. Gries, Rainer, In: Ahbe, Thomas/Gries, Rainer/Schmale, Wolfgang, 2009). Die Untersuchung soll klären, inwieweit österreichische Zeitungen diese Ängste und Bedenken aufgenommen und darüber berichtet haben.

Zunächst wird die Arbeit einen geschichtlichen Überblick über die Ereignisse und Schritte zur Wiedervereinigung geben. Auch die Positionierung der Alliierten - Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion und USA - werden beschrieben. So wird zum Beispiel auch Margaret Thatchers, damalige Premierministerin Großbritanniens, ablehnende Haltung gegenüber einem vereinten Deutschland erklärt und auf die Rolle Michail Gorbatschows eingegangen, der mit einer Änderung und Öffnung der Politik der UdSSR maßgeblich zur deutschen Einheit beitrug.

Der Fokus der empirischen Untersuchung liegt auf einer qualitativen Inhaltsanalyse der Berichterstattung der österreichischen Tageszeitungen, repräsentiert durch die Zeitungen „Der Standard“ und „Kurier“. Es geht dort um die Frage, wie die Position der Alliierten in den Berichten dargestellt wurde, aber vor allem auch um die eventuell unterschwellige oder offen vermittelte Meinung der Österreicher. Wie sahen die Alliierten die Wiedervereinigung? Spiegeln die Tageszeitungen deren wirkliche Meinung wider? Hat sich Österreich überhaupt für die Wiedervereinigung interessiert? War es von Belang, was andere Nationen, hauptsächlich die Besatzungsmächte, über die

Wiedervereinigung dachten und öffentlich machten? War die Wiedervereinigung ein Grund zur Freude oder eher zur Angst, wie es in mancher Literatur beschrieben wird? Diesen Fragen wird in der Untersuchung nachgegangen. In zweiter Linie wird auch darauf geachtet, ob qualitative Unterschiede in der Berichterstattung festzustellen sind. Erfüllen beide die Funktionen der Massenmedien? Berichtet „Der Standard“ als Qualitätszeitung neutraler über die Einheit als der „Kurier“? Gibt es im „Kurier“ mehr Kommentare zu dem Thema? Haben beide Zeitungen eventuell eine unterschiedliche Meinung zum wiedervereinigten Deutschland? Hat es einen Einfluss auf die Berichterstattung, dass beide Zeitungen zum Zeitpunkt der deutschen Einheit bereits in deutschem Besitz waren?

Da die Berichterstattung über die Wiedervereinigung in den österreichischen Tageszeitungen noch kaum untersucht ist, bietet sich hier viel neues und interessantes Material für die folgende Arbeit, aber auch generell für die Kommunikations-wissenschaften.

2. Die deutsche Einheit

Am 3. Oktober 1990 war das deutsche Volk nach Jahrzehnten wieder vereint. Doch wie konnte es dazu kommen? Um die Bedeutung der Wiedervereinigung zu verstehen, muss man einen kurzen Abriss der Geschichte vor 1990 kennen. Daher wird im folgenden Kapitel ein Überblick über die Geschehnisse vom Ende des Zweiten Weltkriegs über den Beginn des Kalten Krieges bis hin zur friedlichen Revolution in der DDR gegeben.

2.1 Besetztes Deutschland

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 teilten die siegreichen Alliierten Deutschland in vier Besatzungszonen ein (s. Abb. 1). Die Grenzen zwischen den einzelnen Zonen sollten rein militärischer Natur sein, verwaltet werden sollte Deutschland als Einheit. Daher wurde der Alliierte Kontrollrat gegründet, in dem allerdings das Einstimmigkeitsprinzip bei Entscheidungen herrschte. Da sich die Alliierten jedoch relativ schnell nicht mehr einig waren, wurde der Rat bald handlungsunfähig (Vgl. Weber/Pfändtner, 2009, S. 87).

Abb. 1: Die vier Besatzungszonen in Deutschland ab 1945 (Weber/Pfändtner, 2009, S. 87)

Im Juli 1945 kamen die USA, Großbritannien und die Sowjetunion zur Potsdamer Konferenz zusammen, die bis in den August hinein andauerte (Vgl. Hein, 2005, S. 152). Frankreich war nicht vertreten, obwohl es eine Siegermacht war. Auf dieser Gipfelkonferenz wurden politische, territoriale und ökonomische Probleme besprochen. Einig waren sich die drei in den Zielen, die sie für die Entwicklung Deutschlands festlegten. Darunter waren zum Beispiel auch die Entmilitarisierung und Entwaffnung, die Entnazifizierung und Demokratisierung sowie die Dezentralisierung der staatlichen Ordnung und der Wirtschaft. Die lokale Selbstverwaltung sollte wieder aufgebaut werden. Dazu kamen weitere wichtige Punkte wie die Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit und die Förderung demokratischer Parteien. Zudem sollte Deutschland während der Zeit der Besatzung als wirtschaftliche Einheit verstanden werden (Vgl. Weber/Pfändtner, 2009, S. 88ff.). In einem Kommuniqué über die Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 hieß es von Seiten der Alliierten: *„…das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.“* (ebenda, S. 95). Man habe aber nicht die Absicht, die Deutschen zu vernichten oder zu versklaven. *„Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen.“* (ebenda).

Doch bereits bei diesem Zusammentreffen war abzusehen, dass es zu einer Spaltung Europas in Ost und West kommen könnte. Die Beziehungen waren von gegenseitigem

Misstrauen geprägt, man zweifelte an den Aussagen und der Aufrichtigkeit der Anderen. Die Anti-Hitler-Koalition war ohne einen gemeinsamen Gegner relativ schnell zerbrochen (Vgl. Weber/Pfändtner, 2009, S. 88). Der Ost-West-Gegensatz spiegelte sich dementsprechend auch in den politischen Konzepten für die einzelnen Zonen.

1946 und 1947 erlaubten die drei Westzonen erstmals wieder demokratische Wahlen. In der amerikanischen Zone wurden außerdem Länderverfassungen beschlossen, die vor allem die Einhaltung der Grundrechte garantierten. In den vom Volk gewählten Landtagen hatten die Politiker große Freiheiten, während in der britischen Zone durch sogenannte Zentralämter die Möglichkeiten der Länder beschränkter waren. Die Franzosen waren bei ihrer Art des Neuaufbaus am strengsten. Es herrschte eine Zensur in politischen und gesellschaftlichen Bereichen, Parteibezeichnungen durften das Wort „deutsch“ nicht enthalten (Vgl. Weber/Pfändtner, 2009, S. 106). Die sowjetische Zone wollte zwar die Besetzung ihrer Ämter demokratisch erscheinen lassen und daher wurden auch Sozialdemokraten, Liberale oder Parteilose in verschiedene Stellungen gewählt, die Schlüsselpositionen wurden jedoch immer von Mitgliedern der kommunistischen Partei ausgefüllt. Waren anfangs noch Parteien aller Gesinnung erlaubt, wurde bald nur noch die kommunistische KPD gefördert (Vgl. ebenda). Im April 1946 schlossen sich, nach Verhaftungen und Drohungen gegen die sozialdemokratische SPD, die KPD und die SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zusammen (Vgl. Hein, 2005, S. 153).

1948 gab es in den Westzonen sowohl eine Wirtschafts-, als auch eine Währungsreform. Die soziale Marktwirtschaft und die deutsche Mark wurden eingeführt. Der wirtschaftliche Aufstieg Westdeutschlands konnte damit seinen Anfang nehmen (Vgl. Weber/Pfändtner, 2009, S. 125ff.). Als Reaktion auf die geplante Währungsreform versuchte die Sowjetunion nun ihrerseits eine neue Währung in ihrer Zone einzuführen. Sie erhob zudem den Anspruch, ganz Berlin mit ihrer Währung zu versorgen, wogegen die Westalliierten Einspruch einlegten und die D-Mark zumindest für Westberlin einforderten. Daraufhin stoppte die UdSSR im Juni 1948 die Zufuhr von Strom und Lebensmitteln nach Westberlin. Auch der Personen- und Güterverkehr wurde lahmgelegt. Damit sollten die Westmächte gezwungen werden, Berlin ganz der Sowjetunion zu überlassen. Der Luftweg war allerdings noch frei und so versorgten vor allem die USA die Westberliner Bevölkerung und die dort stationierten Truppen über die als „Luftbrücke“ bekannt gewordene „Operation Vittles“ mit Lebensmitteln. Dieses Arrangement funktionierte fast ein Jahr lang, bis Mai 1949. Die Blockade wurde zwar durch ein Abkommen zwischen Ost und West beendet, doch Berlin blieb ab sofort eine geteilte Stadt (Vgl. Weber/Pfändtner, 2009, S. 137f.) Am 23. Mai 1949 schlossen die Westalliierten ihre

Zonen zusammen und gründeten die Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz wurde als Basis für den neuen Staat beschlossen (Vgl. Hein, 2005, S. 156). Die Antwort der sowjetischen Zone kam am 7. Oktober 1949 mit der Gründung der DDR. Deutschland war endgültig in zwei separate Staaten gespalten worden (Vgl. ebenda).

Während Westdeutschland 1951 mit dem Deutschland-Vertrag über den Abbau des Besatzungsregimes und über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft verhandelte, wurde Ostdeutschland komplett abgeschottet und unter dem Druck der Sowjetunion ein sozialistisches System aufgebaut. Die Proteste und Streiks der DDR-Arbeiter gegen ihre Arbeits- und Lebensbedingungen im Juni 1953 wurden vom russischen Militär gewaltsam unterbunden. Die Opferzahlen wurden in Ost und West unterschiedlich angegeben. So belief sich die Zahl der Toten auf 25 bzw. 400, die Zahl der Verletzten betrug zwischen 380 und mehreren Tausend (Vgl. Mitterrand, 1996, S. 23f.).

1955 wurde die Bundesrepublik Mitglied der NATO und erreichte damit den Status eines souveränen Staates (mit gewissen Einschränkungen) und gleichberechtigten Partners der Westmächte. Im selben Jahr wurde die DDR durch den Warschauer Pakt vollständig in den Ostblock integriert. Die sowjetische Führung unter Chruschtschow erkannte die DDR zwar als souveränen Staat an, faktisch war die SED-Regierung, geführt von Walter Ulbricht, aber dem sowjetischen Regime immer noch untergeben (Vgl. Weber/Pfändtner, 2009, S. 152ff.)

Die Bundesrepublik entwickelte sich schnell weiter. Dank Währungsreform, sozialer Marktwirtschaft und sozialer Reformen startete Westdeutschland in den 50ern in das sogenannte „Wirtschaftswunder“ (Vgl. Weber/Pfändtner, 2009, S. 170ff.). Mitte der 60er Jahre stoppte der wirtschaftliche Aufschwung kurz, die Arbeitslosigkeit und die Verunsicherung stiegen. Doch zwischen 1967 und 1969 erholte sich die Republik durch eine neue Wirtschaftspolitik und knüpfte wieder an alte Erfolge an (Vgl. Weber/Pfändtner, 2009, S. 183ff.). Während die Bundesrepublik relativ autonom handelte, stand die DDR unter einer Diktatur nach sowjetischem Muster. Die politischen Parteien, die in der DDR noch existierten, wurden gleichgeschaltet, Menschen die dagegen Widerstand leisteten verhaftet und ins Zuchthaus befördert. Durch die Geheimpolizei wurde die gesamte Bevölkerung überwacht und sich eventuell regende Opposition unterdrückt. Ein riesiges Netz von Spitzeln diente dazu *„Saboteure, Agenten und Diversanten zu bekämpfen, die, (…), im Auftrag des amerikanischen Imperialismus das Aufblühen unserer jungen Republik unterminierten.“* (Weber/Pfändtner, 2009, S. 221).

Die Wirtschaft der DDR konzentrierte sich in den 50er Jahren allein auf die Förderung von militärischen Komplexen und die Schwerindustrie. Mit diesem Konzept konnte die DDR aber nicht mit dem Erfolg der BRD mithalten. Die Lebensmittel wurden rationiert, es fehlte an den einfachsten Dingen wie Brot oder frischem Obst und Gemüse. Die Arbeiter wurden dazu angehalten, bei gleichbleibendem Lohn mehr zu arbeiten. Die Ausreisewelle in die BRD begann, die Dagebliebenen organisierten erste Warnstreiks. Die UdSSR versuchte zwar durch einen neuen politischen Kurs und die Förderung von privaten Produzenten das Ruder herumzureißen, machte sich aber damit bei der Bevölkerung eher noch unbeliebter. Viele waren sich sicher, die SED sei am Ende, feierten sogar schon die Befreiung und glaubten fest an eine baldige Wiedervereinigung mit der BRD. Die Demonstrationen häuften sich, die SED verhängte den Ausnahmezustand. Etwa 90 Menschen wurden bei den Protesten erschossen, die Freiheitsbewegung wurde durch die sowjetischen Panzer gestoppt. Vereinzelt flackerten noch Streiks auf, doch die SED konnte ihren Machtanspruch verteidigen (Vgl. Weber/Pfändtner, 2009, S. 222ff.). Die Politik wurde „konsumfreundlicher“, die Arbeiter bekamen Lohnerhöhungen, die Versorgung mit Lebensmitteln verbesserte sich und die industrielle Produktion stieg an. Für kurze Zeit ließ sich auch ein Rückgang der Flüchtlingszahlen feststellen. Doch diese Erfolge hielten nicht lange an. Durch die zunehmende Kollektivierung der Landwirtschaft kam es wieder zu Engpässen in der Versorgung, was wiederum zu wachsender Unzufriedenheit und einer Massenflucht in die Bundesrepublik führte. Anfang 1961 flüchteten bis zu 1000 Menschen am Tag nach West-Berlin (Vgl. ebenda, S. 225). Walter Ulbricht wollte diese Ausreisebewegung unbedingt stoppen und veranlasste in der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 den Bau der Berliner Mauer (Vgl. Hein, 2005, S. 165). Diese wurde im Laufe der Zeit durch Stacheldraht, Minen und Selbstschussanlagen zu einer Todeszone ausgebaut. Der Schusswaffengebrauch der Soldaten gegen Flüchtlinge wurde angeordnet, bis 1989 verloren so circa 200 Menschen ihr Leben, Tausende wurden verletzt (Vgl. Weber/Pfändtner, 2009, S. 225f.).

Deutschland und die Berliner Mauer wurden so zum Symbol des durch den Kalten Krieg in Ost und West geteilten Europas.

2.2 29 Jahre der Teilung

Nach dem Mauerbau geriet der Wunsch nach einer deutschen Wiedervereinigung bei beiden deutschen Völkern zunächst in den Hintergrund. Noch Anfang der 60er Jahre stuften über 60% der Deutschen ein geteiltes Deutschland als unerträglich ein. In den Jahren nach dem Bau der Mauer ging diese Zahl auf unter 20% zurück. 1970 gaben beinahe 80% an, sich an die Teilung gewöhnt zu haben (Vgl. Glaab, 1999, S. 137). Andreas Rödder beschränkte die Anpassung der Ostdeutschen an die Gegebenheiten aber nur auf den öffentlichen Raum, *„während sie sich getrennt davon Parallelwelten privater Rückzugsräume und begrenzter Autonomie schufen“* (Rödder, 2011, S. 15).

Zwei Jahre, nachdem Deutschland durch die Mauer endgültig geteilt worden war, erließen die DDR und Westberlin das erste Passierscheinabkommen. Damit konnten Menschen aus dem Westen Berlins für kurze Zeit, zum Beispiel über Weihnachten und Neujahr, ihre Verwandten im Osten besuchen. Ab September 1964 durften dann auch Rentner aus der DDR einmal im Jahr in den Westen reisen (Vgl. Hein, 2005, S.167). Ab 1969 fand mit der ersten SPD-Regierung unter Kanzler Willy Brandt, dessen geschlossenen Verträgen mit der UdSSR und Polen und dem Kniefall in Warschau die erste Annäherung an den Osten statt.

Die 70er Jahre wurden in Deutschland von der Ölkrise 1973 und der darauf folgenden Wirtschaftskrise dominiert. Helmut Schmidt, der Nachfolger Brandts, versuchte die Krise mit Konjunktur- und Beschäftigungsprogrammen abzufangen, jedoch erfolglos. 1976 herrschte in der Bundesrepublik die höchste Arbeitslosigkeit seit 1954. Erst einer neuen Regierung unter Helmut Kohl gelang Anfang der Achtziger mit einer neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik und einer weltweiten Hochkonjunktur die Rückkehr zu einem Wachstum in Westdeutschland. Kohl setzte auch die von Brandt begonnene Annäherungspolitik gegenüber dem Osten fort (Vgl. Duisberg, 2005, S. 16). Die Entwicklung in der DDR lief entgegengesetzt. Wo Anfang der 70er Jahre noch ein wirtschaftlicher Aufschwung erkennbar war, verlor sie ein Jahrzehnt später den Anschluss an den rasanten Strukturwandel im Westen. Die Versorgung der Bürger konnte nicht mehr finanziert werden, es entwickelten sich erste Oppositionsbewegungen, die sich nach und nach ausbreiteten. Die SED-Regierung reagierte jedoch nicht mit Reformen sondern versuchte erfolglos die Bewegungen zu unterdrücken (Vgl. Hein, 2005, S. 172f.).

Im Laufe der 80er Jahre begannen die Menschen in der DDR sich vermehrt gegen ihre Regierung aufzulehnen. Die „bestrafte“ die Aufständischen mit Ausweisungen und Ausbürgerungen, was sich im Nachhinein als sehr kontraproduktiv herausstellte. Damit

setzte man für die Bürger das Signal, dass der beste Weg nach draußen über Proteste und Unruhen führte (Vgl. Ploetz, 2000, S. 324).

Im Zuge eines Besuches von Erich Honecker in der Bundesrepublik 1987 wurden die Reisefreiheiten für DDR-Bürger ausgeweitet. Die Besuche in Westdeutschland und die damit verbundenen Erfahrungen führten aber auch dazu, dass die Menschen kritischer mit ihrer eigenen Situation in der DDR umgingen und sich vermehrt Widerstand regte. Dies schaffte ein neues stärkeres Gefühl der Zusammengehörigkeit von Bürgern aus Ost und West (Vgl. Duisberg, 2005, S. 19f.).

„Fand man in den siebziger Jahren noch überall Menschen, die sich ehrlich für den Erfolg des Systems einsetzten und sich betrübten, daß dieses ihnen dabei so viele Hindernisse in den Weg legte, so überwogen zum Ende der achtziger Jahre Resignation und Gleichgültigkeit, nicht selten gepaart mit zynischem Opportunismus." (Duisberg, 2005, S. 22)

An eine Wiedervereinigung glaubten die Menschen in Deutschland allerdings schon lange nicht mehr. Eine Umfrage vom Sommer 1987 zeigte, dass 72% der Deutschen nicht damit rechneten, eine deutsche Einheit noch zu erleben. Das galt gleichermaßen für Junge und Alte (Vgl. Weidenfeld/Korte, 1996, S. 247). Die Menschen im Osten wollten sich trotzdem nicht mehr bedingungslos mit ihrer Situation abfinden. Sie forderten eine Zusicherung der Reisefreiheit, aber auch Informations- und Meinungsfreiheit sowie politische Freiheit und militärische Abrüstung (Vgl. Duisberg, 2005, S. 22). Der aufsteigende Unmut der Bevölkerung wurde zwar von der Staatssicherheit registriert, die Regierung um Erich Honecker sah sich aber nicht genötigt, etwas dagegen zu unternehmen. Die Schwierigkeiten der DDR, zum Beispiel die knapp 40.000 Flüchtlinge allein im Jahr 1988 aber auch die wirtschaftliche Lage, gelangten nicht in sein Bewusstsein. Er glaubte auch noch im Frühling 1989, dass in der DDR alles in bester Ordnung sei und die Menschen mit der Regierung in allen Punkten übereinstimmten (Vgl. Duisberg, 2005, S. 24f.). Kritische Forderungen nach einer Erneuerung des Systems wurden niedergeschlagen, wie beispielsweise bei den Demonstrationen am 17. Januar 1988 zum Gedenken an die ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, bei denen an die 100.000 Menschen festgenommen wurden (Vgl. Hein, 2005, S. 180).

Währenddessen verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage in der DDR weiter. Das Land stand kurz vor einem wirtschaftlichen Kollaps und am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Veraltete Maschinen konnten nicht ersetzt werden, die Infrastruktur lag am Boden (Vgl. Ploetz, 2000, S. 337). Es kam zu Lieferengpässen und

Versorgungsproblemen. Trotzdem verkündete die staatliche Propaganda einen *„dynamischen Wirtschaftsaufschwung“* (Vgl. Reißig, In: Reißig/Glaeßner, 1991, S. 13f.), was aber dem aufkommenden Unmut keinen Abbruch tat. Mit dem Erfolgsmodell des Westens vor Augen wurden vergleichbare Lebensumstände immer attraktiver für die Ost-Bevölkerung. Vor allem die junge Bevölkerung sehnte sich verstärkt nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung (Vgl. Schmidt, In: Reißig/Glaeßner, 1991, S. 254).

Im Jahr 1989 vertiefte sich die Krise der DDR noch einmal dramatisch, auch durch die anhaltende Flüchtlingswelle in die Bundesrepublik. Mehr als 200.000 Menschen flohen 1989 aus der DDR. Das letzte Mal hatte man eine solche Zahl im Jahr des Mauerbaus gemessen (Vgl. Teltschik, 1991, S. 11). Zusätzlich wurde der Unmut angeregt, als bei den Kommunalwahlen in der DDR im Mai von Oppositionsgruppen Wahlfälschungen festgestellt und veröffentlicht wurden (Vgl. Hein, 2005, S. 180). Am 7. Juli setzte die Sowjetunion ein Zeichen, als der Warschauer Pakt die Breschnew-Doktrin widerrief und den Mitgliedsstaaten Selbstbestimmung und Souveränität zusicherte (Vgl. ebenda).

Im Spätsommer wurde die Lage dringlich. Anfang August wurde die westdeutsche Ständige Vertretung für Ausreiseersuchen in Ostberlin von Menschen besetzt, die ohne Zustimmung zu ihrer Ausreise in die Bundesrepublik das Gebäude nicht verlassen wollten. Als die Zahl bei über hundert Menschen lag, wurde die Behörde geschlossen um nicht noch mehr Besetzer hineinzulassen. Auch die Botschaften in Budapest und Prag waren von Flüchtlingen besetzt, die hofften, in die Bundesrepublik ausreisen zu dürfen. Die Botschaften mussten wegen des Ansturms ebenfalls nach kurzer Zeit geschlossen werden (Vgl. Tofahrn, 2004, S. 21). Westdeutschland versuchte alles um die Ausreise der Menschen zu ermöglichen, während die DDR erfolglos versuchte ihre Bürger zur Rückkehr zu bewegen (Vgl. Duisberg, 2005, S. 45). Nach der Grenzöffnung Ungarns in Richtung Österreich in der Nacht vom 10. auf den 11. September schwappte eine Flut von DDR-Flüchtlingen in die Alpenrepublik und weiter in die Bundesrepublik (Vgl. Rödder, 2011, S. 25f.).

Um das Ansehen der Sowjetunion nicht zu belasten, drängte die sowjetische Regierung die DDR, das Problem der Flüchtlinge in den Botschaften zu lösen. Diese gab nach und stimmte am 30. September der Ausreise der Flüchtlinge in die BRD zu (Vgl. Duisberg, 2005, S. 50f.). Der westdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher fuhr persönlich in die Prager Botschaft um die Mitteilung an die Menschen dort zu überbringen. Dass die Reise über Gebiete der DDR führte, war eine Bedingung der ostdeutschen Führung gewesen, die dafür sorgte, dass den Reisenden ihre DDR-Pässe abgenommen wurden.

Es sollte ein Symbol dafür sein, das die DDR die Entscheidung über die Ausreise doch souverän getroffen habe. Andreas Rödder bezeichnete es allerdings als eine Kapitulation der SED-Regierung vor dem Volk. Danach konnten die Züge endlich die innerdeutsche Grenze zur Bundesrepublik passieren wo sie von der dortigen Bevölkerung begeistert empfangen wurden (Vgl. Rödder, 2011, S. 26f.). Die gerade erst geleerten Botschaften füllten sich schnell erneut mit Tausenden von Flüchtlingen. Die DDR beschwerte sich und forderte, die DDR-Bürger wieder zurückzuschicken, was die Bundesrepublik allerdings verweigerte. Erneut musste die DDR-Führung am 3. Oktober nachgeben und die Menschen in die Bundesrepublik ausweisen (Vgl. Duisberg, 2005, S. 57f.). Als es jedoch soweit war, wurden die bereitstehenden Züge von der DDR nicht durchgelassen, offiziell wegen technischer Probleme, in Wahrheit jedoch wurden sie von Demonstranten aufgehalten, die für die Ausreisefreiheit demonstrierten und auf die Züge aufspringen wollten. Diese Demonstrationen wurden von der DDR-Führung gewaltsam niedergeschlagen. Erst danach und auf Druck der Bundesrepublik und auch der Tschechoslowakei konnten die Botschaftsflüchtlinge in Prag und Warschau am 4. und 5. Oktober ausreisen (Vgl. Duisberg, 2005, S. 60f.). Als sich daraufhin wieder Flüchtlinge in den Botschaften sammelten, wurde die Ausreise Anfang November auch direkt über die deutsch-tschechische Grenze gestattet (Vgl. ebenda, S. 61).

Währenddessen hatten am 2. Oktober 1989 in der DDR 20.000 Menschen für Reformen demonstriert. Die Demonstrationen wurden gewaltsam unterbunden (Vgl. Hein, 2005, S. 180). Schon im September hatte sich die erste Gruppe Oppositioneller zu der Vereinigung „Neues Forum“ zusammengeschlossen, deren offizielle Zulassung allerdings von der DDR-Führung abgelehnt wurde, da sie von dieser als staatsfeindlich eingestuft wurde. Ziele der Vereinigung waren Demokratie und Freiheit (Vgl. Duisberg, 2005, S. 63). Trotzdem wurde das „Neue Forum“ zu einem wichtigen politischen Akteur, da Tausende von DDR-Bürgern den Gründungsaufruf unterzeichneten (Vgl. ebenda). Andere Gruppen folgten, wie zum Beispiel der „Demokratische Aufbruch“, „Demokratie Jetzt“ oder die „Vereinigte Linke“ (Vgl. ebenda, S. 64). Auch das Volk begann sich zu formieren. Ab dem 4. September fanden in Leipzig jede Woche die sogenannten Montagsdemonstrationen statt, deren Teilnehmerzahl stetig wuchs. Mitte Oktober waren es schon über 100.000. Leipzig wurde das Vorbild für viele andere ostdeutsche Städte, in denen friedlich für ein neues System demonstriert wurde. Der Ruf „Wir sind das Volk!“ wurde zum ersten Mal laut. Mehrfach wurden die Demonstrationen von Sicherheitskräften der SED gewaltsam aufgelöst (Vgl. Tofahrn, 2004, S. 26-34).

Am 7. Oktober 1989 wurde in Anwesenheit von Michail Gorbatschow, dem Generalsekretär der Sowjetischen KPdSU, die Feier zum 40-jährigen Bestehen der DDR

abgehalten (Vgl. Hein, 2005, S. 180). Das Volk protestierte währenddessen und rief Gorbatschow um Hilfe an. Nicht nur in Berlin, auch in anderen Städten der DDR forderten die Menschen Reformen und Meinungsfreiheit. Die Demonstrationen wurden vom SED-Regime gewaltsam aufgelöst. Filmmaterial der Journalisten wurde zerstört um eine Verbreitung zu verhindern. Die endgültige Zerschlagung der Bewegung gelang der DDR aber nicht (Vgl. Duisberg, 2005, S. 65). Am selben Tag gründet sich die „Sozialdemokratische Partei in der DDR“, kurz SDP, die sich später in SPD umbenannte. Sie bestand vor allem aus Mitgliedern der Kirche und trat für eine bessere DDR ein. Wie die meisten anderen oppositionellen Gruppen strebte sie anfangs keine Wiedervereinigung an, sondern forderte Reformen und eine Wandlung der DDR (Vgl. Duisberg, 2005, S. 64).

In den folgenden Tagen reagierte die DDR-Regierung auf den Unmut der Bevölkerung und rief das Volk am 11. Oktober dazu auf, Vorschläge zur Verbesserung einzureichen. Dieses Nachgeben war auch damit zu begründen, dass die Sowjetunion diesmal nicht zur Unterstützung bereitstand sondern sich im Hintergrund hielt (Vgl. Duisberg, 2005, S. 66f.). Michail Gorbatschow befürwortete sogar demokratische Veränderungen in der DDR. Man müsse auf das Leben reagieren (Vgl. ebenda, S. 67).

Das Ausbluten der DDR durch die Flüchtlingswellen im Zusammenhang mit den Leipziger Montagsdemonstrationen Anfang Oktober führte schlussendlich dazu, dass Erich Honecker gestürzt wurde. Sein Nachfolger wurde am 18. Oktober 1989 Egon Krenz (Vgl. Hein, 2005, S. 181). Dieser ließ aber ebenfalls keine Reformabsichten erkennen. Er bemühte sich aber um einen Ausbau der Beziehungen zur Bundesrepublik um sich deren Unterstützung zu sichern. Bundeskanzler Helmut Kohl stimmte zu, unter der Bedingung, dass die DDR durchgreifende Reformen verwirklicht und auf die Alleinstellung der SED verzichtet (Vgl. Duisberg, 2005, S. 70ff.).

Die Lage in der DDR beruhigte sich durch den Rücktritt Honeckers nicht. Im Gegenteil, das Volk sah ihn als Erfolg an und forderte erstmals freie Wahlen (Vgl. Duisberg, 2005, S. 75). Auch die anderen politischen Parteien, wie die CDU und die LDPD zogen mit. Am 4. November gingen knapp eine Millionen Menschen in der DDR auf die Straße um für eine Demokratie in ihrem Land zu demonstrieren (Vgl. Hein, 2005, S. 181). Die Demonstration wurde sogar im DDR-Fernsehen übertragen, was bisher noch nie vorgekommen war. Die Regierung konnte dem Druck nicht mehr standhalten und trat am 8. November geschlossen zurück. Neuer Ministerpräsident wurde Hans Modrow, der sich bereit erklärt hatte, einen neuen Weg einzuschlagen und unter Einbeziehung der Bürgerbewegung Veränderungen zuzulassen (Vgl. Duisberg, 2005, S. 76).

2.3 Der Mauerfall und die Wiedervereinigung

Am 9. November 1989 geschah das Wunder, das die Deutschen nach Berlins damaligem Bürgermeister Walter Momper zum *„glücklichsten Volk der Welt“* machte (Vgl. Teltschik, 1991, S. 19). Zuvor hatte die DDR beschlossen, die Beschränkungen für Besuche in der BRD fallenzulassen. Die Mauer in Berlin fiel, nachdem Politbüro-Mitglied Günter Schabowski auf einer Pressekonferenz nicht zwischen Besuchen und dauerhafter Ausreise unterschied und damit eher unabsichtlich die sofortige Ausreisefreiheit aus der DDR verkündete. Die Nachrichten verbreiteten sich binnen Minuten über die Medien und Zehntausende spazierten in der Nacht an den überforderten und verunsicherten Grenzbeamten vorbei über die Grenzübergänge und feierten gemeinsam mit den Westberlinern auf der Mauer (Vgl. Hein, 2005, S. 181). Die Bilder gingen um die Welt. Der ehemalige Kanzler Willy Brandt prophezeite schon, dass die *„widernatürliche Trennung Deutschlands keinen Bestand“* mehr haben werde (Teltschik, 1991, S. 19). Bundeskanzler Helmut Kohl, der zu der Zeit auf Dienstreise in Polen war, brach den Besuch ab um nach Berlin zurückzufliegen. In einer Rede am 10. November dankte er vor allem den drei Westmächten für ihre Unterstützung ohne die dieses Ereignis nicht möglich gewesen wäre, sprach aber auch seinen Respekt für Michail Gorbatschow aus. Dieser hatte ihn vorher in einem Telefonat darum gebeten, die Menschen zu beruhigen, damit kein Chaos ausbräche, das die Situation eskalieren ließe (Vgl. Teltschik, 1991, S. 19f.). Gleichzeitig forderte er die SED-Spitze auf den friedlichen Übergang in der DDR sicherzustellen (Vgl. ebenda, S. 23). In der ersten offiziellen sowjetischen Stellungnahme von Außenminister Gennadij Gerassimow wird die Grenzöffnung als souveräner Akt der DDR und als *„weise“* gelobt (Vgl. ebenda, S. 25).

Auch die anderen drei Alliierten gaben ein positives öffentliches Statement ab. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher sah in den Ereignissen einen *„großen Tag für die Freiheit“*, Frankreichs Präsident Mitterrand würdigte den *„großen Augenblick der Geschichte“* und die *„Stunde des Volkes“* (Vgl. Teltschik, 1991, S. 21/S. 26). Amerikas Präsident George Bush sah im Mauerfall eine *„eindeutig positive Entwicklung“* (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 66f.). Inwieweit sich die öffentlichen Reaktionen mit der wirklichen Einstellung der Alliierten decken, werden spätere Kapitel und die Untersuchung der Tageszeitungen zeigen.

Bereits vor dem Mauerfall hatten auch andere Satellitenstaaten Moskaus begonnen, sich zu liberalisieren, wie beispielsweise Polen und Ungarn. Nach dem 9. November zogen die Tschechoslowakei und Rumänien nach. Gorbatschow versuchte nicht, dies mit

Gewalt zu verhindern. Der Kommunismus in Mittel- und Osteuropa stand vor dem Zusammenbruch (Vgl. Thatcher, 1993, S. 1093).

In Ostdeutschland erklärte die Regierung, dass nun eine Politik der Erneuerung eingesetzt habe, die unter anderem beinhalte, dass die Grenzen durchlässiger würden. Eine deutsche Wiedervereinigung stehe aber nicht zur Debatte (Vgl. Teltschik, 1991, S. 27). In der Tat schienen alle zunächst davon auszugehen, dass die DDR sich zwar hin zu einer Demokratie entwickeln müsse, aber ein eigenständiger Staat bleiben würde. Bundeskanzler Helmut Kohl tat alles, um die Situation zu beruhigen. So versicherte er zum Beispiel der DDR und der Sowjetunion, dass keine Absichten bestünden, die DDR zu entvölkern und damit wirtschaftlich zu ruinieren (Vgl. Duisberg, 2005, S. 99). Im Gegenteil, er versprach finanzielle Hilfen bei den kommenden Reformen. Allerdings war er auch der festen Überzeugung, dass das deutsche Volk nichts anderes als die Einheit wünschte (Vgl. Teltschik, 1991, S. 27f.). Dies schien jedoch ohne die Zustimmung Moskaus unmöglich. Gorbatschow zeigte zunächst kein Entgegenkommen und berief sich auf bestehende Verträge, die die Unverrückbarkeit der Grenzen festlegten (Vgl. Teltschik, 1991, S. 31). Auf einem Treffen der EG-Staaten, neun Tage nach dem Mauerfall, wurde das Thema Wiedervereinigung daher auch nicht angesprochen. Währenddessen nahmen die Bürger der DDR die Sache quasi selbst in die Hand, indem sie weiterhin scharenweise aus der DDR ausreisten (Vgl. Teltschik, 1991, S. 38). Nach ersten Umfragen sprachen sich 70% der Bürger in der Bundesrepublik für eine Wiedervereinigung aus, jedoch glaubten nur 48%, dass diese innerhalb der nächsten zehn Jahre möglich sein würde. Dennoch, die Diskussionen um eine Wiedervereinigung waren angestoßen worden und auch nicht mehr aufzuhalten (Vgl. Teltschik, 1991, S. 41). Das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten hatte sich unwiderruflich verändert, auch wenn die Oppositionsgruppen wie das „Neue Forum“ von Wiedervereinigung noch nichts wissen wollten und dazu aufriefen, die Zweistaatlichkeit zu akzeptieren und sich für eine neue und verbesserte DDR stark zu machen. Ziel war ein Mittelweg zwischen Kommunismus und Kapitalismus, ein *„Sozialismus mit menschlichem Gesicht“* (Vgl. Duisberg, 2005, S. 95f.). Doch das deutsche Volk hatte andere Pläne. Bei den folgenden Demonstrationen in Leipzig und im Rest Ostdeutschlands war zum ersten Mal die Parole „Wir sind EIN Volk“ zu hören (Vgl. ebenda, S. 96). Gorbatschow kam den Deutschen insofern entgegen, als dass er die Entwicklung in der DDR begrüßte und sie sogar seiner Politik der Perestroika zuschrieb (Vgl. Teltschik, 1991, S. 43).

Die Regierung Kohl sah das als Ermutigung und stellte am 28. November einen Zehn-Punkte-Plan im Bundestag vor, allerdings ohne Absprache mit den Siegermächten, was

diese verärgerte (Vgl. Hein, 2005, S. 181). In diesem Plan wurden in zehn Stufen zum einen der Weg zur Einheit in Zusammenarbeit mit der DDR wie auch die zukünftige Einbettung in Europa skizziert.

„Insgesamt Hinwirkung auf einen Zustand des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann; die Wiedervereinigung bleibt das politische Ziel." (Duisberg, 2005, S. 103)

Als Zeitrahmen hatte man sich für die Verwirklichung 5-10 Jahre gesetzt, wollte sich aber nicht festlegen, da die Entwicklungen der vergangenen Tage gezeigt hatten, wie schnell Dinge sich ändern können (Vgl. Teltschik, 1991, S. 57ff.). International stieß Kohls Plan auf Kritik. Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion fühlten sich übergangen, waren jedoch zumindest zu Diskussionen über die Verwirklichung des Plans bereit. Das Thema Wiedervereinigung stand dennoch, vor allem für die Sowjetunion, aktuell nicht auf der internationalen Tagesordnung (Vgl. Duisberg, 2005, S. 104f.).

Bei einem Treffen von Bush und Gorbatschow am 2. Dezember 1989 auf Malta konnte Bush Gorbatschow insoweit beschwichtigen, dass Helmut Kohl die Einheit nicht künstlich vorantreiben wolle und dass man nichts unternehme, was Gorbatschows Rolle in der Politik gefährden könnte. Gorbatschow äußerte im Gegenzug, dass die deutsche Wiedervereinigung eine Frage der Geschichte sei und bestritt auch nicht das Recht auf Selbstbestimmung der Deutschen (Vgl. Teltschik, 1991, S. 62ff.). Auch auf einer Konferenz der NATO Anfang Dezember betonte Bush, dass er die Reformpolitik Gorbatschows unterstütze und die Beziehungen zu Osteuropa intensivieren wolle (Vgl. ebenda, S. 64). Als Reaktion auf Kohls Zehn-Punkte-Plan legte Bush nun selbst vier Bedingungen für eine amerikanische Zustimmung zur Einheit vor. Als erstes müsse die Selbstbestimmung vorausgesetzt sein. Zweitens, und für die amerikanische Regierung der wichtigste Punkt, müsse Deutschland als vereinigtes Land innerhalb der NATO und der EG verbleiben. Die Schritte zur Einheit sollten sich drittens langsam und friedlich vollziehen und man solle sich viertens in Grenzfragen auf die Schlussakte von Helsinki beziehen (Vgl. Teltschik, 1991, S. 65).

Zuvor hatte die DDR am 1. Dezember beschlossen, das in der Verfassung verankerte Machtmonopol der SED aufzulösen. Erich Honecker und weitere Mitglieder der früheren Regierung wurden aus der Partei ausgeschlossen. Gegen einige wurden später auch gerichtliche Verfahren eingeleitet. Am 3. Dezember trat das Politbüro zum zweiten Mal nach dem 8. November zurück und wurde erneuert (Vgl. Duisberg, 2005, S. 109). Am 19. Dezember, bei einem Staatsbesuch Kohls in der DDR unterzeichneten er und Generalsekretär Hans Modrow die „Gemeinsame Erklärung" beider deutscher Staaten,

die zwei Absichtserklärungen enthielt. Zum einen wurde die Öffnung des Brandenburger Tores mittels eines Fußgängerübergangs, den beide gemeinsam einweihen wollen, verkündet, zum anderen verpflichtete man sich zu einer intensiveren Zusammenarbeit und guter Nachbarschaft (Vgl. Teltschik, 1991, S. 90). Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse zeigte sich über die schnelle Entwicklung verstimmt, spielte aber in einer Rede hypothetisch mit einer deutschen Vereinigung und führte die sowjetischen Bedingungen an. Moskau war zu Gesprächen bereit (Vgl. Teltschik, 1991, S. 93).

Währenddessen steigerten sich die Unruhen in der DDR erneut. Die Menschen wurden ungeduldig und wollten bessere Lebensbedingungen. Die Stimmung wurde zunehmend aggressiver, verschiedene Meinungen, für oder gegen die Wiedervereinigung, prallten immer härter aufeinander (Vgl. Duisberg, 2005, S. 113). Neben den wachsenden Unruhen und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten wuchs die Zahl der Flüchtlinge stetig weiter (Vgl. Duisberg, 2005, S. 130). Angesichts der offenen Grenzen sahen die Menschen in der DDR keinen Grund, sich mit den schlechteren Bedingungen zufrieden zu geben und übersiedelten in den Westen. Diejenigen, die in der DDR blieben, hofften auf eine Wiedervereinigung und die Anpassung an den westlichen Lebensstil (Vgl. Duisberg, 2005, S. 130). Die Regierung hatte jegliche Autorität verloren, genauso wie Verwaltung und Justiz. Sie diskutierte darüber, die für Mai geplanten ersten freien Wahlen in der DDR vorzuziehen. Es wurde von einem drohenden Kollaps gesprochen (Vgl. Teltschik, 1991, S. 118). Gleichzeitig verschlechterte sich auch in der Sowjetunion die Situation. Gorbatschows neue Reformen griffen noch nicht, die alten Mechanismen funktionierten aber auch nicht mehr. Die Versorgung und die Wirtschaft brachen ein, viele Menschen in der UdSSR lebten am Existenzminimum. Dadurch verschlechterte sich die Stimmung im Land enorm, die Kriminalitätsrate stieg (Vgl. Teltschik, 1991, S. 109). Im Zuge dieser Entwicklungen ließ sich auch ein Wandel der UdSSR in der Deutschen Frage feststellen. Man werde sich der Einheit nicht entgegenstellen, wenn sie der Wunsch der DDR-Bevölkerung wäre (Vgl. Teltschik, 1991, S. 114). Deutschland reagierte mit der Lieferung von Lebensmitteln um die Sowjetunion zu unterstützen. Der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow sprach sich nicht gegen eine Wiedervereinigung aus. Allerdings glaubte er, dass nicht das Volk auf der Straße darüber entscheiden sollte, sondern dass die vier Siegermächte das Problem verantwortungsvoll lösen müssten (Vgl. ebenda, S. 120).

Anfang Februar stellte SED-Generalsekretär Hans Modrow nach einem Gespräch mit Michail Gorbatschow einen Plan zu einer Konföderation von DDR und BRD in verschiedenen Stufen vor, der allerdings auch die Neutralität eines vereinigten

Deutschlands forderte, was von der Bundesrepublik abgelehnt wurde (Vgl. Duisberg, 2005, S. 143). Ebenfalls wurde über eine Wirtschafts- und Währungsunion diskutiert. Die D-Mark sollte auch in der DDR eingeführt werden, genauso wie die Marktwirtschaft. Am 18. Mai 1990 wurde schließlich der Gesetzentwurf zur Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion verabschiedet (Vgl. Teltschik, 1991, S. 239).

Am 8. Februar brachte die britische Premierministerin Margaret Thatcher zum ersten Mal eine mögliche „Zwei-Plus-Vier"-Verhandlung über die deutsche Wiedervereinigung ins Spiel. Besonders wichtig war für sie die Einbeziehung der Sowjetunion (Vgl. Teltschik, 1991, S. 134). Die Frage war nun nicht mehr ob die deutsche Einheit kommt, sondern unter welchen Bedingungen. Auch Gorbatschow stimmte bei einem persönlichen Treffen mit Helmut Kohl nun ausdrücklich einer Einheit zu. *„Es gebe zwischen der Sowjetunion, der Bundesrepublik und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten über die Einheit und über das Recht der Menschen, sie anzustreben." (Teltschik, 1991, S. 140).*

Das Treffen galt als voller Erfolg und als Schlüssel zur deutschen Einheit. Gorbatschow überließ den Menschen in Deutschland die Wahl, für ihn zählte nur die Frage, welche Konsequenzen er zu erwarten hatte. Über die Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschlands müsse noch beraten werden (Vgl. Duisberg, 2005, S. 144). Man muss allerdings auch festhalten, dass Gorbatschow angesichts des desolaten Zustandes der DDR nichts anderes übrig blieb als einem vereinigten Deutschland zuzustimmen (Vgl. Teltschik, 1991, S. 144ff.).

Bei einem Besuch Helmut Kohls im amerikanischen Camp David teilte US-Präsident Bush ihm mit, dass inzwischen auch die britische Premierministerin die deutsche Einheit akzeptiert hätte. Deutschland erklärte sich zu einem Verbleiben in der NATO bereit und stimmte einem Verzicht auf ABC-Waffen zu. Im Gegenzug sollten aber keine NATO-Truppen auf dem Gebiet der DDR stationiert sein (Vgl. Teltschik, 1991, S.160f.). Michail Gorbatschow dagegen lehnte wenig später in einem Interview die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO ab (Vgl. Duisberg, 2005, S. 153). Er schlug jedoch später vor, dass NATO und das östliche Bündnis des Warschauer Paktes zusammenwachsen und Deutschland Teil von beiden Bündnissen sein könnte (Vgl. Teltschik, 1991, S. 266).

Bei den vorgezogenen ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 erhielt die „Allianz für Deutschland", unterstützt von der CDU, eine überwältigende Mehrheit (Vgl. Hein, 2005, S. 181). Neuer Ministerpräsident wurde Lothar de Maizière. Die Wahlbeteiligung war mit fast 94% enorm. Jeder wollte an der Gestaltung der neuen DDR Anteil haben (Vgl. Duisberg, 2005, S. 179f.).

Das erste „Zwei-Plus-Vier“-Treffen am 5. Mai 1990 mit den Außenministern der DDR, der BRD, der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion in Bonn drehte sich um die äußeren Aspekte der deutschen Einheit. Ziel war es, die Rechte und Pflichten der Alliierten auf deutschem Boden zu beenden und Deutschland seine volle Souveränität zurückzugeben. Außenminister Eduard Schewardnadse betonte, dass er den Völkern der Sowjetunion das Gefühl geben müsse, dass das Ende der Nachkriegszeit fair und nicht über ihren Kopf hinweg vonstattengehe (Vgl. Teltschik, 1991, S. 221f.). Dennoch wollte die UdSSR den anderen Ländern entgegen kommen und stimmte einem einheitlichen Friedensvertrag zu, der alle Aspekte der Deutschen Einheit, wie die Grenzfrage oder den militärischen Status, enthalten sollte. Den Verbleib Deutschlands in der NATO lehnte Schewardnadse allerdings weiterhin kategorisch ab (Vgl. ebenda, S. 223).

Gut eine Woche später ersuchte die Sowjetunion Deutschland um einen finanziellen Kredit, da die marode Wirtschaft der UdSSR keinen angemessenen Lebensstandard für die Bevölkerung mehr leisten konnte und man verhindern wollte zum alten System zurückkehren zu müssen. Bundeskanzler Helmut Kohl gewährte den Kredit über fünf Milliarden Mark. Gleichzeitig wurde über die vertragliche Zusicherung einer langfristigen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion verhandelt (Vgl. Teltschik, 1991, S. 231f.). Zusätzlich bemühten sich Kohl, der amerikanische Präsident George Bush und sein Außenminister James Baker Gorbatschow zu beruhigen und klar zu machen, dass sie nichts tun würden, was seine Position gefährde. Im Gegenteil, man wolle seine Politik der Perestroika unterstützen (Vgl. ebenda, S. 242). Auf einem Treffen zwischen Bush und Gorbatschow am 31. Mai 1990 intensivierten sich die Beziehungen, festgehalten in zahlreichen Abkommen. *„Jetzt sei die beste Gelegenheit in der Nachkriegszeit, das vereinte Europa zu schaffen.“* (ebenda, S. 256). Gorbatschow schloss auch eine Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO nicht mehr grundsätzlich aus. Er erklärte sich damit einverstanden, dass Deutschland selbstständig über die Mitgliedschaft in einem Bündnis entscheiden dürfe (Vgl. Gorbatschow, 1995, S. 723).

Das zweite Treffen der „Zwei-Plus-Vier“-Gespräche fand am 22. Juni in Ostberlin statt. Inhalte der Verhandlungen waren die Grenzfragen, vor allem die der Oder-Neiße-Linie, und Vorschläge für abschließende Regelungen der deutschen Einheit. Außenminister Eduard Schewardnadse vertrat den Standpunkt, dass die alliierten Truppen noch fünf Jahre nach der Vereinigung in Deutschland stationiert bleiben sollten. Auch die bestehenden Verträge und Bündnisse dürften in dieser Zeit nicht aufgelöst werden. Gleichzeitig sollten die deutschen Streitkräfte reduziert werden. Amerikas Außenminister James Baker lehnte dies mit dem Argument ab, dass Deutschland ab dem Tag seiner

Einheit souverän sein müsse. Am Schluss einigte man sich nur darauf, ein abschließendes Dokument bis Anfang November fertigzustellen (Vgl. Teltschik, 1991, S. 284f.).

Am 1. Juli 1990 trat der Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen beiden deutschen Staaten in Kraft. In der DDR wurde die D-Mark als Währung eingeführt. Beide deutschen Staaten bildeten nun ein einheitliches Währungsgebiet. Zusätzlich zur Währung hatte die DDR auch die Wirtschaftsordnung und das Sozialsystem der Bundesrepublik übernommen (Vgl. Tofahrn, 2004, S. 73f.). Doch der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung der DDR blieb aus. Im Gegenteil, die Schwierigkeiten nahmen eher noch zu. Die Wirtschaft war zu marode gewesen, Veränderungen dauerten lange und waren sehr kostspielig (Vgl. Duisberg, 2005, S. 217ff.). Gleichzeitig mit der deutschen wurde auch die erste Stufe der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vollzogen (Vgl. Hein, 2005, S. 181).

Zur selben Zeit fand in London ein NATO-Sondergipfel statt. Kernpunkt war die künftige Einbeziehung der Sowjetunion. Außerdem sollte im Rahmen der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ein neues, gemeinsames Europa geschaffen werden. Amerika machte dafür auch zur Bedingung, dass keine Nation ein militärisches Übergewicht haben dürfe, um die mögliche Bedrohung zu minimieren. Deutschland müsse selbstverständlich in der NATO bleiben. Großbritannien stimmte damit völlig überein. Bundeskanzler Helmut Kohl stimmte seinerseits einer gemeinsamen Erklärung von NATO und Warschauer Pakt zum Gewaltverzicht in Europa zu (Vgl. Teltschik, 1991, S. 299ff.). Das Treffen gipfelte in der „Londoner Erklärung“, die vor allem beruhigende Signale an die Sowjetunion sendete und die Bereitschaft zur Kooperation enthielt (Vgl. ebenda, S. 303).

Bei einem Gespräch zwischen Helmut Kohl und Michail Gorbatschow geschah am 15. Juli das *„Wunder von Moskau“* (Teltschik, 1991, S. 313). Gorbatschow sicherte Deutschland nach der Einigung auch die volle Souveränität zu. Die Sensation steckte aber in seiner Aussage, dass Deutschland in der NATO bleiben könne. Allerdings dürfe, solange noch sowjetische Truppen in der DDR stationiert seien, die NATO ihren Geltungsbereich noch nicht auf DDR-Gebiet ausweiten (Vgl. Duisberg, 2005, S. 263f.). Mit Abschluss der „Zwei-Plus-Vier“-Verhandlungen sollte auch die Verantwortung der vier Siegermächte in Deutschland aufgehoben werden und zwar ohne Übergangszeit. Gorbatschow forderte jedoch in einem separaten Vertrag das Recht, weitere drei bis vier Jahre Truppen in der DDR stationieren zu dürfen (Vgl. Teltschik, 1991, S. 324). Wichtig war des Weiteren, dass Deutschland seine Truppen auf 370.000 Mann reduziert und

keine ABC-Waffen mehr herstellt oder besitzt (Vgl. ebenda, S. 341). Dieses Gespräch stellte die endgültige, historische Wende im Einigungsprozess dar. Die ersten gesamtdeutschen Wahlen wurden schon für Dezember veranschlagt.

Direkt nach den Gesprächen zwischen Kohl und Gorbatschow, am 17. Juli 1990, fand die dritte Runde der „Zwei-Plus-Vier"-Verhandlungen, diesmal wegen der Oder-Neiße-Grenzfrage auch mit polnischer Vertretung, statt. Wichtige neue Ergebnisse gab es jedoch nicht. Alle gingen davon aus, dass die Probleme mit Gorbatschows Einlenken gelöst seien. Deswegen vertagte man die anschließenden Verhandlungen auf den 12. September, an dem die letzten Gespräche der Außenminister in Moskau angesetzt waren (Vgl. Teltschik, 1991, S. 344).

Am 31. August 1990 wurde nach mehreren Verhandlungsrunden von beiden deutschen Staaten ein Einigungsvertrag unterzeichnet, der die Rechtsgrundlage für die Vereinigung am 3. Oktober schuf (Vgl. Hein, 2005, S. 182). BRD und DDR äußerten darin ihr Vorhaben

„ausgehend von dem Wunsch der Menschen in beiden Teilen Deutschlands, gemeinsam in Frieden und Freiheit in einem rechtsstaatlich geordneten, demokratischen und sozialen Bundesstaat zu leben, in dankbarem Respekt vor denen, die auf friedliche Weise der Freiheit zum Durchbruch verholfen haben, (…)" (Der deutsche „Einigungsvertrag", In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/90, S. 1257).

Am 12. September 1990 wurde der „Zwei-Plus-Vier"-Vertrag schließlich von den jeweiligen Außenministern unterzeichnet. Die Oder-Neiße-Grenze wurde anerkannt, das vereinigte Deutschland sollte seine volle Souveränität erhalten (Vgl. Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 29).

Am 3. Oktober 1990, nach vielen, langen und schwierigen Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland, war das geteilte Deutschland wieder vereint. Bundeskanzler Kohl nannte diesen Tag den *„glücklichsten"* seines Lebens (Teltschik, 1991, S. 374). Er gedachte der Opfer des DDR-Regimes und lobte die Tapferkeit des Volkes, das diesen Schritt möglich gemacht hatte. Zusätzlich bedankte er sich nochmals bei den Alliierten für deren Unterstützung und auch bei den ehemaligen Satellitenstaaten Moskaus, die durch das Erkämpfen ihrer Freiheit ebenfalls einen wichtigen Beitrag geleistet hatten. Etwa zwei Millionen Menschen feierten die Einheit vor dem Reichstag, wo zum ersten Mal die Bundesflagge gehisst und die deutsche Nationalhymne, nun für ganz Deutschland gesungen wurde (Vgl. ebenda).

2.4 Die Angst vor dem „Vierten Reich“

Bereits nach dem Fall der Mauer in Berlin wurden neben der Freude auch immer mehr kritische Stimmen laut. Ausländische Beobachter äußerten ihre Besorgnis über ein übermächtiges vereinigtes Deutschland. Vor allem Länder, die während des Krieges besetzt gewesen waren, reagierten skeptisch (Vgl. Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 29). Aber auch Israel sah in der Einheit Deutschlands nicht viel Positives. Im Gegenteil, das Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland wurde unter den israelischen Juden als Albtraum empfunden und so auch von dem Karikaturisten Ya’acov Farkas in der Zeitung „ZE’EV“ gemalt (s. Abbildung 2)(Vgl. ebenda). Der Fall der Berliner Mauer wurde in den israelischen Massenmedien als Wegbereiter für ein neues Großdeutschland gesehen, das erneut mit der Massenvernichtung von Juden beginnen würde. Dass die „Reichskristallnacht“ ebenfalls an einem 9. November stattfand, wurde als negatives Zeichen gewertet (Vgl. Charlier, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/90, S. 180). Auch der israelische Premierminister Yitzhak Shamir befürchtete, dass Deutschland erneut das stärkste Volk in Europa oder sogar der Welt werden könnte und erneut in Versuchung käme, die Herrschaft an sich zu reißen (Vgl. Wickert, 1990, S. 12).

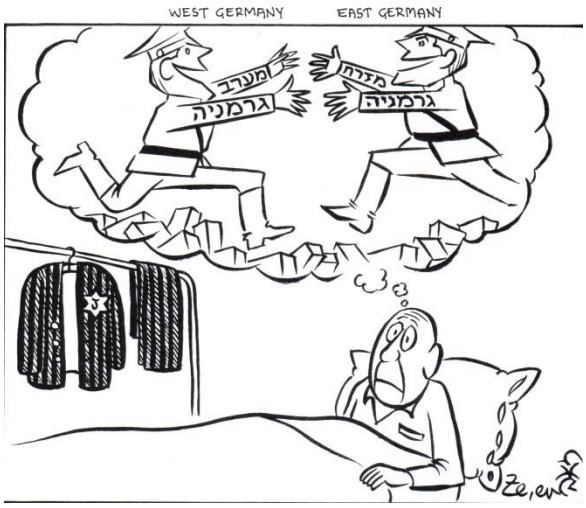

Abb. 2: Karikatur Ya’acov Farkas, 1989 (Quelle: Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 34).

Heleno Sana ging in seinem Buch „Das Vierte Reich“ fest von einem erneuten Machtanspruch Deutschlands aus, auch wenn Helmut Kohl und andere Politiker das als absurd und undenkbar abstritten. Sana glaubte, die Deutschen würden entschlossen sein, einen späten Sieg über die früheren Feinde zu erringen. Das Vierte Reich sei das wahre Endziel eines vereinten Deutschlands.

„Nach ihrem wirtschaftlichen Sieg über ihre Kriegsgegner werden sie sich als nächstes ihre wirtschaftliche Einheit holen, und der dritte Akt dieser Epopöe wird die Gründung

eines neuen Reiches sein, mit oder ohne Erlaubnis der anderen Mächte." (Sana, 1990, S. 231).

Allerdings glaubte er nicht, dass das Vierte Reich von Gewalt und Terror regiert werde. Er sah Deutschland eher als *„halbautoritäre, kontrollierte und bespitzelte Pseudo-Demokratie"*, deren Grundlage die wirtschaftliche Übermacht sei (Vgl. Sana, 1990, S. 234f.).

Die Version, die Sana von einem vereinigten Deutschland zeichnete war in Anbetracht der Fakten kaum als realistisch zu betrachten. Dennoch gab es im Ausland immer wieder Anlass zur Sorge, auch in Polen. Besonders als Helmut Kohl in der Oder-Neiße-Grenzfrage nicht zu einer festen Zusicherung bereit war, loderten die Ängste wieder auf. Nach Ulrich Wickert fürchteten sich besonders ehemalige Insassen der Konzentrationslager vor einer Rückkehr der Deutschen. Dabei wurden die DDR-Bürger als noch aggressiver und voreingenommen eingestuft als die Westdeutschen (Vgl. Wickert, 1990, S. 12). Eine Umfrage in Polen ergab, dass 54% sich vor *„territorialen Expansionsbestrebungen"* fürchteten, während 53% Angst vor einer Rückkehr des Faschismus in Deutschland hatten (Vgl. Weidenfeld/Korte, 1996, S. 148).

Die deutschen Politiker hatten die Angst anderer Nationen nie wirklich ernst genommen. Manche vertraten die These, dass sich dahinter nur Neid auf den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands verstecken würde. Eine These, die nach Margarete Mitscherlich-Nielsen nur dazu diente, die eigene Vergangenheit zu verdrängen (Vgl. Mitscherlich-Nielsen, In: Wickert, 1990, S. 134). Aus ihrer Sicht tauchte die Angst vor Deutschland auch erst dann auf, als *„aus dem revolutionären Schrei der Massen „Wir sind das Volk" der nationalistische „Wir sind ein Volk" wurde."* (ebenda, S. 135). Der *„deutsche Herrenmensch"* (ebenda) käme wieder zum Vorschein, der sich für den Größten hielt. Welche Entwicklung würde dieses Land dann erst nach der Wiedervereinigung nehmen? Mitscherlich-Nielsen beobachtete ebenfalls mit Besorgnis, dass Gewalttätigkeit und Neonationalismus auf deutschen Straßen wieder um sich griffen und konnte daher die Ängste mancher Länder durchaus nachvollziehen. *„(…) wer einmal die Massen erlebte, wenn sie vom „Deutschland, Deutschland über alles"-Wahn ergriffen waren, ist ein gebranntes Kind und weiß, was auf ihn zukommen kann."* (Mitscherlich-Nielsen, In: Wickert, 1990, S. 135). Denn das letzte Mal, dass deutsche Massen marschiert waren, sei schließlich das Schlimmste gewesen, was die Welt jemals erlebt hatte. Sie empfand daher die Angst vor Deutschland als berechtigt und forderte die Deutschen dazu auf, sich endlich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und sie kritisch zu hinterfragen (Vgl. ebenda, S. 136f.).

Der ehemalige französische Außenminister Roland Dumas erklärte die Angst vor Deutschland so, dass die Deutschen in der Vergangenheit immer an Europas Konflikten beteiligt waren oder sie gar ausgelöst hatten. Daher stehe Deutschland im Bild des Auslandes immer als Angreifer da, mit einem Herrschaftsanspruch, den es auf die Nachbarländer und ganz Europa ausdehnen wolle (Vgl. Dumas, In: Wickert, 1990, S. 305). Es gebe also eine Angst vor den Deutschen, die in der Historie liege und bei einem wiedervereinigten und starken Deutschland reflexartig wiederbelebt werde (Vgl. ebenda). Dumas teilte diese Angst nicht, er war der Ansicht, dass für die Geschehnisse der Vergangenheit immer nur einzelne Individuen verantwortlich waren, das deutsche Volk an sich aber nicht als böse und gefährlich anzusehen sei (Vgl. Dumas, In: Wickert, 1990, S. 307).

Man kann zum Glück im Nachhinein sagen, dass die Angst der einzelnen Nationen bezüglich der Wiedervereinigung unbegründet war. Hans-Dietrich Genscher brachte die Absichten Deutschlands bereits 1990 auf den Punkt, als er versuchte zu beruhigen und sagte: *„Wir wollen ein europäisches Deutschland, nicht ein deutsches Europa."* (Vgl. Genscher, In: Wickert, 1990, S. 317).

3. Die Haltung der Alliierten

Seit der Einteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen nach Ende des Zweiten Weltkriegs galt es als Ziel, die Wiedervereinigung zu fördern. (Vgl. Jackisch, 2004, S. 29). Anfang der 50er Jahre wurden auch mehrere Versuche unternommen, die Einheit wiederherzustellen. Doch aufgrund der anhaltenden Konflikte zwischen den Westalliierten und der UdSSR scheiterten diese vorzeitig (Vgl. ebenda, S. 34). Das Thema der deutschen Wiedervereinigung trat in der internationalen Politik in den Hintergrund und wurde zu einem eher theoretischen Problem, bis es im September 1989 unvermittelt wieder in das Zentrum des Geschehens rückte und eine neue Relevanz erhielt (Vgl. ebenda, S. 41f.). Die vier Alliierten hatten jeweils unterschiedliche Positionen zu einem vereinigten Deutschland, wobei vor allem die Haltungen der damaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher und des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow hervortraten. Die Haltung der Alliierten, in Politik, Öffentlichkeit und Presse, wird im Einzelnen in den folgenden Unterkapiteln dargestellt.

3.1 USA

Die USA war, wie alle anderen beteiligten Siegermächte auch, von der deutschen Einheit überrascht worden. Alle hatten geglaubt, die Regierung der DDR wäre wesentlich stabiler, als sie schlussendlich war. Die DDR-Bevölkerung wurde als eingeschüchtert und angepasst eingestuft. Für die jungen Leute von 14 bis 29 Jahren in der BRD galt die DDR im Jahr 1987 als *„Ausland"* (Bortfeldt, 1993, S. 5). Zu guter Letzt rechnete man auch nicht damit, dass die Sowjetunion sich mit einer Vereinigung abfinden werde. Nichtsdestotrotz unterstützten die Vereinigten Staaten eine Wiedervereinigung, da nach ihrem Verständnis durch die Teilung das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen verletzt würde. Allerdings stand die deutsche Frage bei den USA nicht auf der aktuellen Agenda (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 3f.).

3.1.1 Politik

Amerika hatte eine bedeutende Rolle bei der deutschen Wiedervereinigung, da es die einzige Siegermacht war, die, im Gegensatz zu zögernden Briten und Franzosen und der sich hartnäckig weigernden UdSSR, positiv und unterstützend an die deutsche Frage heranging (Vgl. Joffe, In: Becker, 1992, S. 19). Seit Kriegsende 1945 bemühten sich die Amerikaner um einen neuen Aufbau der Westzonen, auch um einen starken Verbündeten gegen die Sowjetunion zu haben (Vgl. ebenda, S. 20). Nun wollte man auch eine mögliche deutsche Vereinigung unterstützen, so wie sie es im Deutschlandvertrag 1954 festgehalten hatten. Im Gegensatz zu den anderen Siegermächten brachten die USA der Wiedervereinigung auch bedeutend weniger Zweifel und Bedenken entgegen, was sich unter anderem mit der sicheren Entfernung zum europäischen Kontinent erklären lässt. Außerdem hatten sich die Vereinigten Staaten schon immer für Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie stark gemacht (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 6f.). Nach diesen Prinzipien sollte auch eine deutsche Einigung ablaufen. Zudem war die Voraussetzung einer Einheit die Einbindung Deutschlands in das westliche Bündnis der NATO. Ein neutrales Deutschland, wie von der Sowjetunion anfangs gefordert, kam für die USA nicht in Frage (Vgl. ebenda, S. 7f.).

Bereits im Jahr 1987 unternahm der damalige US-Präsident Ronald Reagan einen Vorstoß, indem er vorschlug, Berlin zu einer *„Stätte internationaler Begegnungen"* zu machen (Bortfeldt, 1993, S. 12). Darunter verstand er unter anderem den Ausbau des Flugverkehrs, Austauschprogramme zwischen DDR und BRD und schlussendlich die

Ausrichtung der Olympischen Spiele in beiden Teilen der Großstadt. Mit seinem Auftritt an der Berliner Mauer und seiner Aufforderung an Gorbatschow, die Mauer niederzureißen, brachte er *„die Unmenschlichkeit der Spaltung für alle ins Bewusstsein zurück, die sich damit schon abgefunden hatten."* (Bortfeldt, 1993, S. 12). Auch sein Amtsnachfolger George Bush forderte ein ungeteiltes Europa und appellierte an Gorbatschow seine Glasnost-Politik nach Berlin zu bringen (Vgl. ebenda, S. 13). Bush hatte bereits im Mai 1989 von einem einheitlichen und freien Europa gesprochen und erwähnte dabei auch, dass die Teilung in Berlin zu Ende gehen müsse (Vgl. Joffe, In: Becker, 1992, S. 16). In einer Rede in Mainz sprach er über die Bundesrepublik als *„partners in leadership"* (Baker, 1995, S. 150). Wenig später wiederholte er dies auch auf dem Frühjahrsgipfel der NATO. Hintergrund war die Annahme, dass Deutschland in Zukunft eine große und starke Position in der Welt einnehmen würde (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 19). Allerdings galt immer noch der Grundsatz, dass man die deutsche Wiedervereinigung nicht beschleunigen wolle, auch um die Sowjetunion nicht zu beunruhigen und in die Ecke zu drängen (Vgl. ebenda, S. 54). George Bush wollte erst feststellen, wie die Sowjetunion auf den Umbruch in ihren Gebieten reagierte um daraufhin ermessen zu können, *„inwieweit sich die USA engagieren konnten, ohne Moskau herauszufordern."* (Lehmann, 1996, S. 9). Eine erste Erleichterung folgte mit Gorbatschows Aussage, dass die Politik der DDR in Berlin gemacht würde und nicht in Moskau. Damit schloss er eine Intervention der Sowjetunion aus (Vgl. Baker, 1995, S. 153). Kurz darauf gab Präsident Bush vor, dass eine Einheit Deutschlands Zeit brauche. Angst vor ihr habe er aber nicht, da er sich sicher sei, dass Deutschland bestens und sicher in das NATO-Bündnis integriert sei und diesen Kurs auch nicht ändern werde (Vgl. ebenda, S. 10).

Den Mauerfall begrüßten Bush und Außenminister Baker öffentlich. George Bush sprach von einer eindeutig positiven Entwicklung, allerdings wäre es noch zu früh um über eine Wiedervereinigung zu reden. Diese Meinung wurde jedoch kurz darauf von den öffentlichen Diskussionen um eine deutsche Einheit überholt, so dass Bush schließlich die Einheit zu einer Sache der Deutschen erklärte, die er unterstütze. James Baker äußerte sich ein wenig euphorischer und bezeichnete die Öffnung der Grenzen als das einschneidendste Erlebnis, das die Ost-West-Beziehungen bestimmte (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 66ff.).

Nach der Vorstellung des Zehn-Punkte-Plans durch Bundeskanzler Helmut Kohl reagierte Amerikas Führung mit von Außenminister James Baker entwickelten vier Grundsätzen als Voraussetzung für die deutsche Einheit (Vgl. Thatcher, 1993, S. 1100). Zum einen gälte das Ziel der deutschen Selbstbestimmung. Zum anderen solle

Deutschland Mitglied sowohl in der NATO als auch in der Europäischen Gemeinschaft sein. Die Schritte zur deutschen Einheit sollten friedlich und stufenweise vollzogen werden. Bei den Grenzfragen, vor allem bei der Oder-Neiße-Linie, sollten die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki eingehalten werden (Vgl. Haltzel, In: Europa-Archiv, Folge 4/90, S. 129). Michael H. Haltzel betonte in seinem Aufsatz einen Widerspruch, der zwischen den beiden ersten Prinzipien auftritt. Sobald Deutschland selbstbestimmt handle, könne es sich auch gegen eine Mitgliedschaft in der NATO oder der EG und sich beispielsweise für ein neutrales Deutschland entscheiden. *„Diesen logischen Widerspruch nicht zu einer realen Möglichkeit der Weltpolitik werden zu lassen, wird der Kern der amerikanischen Politik für die nahe Zukunft."* (Haltzel, In: Europa-Archiv, Folge 4/90, S. 130). Auch nach Ablehnung der NATO-Zugehörigkeit durch die UdSSR stand die amerikanische Regierung weiter hinter der Vereinigung und ließ sich auch durch Gorbatschows letztes Angebot, eine Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO sowie zum Warschauer Pakt, nicht beirren bis die Sowjetunion einer freien Bündniswahl zusagte. Im Gegenzug setzte sich Bush dafür ein, dass sich die NATO insoweit veränderte, als dass sie auch die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ins Auge fasste (Vgl. Joffe, In: Becker, 1992, S. 18f.). Mit dieser raschen Reaktion auf Kohls Zehn-Punkte-Plan verhinderten die USA eine Spaltung des westlichen Bündnisses. Sowohl Frankreich als auch Großbritannien waren alles andere als begeistert über Kohls Vorpreschen gewesen. Doch da sich die USA nun die Unterstützung der deutschen Einheit auf die Fahne geschrieben hatte, wurden die anderen Westalliierten unter Druck gesetzt, dasselbe zu tun oder wenigstens über Lösungsvorschläge nachzudenken (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 82).

Amerika machte sich daran, diverse Gespräche mit den anderen Alliierten zu führen um so ein Grundgerüst für die deutsche Einheit aufzubauen. Allen voran wurde mit der Sowjetunion unter Generalsekretär Gorbatschow verhandelt. Einen entscheidenden Schritt machte das Gespräch Anfang Dezember 1989 zwischen Bush und Gorbatschow auf Malta. Es diente allein der Verbesserung der Beziehungen, die Wiedervereinigung sollte nicht zur Sprache kommen. Die amerikanische Regierung machte sich Sorgen um die Position Gorbatschows im eigenen Land, aber auch um die Bedingungen, die er für seine Zustimmung zur Einheit stellen könnte (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 84f.). Trotzdem galt dieses Treffen als Wegweiser für die deutsche Vereinigung. Man hatte sich auf die Selbstbestimmung, auch der anderen Völker in Osteuropa, verständigt und vereinbart, sich nicht einzumischen. Gorbatschow sicherte zu, dass er keine gewaltsamen Maßnahmen zur Niederschlagung der Umwälzungen in den osteuropäischen Ländern einleiten werde. Im Gegenzug versprach Bush Gorbatschow finanzielle Unterstützung für

Gorbatschows Reformpolitik (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 88). Insgesamt zerstreute das Treffen die Befürchtungen der beiden, einer könnte den anderen übervorteilen.

Anfang 1990 registrierte man in Washington, dass die deutsche Vereinigung sich schneller entwickelte als man es hätte ahnen können. Um den Prozess im Griff behalten oder steuern zu können musste man sich an die Spitze *„dieser höchst widersprüchlichen Entwicklung“* stellen (Lehmann, 1996, S. 16). Man begann Vorschläge zu entwickeln um der Sowjetunion die Zustimmung zur Einheit und vor allem zu Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO zu entlocken (Vgl. ebenda). Noch im Januar machte die US-Regierung den Vorschlag zu den „Zwei-Plus-Vier“-Verhandlungen und setzte diese bei der Konferenz der NATO und des Warschauer Paktes in Ottawa auch durch (Vgl. Joffe, In: Becker, S. 18). Ziel war es, die deutsche Wiedervereinigung, die inzwischen als unvermeidbar galt, zu einer annehmbaren Situation für alle Beteiligten zu machen.

„Die Vorzüge dieser Formel lagen klar auf der Hand. Sie würde den Deutschen (…) die Kontrolle über ihre inneren Angelegenheiten überlassen und zugleich den vier Siegermächten gestatten, im Hinblick auf die außenpolitischen Aspekte der Vereinigung eine Rolle zu spielen.“ (Baker, 1995, S. 175)

Besonders wichtig war es, die Bedingungen so zu gestalten, dass die UdSSR einem Verbleib Deutschlands in der NATO zustimmte (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 124). Daher setzte sich Bush das Ziel, der Sowjetunion die Angst vor einem wiedervereinigten Deutschland zu nehmen und zuzusichern, dass die NATO ihren Wirkungsbereich nicht weiter nach Osten ausdehnen werde (Vgl. ebenda, S. 126). Zu seinem Plan gehörte auch die Reduzierung amerikanischer und sowjetischer Truppen in Europa um ein Zeichen für die neue, freundschaftliche Beziehung zwischen den beiden Blöcken zu setzen (Vgl. ebenda, S. 127f.). Ganz sollten die amerikanischen Truppen jedoch nicht zurückgezogen werden, denn trotz aller Befürwortung der deutschen Einheit wollte man in Amerika doch immer noch eine gewisse Kontrolle ausüben und ein Auge auf die Entwicklungen in Deutschland haben (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 145). Da der Sowjetunion ein eindeutiges Bekenntnis Kohls zur deutsch-polnischen Grenze fehlte, sah sich George Bush gezwungen, der deutschen Regierung eine definitive Grenzanerkennung aufzuoktroyieren (Vgl. Lehmann, 1996, S. 18). Daher machte er Bundeskanzler Kohl auf einem Treffen im amerikanischen Camp David klar, dass von ihm eine klare Stellungnahme erwartet wurde, auch was Deutschlands Orientierung hin zur NATO anging (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 140). Zusätzlich erkannte auch er noch einmal formell die Oder-Neiße-Linie durch die Vereinigten Staaten an (Vgl. Lehmann, 1996, S. 19).

Bei den abschließenden „Zwei-plus-Vier“-Gesprächen übernahm die USA mit ihrem Außenminister James Baker die Führung und sorgte dafür, Moskau die Zustimmung zur NATO abzuringen und im Gegenzug die Sowjetunion nicht zu isolieren sondern im Gegenteil mehr in Europa einzugliedern. *„Wir müssen eine Lösung finden, bei der es weder Gewinner noch Verlierer gibt.“* (Schewardnadse, 1991, S. 247). Um der Sowjetunion die Zustimmung zu erleichtern bot Amerika auch neue Abrüstungen und finanzielle Hilfen an, die allerdings das reiche Deutschland übernehmen sollte (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 164). Zusätzlich gab die amerikanische Regierung der Sowjetunion „Neun Zusicherungen“, die unter anderem den Verzicht Deutschlands auf die Herstellung von Atomwaffen, die zeitlich begrenzte Stationierung sowjetischer Truppen in Ostdeutschland und die wirtschaftliche Unterstützung der Perestroika enthielten (Vgl. Teltschik, 1991, S. 241). Auf einem NATO-Sondergipfel legte Bush vier zukünftige Aufgaben der NATO fest, unter anderem die Offerte zur Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Gegner und der Übereinkunft, nukleare Waffen nur als äußerstes Mittel einzusetzen. Gorbatschows Reformen sollten weiterhin unterstützt werden (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 173ff.). Gleichzeitig machte man aber klar, dass man nicht einen Millimeter von einer Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO abweichen würde. Bush betonte, man wolle die Sowjetunion nicht isolieren, sie tue es aber selber, indem sie weiterhin eine abneigende Haltung gegenüber den Bedingungen der Einheit zeige. Deutschland solle selbst bestimmen dürfen, welchem Bündnis es angehören möchte (Vgl. Lehmann, 1996, S. 27f.). Natürlich waren die USA sich bei dieser Aussage sicher, dass sich Deutschland für die NATO entscheiden würde.

Als Gorbatschow im Juli 1990 bei einem Treffen mit Helmut Kohl schließlich allem zustimmte, war vor allem in den USA die Überraschung aber auch die Freude groß. *„Alle waren sich einig, daß dieses Statement einen „historischen Durchbruch“ darstellte.“* (Baker, 1995, S. 234). Die Vereinigten Staaten sahen sich als entscheidenden außenpolitischen *„Geburtshelfer“* der Einheit (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 183). Gleichwohl war man ein wenig verärgert, dass der entscheidende Schritt allein zwischen Kohl und Gorbatschow stattfand und die beiden die anderen Länder nicht mit einbezogen hatten (Vgl. ebenda). Trotzdem überwog die Freude, da man die eigenen Forderungen durchgesetzt hatte. Nun erwartete man von Deutschland, dass es eine Führungsrolle im sich wandelnden Europa einnehmen und beweisen würde, dass es aus der Geschichte gelernt hatte (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 184f.). Nach außen hin versuchte die US-Regierung die Zustimmung Gorbatschows als eigenen Erfolg zu deklarieren. George Bush wertete den Sinneswandel des sowjetischen Staatspräsidenten als eine Reaktion auf das Angebot der NATO zur intensiveren Zusammenarbeit, das ja von den USA

initiiert worden war. Zudem sei es Washington gewesen, das alle wichtigen Schritte hin zur Einheit organisiert und koordiniert hätte. Für die Amerikaner war dies ein großer Sieg in einer schwierigen Zeit (Vgl. Lehmann, 1996, S. 34).

Neben der Regierung äußerten sich auch andere Größen in der Politik durchaus positiv über die deutsche Wiedervereinigung. Der amerikanische Botschafter in Westdeutschland, Vernon A. Walters, glaubte an die Wiedervereinigung und sagte, wer dies nicht tue, würde *„politisch hinweggefegt“* werden (Vgl. Teltschik, 1991, S. 33). Walters Pendant in Ost-Berlin, Richard C. Barkley, sah nach dem Mauerfall noch nicht den Grund einer Wiedervereinigung. Er erlebte in den Straßen der DDR nicht den unbedingten Wunsch nach der Einheit sondern eher den Willen zu Verbesserungen und Umgestaltungen in der DDR (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 59). Der damalige Vizepräsident Dan Quayle glaubte dagegen, dass eine Wiedervereinigung unvermeidlich sei. Er begründete dies damit, dass Ostdeutschland ein Produkt des Kommunismus sei. Wenn dieser zusammenbreche, gehöre es wieder zu Deutschland (Vgl. Lehmann, 1996, S. 11).

Für die USA war die Wiedervereinigung der Sieg der westlichen Werte über den Kommunismus. Sie hatte erreicht, dass die UdSSR sich aus Zentraleuropa zurückziehen musste und Deutschland in der NATO untergebracht. Zudem konnte sie sich der überschwänglichen Dankbarkeit der Deutschen gewiss sein, da die USA sie wie kein anderes Land in der Zeit des Umbruchs unterstützt und die Einheit vorangetrieben hatte.

Heinrich Bortfeldt war der Ansicht, dass Deutschland Glück mit dem Timing der Wiedervereinigung gehabt habe. Die Verhandlungen seien in Monaten passiert, in denen die USA keine weiteren außenpolitischen Probleme hatten und sich daher ganz auf die Unterstützung Deutschlands konzentrieren konnten. Schon wenig später hätte die USA wegen der Kuwait-Krise keine Zeit mehr für Deutschland gehabt (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 188). *„Auch schien es in den Tagen des Militärputsches in Moskau vom August 1991 so, als ob die Tür zur Wiedervereinigung nur während des vorangegangenen Jahres offengestanden hätte.“* (ebenda).

Auch wenn es in der amerikanischen Politik manche Bedenken gegeben haben möge, die amerikanische Bevölkerung hatte weniger Zweifel an der Richtigkeit der deutschen Einheit.

3.1.2 Öffentlichkeit

Die amerikanische Bevölkerung hatte seit dem Mauerbau die deutsche Teilung in den Hintergrund des Bewusstseins gerückt. Innenpolitische Themen waren bedeutend wichtiger erschienen, als das weit entfernte Problem der Deutschen (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 9).

Nachdem die Medien in der zweiten Jahreshälfte 1989 angefangen hatten, täglich neue Flüchtlingsgeschichten zu produzieren und auszustrahlen, wurde bei der Bevölkerung der Eindruck erweckt, die Deutschen wünschten sich unter allen Umständen eine Einheit. Daraufhin wuchs auch die Zustimmung unter den Amerikanern (Vgl. Lehmann, 1996, S. 38). Die Deutschen waren dem amerikanischen Volk sympathisch, vor allem seit der Luftbrücke während der Blockade in Berlin und John F. Kennedys Rede, in der er sich als Berliner bezeichnete (Vgl. Haltzel, In: Europa-Archiv, Folge 4/90, S. 127). Im Oktober 1989 gaben 65% der befragten Amerikaner an, die Deutschen zu mögen. Andererseits beschränkte sich die Sympathie hauptsächlich auf die Menschen in der Bundesrepublik. Die DDR war bei den Amerikanern weniger beliebt (Vgl. Knappe, 1996, S. 159). Nach dem Mauerfall rückte das Thema noch weiter in den Vordergrund. Die Amerikaner waren einer möglichen Wiedervereinigung gegenüber positiv gestimmt. Einer Umfrage der „New York Times“ und „CBS News“ zufolge, stimmten im November 1989 67% der Bevölkerung einer Wiedervereinigung zu. Nur 16% glaubten an einen deutschen Versuch, die Weltherrschaft an sich zu reißen (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 72).

Amerikanische Intellektuelle vertraten teilweise eine eher vorsichtigere Position, vor allem die, die den Zweiten Weltkrieg und die Taten der Deutschen miterlebt hatten. William E. Griffith, Professor am Institut für Technologie in Massachusetts, fasste zusammen, dass es privat mehr Besorgnisse und Zweifel gegeben hatte, als öffentlich gemacht wurden. Er selbst allerdings hielt diese Ängste für übertrieben. Die Deutschen hätten sich seit dem Krieg sehr verändert, das dürfe man nicht außer Acht lassen (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 69). George F. Kennan, Europa- und Russlandexperte, hielt eine Wiedervereinigung nur bei einer gleichzeitigen schrittweisen europäischen Integration für möglich. Gordon A. Craig von der Universität Stanford hielt eine Wiedervereinigung für unausweichlich, allerdings sollte sie langsam vonstattengehen. Ihm machte es Angst, dass nicht die Politik die Ereignisse kontrollierte, sondern die Menschen, die auf der Straße demonstrierten (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 70f.).

Eine Umfrage vom März 1990 durch die Zeitung „Wall Street Journal“ bezog auch die Meinung der jüdischen Amerikaner mit ein. Vielleicht wenig überraschend ergab diese,

dass der jüdische Bevölkerungsteil Amerikas einer deutschen Wiedervereinigung mit mehr Besorgnis gegenüberstand als der Rest der US-Bürger (Vgl. Lehmann, 1996, S. 39). 42% sprachen sich gegen eine deutsche Einheit aus. Die amerikanischen Juden befürchteten, dass Deutschland seine militärische Macht erneut gegen die restliche Welt ausspielen könnte (Vgl. The Wall Street Journal vom 16.3.90, In: Lehmann, 1996, S. 39). Michael H. Haltzel beschrieb die Haltung der Juden in Amerika jedoch etwas anders. Ihm war im Gegenteil eine *„vorsichtige Unterstützung"* für die deutsche Einheit aufgefallen (Vgl. Haltzel, In: Europa-Archiv, Folge 4/90, S. 127). Jüdische Kriegsveteranen der Vereinigten Staaten sahen in dem Fall der Mauer einen Grund zum Feiern.

Jackson Jones, leitender Direktor des Amerikanischen Instituts für Zeitgenössische Deutsche Studien an der John Hopkins Universität in Washington, fasste die Überraschung der Amerikaner über den Mauerfall in Worte. Viele dachten, dass die Sowjetunion zu stark wäre, um dies zuzulassen. Doch trotz der überraschenden Ereignisse fürchtete Jones zu keiner Zeit ein Viertes Reich. Er sah die Wiedervereinigung eher als ein *„großes Experiment (…) Anfang 1989 war ja Westdeutschland ziemlich langweilig (…) Und nun wurde es ein Riesenlabor."* (Jones, In: Kuczyinski, 2005, S. 283).

Die überwiegend positive Einstellung der Amerikaner zur Wiedervereinigung lässt sich gut erklären. Die Bundesrepublik war beim amerikanischen Volk äußerst beliebt, einerseits als zuverlässiger Verbündeter und Vertragspartner, andererseits als Reiseland. Viele Soldaten hatten in Deutschland ihren Militärdienst absolviert. Zudem wurde eine mögliche Einheit nur als Vergrößerung der BRD wahrgenommen, die Amerikaner waren bereit, ihre Sympathien auf die Bevölkerung der DDR zu übertragen, der sie eine zweite Chance und das Recht auf Freiheit zubilligte. Ebenfalls ein wichtiger Faktor war die Tatsache, dass Amerika aufgrund der eigenen Stärke und der Entfernung wenig vor einem vereinigten Deutschland zu befürchten hatte (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 72f.). Bei den meisten Amerikanern beruhten all diese Einstellungen gegenüber Deutschland aber nicht auf persönlichen Erfahrungen, sondern wurden maßgeblich durch die amerikanische Presse beeinflusst (Vgl. Lehmann, 1996, S. 42).

3.1.3 Presse

Zu normalen Zeiten fällt die amerikanische Auslandsberichterstattung relativ gering aus, da auch das amerikanische Volk kein Interesse an Nachrichten aus dem Ausland und damit auch aus Deutschland zeigt (Vgl. Lehmann, 1996, S. 42). Ausnahmen bildeten Ereignisse, die auch für die Amerikaner relevant waren, wie auch die Entwicklungen zur deutschen Wiedervereinigung.

Die amerikanischen Medien hatten schon seit längerer Zeit die Geschehnisse in Deutschland und Europa verfolgt. Die Flüchtlinge in den Botschaften und die Demonstrationen in Ostdeutschland gaben für die Fernsehsender fantastische, anrührende Bilder und Geschichten ab. Äußerst beliebt waren auch erfolgreiche Fluchten aus der DDR und die darauf folgenden Wiedervereinigungsszenen der Familien (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 63f.). Seit der Öffnung der Berliner Mauer war in den amerikanischen Medien das Interesse für Deutschland gewachsen. *„Ganz Amerika schien vom Strom der Begeisterung mitgerissen zu sein."* (ebenda, S. 61).

Ines Lehmann berichtete in ihren Aufzeichnungen, dass die amerikanischen Medien neben einer positiven Grundstimmung aber auch wesentliche Ängste und Bedenken äußerten (Vgl. Lehmann, 1996, S. 259). Eine Ausnahme stellte das „Wall Street Journal" dar, das sich von Anfang an für eine Wiedervereinigung aussprach, die für sie den Sieg über den Kommunismus verkörperte (Vgl. Knappe, 1996, S. 94). Andere Zeitungen waren da weit weniger optimistisch.

Wenn man die drei größten überregionalen Zeitungen „New York Times", „Washington Post" und „Los Angeles Times" miteinander vergleicht, fällt auf, dass die „New York Times" sich am wenigsten euphorisiert zeigte und immer wieder zur Besonnenheit riet. Sie befürchtete, dass eine Einheit Deutschland dazu bringen würde, aus der NATO auszusteigen und in einem Vierten Reich die Dominanz in Europa erreichen zu wollen. Um dieses Bild zu verstärken wurde suggeriert, dass die Wiedervereinigung eigentlich von niemandem gewollt war, auch von der amerikanischen Politik nicht. Die Times wünschte sich, wie viele andere auch, eine langsame Vereinigung. Allerdings war dieser Wunsch verständlich, da die Zeitung einen starken Rückhalt in der jüdischen Bevölkerung hatte (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 73). Auch der ehemalige Chefredakteur, der Jude Abraham M. Rosenthal, mahnte zur Vorsicht. Man dürfe das Leid nicht vergessen, das Deutschland über die Welt und vor allem die Juden gebracht habe. Er zeigte sich besorgt darüber, dass dies in Zukunft bei einem vereinten Deutschland wieder

geschehen könnte und forderte eine weltweite Diskussion und die Übernahme von Verantwortung durch die alliierten Siegermächte (Vgl. Lehmann, 1996, S. 259).

Die „Washington Post“ sorgte sich in erster Linie um die Reformpolitik Gorbatschows bei einer raschen Wiedervereinigung. Zudem befürchtete sie einen Ausbruch der Gewalt in der DDR, wenn die Lage außer Kontrolle geriete. Der erneute Aufstieg des Nationalismus sorgte für weitere große Ängste. Das Magazin „Newsweek“ sah sogar noch eine spürbare Aggressivität im demokratischen Westdeutschland. Daher empfanden beide die NATO als wichtigstes Mittel, um die Stabilität in Europa zu gewährleisten (Vgl. Lehmann, 1996, S. 262f.).

Einig waren sich alle amerikanischen Medien, dass die Wiedervereinigung vor allem für die innere Entwicklung Deutschlands schwierig werden würde, wirtschaftlich, aber auch in sozialen Aspekten. Daher forderten sie Geduld und Rücksicht des Auslandes, erwarteten aber auch von den reichen Westdeutschen Einfühlungsvermögen und Großzügigkeit gegenüber ihren vielfach benachteiligten Landsleuten aus dem Osten (Vgl. Lehmann, 1996, S. 265f.). Dabei dürften sie aber auch nicht die Probleme und Bedürfnisse des neuen Europa vergessen. Sie hofften, dass sich das vereinte Deutschland nicht zu sehr nach Osten orientieren und sich somit von seinen westlichen Nachbarn und Verbündeten abwenden würde (Vgl. ebenda, S. 266).

Im August 1990 machte sich der Karikaturist Kevin Kallaugher in der „Baltimore Sun“ über Gorbatschows Haltung zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands lustig (s. Abbildung 3)(Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 31).

Abb. 3: Karikatur Kevin Kallaugher 1990 (Quelle: Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 31)

Eine besondere Rolle in dieser Zeit kam auch den elektronischen Medien zu, die eine beliebte Informationsquelle darstellten, da die Zeitungen bei den sich überschlagenden Ereignissen sehr schnell nicht mehr aktuell waren (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 62).

Insgesamt gesehen, herrschte in den USA, ob in der Politik, in der Öffentlichkeit oder in den Medien, eine große Zustimmung für die deutsche Einheit. Die Vereinigten Staaten standen der Einheit von allen Alliierten am aufgeschlossensten gegenüber.

3.2 Großbritannien

Großbritannien hatte sich wie die anderen Siegermächte im sogenannten Deutschlandvertrag vom 23. Oktober 1954 dazu verpflichtet die Einheit zu unterstützen und die Bundesrepublik sowie die DDR als souveräne Staaten anzuerkennen. Das Verhältnis zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik galt immer als sehr eng. Die beiden waren einander wichtige Handelspartner, die Zusammenarbeit galt als gut und unproblematisch, weswegen sie auch als *„stille Allianz“* bezeichnet wurde (Vgl. Jackisch, 2004, S. 31-39). Daher folgte Großbritannien auch Anfang der 70er Jahre Willy Brandts neuer Ostpolitik und richtete im Februar 1973 sogar eine britische Botschaft in der DDR ein. Dennoch spielten die Beziehungen zur DDR für Großbritannien keine große Rolle, da man mit den dort herrschenden politischen Verhältnissen nicht einverstanden war. (Vgl. ebenda).

3.2.1 Politik

In Großbritannien herrschte innerhalb des Parlaments eine gespaltene Meinung zur deutschen Einheit. Während die Mehrheit der Abgeordneten immer das Ziel einer Wiedervereinigung vor Augen hatte, stach Premierministerin Margaret Thatcher mit ihrer abneigenden Haltung hervor. Diese *„Verteidigungs- und Sicherheitspolitik“* (Thatcher, 1993, S. 1064) stieß im eigenen Land nicht unbedingt auf Gegenliebe. Der Abgeordnete Brian Sedgemore bezeichnete im Parlamentsausschuss das Verhalten Thatchers sogar als schädlich für die Freundschaft und Verbundenheit mit Deutschland und entschuldigte sich für die *„pseudo-professionelle“* Deutschlandpolitik Thatchers (Vgl. Jackisch, 2004, S. 27). Margaret Thatcher dagegen war selbst bis zum Ende davon überzeugt, dass ihre Politik die richtige gewesen sei. Sie gratulierte zwar Deutschland nach dem Mauerfall in einer Stellungnahme zu dem *„großen Tag der Freiheit“*, war aber der Meinung, der

Westen sollte in erster Linie alles daran setzen, Michail Gorbatschows Machtposition in Europa zu halten (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 109). Sie wollte zwar eine demokratische und unabhängige DDR, hielt jedoch eine Einheit Deutschlands für zu gefährlich für die Stabilität Europas (Vgl. Thatcher, 1993, S. 1126). Zudem vertrat sie die Ansicht, einen Wandel solchen Ausmaßes Regierungsverhandlungen zu überlassen und nicht *„der Volksmacht auf der Straße“* (Davy, In: Europa-Archiv, Folge 4/90, S. 141). Es ließen sich drei Phasen in Thatchers Politik ausmachen, die ihre Deutschlandpolitik in den Jahren 1989/90 kennzeichneten. Die erste Phase reichte vom Zeitpunkt des Mauerfalls bis Ende Januar 1990. In dieser Zeit versuchte sie mit allen Mitteln die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern und suchte dabei auch die Unterstützung der drei anderen Alliierten. In der zweiten Phase von Anfang Februar 1990 bis Frühsommer 1990, nachdem der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow generell einer Einheit zugestimmt hatte, versuchte sie die Vereinigung zumindest hinauszuzögern. In der dritten Phase ab Frühsommer 1990 nahm sie eine konstruktivere Haltung ein, da ihre vorherige Politik weder im Inland noch international Rückendeckung gefunden hatte und der Einfluss auf die Geschehnisse in der Bundesrepublik und der DDR nicht gegeben war (Vgl. Jackisch, 2004, S. 26). Sie war trotzdem noch davon überzeugt, dass in Osteuropa erst einmal eine Demokratie herrschen müsse, bevor über Grenzveränderungen gesprochen werden könne (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 111). Amerikas Präsidenten George Bush schrieb sie dazu: *„(…) der Einführung wahrhaft demokratischer Verhältnisse in der DDR solle Priorität eingeräumt werden. Die deutsche Wiedervereinigung sei dagegen kein Thema, das derzeit behandelt werden müsse.“ (Thatcher, 1993, S. 1098).*

Der Inhalt dieses Schreibens stieß laut Thatcher bei Bush auf völlige Zustimmung (Vgl. ebenda). Dennoch musste Thatcher später einsehen, dass die USA nicht daran interessiert war, die deutsche Einheit aufzuhalten. Sie legte ihre Hoffnungen daraufhin auf den französischen Ministerpräsidenten François Mitterrand. *„Falls es noch Hoffnungen gab, die deutsche Wiedervereinigung aufzuhalten oder zu verlangsamen, so mußte eine entsprechende Initiative von Großbritannien und Frankreich ausgehen.“ (Thatcher, 1993, S. 1101).*

Ziel war es, eine britisch-französische Achse zu bilden, die so stabil war, dass *„nicht alles nach dem Willen der Deutschen lief“* (ebenda). Nach Thatchers Beschreibungen war François Mitterrand mit ihr einer Meinung und äußerte, dass Frankreich in Momenten der Gefahr immer ein besonderes Bündnis mit Großbritannien gehabt habe, und dass er glaube, solch ein Zeitpunkt wäre erneut gekommen (Vgl. Thatcher, 1993, S. 1103). Doch kamen erste Zweifel auf, als Mitterrand bei einem Besuch in Ostberlin

betonte, er sei keiner, der bei einer möglichen Einheit die Bremse ziehe. Wenig später erklärte er Thatcher persönlich, dass keine Macht die deutsche Wiedervereinigung aufhalten könne (Vgl. Thatcher, 1993, S. 1104). Damit hatte die Premierministerin auch diesen Verbündeten verloren. François Mitterrand beschrieb hingegen, er habe Thatcher von Anfang an gesagt, dass *„ich den Aufbau Europas, dessen einen Pfeiler die BRD bilde, nicht gegen eine wünschenswerte, aber auf gute Gefühle beschränkte französisch-englische Entente eintauschen würde."* (Mitterrand, 1996, S. 38).

Der Grund für Thatchers ablehnende Haltung zur Wiedervereinigung lag zum einen in ihrer antideutschen Einstellung, die aus Kindheitserinnerungen an den Zweiten Weltkrieg entstanden war. Margaret Thatcher lebte damals in Grantham, das an wichtigen Straßen- und Bahnverbindungen lag. Zusätzlich lagen die Fliegerhorste der Royal Air Force ganz in der Nähe. Dem zufolge musste Thatcher viele Luftangriffe und Bombardierungen hinnehmen, genau wie Lebensmittelrationierungen und Ausfälle im Stromnetzwerk (Vgl. Jackisch, 2004, S. 56). Durch diese Kriegserlebnisse war sie dementsprechend empfänglich für Schauergeschichten über die Deutschen und das Heldentum der eigenen Soldaten. Dieses antideutsche Denken verstärkte sich während ihrer politischen Karriere. 1959 vertrat sie den Wahlkreis Finchley, der zu etwa 20% aus emigrierten Juden bestand. Das Mitgefühl mit den Vertriebenen beeinflusste ihre Denkweise, später holte sie auch viele Juden in ihr Kabinett. 1986 besuchte sie als erstes britisches Staatsoberhaupt Israel. Das Bild, das sie damals von Deutschland erhielt, beeinflusste maßgeblich ihre Deutschlandpolitik in den Jahren vor und zur Zeit der Wiedervereinigung (Vgl. Jackisch, 2004, S. 59ff.). Sie fürchtete, dass das Böse der Vergangenheit noch ein Teil des deutschen Charakters sei, der immer wieder an die Oberfläche kommen könnte. Nach Meinung Thatchers gäbe es in Deutschland einen Nationalcharakter, der *„stets auf unberechenbare Weise zwischen Aggression und Selbstzweifeln"* schwanke und Deutschland zu einer eher destabilisierenden Kraft in Europa mache (Thatcher, 1993, S. 1095). Man brauche die militärische und politische Stärke der USA und deren enge Beziehungen zu den beiden anderen starken Staaten in Europa, Großbritannien und Frankreich. Nur dann könne man ein Gegengewicht zur Stärke Deutschlands bilden (Vgl. Thatcher, 1993, S. 1096). Zudem schien sie es als ungerecht zu empfinden, dass sich ausgerechnet Deutschland als wirtschaftlich erfolgreicher erwies als es Großbritannien zu diesem Zeitpunkt war (Vgl. Jackisch, 2004, S. 64). Immerhin hatte Großbritannien seit Kriegsende stückweise den Einfluss und seine Stellung als Weltmacht verloren (Vgl. Lehmann, 1996, S. 271).

Ein anderer Grund für ihre Abneigung gegen eine Wiedervereinigung liegt wohl in ihrem guten Verhältnis zum sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow begründet.

Sie galt als die erste Politikerin, die begriff, *„dass in der UdSSR eine „neue Zeit" angebrochen war"* (Gorbatschow, 1999, S. 59). Nach dem Mauerfall befürchtete Thatcher ebenso wie Gorbatschow eine Eskalation in der DDR. Sie war davon überzeugt, dass eine deutsche Einheit die Machtposition Gorbatschows im eigenen Land gefährden würde und seinen Gegnern Oberwasser bringe (Vgl. Bullard, In: Becker, 1992, S. 37). Wenn das geschähe, wären Gorbatschows Reformpolitik und die Veränderungen in der UdSSR in Gefahr, was sich auch negativ auf die Fortschritte in der Überwindung des Kalten Kriegs auswirken würde (Vgl. ebenda, S. 68ff.). Thatcher verglich es mit dem Öffnen der *„Büchse der Pandora"* (Thatcher, 1993, S. 1099).

Margaret Thatcher sah den Kommunismus als Antithese zur Demokratie. Bevor Gorbatschow in den Kreml einzog bezeichnete sie die Sowjets als menschliche und ökonomische Versager, was ihr seitens der dortigen wütenden Öffentlichkeit den Spitznamen „Eiserne Lady" einbrachte (Vgl. Jackisch, 2004, S. 71). Erst mit dem Antritt Gorbatschows änderte sie ihre Meinung über die *„Unmenschlichkeit"* und die *„Unfähigkeit des Sowjet-Regimes"* (Thatcher, 1993, S. 637). Die geschäftliche wie die menschliche Beziehung zu Gorbatschow veränderte ihre Haltung und gab der bisher antikommunistischen Außenpolitik eine neue Richtung (Vgl. Himmler, 2001, S. 51). Demnach wollte sie die Öffnung der UdSSR nach Westen unbedingt beibehalten. Wenn ein vereinigtes Deutschland diese Politik gefährde, sollten sich die Deutschen mit ihren Wünschen hintenanstellen. Durch diverse Abkommen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion festigte sich die gute Beziehung zwischen den beiden immer mehr. Daher glaubte Thatcher auch ganz genau zu wissen, welche Motive und Ziele Gorbatschow trieben. Dementsprechend war sie fest davon überzeugt, dass er einer Einheit Deutschlands genauso negativ gegenüberstehen würde wie sie selbst (Vgl. Jackisch, 2004, S. 77).

Darüber hinaus war die Premierministerin ärgerlich darüber, dass sowohl Michail Gorbatschow als auch der amerikanische Präsident George Bush Deutschland Großbritannien den Vorrang zu geben schienen (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 110). Über ihren ehemals engsten Verbündeten schrieb sie in ihren Erinnerungen: *„Mein Eindruck war, daß ich mich nicht mehr wie zuvor jederzeit auf die Zusammenarbeit mit den Amerikanern verlassen konnte, (…)"* (Thatcher, 1993, S. 1064). Sie selbst hatte zu Bundeskanzler Helmut Kohl stets ein angespanntes Verhältnis. Beide hatten völlig unterschiedliche Charaktere und gerieten daher des Öfteren in Streitigkeiten (Vgl. Jackisch, 2004, S. 49ff.).

Im Frühjahr 1989 befanden sich die deutsch-britischen Beziehungen nach einem eskalierten Streit über die mögliche Modernisierung von atomaren Kurzstreckenwaffen auf dem Tiefpunkt, was eine schlechte Voraussetzung für die Einheits-Frage darstellte (Vgl. Himmler, 2001, S. 82f.). Bereits vorher fühlte sich Thatcher in Bezug auf Willy Brandts neue Ostpolitik und die damit einhergehende Anerkennung und Kooperation mit der DDR, aber auch in Bezug auf Kohls verkündetes 10-Punkte-Programm nicht ausreichend informiert und reagierte dementsprechend verärgert, was das deutsch-britische Verhältnis ebenfalls anspannte (Vgl. Jackisch, 2004, S. 38ff.). Deswegen traf es Thatcher besonders hart, dass gerade sie als *„Entdeckerin"* Gorbatschows immer mehr außen vor blieb, während sich die Beziehung zwischen Gorbatschow und Helmut Kohl intensivierte (Vgl. Jackisch, 2004, S. 86). Daher ließ sie sich bei Gorbatschows Besuch in Bonn im Juni 1989 zu einem abfälligen Kommentar hinreißen und bezeichnete die Begeisterung des deutschen Volkes als *„Gorbi-Manie"* (Thatcher, 1993, S. 1033). Ebenso negativ äußerte sie sich zu der Zustimmung zur Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO. Sie war der Meinung, dass die Sowjetunion die DDR gegen eine Finanzspritze aus der Bundesrepublik für ihre marode Wirtschaft verscherbelt habe (Vgl. Thatcher, 1993, S. 1096), was von Gorbatschow als *„Unsinn"* und *„primitiver, kleinkrämerischer Ansatz"* bezeichnet wurde, wobei in den Jahren nach der Einheit tatsächlich mehrere Milliarden von Deutschland in die Sowjetunion flossen (Vgl. Jackisch, 2004, S. 86).

Für Thatchers Politik gab es auch harsche Kritik aus anderen wie auch der eigenen Partei. So warf der Vorsitzende der Labour-Partei, Neil Kinnock, Thatcher vor, dass sie bezüglich einer deutschen Einheit nur zur Vorsicht mahne um ein *„Alibi für Nichtstun"* zu haben (Grudinski/Krönig, zit. nach Bortfeldt, 1993, S. 111[1]). Das Verhältnis mit Amerika spannte sich an, da Thatcher die europäische Integration im Gegensatz zu Bush nicht befürwortete und sich dadurch innerhalb Europas isolierte. *„Mit Margaret Thatcher, die offensichtlich gegen alles war, war für Amerika wie für die Sowjetunion keine europäische Politik zu machen"* (Bortfeldt, 1993, S. 112). So verlor Thatcher ihren Einfluss auf dem europäischen diplomatischen Parkett (Vgl. ebenda). Trotzdem sah sie sich weiterhin im Recht. Noch 1993 sagte sie: *„Deutschland hat Europa aus dem Gleichgewicht gebracht."* (Bölte, zit. nach: Jackisch, 2004, S. 25[2]). Sie gab aber auch zu,

[1] Grudinski, Ulrich: „Frau Thatchers deutscher Vorbehalt". In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.12.1989/Krönig, Jürgen: „Rückgriff aufs alte Repertoire". In: DIE ZEIT vom 24.11.1989

[2] Bölte, Emil (1993): Was Kohl haben will, das bekommt er. In: Neue Osnabrücker Zeitung vom 1.11.1993

bei der Frage der deutschen Wiedervereinigung *„unzweifelhaft gescheitert“* zu sein (Thatcher, 1993, S. 1125).

Nicht nur Margaret Thatcher sorgte mit ihrer Einstellung im britischen Parlament für Unmut. Kabinettsminister Nicholas Ridley sorgte im Juli 1990 für Aufregung, als er sich in einem Interview negativ über die Deutschen und die Europäische Gemeinschaft äußerte. Er sah diese in Zukunft von einem vereinigten Deutschland dominiert (Vgl. Bullard, In: Becker, 1992, S. 37). Für Protest sorgten vor allem die Äußerungen, er hätte lieber wieder Schützengräben und eine Chance zurückzuschlagen als allein durch Wirtschaftsmacht übernommen zu werden (Vgl. Jackisch, 2004, S. 206). Ridley entschuldigte sich zwar später für seine Worte, dennoch war das Interview ein Skandal, auch weil viele glaubten, dass Margaret Thatcher, auch wenn sie es nie öffentlich aussprach, die gleiche Ansicht vertrat (Vgl. ebenda, S. 208f.).

Thatchers langjähriger Außenminister Sir Geoffrey Howe war dagegen anderer Meinung und befürwortete ein gemeinsames Europa, auch mit einem vereinten Deutschland. Thatcher beurteilte sein Urteilsvermögen als getrübt, entzog ihm das Amt des Außenministers und verlieh ihm stattdessen die wenig beachtete Stellung als Vizepremierminister. Nach andauernden Unstimmigkeiten mit Thatcher sah sich Howe bereits wenig später gezwungen von diesem Amt zurückzutreten. Dies war auch Ausdruck der endgültigen Spaltung innerhalb der eigenen Partei, was Klaus-Rainer Jackisch schlussendlich als Grund für den Sturz Thatchers anführte (Vgl. Jackisch, 2004, S. 138). Auch andere konservative Politiker, die zwar ebenso wie Thatcher den Zweiten Weltkrieg miterlebt hatten und Angehörige verloren hatten, vertraten die Meinung man solle nicht zurückblicken sondern den Deutschen bei der Verwirklichung der Einheit helfen (Vgl. Jackisch, 2004, S. 290).

3.2.2 Öffentlichkeit

Nicht nur die Mitglieder ihres Parlaments gingen in Opposition zu Margaret Thatcher. Auch die britische Bevölkerung stand einer deutschen Wiedervereinigung weit weniger kritisch gegenüber als seine Premierministerin. Laut einer Umfrage, die im Oktober 1989 durchgeführt wurde, waren 70% für eine deutsche Einheit. Bei denen, die sich kritisch äußerten, herrschte bei 16% die Angst vor einer militärischen Bedrohung durch ein wiedervereinigtes Deutschland, 36% fürchteten sich vor den wirtschaftlichen Konsequenzen (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 113). Die große Zustimmung zur Wiedervereinigung führte Heinrich Bortfeldt darauf zurück, dass eine deutsche Einheit

„zum damaligen Zeitpunkt mehr ein wünschbares, weit entferntes Ziel ausdrückte und deshalb mehr Unterstützung fand." (Bortfeldt, 1993, S. 113). Zudem habe die britische Bevölkerung, wie auch die französische, Mitleid mit den Menschen im geteilten Deutschland gehabt und mit ihrer Zustimmung Sympathie mit ihnen zum Ausdruck gebracht (Vgl. ebenda). Darüber hinaus stellte man fest, dass das Deutschlandbild der meisten Briten nicht mehr von der Nazi-Vergangenheit geprägt, sondern durchaus ein wohlwollendes war (Vgl. Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 29). Was aber auffallend war, waren die Schwankungen in der britischen Meinung. Waren im Oktober 1989 noch 70% für die Vereinigung, waren es im November nur noch 55%, im Januar 1990 sogar nur noch 45% (Vgl. Lehmann, 1996, S. 289). Diese Ergebnisse können verschiedene Ursachen haben. Julian Bullard führte sie darauf zurück, dass die Briten in diesem Zeitraum intensiver über eine Einheit nachgedacht und die möglichen Konsequenzen genauer erfasst hatten, was zu einer höheren Skepsis führte. Er schloss aber auch eine Einflussnahme durch die Politik nicht aus (Vgl. Bullard, In: Becker, 1992, S. 39). Es könnte jedoch auch sein, dass die Erhebung der Daten in den verschiedenen Umfragen unterschiedlich durchgeführt wurde und andere Parameter eingesetzt wurden, wodurch die Studien nicht zu vergleichen wären.

Der britische Historiker Richard J. Evans war nach eigener Aussage *„begeistert als die Mauer fiel"* (Evans, In: Kuczynski, 2005, S. 49), obwohl er wie die meisten Engländer nicht damit gerechnet hatte. Erst im September 1989 hatte er ein Buch veröffentlicht, in dem er die deutsche Wiedervereinigung als unmöglich ausschloss. *„Das war natürlich etwas peinlich."* (ebenda, S. 48). Als die Einheit aber als Thema im Raum stand, fühlte er keine Ängste und bezeichnete die Reaktion von Premierministerin Margaret Thatcher als *„absurd"* (ebenda, S. 49).

Im Gegensatz zu den positiven Stimmen im Land konnten die Zeitungen „Economist" und „Los Angeles Times" aber in eigenen Umfragen auch eine größere Besorgnis über die mögliche Macht eines vereinten Deutschlands feststellen. Über die Hälfte der Befragten, circa 53% befürchteten eine Rückkehr der Deutschen zum Faschismus, 28% konnten sich vorstellen, dass Deutschland versucht seine Grenzen auszuweiten (Vgl. Jackisch, 2004, S. 297f.). Richard J. Evans bot eine mögliche Erklärung. Zum einen sagte er, dass die Bewunderung des wirtschaftlichen Erfolges der Deutschen durch die Briten angesichts der eigenen wirtschaftlichen Probleme 1990 schließlich kippte. Zum anderen musste man, um sich selbst zu definieren, ein neues Feindbild suchen, nachdem der Kommunismus zusammengebrochen war und nicht mehr zur Verfügung stand. Daher berief man sich auf alte Ängste vor den Nazis (Vgl. Evans, In: Kuczynski, 2005, S. 49f.).

Beeinflusst wurde die öffentliche Meinung, ob positiv oder negativ, auf jeden Fall von den regen Diskussionen in den britischen Medien.

3.2.3 Presse

Manche Zeitungsberichte in Großbritannien, wie auch das bereits erwähnte Interview mit Nicholas Ridley, heizten die öffentliche Diskussion über die deutsche Wiedervereinigung deutlich an. Es gab nicht nur positive Stimmen in der englischen Presse. Der britische Karikaturist Bill Caldwell zeichnete das vereinigte Deutschland als marschierenden Wehrmachtsoldaten und machte mit dem Titel „Marsch des Vierten Reiches“ (s. Abbildung 4) seine Meinung deutlich (Vgl. Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 29).

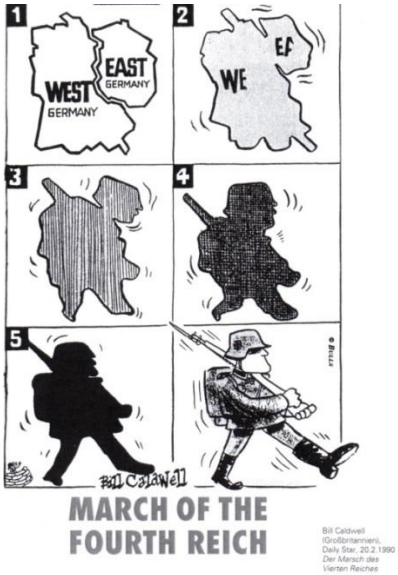

Abb. 4: Karikatur Bill Caldwell, „Der Marsch des Vierten Reiches“, 1990 (Quelle: Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 35)

Der Kolumnist Connor Cruise O’Brien schrieb am 31. Oktober 1989 in der „Times“ von einer Wiederbelebung der nationalsozialistischen Rassenlehre und der Befürchtung, in Deutschland würden wieder Hitler-Denkmäler aufgestellt (Vgl. Davy, In: Europa-Archiv, Folge 4/90, S. 142). Er erwartete die erneute Vertreibung von Ausländern aus Deutschland und einen Anschluss Österreichs (Vgl. Lehmann, 1996, S. 420). Zwei Wochen später, nach dem Fall der Mauer, musste er aber selbst einsehen, dass seine Befürchtungen nicht der Wahrheit entsprachen. Trotzdem befürwortete er die Einheit nur unter dem Gesichtspunkt, dass nationalsozialistische Kräfte so keinen Auftrieb bekommen könnten (Vgl. Jackisch, 2004, S. 298). Man muss bei negativen Artikeln wie diesen aber auch berücksichtigen, dass die „Times“ grundsätzlich der Politik von Margaret Thatcher nahe stand (Vgl. Lehmann, 1996, S. 420). Es ist also nur bedingt

davon auszugehen, dass diese Meinungsäußerungen der Einstellung der britischen Bevölkerung entsprachen. Die Zeitung zeigte auch Verständnis für die Äußerungen von Nicholas Ridley. Er habe das Recht dazu, vor Deutschland zu warnen. Es sei noch nicht bewiesen, dass es nicht einen Rückfall in den Nationalsozialismus gebe (Vgl. Lehmann, 1996, S. 421).

Doch es gab auch positive Berichte. Ebenfalls in der „Times“ veröffentlichte Bernard Levin schon vor dem Mauerfall einen Kommentar, in dem er in einer möglichen Einheit keine Gefahr sah. Er ging von einer Erweiterung der Bundesrepublik aus, die er als Modell der Demokratie empfand und von der nichts zu befürchten sei. Auch die Ostdeutschen wären zu begeistert über ihre neue Freiheit, als dass sie ein neues antidemokratisches Regime fördern würden (Vgl. ebenda, S. 299).

Die Zeitung „The Economist“ nahm keine eindeutige Haltung zur Einheit ein. Obwohl traditionell auch eher auf Seiten Margaret Thatchers, veröffentlichte sie eine ausgeglichene Zahl von angstschürenden und angstzerstreuenden Beiträgen (Vgl. Lehmann, 1996, S. 421). So schrieb sie einerseits von einer *„Horrorversion“* eines vereinten Deutschlands, aber auch davon, dass die Deutschen aus ihrer bisherigen Geschichte gelernt hätten und kein Viertes Reich aufbauen wollten (Vgl. ebenda).

Die restlichen britischen Zeitungen befürworteten uneingeschränkt die deutsche Einheit. Die liberale Zeitung „The Guardian“ stellte sich besonders massiv gegen die verzögernde Politik Thatchers und verurteilte auch die Aussagen von Ridley. Sie warf den beiden vor, mit solchen Fehltritten den Einfluss des Vereinigten Königreichs auf die Entwicklungen in der deutschen Frage selbst zu mindern (Vgl. Lehmann, 1996, S. 423). Man brauche auch keine Angst vor einer Wiedervereinigung zu haben, da Westdeutschland seit Kriegsende bewiesen habe, dass sein weiterer Weg in der Demokratie liege und sich daran auch nach der Einheit nichts ändern würde (Vgl. ebenda). Auch der „Observer“ und der „Independent“ versuchen, der britischen Bevölkerung die möglichen Bedenken zu einem vereinigten Deutschland zu nehmen. Es komme nicht darauf an, dass ein großes Deutschland über 80 Millionen Menschen einschließen würde, sondern darauf, welchen Charakter und welche Einstellungen diese Menschen hätten. In diesem Punkt würde kein Grund zur Besorgnis bestehen (Vgl. Lehmann, 1996, S. 423ff.). Die Gefahr, die der „Independent“ sah, war die Isolation Großbritanniens in der Europäischen Gemeinschaft, die die Zeitung Margaret Thatcher zur Last legte (Vgl. ebenda, S. 425). Peter Jenkins schrieb, ebenfalls im „Independent“, dass die deutsche Einheit für alle, die für Freiheit eintreten würden, das erklärte Ziel sein müsse. Er fand es traurig, dass sich Großbritannien durch Thatchers Deutschlandpolitik

„gegen den Lauf der Geschichte gestellt“ und dadurch die Beziehungen zur Bundesrepublik verschlechtert habe (Jenkins, 1990, In: Jackisch, 2004, S. 301). Er sah die beste Möglichkeit zur Beeinflussung der Ereignisse darin, sich mit ihnen mitzubewegen und bezeichnete ein vereinigtes Deutschland als *„Juwel in der Krone eines vereinigten Europa.“* (Vgl. Davy, In: Europa-Archiv, Folge 4/90, S. 144).

Der Karikaturist Nicholas Garland verarbeitete auf humorige Art und Weise im „Spectator“ die Äußerungen von Nicholas Ridley, indem er ihn als *„Wandschmierer“* darstellte, *„der Kanzler Kohl den Schnurrbart Hitlers anmalt.“* (Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 29) (s. Abbildung 5). Man vermutete in England, dass Ridley auch wegen dieser Karikatur zurücktreten musste (Vgl. ebenda).

Abb. 5: Karikatur Nicholas Garland, 1990 (Quelle: Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 33)

In Großbritannien ließ sich die wahrscheinlich größte Diskrepanz zwischen Politik und öffentlicher bzw. veröffentlichter Meinung feststellen. Zwar war auch das Kabinett unter Margaret Thatcher mehrheitlich für eine Einheit, konnte aber gegen die „Eiserne Lady“ und ihre Deutschlandpolitik nicht viel ausrichten. Die Zeitungen äußerten sich überwiegend positiv über eine Einheit und bildeten so vermutlich auch die Einstellung der britischen Bevölkerung.

3.3 Frankreich

Die Beziehung der BRD zu Frankreich wurde seit 1945 als eine Art „Vernunftehe“ verstanden, die ihre Existenz aus einer Spaltung Deutschlands in zwei Teile bezog (Vgl. Soutou, In: Becker, 1992, S. 3). Daher war es hier von besonderem Interesse, wie sich das Verhältnis mit der Entwicklung der deutschen Einheit veränderte. Dies gilt besonders unter dem Umstand, dass Mitterrand noch 1979 die deutsche Einheit als *„weder*

wünschenswert noch möglich“ abschrieb (Schütze, In: Europa-Archiv, Folge 4/90, S. 134).

3.3.1 Politik

Frankreichs Präsident François Mitterand reagierte gespalten auf die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung. Er gratulierte einerseits zur neuen Freiheit und Selbstbestimmung, fürchtete aber ebenso wie Margaret Thatcher um die Stabilität in Europa (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 106). Trotz offizieller Hinwendung zur deutschen Einheit, herrschte in Frankreich auch die Angst, dass sich ein vereinigtes Deutschland zum einen hin zur Sowjetunion orientieren könnte und zum anderen mit neuer ökonomischer Macht einen zu großen Einfluss in Europa erlangen könnte (Vgl. Soutou, In: Becker, 1992, S. 7). Daher war Frankreich vor allem daran interessiert, Deutschland fest in die Europäischen Strukturen einzubinden um auch eventuelle militärische Kämpfe in Zukunft zu vermeiden (Vgl. Jackisch, 2004, S. 134). Die Politiker Frankreichs fürchteten sich vor allem vor einem „Zweiten Rapallo“, also einem erneuten Pakt zwischen Deutschland und der UdSSR unter Ausschluss der Westmächte (Vgl. ebenda).

Laut eigener Aussage hatte Mitterrand keine Angst vor der deutschen Einheit. In einer Rede vor dem Europaparlament am 25. Oktober 1989 fragte er noch: *„Im Namen wessen könnte man das deutsche Volk anklagen, daß es wieder zusammenzukommen wünscht?“* (Mitterrand, 1996, S. 45). Am 3. November, sechs Tage vor dem Fall der Mauer, sagte er: *„Was vor allem zählt, das ist der Wille und die Entschlossenheit des Volkes (…) Die Geschichte ist da, ich nehme sie, wie sie ist.“* (ebenda, S. 46). Die Einheit sei ein legitimes Ziel, vor dem man sich nicht zu fürchten brauche (Vgl. Lehmann, 1996, S. 431). Den Fall der Berliner Mauer feierte er als große Volksbewegung und einen Schritt hin zur Freiheit. Er verglich die Ereignisse in Deutschland in diesem Zusammenhang auch mit der Französischen Revolution von 1789 (Vgl. Schabert, 2002, S. 409). Nach Ines Lehmann nahm Mitterrand jedoch nur solange eine befürwortende Haltung zur deutschen Einheit ein, wie er mit einem Veto der Sowjetunion zu einer deutschen Einheit rechnen und diese damit als unmöglich einstufen konnte (Vgl. Lehmann, 1996, S. 434). Bereits kurz nach dem Mauerfall ruderte er zurück, indem er der französischen Zeitschrift „Paris Match“ sagte, dass seine früheren Aussagen nicht bedeuteten, er würde die Wiedervereinigung Deutschlands unterstützen. Diese könnte schließlich die Nachkriegsgrenzen infrage stellen und neue Konflikte auslösen (Vgl. Jackisch, 2004, S. 185). Das Recht auf Selbstbestimmung gestand er den Deutschen

weiterhin zu, jedoch pochte er auf die Rechte der Siegermächte, die in dieser Frage unbedingt miteinbezogen werden müssten. Europas Stabilität habe in jedem Fall Vorrang gegenüber einer deutschen Einheit (Vgl. Lehmann, 1996, S. 435).

Diese Aussagen stehen im völligen Widerspruch zu dem Bild des angstfreien Präsidenten, das Mitterrand später gerne von sich selbst zeichnete. In seinen Erinnerungen „Über Deutschland" beschrieb er später ein Gespräch mit Margaret Thatcher indem er ihr angeblich schon im Januar 1989 klarmachte, dass er nicht nein zu einer Wiedervereinigung sage. *„Das wäre dumm und unrealistisch. Ich sehe nicht, welche Kraft in Europa sie verhindern könnte."* (Mitterrand, 1996, S. 37f.). Aber neben seinen Äußerungen sorgten auch seine Taten nach dem 9. November 1989 für Verwirrung. Im Dezember 1989 besuchte er den sowjetischen Generalsekretär in Kiew. Ziel war es anscheinend, den Beistand Gorbatschows bei der Blockierung der Wiedervereinigung einzuholen (Vgl. Giesbert, 1997, S. 497). Er selbst bestritt dies vehement und betonte, *„daß Frankreich Freund und Verbündeter der Bundesrepublik ist."* (Mitterrand, 1996, S. 82). Frankreich sei bereits einmal selbst in sich gespalten gewesen, *„wie könnten wir die Gefühle und Anliegen derjenigen nicht verstehen, die dies ihrerseits erfahren?"* (ebenda). Er habe lediglich mit Gorbatschow über Deutschland sprechen wollen, da es trotz Frankreichs Orientierung zum Westen *„ein großer Verstoß gegen die Geschichte gewesen"* wäre *„unsere Tür nach Osten zu schließen und Rußland von unserer Landkarte auszuradieren."* (ebenda, S. 85). Kurz darauf besuchte Mitterrand auch demonstrativ die DDR und sagte hinterher, er habe keinen gefunden, der den Wunsch einer Einheit geäußert hätte. Dies wurde natürlich von den anderen Nationen als Unterstützung für das kommunistische Regime gewertet (Vgl. Giesbert, 1997, S. 497). Besonders in der Kritik standen sein Lob für den Beitrag der DDR zur *„Weltzivilisation"* und die Zusicherung der französischen Solidarität mit der DDR (Vgl. Jackisch, 2004, S. 188). Auch bezüglich dieses Besuches bestritt Mitterrand in seinen Erinnerungen eine Absicht zur Blockierung der deutschen Einheit. Er sei lediglich neugierig gewesen und wollte das Land kennenlernen. Allerdings ging es ihm nach Tilo Schabert auch darum, Frankreichs Präsenz in Osteuropa zu demonstrieren (Vgl. Schabert, 2002, S. 454). In seinen eigenen Schilderungen gab Mitterrand auch zu: *„Noch war die deutsche Einheit als Tatsache nicht besiegelt, mein Wunsch war, daß Frankreich dabei präsent sei und seine Rechte auf die ihm gemäße Art ausübe."* (Mitterrand, 1996, S. 95).

Dennoch wollte er nichts unternehmen, was das Schicksal Gorbatschows im eigenen Land besiegeln würde. Die deutsche Frage sei mit der russischen verbunden. Er betonte, dass man nicht gegen den Strom der Geschichte schwimmen könne. Die

deutsche und die europäische Einheit müssten gleichzeitig vollzogen werden (Vgl. Teltschik, 1991, S. 99). Ein vereinigtes Deutschland müsse *„dem europäischen Gleichgewicht Rechnung tragen."* (Mitterrand, 1996, S. 101). Angesichts seiner ständig wechselnden Meinungen zur deutschen Einheit waren alle anderen Verbündeten irritiert, Margaret Thatcher warf ihm sogar einen *„Hang zur Schizophrenie"* vor (Thatcher, 1993, S. 1103).

Nach seinem Besuch in der DDR musste François Mitterrand einsehen, dass diese keine Zukunft mehr hatte. Zudem sträubte sich nun auch Gorbatschow generell nicht mehr gegen eine deutsche Einheit. Als Mitterrand begriff, dass die Wiedervereinigung nicht mehr zu verhindern war, versuchte er den Schaden zu begrenzen und befürwortete sie auch offen, um die deutsch-französischen Beziehungen nicht zu gefährden (Giesbert, 1997, S. 498), die seit Kohls Verkündung des 10-Punkte-Plans im November 1989 bereits sehr angespannt waren (Vgl. Lehmann, 1996, S. 439). So sagte er, er glaube nicht an die Fortsetzung der deutschen Teilung und sei keiner, der die Einheit bremse. *„Ich sage, daß der Wille des deutschen Volkes sich äußern und in Erfüllung gehen möge."* (Mitterrand, 1996, S. 102). Bei einem erneuten Besuch bei Michail Gorbatschow versuchte er, ihn zu einer Zustimmung zur deutschen Mitgliedschaft in der NATO zu überreden (Vgl. Lehmann, 1996, S. 448). Mitterrand und Bundeskanzler Kohl versöhnten sich und machten sich daran, *„Europa in Schwung"* zu bringen (Vgl. Giesbert, 1997, S. 498). Bei den Verhandlungen zu der Wiedervereinigung Deutschlands war das wichtigste Ziel Mitterrands die Unantastbarkeit der Grenzen zu fixieren und sich dabei auf die Verträge von Helsinki zu berufen (Vgl. Mitterrand, 1996, S. 44). Einziger Spannungsfaktor zwischen ihm und Bundeskanzler Kohl, war dessen fehlendes Bekenntnis zur polnischen Grenze, das in den Augen Mitterrands früher hätte kommen müssen (Vgl. Mitterrand, 1996, S. 120). Als jedoch die Grenzfragen geklärt waren, konnte auch der französische Präsident zufrieden sein. Im Rückblick sagte er selbst: *„So endete eine Kontroverse, die die französisch-deutsche Freundschaft auf die Probe gestellt hatte."* (Mitterrand, 1996, S. 138).

Wirklichen Einfluss auf die Entwicklungen in der deutschen Frage konnte Mitterrand aber, ebenso wie Margaret Thatcher, nicht geltend machen (Vgl. Duisberg, 2005, S. 105f.). *„Entscheidend war die Haltung der Sowjetunion auf der einen und der Vereinigten Staaten auf der anderen Seite."* (Duisberg, 2005, S. 106). Der Autor Franz-Olivier Giesbert war ebenfalls der Ansicht, dass Frankreich weder direkt noch indirekt eine Rolle bei der Einheit gespielt hat (Vgl. Giesbert, 1997, S. 497). Mitterrand habe nur Fehler gemacht, die zu Irrtümern und Verunsicherungen, auch im eigenen Land, führten. Er verstärkte durch sein Verhalten die Angst vor einem übermächtigen, dominierenden

Deutschland. Giesbert sah in der Bewegung um die Wiedervereinigung nur zwei Alternativen: *„Entweder man folgt ihr, um sie besser steuern zu können, oder man beweist seine Schwäche, indem man den Lauf der Dinge verzögert. Mitterrand wählte die zweite Option (…)“* (Giesbert, 1997, S. 497).

Die Fehleinschätzungen Mitterrands bezüglich der deutschen Einheit waren aber angesichts der Versöhnung mit Kohl und dem Erfolg in seiner europäischen Arbeit schnell verziehen (Vgl. ebenda, S. 498f.).

3.3.2 Öffentlichkeit

Einer Wiedervereinigung stimmte das französische Volk mehrheitlich zu und nahm sie als natürliche Entwicklung zur Kenntnis (Vgl. Soutou, In: Becker, S. 4). In einer Umfrage vom November 1989 befürworteten 60% der Franzosen eine deutsche Einheit, nur 19% waren dagegen. Zwei Monate zuvor betrug die Zustimmung sogar noch 78% (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 112). Die Gründe hierfür waren nach Heinrich Bortfeldt ähnlich wie in Großbritannien. Die Einheit war ein theoretisches Wunschdenken, man wollte Solidarität mit dem deutschen Volk ausdrücken (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 113). Georges-Henri Soutou sah die Gründe in dem Gedanken an das Selbstbestimmungsrecht, der in Frankreich tief verwurzelt war. Außerdem fand auch die Annäherung der europäischen Nationen und damit eine Verbesserung der französisch-deutschen Beziehungen die Zustimmung der Bevölkerung (Vgl. Soutou, In: Becker, 1992, S. 4). Soutou betonte auch, dass nicht die Wiedervereinigung Europa destabilisieren könnte, wie es von einigen gefürchtet wurde, sondern dass im Gegenteil die Teilung Deutschlands zur Destabilisierung beitrug. Voraussetzung für ein stabiles Europa sei demnach die Überwindung der deutschen Spaltung (Vgl. ebenda, S. 6).

Auch die Politikwissenschaftlerin Anne-Marie Le Gloannec war nach eigener Aussage begeistert von einer möglichen deutschen Einheit, obwohl sie vorher nicht daran glaubte. Für sie schien es aber sicher, dass die DDR nicht weiter existieren konnte (Vgl. Le Gloannec, In: Kuczynski, 2005, S. 87). Dass Deutschland sowohl in der NATO als auch in der Europäischen Gemeinschaft verankert war, empfand sie als besonders wichtig, da so eventuelle Verunsicherungen und Sorgen der anderen Länder verhindert werden konnten (Vgl. ebenda, S. 91f.). Wie die Franzosen zur deutschen Einheit standen, war für sie eine Generationsfrage. Die Jüngeren vertraten eher die Ansicht, dass eine Einheit vollzogen werden sollte und ärgerten sich über das mangelnde Verständnis der Älteren

(Vgl. ebenda, S. 88). Le Gloannec kritisierte auch das starre Denken François Mitterrands. *„Er dachte immer nur in geopolitischen Kategorien. Daher war er auch dafür, dass Deutschland zweigeteilt bleiben sollte. Er konnte eben nur den Status Quo denken."* (Le Gloannec, In: Kuczynski, 2005, S. 88).

3.3.3 Presse

Die französische Presse war innerhalb der westlichen Siegermächte diejenige, die die meisten Ängste vor einer deutschen Einheit äußerte. Bereits vor dem Mauerfall äußerte sich die Zeitung „Liberation" beunruhigt darüber, dass die Ereignisse in Europa nicht mehr von Diplomaten und Regierungen sondern vom Volk auf der Straße bestimmt würden (Vgl. Charlier, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/90, S. 179).

Die kommunistische Zeitung „L'Humanité" betrauerte die Übernahme der DDR durch die ihrer Meinung nach *„imperialistische"* und *„kapitalistische"* Bundesrepublik (Vgl. Lehmann, 1996, S. 725). Dies wollte sie nicht hinnehmen und versuchte, den *„antifaschistischen Volksfrontgedanken"* beim französischen Volk zu aktivieren, um sich gegen die *„deutsche Gefahr"* zu wehren (Vgl. ebenda). Die DDR, für die Zeitung das Symbol für den Sieg über den Faschismus in Hitler-Deutschland, sollte mit aller Macht erhalten werden, die Wiedervereinigung wurde strikt abgelehnt. Nicht nur dem Volk, auch der Regierung legte „L'Humanité" nahe, sich der Einheit zu widersetzen (Vgl. ebenda). Das konservative Magazin „Le Point" sah in der deutschen Einheit ein gewaltiges Sicherheitsproblem, dass in einem Machtzuwachs und Abdriften Deutschlands Richtung Osten gipfeln würde. Das Magazin wünschte sich, dass Deutschland sich trotzdem nicht von Frankreich und der Europäischen Gemeinschaft abwenden würde (Vgl. Lehmann, 1996, S. 730). Gleichzeitig rief es die Rechte der vier Siegermächte in Erinnerung und fragte, ob es denn unbedingt ein vereintes Deutschland geben müsse. Die Antwort auf diese Frage liege allein in der Hand der Alliierten (Vgl. ebenda).

Im Gegensatz zu den bisher beschriebenen Zeitungen äußerte sich „Le Monde" deutlich differenzierter über eine deutsche Einheit. Sie sah schon früh die Unvermeidbarkeit einer Vereinigung und forderte die französische Regierung und auch die Europäische Gemeinschaft dazu auf, diese zu unterstützen (Vgl. Lehmann, 1996, S. 732). Besorgt zeigte sich das Blatt über die sich verschlechternden Beziehungen zwischen Frankreich

und Deutschland nach Kohls Vorstoß mit seinem 10-Punkte-Plan. Den gleichen Standpunkt vertrat auch die „Libération“, die alle Ängste vor einem großen Deutschland mit dem Argument zurückwies, dass man diese ja auch nicht vor der Bundesrepublik gehabt hätte (Vgl. Lehmann, 1996, S. 734).

„Le Figaro“ nahm eine geteilte Meinung in der deutschen Frage ein. Einerseits befürchtete die Zeitung wirtschaftliche und politische Übermacht der Deutschen und eine Orientierung nach Osten, andererseits äußerte man in einigen Artikeln auch großes Vertrauen in die Bundesrepublik und deren Bundeskanzler Helmut Kohl (Vgl. Lehmann, 1996, S. 727). Ähnlich sah das der „Nouvel Observateur“, der gleichzeitig die meisten angstfördernden aber auch die meisten beruhigenden Artikel veröffentlichte. Den Gefahren, die durch ein vereintes Deutschland entstünden, könne man nur mit einem schnellen und intensiven Aufbau eines gemeinsamen Europas und mit einer noch stärkeren Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich entgegenwirken (Vgl. Lehmann, 1996, S. 728).

Der Franzose Louis Mitelberg veröffentlichte im Dezember 1989 in „L’Express“ eine Karikatur, auf der Helmut Kohl die Quadriga auf dem Brandenburger Tor, Symbol der Teilung und der Einheit, lenkt, vor der die Alliierten eingespannt zu sehen sind. Kohl hat also nach Ansicht Mitelbergs die Siegermächte *„vor seinen Karren gespannt“* (Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 30) (s. Abbildung 6).

Abb. 6: Karikatur Louis Mitelberg, 1989 (Quelle: Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 38)

Einig waren sich alle Zeitungen, wie auch viele andere westliche Medien, in ihrer Sorge um Kohls zögerliches Bekenntnis zur deutsch-polnischen Grenze. Je nach Blattlinie wurde er unterschiedlich scharf kritisiert (Vgl. Lehmann, 1996, S. 736).

3.4 Sowjetunion

Die Sowjetunion hatte mit der Gründung der DDR 1949 und der Abschottung gegenüber dem Westen maßgeblich dazu beigetragen, dass Deutschland über Jahrzehnte hinweg in einem Zustand der Teilung verharrte. Erst durch den Amtsantritt Michail Gorbatschows wurde der Umgang zwischen Sowjetunion und Westalliierten entspannter. Ein Ende des Kalten Krieges und damit eine deutsche Vereinigung rückten in den Bereich des Möglichen. Trotzdem hatten die anderen Alliierten damit gerechnet, dass sich die Sowjetunion der deutschen Einheit verweigern würde. Daher ist es spannend zu sehen, wie dort der Entscheidungsprozess abgelaufen ist.

3.4.1 Politik

Für die Sowjetunion und deren führende Person Michail Gorbatschow kam die rasante Entwicklung in der DDR, genau wie für die anderen Alliierten, überraschend (Vgl. Gorbatschow, 1995, S. 700). Dennoch ging er schlussendlich den entscheidenden Schritt, um Deutschland eine Einheit zu ermöglichen.

Schon bei seinem Amtsantritt als Generalsekretär der KPdSU im März 1985 sorgte Michail Gorbatschow für Aufsehen, als er umfassende Reformen in den politischen und wirtschaftlichen Strukturen der Sowjetunion auf den Weg brachte. Sein Programm, die sogenannte Perestroika (Umgestaltung), hatte einen Umbau der politischen und der Wirtschaftsordnung zum Ziel. Marktwirtschaftliche Elemente sollten die Eigenverantwortung sowie die Produktivität und Effizienz der UdSSR steigern. Dieser Prozess sollte gleichzeitig völlig transparent und öffentlich vonstattengehen, ein Ansatz, der heute unter dem Namen Glasnost bekannt ist (Vgl. Jackisch, 2004, S. 72f.).

Die neue, offene Politik Gorbatschows fand im eigenen Land und vor allem in der eigenen Partei viele Gegner, während man ihm im Ausland am Anfang nicht traute und einen Trick dahinter vermutete. Helmut Kohl verglich ihn sogar mit dem ehemaligen NS-Propagandaminister Joseph Goebbels, was Gorbatschow als eine *„Abgeschmacktheit“* empfand (Vgl. Gorbatschow, 1999, S. 65). In der KPdSU selbst wurde der revolutionäre Stil vor allem von Altkommunisten und Stalinisten bekämpft (Vgl. Jackisch, 2004, S. 72f.) Aus diesem Grund nahm Gorbatschow zunächst öffentlich keine eindeutige Haltung zu einer möglichen Einheit beider deutschen Staaten ein. Seiner Ansicht nach werde *„die Geschichte über die deutsche Frage entscheiden“*. Man solle die Vorgänge aber nicht künstlich beschleunigen (Vgl. Teltschik, 1991, S. 63). *„Um dieses Urteil zu formulieren,*

gab ihr (der Geschichte, Anm. d. Verf.) *der Generalsekretär fünfzig bis hundert Jahre."* (Falin, 1997, S. 149). Dies betonte er bereits in eine Rede am 15. November 1989, in der er zum ersten Mal das Thema Wiedervereinigung anschnitt, diese aber nicht zu einer Frage der internationalen Politik erklärte. Außerdem sei das eine Sache zwischen DDR und BRD (Vgl. Teltschik, 1991, S. 37).

Nach dem Mauerfall zeigte sich Gorbatschow gegenüber den anderen Alliierten besorgt, dass die Lage in Berlin eskalieren könnte und sowjetische Soldaten angegriffen werden könnten (Vgl. Thatcher, 1993, S. 1097). Wäre das geschehen, hätten Gorbatschows Gegner seine Politik verurteilen und ihn stürzen können. Damit wäre auch das Ende des Kalten Krieges in weite Ferne gerückt (Vgl. Jackisch, 2004, S. 71). Dennoch wollte er seine *„Politik des Neuen Denkens"* (Gorbatschow, 1995, S. 711) nicht aufgeben. Diese beinhaltete eben auch die nationale Selbstbestimmung und die Nichteinmischung der UdSSR in innere Angelegenheiten der ihrem Machtbereich zugehörigen Staaten. Trotzdem war die sowjetische Regierung zutiefst beunruhigt über die Ereignisse. Man befürchtete einen Kontrollverlust über die Situation und ein daraufhin ausbrechendes Chaos in der DDR (Vgl. ebenda). Wenn eine Wiedervereinigung stattfinden sollte, dann müsse sie möglichst langsam vollzogen werden um die Lage im Griff zu behalten. Daher reagierte Gorbatschow auch zutiefst verärgert auf Bundeskanzler Helmut Kohls 10-Punkte-Programm, das eine recht schnelle deutsche Einheit zum Ziel hatte. Nach seiner Meinung, die er gegenüber dem amerikanischen Präsidenten George Bush auf einem Treffen auf Malta im Dezember 1989 äußerte, habe Kohl nicht adäquat auf die Herausforderungen für die politischen Beziehungen reagiert (Vgl. Gorbatschow, 1995, S. 712). *„Meiner Meinung nach waren einseitige Versuche, den Vereinigungsprozeß zu forcieren, dazu angetan, die Gemüter in Deutschland nur zusätzlich zu erhitzen und die Lage in Europa zu destabilisieren."* (ebenda, S. 713).

Auch wenn Michail Gorbatschow sich nie eindeutig für die Wiedervereinigung ausgesprochen hatte, hatte er sie jedoch innerlich wohl schon lange akzeptiert. Ein Ende des Ost-West-Konfliktes schien mit einem gespaltenen Deutschland unmöglich. Dazu kam, dass das Verhältnis zwischen Erich Honecker und Michail Gorbatschow in den letzten Jahren signifikant abgekühlt war. Gorbatschow verachtete die Politik Honeckers, während dieser wiederum die Reformen und die Öffnung gen Westen nicht nachvollziehen konnte und ihr als Gegner gegenüber stand (Vgl. Jackisch, 2004, S. 80). Er weigerte sich dementsprechend, die Reformen der Perestroika auch in der DDR einzuführen. Darüber hinaus verbot er sowjetische Filme und Zeitschriften und ließ besonders *„reformerische"* Reden Gorbatschows vor Veröffentlichung in der DDR zensieren (Vgl. Riese, In: Europa-Archiv, Folge 4/90, S. 120). Besonders einschneidend

waren für Gorbatschow wohl die Erlebnisse bei der 40-jährigen Jubiläumsfeier der DDR, zu der er angereist war. Während Honecker sich feierte und Militärparaden aufmarschieren ließ, rief das Volk in aller Öffentlichkeit Gorbatschow um Hilfe an. Dieser zeigte sich überrascht, einerseits von der öffentlichen Verachtung für die Regierung der DDR, aber auch über die Solidarität mit seiner eigenen Politik. Im Gegensatz zu Honecker hatte Gorbatschow in diesem Moment das Ende der DDR erkannt (Vgl. Jackisch, 2004, S. 81). *„Es war ja mit bloßem Auge zu sehen, daß das Land einem brodelnden Kessel mit dicht verschlossenem Deckel glich."* (Gorbatschow, 1995, S. 711). Oder wie es Gorbatschows Berater Valentin Falin später ausdrückte: *„Die Information über zunehmende Zerfallserscheinungen in der DDR sollte den Generalsekretär veranlassen, die Taktik des Abwartens, bis die „Geschichte" ihr Urteil spreche, zu modifizieren."* (Falin, 1997, S. 29). Gorbatschow versuchte nochmals, Honecker seine Reformen auch für die DDR nahe zu bringen. Doch Honecker ging nicht darauf ein. *„Er hatte schon damals den Realitätssinn verloren."* (Gorbatschow, 1999, S. 86).

Gorbatschow traf im Folgenden zwei wichtige Entscheidungen auf dem Weg zur Einheit. Zum einen stimmte er Anfang des Jahres 1990 generell einer Wiedervereinigung Deutschlands zu, wenn diese ruhig und friedlich verlaufe. Das Hauptziel war es, Sicherheitsgarantien für die UdSSR, wie beispielsweise die Abrüstung in Europa oder die Umorientierung der NATO auszuhandeln (Vgl. Schewardnadse, 1991, S. 241). Nach eigener Aussage regte er selbst die späteren „Zwei-plus-Vier"-Gespräche an (Vgl. Gorbatschow, 1995, S. 715). Eine Rolle, die auch die anderen Alliierten für sich beanspruchten. Mit US-Außenminister Baker stimmte er sich im Februar soweit ab, als dass die inneren Punkte der Wiedervereinigung Sache der Deutschen seien, die äußeren Faktoren aber unter den Siegermächten zu verhandeln wären. Eine Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO schloss er noch aus, da er der Meinung war, dass die Sicherungsmechanismen in Europa von neuen Strukturen übernommen werden müssten, die sich im gesamteuropäischen Prozess bilden sollten (Vgl. Gorbatschow, 1995, S. 715).

Die zweite wichtige Entscheidung Gorbatschows betraf die vollständige Zugehörigkeit Deutschlands zum NATO-Bündnis. Außenminister Eduard Schewardnadse bekam für die anstehenden „Zwei-plus-Vier"-Verhandlungen zunächst den Auftrag, eine vollständige Neutralität oder im äußersten Fall eine Mitgliedschaft Deutschlands in beiden Bündnissen, NATO und Warschauer Pakt, auszuhandeln. Deutschland dürfe für niemanden eine Bedrohung darstellen (Vgl. Gorbatschow, 1995, S. 721f.). Mitte Juli 1990 aber gab Gorbatschow Helmut Kohl bei dessen Besuch in Moskau aber die

endgültige Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft, unter der Bedingung, dass sich deren Militärstrukturen nicht auf das Gebiet der DDR ausweiten würden und sowjetische Truppen für einen bestimmten Zeitraum noch in Ostdeutschland stationiert bleiben dürften (Vgl. Gorbatschow, 1995, S. 725). *„Wir brauchten Garantien dafür, daß vom Territorium der ehemaligen DDR, auch nach dem Abzug unserer Truppen, keine Bedrohung für die Sowjetunion ausgehen werde."* (ebenda). Man einigte sich darauf, dass Deutschland seine Truppen reduzieren würde und auf nukleare sowie auf biochemische Waffen verzichtete (Vgl. Gorbatschow, 1995, S. 725). Gorbatschow verstand es aber auch, die Unvermeidbarkeit der Wiedervereinigung zu seinem Vorteil zu nutzen und massive finanzielle Hilfen durch Deutschland herauszuschlagen (Kim, 1992, S. 218)

Gorbatschow beschrieb 1995 in seinen Erinnerungen die Entwicklung, die 1989 in Deutschland begann, als eine Probe für die sowjetisch-amerikanischen, aber auch für die sowjetisch-deutschen Beziehungen (Vgl. Gorbatschow, 1995, S. 700).

„Diese Probe war schwierig und schmerzlich für alle, besonders aber für die Sowjetunion und Deutschland. Die Hauptakteure in diesem Geschehen haben sie indes, nach meinem Empfinden, bestanden.(…) In der damaligen, konkreten Situation haben wir sowohl hinsichtlich der Wahrung unserer Interessen als auch im Hinblick auf die Erhaltung des Friedens in Europa das Bestmögliche getan." (ebenda).

Er erklärte seine endgültige Zustimmung zur Wiedervereinigung damit, dass er unter drei Gesichtspunkten gehandelt habe. Zum ersten habe er den moralischen Punkt betrachtet, der die ewige Spaltung Deutschlands für unzulässig erklärte. Man könne einem Volk nicht für immer seine Vergangenheit vorhalten. Zum Zweiten gab es den politischen Aspekt. Um die Einheit zu verhindern, hätte Gorbatschow Militär und Gewalt einsetzen müssen, was die bereits erzielten Fortschritte in der Entspannungspolitik zunichte gemacht hätte. Der dritte Standpunkt, der strategische, bezieht sich auf die spezielle Beziehung zwischen der UdSSR und Deutschland, die mit der *„Unterdrückung des demokratischen Strebens nach Wiedervereinigung"* vergiftet worden wäre und *„den natürlichen Interessen Rußlands unermeßlichen Schaden zugefügt"* hätte (Gorbatschow, 1999, S. 84). Dies galt es zu verhindern. *„Wir können die Vergangenheit nicht vergessen. (…) Aber wir müssen unser Gesicht Europa zuwenden."* (ebenda, S. 141).

Insgesamt hat Gorbatschow mit seiner Perestroika und seiner Entspannungspolitik nicht nur die deutsche Einigung ermöglicht sondern leistete auch einen großen Beitrag zum Ende des Kalten Krieges. Das amerikanisch-sowjetische Verhältnis normalisierte sich, es bestand keine Notwendigkeit mehr sich bei der militärischen Aufrüstung zu überbieten

oder die andere Ideologie anzufeinden. Die Mitgliedsstaaten der KSZE unterzeichneten einen Nichtangriffspakt. In Europa und der Welt waren die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben geschaffen. Gorbatschows Vision vom gemeinsamen europäischen Haus konnte anfangen sich zu entwickeln (Vgl. Kim, 1992, S. 248). Man muss aber auch berücksichtigen, dass Gorbatschow durch die schlechte wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion und dem Zusammenbruch der ideologischen Ordnung in Osteuropa im Prinzip keine andere Wahl hatte, als der Vereinigung Deutschlands zuzustimmen (Vgl. Ruffmann, In: Becker, 1992, S. 51f.). Dieser Meinung war auch der damalige französische Premier François Mitterrand, der schrieb: *„Allerdings erschien es mir offensichtlich, daß er an der Spitze eines starken Staates nie der Einheit Deutschlands zugestimmt hätte."* (Mitterrand, 1996, S. 43). Inwieweit diese Einschätzung stimmte und ob in diesem Fall Deutschland noch immer nicht vereinigt wäre, kann man heute nicht mehr sagen. Was bleibt ist die Würdigung von Gorbatschows Rolle im Einigungsprozess. Hans-Dietrich Genscher war der Meinung, *„daß die deutsche Einheit nur möglich wurde, weil Gorbatschow eine völlig neue Politik in der Sowjetunion eingeleitet hat."* (Kuhn, 1993, S. 7). Auch Altbundeskanzler Helmut Kohl ist sich sicher, dass es ohne den sowjetischen Generalsekretär kein Ende des Kalten Krieges und keine Einheit Deutschlands gegeben hätte, genau wie Horst Teltschik, der in Gorbatschow *„die Schlüsselfigur schlechthin"* im Einigungsprozess sah (ebenda, S. 8).

Auch andere politische Akteure der Sowjetunion waren in den Einheitsprozess eingebunden. Der damalige Außenminister Eduard Schewardnadse setzte sich für eine Wiedervereinigung ein. Laut eigener Aussage dachte er bereits 1986, dass *„die deutsche Frage zum wichtigsten, für Europa ausschlaggebenden Problem aufrücken"* würde (Schewardnadse, 1991, S. 233). Er warnte davor, dass eine endgültige Ablehnung der Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO unnötige Spannungen mit den USA hervorrufen würde (Vgl. Falin, 1997, S. 153). Der ehemalige Leiter der internationalen Abteilung des Zentralkomitees und Berater Gorbatschows, Valentin Falin, hatte dagegen nicht viel für die Wiedervereinigung, beziehungsweise für die Art und Weise der Verhandlungen, übrig. Er warf in seinem Buch „Konflikte im Kreml" den anderen Alliierten vor, die Sowjetunion vor vollendete Tatsachen gestellt zu haben. Als Legitimation dafür dienten ihnen die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der angeschlagenen UdSSR (Vgl. Falin, 1997, S. 164f.). Dafür beeinflussten sie nicht nur die Mitglieder der NATO sondern auch die des Warschauer Paktes. *„Das Ziel ist unschwer zu erkennen: Die UdSSR soll sowohl in der Sechsergruppe als auch beim Treffen der 35 Staaten Europas isoliert und ins Abseits gedrängt werden"* (ebenda, S. 165). Er versuchte Gorbatschow davon zu überzeugen, dass die NATO sich immer weiter nach

Osten ausbreiten würde, wenn man ihr erst einmal das Gebiet der DDR überlassen hätte (Vgl. ebenda, S. 179). Für Falin gingen mit der Wiedervereinigung alle Grundrechte der Sowjetunion als Siegermacht verloren, während die anderen Alliierten immer noch Kontrolle über Deutschland ausüben konnten. Seiner Meinung nach hätte die Sowjetunion *„entschlossener und konsequenter“* vorgehen müssen um ihre Interessen zu wahren (Vgl. ebenda, S. 194). Dass sie ihre Position aufgegeben habe sei ein schwerer Irrtum gewesen, den sie hätte korrigieren müssen und zwar *„solange wir noch relativ frei in unseren Entscheidungen waren und nicht mit dem Rücken zur Wand standen.“* (Falin, 1997, S. 202).

3.4.2 Öffentlichkeit

Die deutsche Frage, die die Politik so lange in Atem hielt, fand in der sowjetischen Öffentlichkeit nur wenig statt. Über zwei Drittel interessierten sich nur wenig oder gar nicht für außenpolitische Geschehnisse (Vgl. Lehmann, 2001, S. 399). Sie glaubten aber mehrheitlich, dass das durch die sowjetischen Medien vermittelte Bild der Deutschen durchaus als objektiv eingestuft werden könnte (Vgl. ebenda, S. 402). Die in Berlin lebende Russin Sonja Margolina bestätigte, dass in ihrer Heimatstadt Moskau die westlichen Länder, aber auch die DDR nicht im Bewusstsein der Menschen vorkam. *„Wir lebten ja auf einem anderen Stern.“* (Margolina, In: Kuczynski, 2005, S. 156). Auch der Schriftsteller Michail Ryklin, Leiter des Fachbereichs Philosophische Anthropologie an der Moskauer Akademie der Wissenschaften *sah „keinen Anlass, sich für die Ostdeutschen zu interessieren.“* (Ryklin, In: Kuczynski, 2005, S. 169).

Nach Ines Lehmann reagierten die Bürger der Sowjetunion erfreut auf den Mauerfall in Berlin, vor allem weil sie hofften, der Flüchtlingsstrom aus Ostdeutschland würde damit eingedämmt. Sie vertraten aber auch die Ansicht, eine weitere Trennung dürfe man den Deutschen nicht zumuten (Vgl. Lehmann, 2001, S. 404). Sonja Margolina war ebenfalls froh, als in Berlin die Mauer fiel, eine Wiedervereinigung erschien für sie selbstverständlich. Sie hatte auch keine Angst, dass ein vereintes Deutschland zu groß werden könnte. *„Ich bin doch keine Französin. Ich bin in einem Imperium aufgewachsen. So groß wie Russland würde Deutschland nie werden.“* (Margolina, In: Kuczynski, 2005, S. 156). Was Margolina nicht verstand, war die Euphorie, mit der im Ausland auf Gorbatschow reagiert wurde. In der UdSSR sei man eher vorsichtig mit ihm umgegangen, er sei als jemand angesehen worden, der nicht weiß, was er will (Vgl. Margolina, In: Kuczynski, 2005, S. 157). Dies deckt sich auch mit der Einschätzung Ines

Lehmanns. Die anfängliche Hoffnung, die die Sowjetbürger in die Perestroika gesetzt hatten, war erloschen und hatte sich in Kritik gewandelt (Vgl. Lehmann, 2001, S. 45). Auch in den untersuchten Zeitungsberichten wurde die Kritik an Gorbatschow im eigenen Land erwähnt. So sehr er auch zum Frieden in Europa beigetragen hat, die Armut und das Leid in seinem Land konnte er nicht verhindern.

Michail Ryklin verstand nach der Öffnung der Grenzen sofort, dass das ganze sozialistische System am Ende war. Ängste vor einer Einheit hatte er aber trotzdem nicht, da er wusste, dass die Deutschen aus ihrer Vergangenheit gelernt hatten und sich die Lage zumindest in der Bundesrepublik seit Ende des Zweiten Weltkriegs grundsätzlich verändert hatte (Vgl. Ryklin, In: Kuczynski, 2005, S. 170). Die Deutschen hätten sich, im Gegensatz zu den Sowjets, mit ihrer Geschichte befasst und begonnen, sie aufzuarbeiten. Es seien keine Ähnlichkeiten mehr mit den Deutschen des Dritten Reiches festzustellen (Vgl. ebenda). Auch der Russe Alexej Grigorjew bestätigte, dass in der sowjetischen Öffentlichkeit das Bild des „hässlichen Deutschen“ nicht mehr verbreitet war. Nach Grigorjew hatten sich die Deutschen seit dem Krieg verändert, waren toleranter und anpassungsfähiger geworden und wollten ihre unrühmliche Vergangenheit abschließen (Vgl. Grigorjew, In: Wickert, 1990, S. 203). Er konnte aber auch diejenigen verstehen, die vor der neu entwickelten Ausländerfeindlichkeit und den neonazistischen und antisowjetischen Kränkungen Angst hatten (Vgl. ebenda). Andrej Kortunov führte diese Angst aber vor allem auf den älteren Teil der sowjetischen Bevölkerung zurück, der sich noch gut an den Zweiten Weltkrieg erinnern konnte und ein vereinigtes Deutschland als militärische Bedrohung empfand (Vgl. Kortunov, In: Wickert, 1990, S. 241). Die Jungen machten sich eher Sorgen um das politische Gleichgewicht in Europa, das sich bei einer Wiedervereinigung Deutschlands zu Ungunsten der Sowjetunion entwickeln würde (Vgl. ebenda, S. 242).

Trotzdem, nach einer Umfrage vom April 1990 waren 60% der Sowjets für eine deutsche Wiedervereinigung, bei den unter 30-jährigen waren es sogar 68%. 63% sahen jedoch als Bedingung der Einheit die endgültige Anerkennung der Grenzen durch Deutschland (Vgl. Kortunov, In: Wickert, 1990 S. 244f.). Ines Lehmann zeigte, dass die Zustimmung bereits im Oktober 1989 groß war. 66,7% fürchteten sich nicht vor einem vereinten Deutschland und glaubten nicht, dass eine Gefahr von ihm ausgehen würde (Vgl. Lehmann, 2001, S. 405). Die meisten waren der Meinung, der Krieg sei vorüber und man freue sich mit den Deutschen. Im Oktober 1990, als die Einheit tatsächlich bevor stand, sprachen sich allerdings nur noch 57% für die deutsche Wiedervereinigung aus. Je realistischer und konkreter die Einheit wurde, desto niedriger war die Zustimmung in der UdSSR. Vermutlich hatten auch die Sowjets, wie die Alliierten, damit gerechnet,

dass Gorbatschow eine Einheit verhindern würde und daher beruhigt ihre Stimme für die Vereinigung in dem Glauben abgegeben, sie werde doch nie eintreten. Trotz der verringerten Begeisterung über die Einheit stimmten über die Hälfte der Befragten zu, dass man unter die Vergangenheit einen Schlussstrich ziehen müsse. 49% waren sich sicher, dass die Einheit für die Sowjetunion von wirtschaftlichem Vorteil sein würde (Vgl. Lehmann, 2001, S. 409).

3.4.3 Presse

Bevor man sich die Meinungen der Presse anschaut, muss man festhalten, dass auch unter Gorbatschows Reformpolitik Meinungs- und Pressefreiheit in der UdSSR nicht gegeben war. Es wurde absolute Loyalität mit der Regierung erwartet, die Zensur wurde erst im August 1990, gegen den Willen Gorbatschows, abgeschafft (Vgl. Lehmann, 2001, S. 206). Ines Lehmann stellte aber zumindest fest, dass sich die Medien bereits im Laufe des Jahres 1989 liberalisierten und immer öfter auch Kritik an Gorbatschow übten (Vgl. Lehmann, 2001, S. 226ff.). Man kann also nicht genau sagen, ob die Berichte auch die wirkliche Meinung der Presse und der Öffentlichkeit widerspiegeln. Fest steht jedoch, dass Auslandsberichterstattung zu Zeiten von innenpolitischer Zerrüttung nicht besonders gefragt war und die Umwälzungen in Ostdeutschland daher nicht besonders beachtet wurden (Vgl. Lehmann, 2001, S. 232). Die auflagenstärkste Zeitung „Argumenty i Fakty“ erwähnte beispielsweise weder den Mauerfall, noch die Geschehnisse danach, die zur deutschen Einheit führten (Vgl. ebenda, S. 234).

Anfangs waren die Berichte auch noch von einem scharfen Ton geprägt. Besonders bei der Grenzöffnung Ungarns waren die Zeitungen sehr gegen die BRD eingenommen und warfen ihr vor, alles geplant zu haben und Menschenhandel zu betreiben (Vgl. Lehmann, 2001, S. 244ff.). Ein Vorwurf, den auch die DDR-Regierung gerne aufnahm. Die Reaktionen der sowjetischen Presse, die weiter zur Wiedervereinigung folgten, waren aber relativ positiv, angesichts der Tatsache, dass gerade in der UdSSR der Krieg noch sehr gegenwärtig war. Der Mauerfall wurde von den sowjetischen Zeitungen als eine vernünftige Entscheidung der SED-Regierung in Ostberlin begrüßt. Die Berichte waren aber möglichst emotionslos und uninteressiert gehalten. Die Maueröffnung wurde nicht als historisches einmaliges Ereignis verstanden, als das sie in anderen Ländern gefeiert wurde. Trotzdem schrieb die Nachrichtenagentur TASS von dem Niedergang eines Symbols der Trennung Europas. Nun könne man den Bau des gemeinsamen europäischen Hauses in Angriff nehmen (Vgl. Lehmann, 2001, S. 415). Eine

Wiedervereinigung sahen die sowjetischen Medien nicht. Sie glaubten, die Regierung sei stark genug um die DDR wieder auf einen besseren und erfolgreicheren Weg zu führen (Vgl. ebenda, S. 253ff.). Als sich dies als hoffnungslos erwies schwenkten sie auf Regierungskurs ein und wollten entweder ein neutrales Deutschland oder eines, das in beiden Militärbündnissen bleiben sollte (Vgl. Lehmann, 2001, S. 315ff.). Die Zeitung „Iswestija“ berichtete nach Gorbatschows Zustimmung zu Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO wiederum regierungskonform, dass dies der einzig mögliche und vernünftige Schritt gewesen sei und betonte auch die Selbstbestimmung, die jedes Volk besitzen sollte. Die Zeitung war zuversichtlich, dass Moskau mit einem einheitlichen Deutschland ein zuverlässiger Partner zur Seite stehe, der auch finanzielle Unterstützung auf sich nehme. Die beiden Nationen hätten nun einen neuen *„Weg des Vertrauens und der Zusammenarbeit eingeschlagen“* (Teltschik, 1991, S. 345). Als Ausdruck der Hoffnungen der Sowjetunion auf deutsche Hilfsleistungen malte der Karikaturist Motchalov, in Anlehnung an die „Rosinenbomber“ zu Zeiten der Luftbrücke, einen „Wurstbomber“, der die sowjetische Bevölkerung mit Hilfsgütern versorgt. Diese reagiert erleichtert mit den Worten *„Gott sei Dank, die Lufthansa kommt“* (Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 30) (s. Abbildung 7).

Abb. 7: Vladimir Motchalov, 1992 (Quelle: Haus der Geschichte der BRD, 1994, S. 39)

Zwischenfazit:

Insgesamt lässt sich bei den Haltungen der Alliierten eine Abstufung feststellen. Am aufgeschlossensten zeigten sich die USA, gefolgt von Frankreich, das mit einem Einbezug der EG punkten konnte, jedoch vor allem mit einer schwankenden Haltung auf sich aufmerksam machte. Die Sowjetunion, anfangs reserviert, hatte sich schlussendlich mit der Einheit abgefunden und sie akzeptiert, was Margaret Thatcher in Großbritannien bis zum Schluss nicht gelungen ist. Einig waren sich aber alle, dass eine mögliche

Wiedervereinigung langsam und schrittweise erfolgen sollte um die Stabilität Europas nicht zu gefährden (Vgl. Bortfeldt, 1993, S. 113). Von der plötzlichen Dringlichkeit des Themas wurden alle überrascht, reagierten aber unterschiedlich geschickt.

4. Die Haltung Österreichs

Über die Haltung Österreichs zur deutschen Wiedervereinigung ist, vor allem über die Berichterstattung, relativ wenig publiziert worden. Daher werden für dieses Kapitel hauptsächlich die Aufsätze von Ines Lehmann und Rainer Gries herangezogen.

Durch die große Nähe zur deutschen Geschichte fiel das Interesse an der Deutschen Frage in den Jahren 1989/90 relativ groß aus. Österreich sorgte sich um die Eigenständigkeit des eigenen Staates, man wollte auf gar keinen Fall als dritter deutscher Staat angesprochen werden (Vgl. Schulmeister, In: Europa-Archiv, Folge 4/90, S. 145). Mit seiner vertraglich zugesicherten Neutralität hatte das Land sich aus der Zweiteilung Europas heraushalten können. Dennoch ordnete man sich eher dem westlichen Lager zu (Vgl. ebenda). Mit Deutschland verband Österreich eine komplizierte Beziehung. Oft fühlte man sich gegenüber dem größeren Nachbarn benachteiligt und nicht ernst genommen. Dazu kamen die wenig rühmlichen Kapitel der jüngeren gemeinsamen Geschichte. Dennoch war die Bundesrepublik einer der wichtigsten wirtschaftlichen Partner Österreichs. Rund 40% der Importe kamen aus der BRD unter deren Bevölkerung Österreich auch als beliebtes Reiseland galt (Vgl. Lehmann, 1997, S. 111f.). Doch auch mit der DDR hegte man gute politische und wirtschaftliche Beziehungen, nachdem man sie 1972 anerkannt hatte. Der damalige Bundeskanzler Kreisky war der erste westliche Regierungschef, der die DDR 1978 offiziell besuchte, umgekehrt war Österreich das erste westliche Land, dem Erich Honecker 1980 einen Staatsbesuch abstattete (Vgl. Lehmann, 1997, S. 112).

Politik

Die offizielle Reaktion der österreichischen Politik fiel positiv aus. Kanzler Vranitzky bezeichnete die Einheit als Tag der Genugtuung und Freude, auch für Österreich. Er sah die deutsche Vereinigung als endgültigen Abschluss der Nachkriegszeit. Er gratulierte Deutschland zu einem weiteren Schritt in einer Neuordnung Europas, zu der Österreich gleichfalls einen wirtschaftlichen und sozialen Beitrag leisten wolle. Besonders berücksichtigte Vranitzky die Leistung des deutschen Volkes, das für seine Träume

gekämpft habe, lobte aber auch die neue Politik der Entspannung zwischen den Alliierten, die die Reformen und damit die Einheit möglich gemacht hatte (Vgl. Lehmann, 1997, S. 113).

Allerdings gab es auch einen negativen Beigeschmack. Man fürchtete, dass der im Juli eingereichte und im eigenen Land hart erkämpfte Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft nun abgelehnt würde oder aufgrund der dringlicheren Anfrage der DDR zurückgestellt werden würde. Damit wäre Österreich ein Verlierer der deutschen Einheit gewesen (Vgl. Schulmeister, In: Europa-Archiv, Folge 4/90, S. 146). Wie die Untersuchung in dieser Arbeit zeigt, war diese Angst nicht unberechtigt. Die DDR wurde tatsächlich bevorzugt. Die Empörung in den österreichischen Medien war groß.

Man kann sich jedoch nicht unbedingt darauf verlassen, dass die öffentliche politische Meinung die wahren Einstellungen Österreichs widerspiegelte, *„denn Regierungen sagen und tun öffentlich nicht unbedingt das, was sie denken oder befürchten, sondern das, was politisch opportun ist."* (Lehman, 1996, S. 3). Niemand wollte es sich mit einem in Zukunft großen und dominanten Deutschland verscherzen. Nach Ines Lehmann kann man mögliche Ängste und Bedenken gegenüber der deutschen Einheit eher aus der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung herauslesen (Vgl. ebenda, S. 4). Daher ist die folgende Untersuchung auch besonders wichtig um die Haltung der Österreicher zu analysieren. Zunächst folgen jedoch die bereits bekannten Ergebnisse von bisherigen Untersuchungen.

Öffentlichkeit

Die öffentliche Meinung zur Wiedervereinigung war überwiegend positiv, obwohl sich vor allem in Wien die Menschen eher den östlichen Nachbarn Ungarn und Tschechien zugehörig fühlten. Nach Umfrageergebnissen vom Dezember 1989 wünschte sich nur eine knappe Mehrheit der Befragten Österreicher eine deutsche Wiedervereinigung. Interessant und auffallend war hier, dass Maturanten und Akademiker sich deutlich negativer äußerten als weniger gebildete Teile der Bevölkerung. Mehr als die Hälfte von ihnen stimmten gegen eine Einheit (Vgl. Gries, In: Ahbe/Gries/Schmale, 2009, S. 20).

Das Institut für Markt- und Sozialanalysen in Linz führte im Dezember 1989 eine Umfrage zu einer möglichen Einheit durch, nach der 45% der Österreicher eine Wiedervereinigung begrüßen würden. Fast genau so vielen, nämlich 38%, war die Frage jedoch egal. Eine im selben Monat durchgeführte Umfrage der „Presse" ergab, dass immerhin 58% für eine Einheit waren, allerdings auch 31% dagegen. Drei Monate

später, im März 1990, konnte der „Kurier“ aber eine Steigerung der Zustimmung auf 78% feststellen. Nach der Wiedervereinigung stieg diese Zahl nochmals auf 87% an. Sorgen machte ein einheitliches Deutschland nur 22% der Österreicher. Man ging eher von günstigen Auswirkungen für Europa aus. 77% erwarteten einen europäischen wirtschaftlichen Aufschwung und 70% hofften auf eine Weiterentwicklung der EG. In Österreich selber würde man nur geringfügige Folgen verspüren. 57% gingen zwar davon aus, dass Deutschland die führende Macht in Europa werden würde, eine Bedrohung für das eigene Land und andere Nachbarländer sahen aber nur 9% der Österreicher (Vgl. Lehmann, 1997, S. 114f.).

Allerdings glaubte man zu 43%, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland in Zukunft noch größer werden würde. Einen erneuten Anschluss Österreichs an Deutschland lehnte die überwältigende Mehrheit von 92% ab (Vgl. ebenda, S. 116). Dies kam auch in den untersuchten Artikeln deutlich zum Ausdruck.

Presse

Bei der Analyse der Berichterstattung der österreichischen Presse muss man berücksichtigen, dass sich 1989 bereits viele Printmedien in Hand der deutschen Verlage Springer und Westdeutsche Allgemeine Zeitung befanden. Dies muss man auch in der späteren Untersuchung der Zeitungen „Der Standard“ und „Kurier“ in Hinblick auf eine neutrale Berichterstattung beachten, beziehungsweise auch inwiefern die Meinung der Österreicher in diesen Medien widergespiegelt wurde.

Die rein österreichische Zeitung „Die Presse“ forderte bereits im Oktober 1989, nach anhaltenden Demonstrationen in der DDR und der Belagerung der Botschaften eine Öffnung des Brandenburger Tores um das Problem zu lösen. Andreas Unterberger sagte aber bereits zu diesem Zeitpunkt voraus, dass der Traum einer deutschen Einheit sich zu einem Albtraum entwickeln könnte, einerseits durch die Massen an Flüchtlingen, andererseits durch die Aufnahme der maroden DDR-Wirtschaft, die erst einmal saniert werden müsse (Vgl. Unterberger, In: Die Presse vom 8.11.89, zit. nach: Lehmann, 1997, S. 118). Unterbergers Fazit lautete: *„Es ist einer der ganz großen Momente der deutschen, der europäischen Geschichte. Die Tretminen, die der Kommunismus in die deutsche Erde gegraben hat, sind damit aber noch lange nicht beseitigt.“* (ebenda, S. 118f.).

Der Herausgeber von „Die Presse“, Otto Schulmeister, schrieb wie sein Kollege Unterberger nach der Maueröffnung am 9. November ebenfalls von Gefahren und appellierte an die Solidarität der Westdeutschen im neuen deutsch-deutschen

Zusammenleben, auch wenn es um die Knappheit von Wohnungen und Arbeitsplätzen gehe. Die propagierte Angst vor dem Vierten Reich hielt er für unsinnig (Vgl. Schulmeister, In: Die Presse vom 11./12.11.89, zit. nach: Lehmann, 1997, S. 119).

Das Magazin „Profil" sprach nach der Maueröffnung vom Zusammenwachsen zweier Deutschland, aber auch von dem Zusammenwachsen dreier Europa, nämlich West-, Mittel- und Osteuropa. Damit werde das Ende des Sozialismus besiegelt. *„Die DDR, Polen, Ungarn, sicher bald auch die Tschechoslowakei werden in den „Westen" eingesaugt. Jetzt erst ist Stalin wirklich tot."* (Nenning, In: Profil vom 13.11.89, zit. nach: Lehmann, 1997, S. 124). Günther Nenning beschrieb aber auch, dass ein vereinigtes Deutschland mit seiner geballten Wirtschaftsmacht zu einem Schreckgespenst der anderen Länder Europas werde und eine Wiedervereinigung gefährlich sei, wenn sie nicht mit einer Europäisierung einhergehe. Er war dennoch der Meinung, dass eine Verhinderung der Einheit nur militärisch möglich sei und daher noch gefährlicher für Europa wäre (Vgl. Nenning, In: Profil vom 22.1.90/12.2.90, zit. nach: Lehmann, 1997, S. 132ff.).

In einigen österreichischen Zeitungen wurde befürchtet, die raschen Entwicklungen in Deutschland könnten Einfluss auf Österreichs Chancen für eine Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft mindern (Vgl. Lehmann, 1997, S. 126). Daher setzte sich vor allem „Die Presse" für eine Mitgliedschaft ein und veröffentlichte immer wieder die Argumente, die für Österreich und gegen die DDR sprachen sowie Korrespondentenberichte aus Brüssel um alle dortigen Reaktionen festzuhalten und genau zu beobachten. Gleichzeitig machten Autoren der Zeitung auch Westdeutschland Vorwürfe, sich in diesem Zusammenhang nicht stark genug für Österreich einzusetzen (Vgl. ebenda, S. 126ff.). Helmut Kohls Weigerung einer endgültigen Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze stieß bei fast allen österreichischen Zeitungen auf Unverständnis, schüre er doch damit Europas Ängste vor einem vereinten Deutschland (Vgl. Lehmann, 1997, S. 134).

In der österreichischen Presse gab es positive Stimmen, die sich über die Wiedervereinigung freuten, zum Beispiel in der „Presse", die Gorbatschows Zustimmung zur Einheit im Februar 1990 als *„welthistorisches Ereignis"* feierte und die Österreicher aufforderte, sich *„herzlich zu freuen"* (Vgl. Die Presse, zit. nach: Lehmann, 1997, S. 132[3]). Doch es gab auch negative Berichte, wie Rainer Gries feststellte. Der Schriftsteller Johannes Mario Simmel befürchtete bereits einen nächsten Krieg und bezeichnete daher die Wiedervereinigung als große Katastrophe. *„Deutschland würde damit zur*

[3] Die Presse vom 12. Februar 1990

größten Industrienation werden, und spätestens in zehn Jahren könnten wir den nächsten Krieg haben, weiß der Himmel, gegen wen." (Simmel, 1989, In: Wochenpresse vom 17.11.1989, zit. nach. Gries, In: Ahbe/Gries/Schmale, 2009, S. 17)

Dem stimmte auch Gerhard Botz zu, der die mögliche Wiedervereinigung ebenfalls als *„politische Katastrophe für Österreich und nicht zuletzt für ganz Europa"* bezeichnete (Gries, In: Ahbe/Gries/Schmale, 2009, S. 17). Verschiedene Ökonomen sahen auch eine wirtschaftliche Krise auf Österreich zukommen, was von Österreichs Autoren aufgenommen wurde, die daraufhin auch das drastische Bild einer unbezähmbaren Wirtschaftsmacht Deutschlands zeichneten, die natürlich auch in Konkurrenz zum österreichischen Streben nach Dominanz im Ost-West-Handel stand (Vgl. ebenda, S. 18). Viele von ihnen betitelten Deutschland auch bereits als Viertes Reich. Man machte sich Sorgen, dass Österreich seine Eigenständigkeit verlieren und wieder von Deutschland einverleibt werden könnte. Dazu kam die mögliche äußere Bedrohung, die Deutschland für manches Nachbarland vielleicht darstellte, wenn es zusätzlich zur Wirtschaftsmacht auch eine militärische zurückgewinnen würde (Vgl. Gries, In: Ahbe/Gries/Schmale, 2009, S. 19). Es gab aber auch Menschen, die diesen Befürchtungen entgegensetzten, man solle erst einmal abwarten. Man könne ein vereinigtes Deutschland auch zukünftig unter Kontrolle halten. Die Ostdeutschen befänden sich gegenwärtig in Not, daher müsse man ihnen auch helfen. Dasselbe habe man auch bei der Liberalisierung in Ungarn getan, das im September 1989 die Grenzen nach Österreich geöffnet hatte. Trotzdem spiegelte die Diskussion in den Zeitungen die damalige Gefühlslage der österreichischen Bevölkerung wider. Einerseits freute man sich über die Überwindung des Eisernen Vorhangs, andererseits fürchtete man den großen Nachbarn, der die Stabilität, politisch wie auch psychosozial, im eigenen Land gefährden könnte (Vgl. Gries, In: Ahbe/Gries/Schmale, 2009, S. 20). Egal ob die österreichischen Zeitungen für oder gegen die Wiedervereinigung waren, gegen eine Neutralität Deutschlands, wie von der UdSSR zunächst gewünscht, sperrten sich alle, da ein neutrales Deutschland schwerer kontrollierbar ist, als bei einer Bündniszugehörigkeit (Vgl. Lehmann, 1997, S. 137).

Bei der Menge der Artikel über Deutschlands Einheit stellte Ines Lehmann fest, dass prinzipielles Interesse da war. Die „Zwei-plus-Vier"-Verhandlungen wurden aber nicht so intensiv verfolgt, wie in anderen westlichen Ländern (Vgl. Lehmann, 1997, S. 137). Nach Gorbatschows Zustimmung zu Deutschlands Vollmitgliedschaft in der NATO ließ das Interesse schlagartig nach. Nur die Unterzeichnung des Einigungsvertrages und die Feier der Einheit Anfang Oktober fanden noch Erwähnung (Vgl. Lehmann, 1997, S. 145).

Diese Erkenntnisse lassen sich durch die Untersuchung von „Standard“ und „Kurier“ größtenteils bestätigen. Die genauen Ergebnisse finden sich in den folgenden Kapiteln.

5. Forschungsdesign

In den folgenden Unterkapiteln wird das für diese Arbeit entwickelte Forschungsdesign dargestellt. Dies umfasst den derzeitigen Forschungsstand sowie den theoretischen Hintergrund, der der Untersuchung zugrunde liegt und die in der Untersuchung verwendete Methode.

5.1 Forschungsstand

Die zuletzt beschriebenen Kapitel bilden bereits den Forschungsstand ab, der die Basis für die empirische Untersuchung darstellt. Der Forschungsstand zu den geschichtlichen Fakten der Wiedervereinigung ist sehr umfangreich. Es gibt zahlreiche Bücher, die den Verlauf der Einheit und die Positionen der Alliierten von allen Seiten beleuchten. Die Berichterstattung, vor allem in Österreich, ist dagegen kaum untersucht und die bisherigen Ergebnisse divergieren in ihren Befunden über die öffentliche und veröffentlichte Meinung in Österreich. So stellt beispielsweise Rainer Gries fest, dass österreichische Schriftsteller und Journalisten der Meinung waren, die *„Wiedervereinigung (…) führe unweigerlich binnen eines Dezenniums zum Krieg auf dem alten Kontinent.“* (Gries, Rainer, In: Ahbe, Thomas/Gries, Rainer/Schmale, Wolfgang, 2009, S. 17) und sei daher eine *„politische Katastrophe für Österreich und nicht zuletzt für ganz Europa.“* (ebenda). Gries spricht von der Angst vor dem Vierten Reich. Nach Ines Lehmann ist die öffentliche Meinung zur Wiedervereinigung hingegen überwiegend positiv, wobei sie sich hauptsächlich auf Meinungsumfragen stützt. Danach befürworteten in den Monaten nach der Einheit *„87% der Befragten die deutsche Wiedervereinigung, nur 10% standen ihr eher negativ gegenüber …“* (Lehmann, Ines, 1997, S. 115). Bei den Presseberichten stellt allerdings auch sie eine negative Tendenz fest, wenn auch subtiler, als bei der Untersuchung von Rainer Gries: *„Angst vor einer Wiedervereinigung wird zwar nicht direkt formuliert, aber die deutsche Entwicklung wird wiederholt so als den Siegermächten ausgeliefert dargestellt, daß die Intention einer Selbst-Beruhigung nicht ausgeschlossen werden kann.“* (Lehmann, Ines, 1997, S. 120)

Die Berichterstattung bietet daher auch viel interessantes Material für diese Untersuchung und einen genaueren Einblick in die Meinung der Österreicher. Weitere Fragen, die sich stellen sind: Sind die österreichischen Medien überhaupt an den Ereignissen in Deutschland interessiert? Wie wird die Haltung der Alliierten in den österreichischen Medien dargestellt? Stimmt diese mit der wirklichen Haltung der Siegermächte überein? Was kann man aus den Artikeln und Kommentaren über die Meinung der Österreicher zur Wiedervereinigung schließen?

5.2 Funktionen der Massenmedien

Die Untersuchung basiert auf der Theorie der Funktionen der Massenmedien. *„Unter Funktionen verstehen wir jene Leistungen der Massenmedien, die diese für moderne Gesellschaften bzw. die Teilsysteme dieser Gesellschaften erfüllen."* (Rhomberg, 2009, S. 22). Medien sammeln Informationen aus der Gesellschaft, verarbeiten sie und geben sie an die Gesellschaft zurück. Damit generieren sie diese Themen zur öffentlichen Kommunikation (Vgl. Donges/Jarren, In: Haas/Jarren, 2002, S. 78f.). Man kann die Funktionen in drei verschiedene Kategorien einteilen, nämlich in soziale, politische und ökonomische Funktionen (Vgl. Meyen, 2004, S. 109). Die modernen Gesellschaftssysteme sind auf alle drei Funktionen gleichermaßen angewiesen.

> *„Das politische System bringt die allgemeinverbindlichen Entscheidungen hervor, derer die Gesellschaft zu ihrer Steuerung bedarf. Das System Kultur, mit Institutionen der Erziehung, Kunst und Religion, vermittelt den Sinnhorizont der Gesellschaft, und das System Wirtschaft ordnet die Versorgung der Gesellschaftsmitglieder mit Gütern und Dienstleistungen."* (Saxer, In: Haas/Jarren, 2002, S. 3).

Die Medien dienen diesen drei Bereichen und stellen Öffentlichkeit her. Gleichzeitig sind aber auch die Medien abhängig von Politik, Kultur und Wirtschaft. Es besteht also eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen Medien und anderen gesellschaftlichen Teilsystemen (Vgl. ebenda).

> *„Die sozialen Funktionen meinen all jene Leistungen der Massenmedien, die diese im Hinblick auf die gesellschaftliche Umwelt als soziales System erbringen bzw. erbringen sollen."* (Burkart, 2002, S. 383)

Für die folgende Untersuchung werden hier die Sozialisationsfunktion bzw. die soziale Orientierungsfunktion, die nur schwer voneinander zu trennen sind, besonders ins Auge

gefasst. Sie dienen dazu, das Normenbewusstsein der Menschen zu stärken, Leitbilder zu prägen oder einen sozialen Wandel zu beeinflussen (Vgl. ebenda, S. 384). Mit der sozialen Orientierungsfunktion ist die Aufgabe der Medien gemeint, die Menschen mit den nötigen Details zu versorgen, damit sie einen verständlichen Überblick über die zunehmend unüberschaubare Umwelt erhalten können (Vgl. Ronneberger, In: Haas/Jarren, 2002, S. 63). Von den sogenannten „Sozialisatoren" nach Ronneberger ist für diese Arbeit die natürliche Person am nennenswertesten, also die Kommentatoren, Kolumnisten oder Glossisten (Vgl. Ronneberger, 1971, S. 60f.). Diese haben seiner Auffassung nach die Freiheit, ihre eigene Meinung kundzutun und auch die Meinung der Gesellschaft in ihren Beiträgen widerzuspiegeln. Hier ist kritisch anzumerken, dass es sich dabei höchstens um Einzelmeinungen handeln kann, die der Kommentator in seinem öffentlichen Umfeld auffängt. Trotzdem sind dies wesentliche Punkte für die folgende Analyse der Zeitungen, bei der auch Kommentare untersucht wurden.

Christine Drentwett zählt auch die Unterhaltung zu den sozialen Funktionen der Massenmedien. Diese ist jedoch für die Untersuchung unbedeutend, da sie sich eher auf visuelle Medien, wie das Fernsehen bezieht. Auch die Integrationsfunktion der Medien, wie Markus Rhomberg sie beschreibt, wird nicht miteinbezogen, da das Thema der Untersuchung nicht die *„Integration des Einzelnen in eine bestimmte Gesellschaftsordnung"* (Rhomberg, 2009, S. 25) umfasst. Die Integrationsfunktion können österreichische Medien auch nur für ihr eigenes Land erfüllen. Ereignisse in Deutschland sind davon nicht betroffen.

„Die politischen Funktionen meinen all jene Leistungen der Massenmedien, welche diese im Hinblick auf die gesellschaftliche Umwelt als politisches System zu erbringen haben."
(Burkart, 2002, S. 390).

Für Christine Drentwett ist die politische Vermittlung die wichtigste Aufgabe der Massenmedien (Vgl. Drentwett, 2009, S. 61). Für ein legitimes politisches System bringen Medien unersetzbare Leistungen, indem sie einerseits dem Bürger die politische Realität nahebringen und andererseits durch das Beschreiben von unterschiedlichen Meinungen politische Auseinandersetzung und Meinungsbildung ermöglichen. Gleichzeitig besitzen sie aber auch die Macht, Sachverhalten oder Personen einen hohen bzw. niedrigen Stellenwert zu verleihen, indem sie sie ausführlich beschreiben oder ignorieren. Zu den politischen Funktionen zählt für Drentwett daher auch die Kontrollfunktion, neben der Herstellung von Öffentlichkeit, der Sozialisierungsfunktion und der Bildungs- bzw. Erziehungsfunktion (Vgl. ebenda, S. 62f.).

Besonders wichtig für die Untersuchung, vor allem im Hinblick auf die untersuchten Kommentare, ist hier aber die Artikulationsfunktion nach Roland Burkart. Die Autoren nehmen die Rolle als Sprachrohr der Menschen ein und repräsentieren damit eine Art „Volkswillen“. So soll der Meinungsvielfalt eine Plattform geboten werden (Vgl. Burkart, 2002, S. 393). Für diese Arbeit kann man sich daraus einen Einblick in die Einstellung der Österreicher zur deutschen Wiedervereinigung erhoffen. Eine weitere zentrale politische Funktion ist die politische Sozialisationsfunktion bzw. die politische Bildungsfunktion. Hier geht es darum, die komplizierten politischen Verhältnisse und die politischen Rollen für den Rezipienten transparent darzustellen und damit die Meinungsbildung zu fördern. (Vgl. Ronneberger, 1971, S. 50) Gerade bei politischen Ereignissen im Ausland, in dessen System der Rezipient sich nicht auskennt, ist dies eine relevante Funktion, die den Massenmedien zufällt. Bei der deutschen Wiedervereinigung könnten so zum Beispiel auch die Haltungen der Alliierten erläutert und für den Bürger verständlich gemacht werden.

„Die ökonomische Funktion schließlich umfasst sämtliche Leistungen des Massenkommunikationssystems, die dieses für das ökonomische System, insbesondere die Gewinnmaximierung erbringt.“ (Drentwett, 2009, S. 66).

Für Drentwett gehört hauptsächlich die Werbung zu den ökonomischen Funktionen. Diese ist allerdings für die Untersuchung irrelevant.

Herausragend und nicht einer speziellen Kategorie unterzuordnen ist die Informationsfunktion. Ziel hierbei ist es, das Unwissen der Rezipienten zu beseitigen und das subjektive Wissen über die Welt zu erweitern (Vgl. Burkart, 2002, S. 402). Voraussetzung ist, das die vermittelten Botschaften etwas Neues beinhalten, ansonsten ist es keine Information (Vgl. ebenda, S. 403). Bei der Verbreitung von Informationen durch die Massenmedien handelt es sich um Sekundärerfahrungen, also die *„Beseitigung subjektiven Nichtwissens bzw. subjektiver Ungewißheit durch Kommunikation.“* (Burkart, 2002, S. 404). Man verständigt sich über Dinge ohne sie selbst erfahren zu haben. Als Kriterien für angemessene Information dienen Vollständigkeit, Objektivität und Verständlichkeit der Medienberichte (Vgl. ebenda, S. 407). Wichtig ist diese Funktion für die Untersuchung deshalb, weil die österreichischen Zeitungen mit ihren Beiträgen das Volk über die Ereignisse, Motive und Einstellungen in Deutschland und dem Rest Europas informiert haben und sie damit in ein wichtiges Ereignis der Zeitgeschichte einbezogen und darüber aufgeklärt haben.

5.3 Qualitative Inhaltsanalyse

Für eine Untersuchung von Zeitungsartikeln ist eine Inhaltsanalyse am besten geeignet. Diese dient dazu, Medieninhalte systematisch zu beschreiben (Vgl. Brosius/Haas/Koschel, 2012, S. 5). Die hier gewählte Methode ist eine qualitative Inhaltsanalyse. Diese wurde deshalb ausgewählt, weil damit die Möglichkeit besteht, wesentlich mehr Informationen aus den Artikeln und Kommentaren herauszufiltern, als es bei einer streng standardisierten quantitativen Inhaltsanalyse der Fall wäre. *„Qualitative Verfahren versuchen (…) ein komplexes Phänomen in seiner jeweiligen Situation, individuelle Motive und Hintergründe detailliert zu erfassen."* (Meier, 2007, S. 48).

Man kann mit einem qualitativen Verfahren *„soziale Realität detaillierter und tiefer erfassen…"* (ebenda). Daraus ergibt sich die Möglichkeit, auch subjektive und individuelle Details zu berücksichtigen (Vgl. Brosius/Haas/Koschel, 2012, S. 4). Das ist genau der Punkt, auf den es bei der Untersuchung ankommt. Es geht nicht darum, die Einstellungen nach festgelegten Kategorien zu messen sondern darum herauszufinden, was hinter dem geschriebenen Wort steckt. Das lässt sich mit quantitativen Methoden kaum erheben. Der Vorteil der qualitativen Inhaltsanalyse ist, dass man das Kategorienschema erst während der Untersuchung entwickelt und jederzeit anpassen kann, wenn wichtige Informationen auftauchen, die in das bisherige Schema nicht zu integrieren sind (Gläser/Laudel, 2010, S. 201).

Untersucht werden Zeitungsartikel und Kommentare der österreichischen Zeitungen „Der Standard" und des „Kurier". Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem 1. September 1989, da zu diesem Zeitpunkt das Flüchtlingsproblem der DDR dem Höhepunkt entgegen strebte und schließlich darin gipfelte, dass den Flüchtlingen der Prager Botschaft die Ausreise ermöglicht wurde. Dieser Zeitraum gilt als eine der wichtigsten Vorstufen auf dem Weg zur Wiedervereinigung gilt. Tausende Flüchtlinge jubelten damals Hans-Dietrich Genscher zu, als er verkündete: *„Liebe Landsleute, wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland möglich geworden ist."* (Rede von Hans-Dietrich Genscher, 30.9.1989, Prager Botschaft). Untersucht werden Artikel bis zum 31. Dezember 1990, sodass nicht nur die Meinung zur Wiedervereinigung sondern auch noch die Stimmung nach der Einheit eingefangen werden kann.

Insgesamt besteht das untersuchte Material aus 1.234 Berichten, wovon 981 Artikel, also der überwiegende Teil, aus neutraler Berichterstattung bestehen und 253 Kommentare über die Meinung Österreichs Aufschluss geben.

6. Die Zeitungen

Wie bereits erwähnt besteht das Untersuchungsmaterial aus Zeitungsartikeln und Kommentaren der österreichischen Zeitungen „Der Standard“ und des „Kurier“. Der unterschiedliche Qualitätsanspruch wurde bewusst gewählt um eventuelle Unterschiede in der Berichterstattung feststellen zu können. Berichtet „Der Standard“ als Qualitätszeitung neutraler über die Einheit als der „Kurier“? Gibt es im „Kurier“ mehr Kommentare zu dem Thema? Haben beide Zeitungen eventuell eine unterschiedliche Meinung zum wiedervereinigten Deutschland?

Zudem ist vor allem die Auswahl des Kuriers, der ersten modernen Boulevardzeitung Österreichs, interessant, da dieser ursprünglich von der amerikanischen Besatzungsmacht gegründet wurde und daher eventuell noch 1989 amerikafreundlich gesinnt ist und dementsprechend berichtet. Wie bereits beschrieben, muss auch berücksichtigt werden, dass sich sowohl „Der Standard“ als auch der „Kurier“ Ende der 80er Jahre zum großen Teil im Besitz von deutschen Medienkonzernen, nämlich dem Springer Verlag und der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), befanden. So könnte man auch eine positive Stimmung zur Wiedervereinigung erwarten. Die Untersuchung der Kommentare ist vor allem deshalb wichtig, da sie die Meinung wiedergeben können und Aufschluss über die Haltung ihrer Verfasser und damit eventuell auch der Österreicher zur Wiedervereinigung geben dürften.

6.1 „Der Standard“

„Der Standard“ bezeichnet sich selbst als seriöseste Zeitung Österreichs. Gegründet wurde die liberale Qualitätszeitung im Jahr 1987, also nur zwei Jahre vor der deutschen Wiedervereinigung, von Oscar Bronner, der bis heute Herausgeber und Chefredakteur ist. Bronner, der Anfang der 70er Jahre bereits Gründer der Magazine „profil“ und „trend“ war, diese aber 1974 wieder verkaufte, kehrte 1987 nach 13 Jahren als Maler in New York wieder nach Wien zurück. Aus seiner Idee, eine Qualitätszeitung nach Maßstäben

der New York Times zu gründen, wurde schließlich „Der Standard“ geboren. Ihren Namen verdankt die Zeitung einer weiteren wichtigen Persönlichkeit in der Geschichte des „Standard“, Gerfried Sperl, der Mitglied der Gründungsmannschaft und langjähriger Chefredakteur neben Oscar Bronner war. Er erzählt, dass die Mitarbeiter seinerzeit mit rauchenden Köpfen versuchten einen Namen für ihr Blatt zu finden. Letztendlich standen ein Dutzend Namen zur Auswahl, darunter auch „Merkur“, „Der Delphin“ oder „Der Funke“. Am darauffolgenden Wochenende blätterte Sperl in Meyers Konversationslexikon von 1896 und fand dort unter dem Eintrag „Standard“ die Beschreibung „Behauptung eines hohen Kulturniveaus“. Dies ging Sperl nicht mehr aus dem Kopf und er benachrichtigte Bronner über seinen genialen Einfall. Ein wenig Überzeugungsarbeit musste noch geleistet werden, doch dann war Bronner genauso begeistert wie Sperl und ließ die Gestaltung des Zeitungskopfes in Auftrag geben (Vgl. Sperl, 1992, In: http://derstandarddigital.at/2140958/Wie-der-Name-DER-STANDARD-gefunden-wurde).

Zu Zeiten seiner Gründung lagen 50% der Anteile bei der deutschen Axel-Springer AG, was für die folgende Untersuchung berücksichtigt werden muss (Vgl. Lehmann, 1997, S. 117). Oscar Bronner hatte dennoch alle redaktionellen Freiheiten. 1995 kaufte Bronner die Anteile des Springer-Konzerns zurück und führte den „Standard“ als Alleineigentümer weiter, bis ihn 1998 die finanziellen Umstände zu einem weiteren Verkauf zwangen. Der Süddeutsche Verlag stieg mit 49% der Anteile als Gesellschafter ein. 2008 gelang es Bronner schließlich erneut, die Anteile zurückzukaufen. Seitdem gehört „Der Standard“ zu 100% der Bronner Online AG, deren Anteile wiederum zu 90% der Bronner Familienstiftung gehören. Der Rest der Anteile teilt sich zwischen Oscar Bronner selbst und einigen Mitarbeitern auf (Vgl. Vyslozil, Wolfgang, 2011, In: http://www.medienkompetenz.cc/2011/05/08/der-standard/).

Markenzeichen des „Standard“ ist das lachsrosa Papier. 1995 war „Der Standard“ die erste deutschsprachige Tageszeitung, die einen Auftritt im Internet startete. Heute sind Print- und Onlineredaktion voneinander getrennt. Zusätzlich zu den Artikeln der Printausgabe werden von den Onlineredakteuren auch eigene Beiträge ins Netz gestellt (Vgl. ebenda).

In Konkurrenz mit der „Presse“ um die führende Position als Qualitätszeitung liegt „Der Standard“ seit einigen Jahren vorn. Bei den eigenen Lesern hat der Standard das Image der „modernsten Qualitätszeitung“ sowie der „besten Tageszeitung“ (ebenda)

Der typische Leser des „Standard“ ist männlich, zwischen 40 und 49 Jahren alt, besitzt eine höhere Ausbildung (Matura/abgeschlossenes Studium) und bekleidet in seinem

Beruf eine qualifizierte Position (Vgl. Media Analyse 11/12. In: http://www.media-analyse.at/studienPublicPresseTageszeitung.do?year=11/12&title=Tageszeitungen). Mit 9,3% Reichweite wird „Der Standard“ in Wien am meisten gelesen.

2012 lag „Der Standard“ bei einer Druckauflage von 100.909 Exemplaren und einer verkauften Auflage von 69.068 Exemplaren. Damit verliert „Der Standard“ bei der verkauften Auflage zwar gegen den Mitstreiter „Die Presse“ (73.184 Exemplare), gewinnt aber dafür bei der Reichweite mit 341.000 Lesern (4,8% der über 14-Jährigen) deutlich gegenüber der „Presse“ (261.000 Leser = 3,6% der über 14-Jährigen) (Vgl. ÖAK, Auflagenliste 2012/Media Analyse 11/12).

6.2 „Kurier“

Der „Kurier“ ist eine regionale Tageszeitung, die hauptsächlich in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland vertrieben wird. Qualitativ ist die Zeitung zwischen Qualitäts- und Boulevardzeitung einzuordnen, wobei die Waage sich eher Richtung Boulevard neigt. Schärfste Konkurrenten sind die „Kronenzeitung“ und „Österreich“ (Vgl. Vyslozil, 2011, In: http://www.medienkompetenz.cc/2011/05/08/kurier/).

Der „Kurier“ wurde im August 1945 von der US-Armee unter dem Namen „Wiener Kurier“ als erste moderne Boulevardzeitung gegründet. Vornehmlich zur Unterhaltung und Information gedacht, wurde sie aber auch als Mittel eingesetzt um die sowjetische anti-amerikanische Propaganda zu kommentieren und *„die Österreicher in Sachen Demokratie zu bilden“* (Kurier.at, 2011, In: http://kurier.at/services/diezeitung/die-geschichte-des-kurier/714.239). Im Jahr 1954 wurde die Zeitung von Ludwig Polsterer übernommen, der sie in „Neuer Kurier“ umbenannte. Der amerikanische „Wiener Kurier“ erschien weiterhin, allerdings nur noch wöchentlich, bis er 1955 ganz eingestellt wurde (Vgl. ebenda). Die Amerikaner ließen sich dennoch zusichern, dass der „Neue Kurier“ die demokratische Linie beibehalten würde. Nur unter dieser Voraussetzung durfte er erscheinen. Der „Neue Kurier“ erschien zweimal täglich in einer Morgen- und einer Mittagsausgabe.

Erster Chefredakteur war Hans Dichand, bis er 1958 von Hugo Portisch abgelöst wurde und selbst, in Konkurrenz zum „Kurier“, die Kronenzeitung gründete. Sein Sohn Christoph ist dort bis heute Chefredakteur. Hugo Portisch führte den „Kurier“ zu größerem Ansehen und Bedeutung innerhalb Österreichs, bis auch er, 1967, die Zeitung verließ und sein Amt als Chefredakteur an Eberhard Strohal übergab, der dieses bis

1973 ausübte. Zwischen 1973 und 1979 wechselten die Chefredakteure insgesamt vier Mal. Auf Eberhard Strohal folgte Hubert Feichtelbauer, der 1975 von Gerhard Bacher abgelöst wurde. Dieser blieb jedoch nur einen Monat, danach folgte Karl Löbl, der bis 1979 Chefredakteur war und den Posten dann an Gerd Leitgeb übergab (Vgl. Kurier.at, 2011, In: http://kurier.at/services/diezeitung/die-geschichte-des-kurier/714.239). 1983 erschien der erste „Kurier" im Fotosatz und in Farbe, 1984 begann schließlich die Umstellung auf elektronische Herstellung, die 1988 abgeschlossen war. Zwei Jahre zuvor gab es erneut einen Wechsel in der Chefredaktion. Günther Wessig übernahm die Führung, allerdings wiederum nur für zwei Jahre bis 1988 Franz Ferdinand Wolf die Aufgabe übernahm. Er brachte die erste Samstags-Beilage „Kurier-Freizeit" heraus und gestaltete auch die Sonntagsausgabe um. Doch auch er hielt sich nicht lange auf seinem Posten. 1993 kam Peter Rabl, gleichzeitig auch Herausgeber, und mit ihm die Neuorganisation der Zeitung. Der „Kurier" änderte sich im Erscheinungsbild und im Logo, statt des breiten K im roten Rechteck zierte die Zeitung nun der komplette Schriftzug „Kurier". 1995 wurde das Redaktionssystem erneuert, 2001 auch das Layout noch einmal überarbeitet. Für dieses Konzept bekam der „Kurier" im selben Jahr die Auszeichnung „European Newspaper Award" (Vgl. ebenda). Ab 2003 leitete Dr. Christoph Kotanko den „Kurier" als Chefredakteur, 2005 gab Peter Rabl auch den Posten als Herausgeber auf. Neuer Herausgeber war die KURIER Zeitungsverlag und Druckerei GesmbH & CoKG. 2010 folgte der vorerst letzte Wechsel in der Chefredaktion. Dr. Helmut Brandstätter wurde Chefredakteur und ist es bis heute.

Die Anteile des „Kurier" verteilen sich heute zu 50,5% auf die Raiffeisen NÖ-Wien, gemeinsam mit der Uniqua Versicherung und einigen Industriellen, und zu 49,5% auf die WAZ-Gruppe (Vgl. Vyslozil, 2011, In: http://www.medienkompetenz.cc/2011/05/08/kurier/). Interessant war die Situation Anfang der 70er Jahre. Der Inhaber Ludwig Polsterer wollte den „Kurier" 1972 verkaufen. Um zu verhindern, dass der „Kurier" von seinem Konkurrenten, der „Kronenzeitung" übernommen wird, sammelten Industrielle, Unternehmen, Banken, aber auch Privatpersonen Geld um die Zeitung zu kaufen. So kam es, dass sich der „Kurier" bis Ende der 80er in den Händen diverser Personen befand, bis 1988 die WAZ-Gruppe knapp die Hälfte der Anteile übernahm. Dieser gehörten auch Anteile der „Kronenzeitung". 1990 stieg auch Raiffeisen ein und kaufte zusammen mit der Uniqua Versicherung und anderen Unternehmen die andere Hälfte der Anteile (Vgl. Vyslozil, 2011, In: http://www.medienkompetenz.cc/2011/05/08/kurier/).

Nach der Media Analyse 11/12 konnte der „Kurier" eine Reichweite von 8 % erzielen, was ca. 574.000 Lesern über 14 Jahren entspricht (Vgl. Media Analyse 11/12. In:

http://www.media-analyse.at/studienPublicPresseTageszeitungTotal.do?year=11/12&title=Tageszeitungen&subtitle=Total). Damit kommt der „Kurier“ bei weitem nicht an die Reichweite der „Kronenzeitung“ heran (38,2 % = 2.742.000 Leser ab 14 Jahren) und hat auch gegenüber seinem anderen Mitbewerber, der Gratis-Zeitung „Österreich“ das Nachsehen (10,2 % = 729.000 Leser ab 14 Jahren) (Vgl. ebenda). Auch bei der Auflage liegt der „Kurier“ mit einer Druckauflage von 208.000 Exemplaren und einer verkauften Auflage von 159.025 Exemplaren hinter den beiden anderen Zeitungen zurück. Am deutlichsten fällt wiederum der Vergleich mit der „Kronenzeitung“ aus, die mit einer Druckauflage von 916.854 Exemplaren und einer verkauften Auflage von 809.990 Exemplaren die auflagenstärkste Zeitung ist (Vgl. ÖAK Auflagenliste 2012. In: http://www.oeak.at/content/intern/Auflagenlisten/OEAK_2012_JS.pdf).

7. Ergebnisse

Bei beiden untersuchten Zeitungen fällt auf, dass das Interesse an der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands sehr groß war. So wurde über die Flüchtlingswelle und die Demonstrationen in der DDR berichtet, aber auch vergleichsweise kleine Ereignisse wurden nicht unerwähnt gelassen. Besonders nach dem Mauerfall gab es fast jeden Tag eine Meldung über Deutschland, sei es über den Rücktritt der DDR-Regierung, die innerdeutschen Verhandlungen bis hin zur ersten freien Wahl in Ostdeutschland oder die darauf folgenden Streitigkeiten um die Regierungsbildung und die genauen Schritte hin zur Vereinigung beider deutscher Staaten. Selbst das Schicksal Erich Honeckers wurde weiterhin verfolgt. Immer wieder Ziel von Spott, aber auch Lob, war der damalige Bundeskanzler und später der erste gesamtdeutsche Kanzler Helmut Kohl. Die Themen, die im „Standard“ um im „Kurier“ am meisten Beachtung gefunden haben, sind im Folgenden in den entwickelten Kategorien genauer aufgeführt.

7.1 Flüchtlingsstrom und Ausreise über Prager Botschaft

Bereits am Anfang des Untersuchungszeitraums Anfang September 1989 berichteten beide Zeitungen täglich über die Massenflucht nach Ungarn und in die Botschaften in Prag und Warschau. Das große Interesse rührte vermutlich daher, dass Österreich von

diesen Entwicklungen insofern betroffen war, als dass die Flüchtlinge aus Ungarn auch über Österreich in die BRD ausreisen wollten. Das Zögern Ungarns, die Grenze zu öffnen, wurde genauso intensiv verfolgt, wie die Versuche der DDR, ihre Landsleute mit Flugzetteln, auf denen ihnen Straffreiheit zugesichert wurde, zurückzuholen. Diese Aktion blieb ohne Erfolg. Zurück in die DDR wollte keiner, dem Angebot auf Straffreiheit brachte man großes Misstrauen entgegen. *„Dann lochen's dich halt wegen etwas anderem ein."* (Mayer, In: Kurier vom 7. September 1989, S. 19). Das Misstrauen war wohl berechtigt. Es wurde zwar die Straffreiheit für die Übertretung von Visabestimmungen zugesichert, eine Straffreiheit für die Republikflucht wurde jedoch nicht erwähnt (Vgl. Kurier vom 8. September 1989, S. 5). Die DDR gab der BRD die Schuld an dem Massenexodus. Es sei eine *„gezielte Kampfansage"* und eine *„zügellose Hetze"* gegen die DDR (Vgl. Der Standard vom 7. September 1989, S. 2). Besonderer Schwerpunkt der Berichterstattung lag aber bei der Beschreibung auf den fast unmenschlichen Lebensumständen in den Flüchtlingslagern.

„Zehn junge Männer wohnen hier in einem Raum von der Größe eines Kinderzimmers. (…) Unter den Leuten herrscht großes Misstrauen. (…) Dicht aneinander gestellte Stockbetten aus Eisen erinnern an Lazarette. Auf einer Fläche von sechs mal vier Metern wohnen bis zu 25 Menschen." (Der Standard vom 9./10. September 1989, S. 3).

Die Zahlen der Flüchtlinge, die ausreisen wollten, veränderten sich jeden Tag nach oben. Die Öffnung der Grenze durch Ungarn wurde am 11. und 12. September mit vielen Extra-Artikeln gefeiert. Darin ging es um das Glück der ca. 20.000 Ostdeutschen, die ausreisen wollten, aber auch um den Konflikt, den Ungarn durch sein Handeln mit der DDR verursacht hatte. Ungarn hatte manchen Ostdeutschen westdeutsche Pässe besorgt und das Abkommen mit der DDR außer Kraft gesetzt, dass vorsah, niemanden ohne Ausreisegenehmigung über die Grenze zu lassen. Daher wurde dem Land von der DDR *„organisierter Menschenhandel"* vorgeworfen (Vgl. Kurier vom 11. September 1989, S. 3). Die ungarische Regierung rechtfertigte sich mit der Begründung, dass die Situation an der Grenze unerträglich geworden sei und mit der DDR keine Lösung gefunden wurde. Man habe nur anerkannte Prinzipien des Menschenrechtes gelten lassen und richte sich nicht danach, ob das den Verbündeten gefalle oder nicht. Die Menschenrechte seien wichtiger als die Verträge mit der DDR. Ungarns Vize-Außenminister Istvan Öszi sagte dazu im „Kurier", dass man zwar das Verhältnis zur DDR nicht belasten aber auch nach den eigenen außenpolitischen Prinzipien habe handeln wollen. Wenn man die Rückkehr zu einem Rechtsstaat ernst nehme, müssten diese für alle gleich gelten (Vgl. Berenyi, In: Kurier vom 12. September 1989, S. 5).

Angesichts des immer weiter ansteigenden Flüchtlingsstroms beschloss Ungarn, die Grenze nicht nur einmalig sondern bis auf weiteres für die Durchreise zu öffnen. Josef Kirchengast sah darin eine endgültige Abwendung vom Warschauer Pakt. *„Ungarn hat Fakten geschaffen, die es selbst dann nicht mehr ungeschehen machen kann, wenn es das Abkommen mit der DDR wieder in Kraft setzen sollte."* (Kirchengast, In: Der Standard vom 12. September 1989, S. 24). Auch ein Kommentator des „Kurier" lobte die Entscheidung Ungarns für den demokratischen Westen. Indem es die Menschenrechte über die Vertragsverpflichtungen gegenüber der DDR gestellt habe, habe es die westlichen Werte der Demokratie und des Rechtsstaates angenommen. Nun sei es am Westen dafür zu sorgen, dass Ungarn diese Entscheidung nicht bereuen müsse (Vgl. Rau, In: Kurier vom 13. September 1989, S. 1). Bei aller Zustimmung sah Kirchengast aber auch Probleme. Die Humanität geböte nun Toleranz und Hilfsbereitschaft gegenüber den Tausenden Flüchtlingen. Die Aufnahmekapazitäten einiger westlicher Länder seien aber schon erreicht, die Bereitschaft zu Hilfsleistungen schwinde damit erheblich. Dies eröffne wiederum Raum für Rechtsextreme, die leichtes Spiel haben und viele Menschen ködern könnten. Daher müsse Europa nach Kirchengast *„(…), auch im eigenen Interesse, weit mehr als bisher mithelfen, den Menschen „drüben" ein lebenswertes Umfeld zu schaffen – politisch, ökologisch und wirtschaftlich."* (Kirchengast, In: Der Standard vom 12. September 1989, S. 24).

Österreich reagierte zufrieden auf die Grenzöffnung. Der damalige Außenminister Alois Mock lobte diese *„humanitäre Aktion"* Ungarns und sicherte den Flüchtlingen die Hilfe des Roten Kreuzes zu (Vgl. Kurier vom 2. September 1989, S. 18). Auch die Autofahrerklubs wie der ÖAMTC standen bereit um bei eventuellen Pannen rasch aushelfen zu können. Die österreichischen Grenzbeamten reagierten ebenfalls betont locker. Man habe fünf zusätzliche Beamten eingesetzt, die meisten Flüchtlinge würden vermutlich einfach durchgewinkt (Vgl. Der Standard vom 11. September 1989, S. 3). Der „Kurier" legte viel Wert darauf, zu betonen, dass die Bundesrepublik sehr dankbar für die Hilfe Österreichs gewesen sei. Das Österreichbild der Deutschen habe sich dadurch bedeutend gebessert. *„Schlagworte wie „Weinpantscher", wie „Skandalrepublik" oder wie „Waldheimat" sind aus den bundesdeutschen Medien verschwunden."* (Fürböck, In: Kurier vom 3. September 1989, S. 15). Stattdessen ein Lob an Österreichs unkonventionelle und außerordentliche Kooperation, die laut Georg Fürböck nicht ganz selbstlos erfolgte. Man wollte durch die Dankbarkeit Österreich dazu bringen, die Flüchtlinge weiterhin willkommen zu heißen anstatt sich über die neue Konkurrenz am Arbeitsmarkt zu beschweren (Vgl. ebenda). Das stimmte auch mit einem Kommentar im „Kurier" überein, der mit der Flüchtlingswelle eine große Herausforderung für Österreich

verband. Viele der gut qualifizierten Ostdeutschen wollten nicht nur durchreisen sondern auch bleiben. Österreich müsse sich nun entscheiden, sie freundlich aufzunehmen oder sich gegenüber *„fremden Einflüssen“* abzuschotten (Vgl. Rau, In: Kurier vom 28. September 1989, S. 1). Da ist es gut vorstellbar, dass Deutschlands Dankbarkeit eventuell eine kleine Entscheidungshilfe leistete.

Auch die Situation in Prag wurde von beiden Zeitungen genau beobachtet. Nach nur wenigen Tagen befanden sich schon an die Tausend Ostdeutsche auf dem Gelände der Botschaft, täglich kamen weitere über den Zaun dazu. Die Grenzpatrouillen griffen nicht ein, sie *„begnügen sich damit, psychologischen Druck auszuüben, um die Neuankömmlinge abzuschrecken.“* (Conrath, In: Der Standard vom 26. September 1989, S. 2). Auf das Angebot der DDR, die die Ausreise für diejenigen garantierte, die erst einmal wieder in die DDR zurückkehrten, reagierten nur wenige. Die meisten bedachten es mit Hohn und Wut. Das Misstrauen gegenüber diesem Vorschlag war zu groß. *„Wir gehen hier nicht raus.“* (Der Standard vom 28. September 1989, S. 4). Die Tschechoslowakei befand sich in einer schwierigen Situation. Livia Klingl vermutete im „Standard“, dass Prag weder Bonn enttäuschen wollte und daher die Versorgung der Flüchtlinge garantierte, aber auch die Beziehungen zur DDR nicht belasten mochte. Die Prager Führung erinnere sich noch gut an die eigene Flüchtlingswelle im Prager Frühling. *„Die Massenflucht, die er mit sich brachte (…) konnte nur durch das brutale Einschreiten der „Bruderländer“, unter ihnen die DDR, gestoppt werden.“* (Klingl, In: Der Standard vom 29. September 1989, S. 24). Man suche nach einer Lösung, die keinen der beiden deutschen Staaten verärgere. Die zähen Verhandlungen wurden sowohl vom „Standard“, als auch vom „Kurier“ genau verfolgt. Erst durch das Eingreifen von dem damaligem sowjetischen Außenminister Schewardnadse konnte die Ausreise der inzwischen etwa 4000, mit denen in Polen 7000, DDR-Flüchtlinge erreicht werden. Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher reiste persönlich nach Prag um den Flüchtlingen ihre Ausreise zu verkünden und wurde dort mit frenetischem Jubel empfangen. *„Bereits kurz nach Genschers Ausreiseankündigung öffnete sich das Botschaftstor, und die ersten machten sich auf den Weg zu den Autobussen, die sie zum Bahnhof und in Richtung Freiheit bringen würden.“* (Klingl, In: Der Standard vom 2. Oktober 1989, S. 3). Ostberlin versuchte die Situation für sich zu nutzen. Man habe diese Lösung selbst vorgeschlagen und damit einen *„eindeutigen humanitären Akt gesetzt“* (Klingl, In: Der Standard vom 2. Oktober 1989, S. 20). Dafür müssten die Züge aber über DDR-Gebiet nach Westdeutschland fahren. Livia Klingl sah den Grund in der Zustimmung zur Ausreise darin, dass die DDR das Flüchtlingsproblem loswerden wollte um in Ruhe das 40-jährige Bestehen der DDR feiern zu können. Es sei ein *„später*

Versuch, das Gesicht zu wahren." (ebenda). Das Problem sei aber nur kurzfristig verdrängt, längerfristig habe die DDR noch keine Lösung gefunden (Vgl. ebenda). Josef Kirchengast schlug denselben Ton an. Die Fluchtwelle sei für die DDR das geringere Übel gewesen, die Rechnung sei aber nicht aufgegangen. Im Gegenteil, die Reformbewegungen in der DDR seien dadurch noch angeregt worden.

„Ruhe wird es in Ostdeutschland erst wieder geben, wenn eine neue Ordnung in Sicht ist, zu der auch offene Grenzen gehören. (…) Eine geschlossene Gesellschaft glaubt, Geburtstag zu feiern – aber es ist ihr Leichenschmaus." (Kirchengast, In: Der Standard vom 4. Oktober 1989, S. 24).

Bei der zweiten Ausreisewelle über die Prager Botschaft zeigte sich die DDR nicht mehr so human. Nachdem beim ersten Mal DDR-Bürger die Bahnsteige und Gleise gestürmt hatten um noch auf den Zug aufzuspringen, wurden die Waggons diesmal von außen verriegelt. Die Menschenmenge in den Bahnhöfen wurde mit Schlagstöcken vertrieben. Aber auch die BRD zeigte sich mit zunehmender Überlastung durch die Flüchtlinge nicht mehr ganz so aufnahmefreudig. Man setzte dazu an, die DDR-Bürger dazu zu bewegen, doch in ihrer Heimat zu bleiben. Werner Stanzl berichtete, dies sei das erste Mal gewesen, dass beide deutschen Staaten das gleiche wollten. *„Das deutsch-deutsche Stück heißt „Hierbleiben und dortbleiben""* (Stanzl, In: Der Standard vom 7. November 1989, S. 28). Dabei kritisierte er die Argumente, die die Bundesrepublik hervorbrachte. Die Lager seien voll, Arbeitsplätze gebe es auch keine mehr. Im Fernsehen würden Schneelandschaften gezeigt und erwähnt, wie sehr die Kinder in den Flüchtlingslagern frieren würden. Außerdem sei das neue Reisegesetz, dass die DDR auf den Weg bringen wolle, gar nicht so schlecht. *„So betrachtet wirkt der Aufruf von Egon Krenz, hierzubleiben, ehrlicher als das Wortgeschiebe in der Bundesrepublik."* (ebenda). Wirkung zeigten die Überredungsversuche nicht, die Ostdeutschen flohen auch weiterhin über die offenen Grenzen. Als letzte Lösung sah die westdeutsche Regierung das Vorantreiben einer deutschen Einheit. Theo Faulhaber hielt diese für unwahrscheinlich, da die Zustimmung der westlichen Verbündeten nun weniger wahrscheinlich wäre *„als noch vor wenigen Jahren, als die Welt noch so schön starr und voller beständiger Feindbilder schien."*. (Faulhaber, In: Kurier vom 3. Oktober 1989, S. 18). Bei der jetzt durchaus realistischen Vorstellung eines 82-Millionen-Volkes würden sich London und Paris jedoch sorgen (Vgl. ebenda). Werner Stanzl sah eine Einheit zu dieser Zeit ebenfalls kritisch. Das würde den Flüchtlingsstrom auch nicht stoppen. Anstatt einer Einheit müsste die BRD wirtschaftliche Hilfen in den Osten schicken und der Ausreisewelle einen gesetzlichen Riegel vorschieben (Vgl. Stanzl, In: Der Standard vom 8. November 1989, S. 28). Nach dem Fall der Mauer habe sich die soziale Struktur der

Flüchtlinge sowieso verändert. Statt Familien mit kleinen Kindern kämen zunehmend schlecht ausgebildete Einzelpersonen, Alkoholiker und sozialschwache Familien, die auch in der DDR schon Außenseiter gewesen seien. Viele kämen auch mehrmals, nur um sich das Begrüßungsgeld abzuholen (Vgl. Stanzl, In: Der Standard vom 10. Jänner 1990, S. 2). Auch Heinz Nussbaumer war der Meinung, dass der Traum einer Wiedervereinigung nicht näher sondern im Gegenteil noch weiter in die Ferne rücke. Er schlug Freiheit als oberstes Ziel der Deutschen vor, nicht Einheit. Die DDR müsse sich nach außen öffnen und die Mauer abreißen. An der Zweistaatlichkeit Deutschlands müsse man aber nicht unbedingt rütteln (Vgl. Nussbaumer, In: Kurier vom 16. September 1989, S. 3). Dennoch gehe das Drama erst zu Ende, wenn die DDR ihr Grundproblem langfristig löse, *„wenn dem Aufbruch der Flüchtlinge in die Freiheit auch ein Aufbruch des ostdeutschen Regimes folgt."* (Nussbaumer, In: Kurier vom 2. Oktober 1989, S. 3).

Gleichzeitig mit der Situation der Flüchtlinge wurde auch über die Entwicklungen innerhalb der DDR geschrieben. Das Volk geriet in Aufruhr, die größer werdenden Demonstrationen wurden erwähnt genau wie die Methoden der Staatspolizei sie zu zerschlagen. Die Menschen in der DDR wollten keine Bevormundung mehr sondern selbst geordnete Verhältnisse schaffen. Die Führung der DDR hingegen sei wie gelähmt und hilflos. *„Der Druck im Kessel DDR steigt, von außen und innen."* (Hofwiler, In: Der Standard vom 15. September 1989, S. 3).

7.2 Der Mauerfall

In den Tagen nach dem Mauerfall am 9. November 1989 waren sowohl der „Standard" als auch der „Kurier" voll von Berichten über das große Ereignis. Die Geschichte des *„häßlichsten Bauwerkes der Welt"* (Galoppi, In: Kurier vom 15. November 1989, S. 4) vom Mauerbau bis zum Mauerfall wurde noch einmal rekapituliert, inklusive der Opfer, die die Mauer forderte, aber auch der geglückten Fluchten. Ostdeutsche wurden nach ihrem Besuch im Westen zu ihren Eindrücken befragt und man fand Ost-West-Liebespärchen, die sich am 9. November bei den Feiern kennengelernt hatten. Besonderen Wert wurde dabei auf emotionsgeladene Reportagen der vor Ort anwesenden Korrespondenten gelegt. Dabei wurde auch eines deutlich: die bei der Pressekonferenz von Günter Schabowski anwesenden Reporter maßen dessen Aussagen zunächst keine große Bedeutung bei. *„Nach der Pressekonferenz begab sich der Berichterstatter in eine Kneipe im Viertel Brenzlauer Berg. Dort saß man beisammen*

und debattierte alles Mögliche, nur nicht die Ergebnisse der ZK-Sitzung, (…)" (Stanzl, In: Der Standard vom 10. November 1989, S. 2). Erst nach den Abendnachrichten sei man sich des Ausmaßes der Rede bewusst geworden. Der „Kurier" berichtete auch erst leicht verzögert von dem Fall der Mauer. Während im „Standard" bereits am 10. November die Seiten voll von Berichten und Reportagen über diese Sensation waren, war beim „Kurier" das Thema des Tages der Klima-Kollaps. Der Mauerfall war im Vergleich dazu nur eine kleine Randnotiz. Mögliche Erklärung wäre, dass man am Abend des 9. November in der Redaktion die Tragweite ebenfalls nicht ermessen konnte und daher keinen Grund sah, den Redaktionsschluss und den Druck der Zeitung hinauszuzögern. Dafür hatte man im „Kurier" schon am 5. November einen Fall der Mauer prognostiziert, als die DDR-Flüchtlinge aus der Prager Botschaft nach Westdeutschland ausreisen durften und die Zeitung westdeutsche Diplomaten zitierte, die die Mauer als praktisch gefallen ansahen (Vgl. Kurier vom 5. November 1989, S. 3).

Werner Stanzl berichtete dagegen im „Standard" ausführlich von seiner Taxifahrt von Ostberlin zum Kurfürstendamm, bei der der Taxifahrer von der Zentrale noch angewiesen wurde, nur ja nicht mit dem Wagen *„abzuhauen"*, sondern gleich wieder in den Osten zurückzukommen (Vgl. Stanzl, In: Der Standard vom 11./12. November 1989, S. 5). Er beschrieb den bewegenden Anblick von Tausenden Menschen, die feierten und einander umarmten. *„Unser Ostberliner Taxi fällt im Westteil mächtig auf. Berliner trommeln vor Freude auf unser Wagendach, (…)"* (ebenda). Er beobachtete die Menschen, die die Mauer bestiegen, das Symbol der Trennung, das nun gefallen war und wie sie morgens früh wieder nach Hause gingen um pünktlich bei der Arbeit zu sein. Den strahlenden Tag, der sich ankündigte, würdigte Stanzl noch einmal besonders. *„Von jetzt an sollte diese meteorologische Erscheinung nicht mehr Kaiserwetter sondern Berliner Wetter heißen."* (ebenda). Er erwähnte aber auch den Pessimismus einiger deutscher Bürger, die noch nicht recht an eine grundlegende Veränderung glaubten und damit rechneten, dass alles nur ein kurzer Traum sei, der am Morgen zerplatze (Stanzl, In: Der Standard vom 13. November 1989, S. 2). Auch der „Kurier" wartete später mit Augenzeugenberichten auf. Die Beobachtungen glichen denen des „Standard", auch in diesen Artikeln wird die Bewegtheit der Autoren sichtbar.

„Ich bin sprachlos, als ich hinter dem Tor die Mauer erblicke: Hunderte stehen auf ihrer Krone. Immer wieder springt ein Westberliner herunter, macht sich auf zum Spaziergang in Berlin-Ost. Immer wieder erklimmen Ostberliner die „DDR-Staatsgrenze". Tatenlos sehen die zu beiden Seiten aufmarschierten uniformierten DDR-Grenztruppen der einträchtigen Mauerbezwingung zu." (Fürböck, In: Kurier vom 11. November 1989, S. 2f.).

Ein Autor bezeichnete den Mauerfall als *„welthistorischen Vorgang“*, einen Triumph der Freiheit und Demokratie. Er forderte im selben Atemzug die ersten freien Wahlen in der DDR. *„Das große Revolutionsjahr 1989 zeigte, wie schnell das Unmögliche möglich wird.“* (Rau, In: Kurier vom 11. November 1989, S. 1). Ähnlich sah es sein Kollege Heinz Nussbaumer, für den der 9. November eine Nacht *„wie im Märchen“* war (Nussbaumer, In: Kurier vom 11. November 1989, S. 3). Nichts in der Geschichte der Revolutionen ließe sich mit dieser vergleichen. Er sah die Weichen für eine bessere Zukunft in der DDR gestellt. Dazu müsse die SED aber auf ihr Machtmonopol verzichten und freie Wahlen auf ihrem Gebiet zulassen. Eine mögliche deutsche Einheit schloss er nicht eindeutig aus. *„Mit dieser unvergeßlichen Nacht zum Freitag ist die „deutsche Frage“, (…) wieder zur zentralen Frage für das Europa von morgen geworden.“* (Nussbaumer, In: Kurier vom 11. November 1989, S. 3). Die Mauer sollte nach Meinung eines Journalisten aber zumindest teilweise stehenbleiben, als Erinnerung daran, dass sich das Gute und die *„positiven Kräfte“* am Ende immer durchsetzen (Vgl. Rau, In: Kurier vom 12. November 1989, S. 1). Eines wurde in einem Artikel des „Kurier“ aber sehr deutlich: Unmittelbar nach dem Mauerfall wollte die Mehrheit der Deutschen nicht unbedingt eine Wiedervereinigung. *„Wir müssen erst einmal alles verkraften, was hier in den letzten Tagen geschehen ist.“* (Baumann, In: Kurier vom 14. November 1989, S. 3). Die Hauptsache sei doch, man könne wieder zusammenkommen, ob Deutschland nun **ein** Staat sei oder getrennt bleibe. Theo Faulhaber echauffierte sich im „Kurier“ allerdings sehr über die Begründung von Ministerpräsident Modrow, warum Deutschland geteilt bleiben sollte. Dieser sagte nämlich, man wolle nicht die westliche Kriminalität importieren, daher müssten die zwei Staaten bestehen bleiben. Sogar von Ersatzansprüchen an Westdeutschland war die Rede, da man durch die Flüchtlingswellen schweren wirtschaftlichen Schaden erlitten habe. Für Faulhaber fadenscheinige und unsägliche Begründungen. *„Als ob man sich nicht selber ganz schön kriminell verhält, wenn man Millionen Menschen jahrzehntelang einkerkert!“* (Faulhaber, In: Kurier vom 14. November 1989, S. 16). Er schimpfte auf die kommunistische Haltung, die finanziellen Hilfen der BRD gerne anzunehmen, dann aber die Nase über den Kapitalismus zu rümpfen. Er hoffe für die Bürger der DDR, dass diese sich nicht das Recht auf freie Wahlen durch freies Reisen abkaufen ließen (Vgl. ebenda).

Es gab allerdings auch ein paar kritischere Stimmen. Das schnelle Reden von einer möglichen Wiedervereinigung hielt Alfons Dalma für verfrüht. *„Solche Rechnungen werden ohne die eigentlichen Wirte gemacht. Das sind nach wie vor die Sowjetunion und die USA, (…)“* (Dalma, In: Der Standard vom 13. November 1989, S. 24). Auch Hans Rauscher erinnerte im ganzen Mauerfall-Jubel daran, dass die deutsche

Wiedervereinigung nicht allein Sache der Deutschen sei. Beide Deutschland seien keine voll souveränen Staaten und nicht allein auf der Welt. *„Die Welt wird mitreden wollen, wenn sie sich vereinigen wollen."* (Rauscher, In: Kurier vom 12. November 1989, S. 5). Werner Stanzl wunderte sich dagegen, warum die Regierung der DDR gefeiert und mit Dankbarkeit bedacht wurde. *„Für den Nichtgenossen klingt das, als ob sich jemand bei seinem Richter dafür bedankt, daß er ihm willkürlich 28 Jahre Gefängnis aufgebrummt hat."* (Stanzl, In: Der Standard vom 13. November 1989, S. 24). Er machte sich Sorgen, dass nach dem Mauerfall und der neuen Reisefreiheit die politischen Ziele, die hinter den Volksaufständen standen, nicht mehr weiter verfolgt werden würden. Die oppositionellen Gruppen in der DDR, wie das „Neue Forum" würden nicht mehr gehört, die Menschen im Osten seien vielmehr damit beschäftigt, gründlich einzukaufen und zu feiern. Stanzl fragte sich, was danach komme, ob die Forderungen nach Einheit immer lauter werden oder ob die Revolution durch den Konsumrausch *„eingeschläfert"* würde (Vgl. ebenda).

Die Haltung der Alliierten zum Mauerfall wurde auch aufgenommen. So berichtete der „Standard" am 10. November, dass die Sowjetunion die Öffnung der Mauer gutheiße. Es sei eine kluge und richtige Entscheidung gewesen. Solange das Land im Warschauer Pakt verankert bleibe, sei man auch mit einer nichtkommunistischen Regierung einverstanden. Diese Aussage revidierte aber Außenminister Schewardnadse und schloss eine Regierung ohne die SED aus, wie der „Kurier" einen Tag später berichtete. Am selben Tag wurde auch der amerikanische Präsident zitiert, der von einem dramatischen Ereignis sprach, dass die Mauer nun bedeutungslos mache. Der damalige französische Außenminister Dumas feierte den Mauerfall als großen Fortschritt für die Demokratie, während der Premierminister Rocard dazu aufrief, kein Misstrauen gegenüber den Deutschen aufkommen zu lassen. Margaret Thatcher drückte ihre Bewunderung für das Volk der DDR aus, das für seine Freiheit auf die Straße gegangen sei (Vgl. Kurier vom 11. November 1989, S. 4). Wie man im theoretischen Teil dieser Arbeit erfahren hat, war damit für sie die Arbeit des Volkes beendet. Alle darüber hinausgehenden Verhandlungen sollte das Volk lieber den Regierungen überlassen.

Auch die internationalen Reaktionen der Presse wurden im „Standard" nicht verschwiegen, seien sie positiv oder eher skeptisch. So wurde sowohl die überschwängliche französische Zeitung „France Soir" zitiert, die das Ende der *„Schandmauer"* feierte, als auch die skeptische römische Zeitung „Corriere della sera", die von einem paradoxen Pakt sprach, den Hans Modrow geschlossen habe. Er garantiere die Reisefreiheit um den anhaltenden Exodus aus der DDR zu stoppen. Die *„Zeitbombe"*, die durch 40 Jahre stumpfsinniger Unbeweglichkeit entstanden sei, könne

er jedoch damit nicht entschärfen. (Vgl. Der Standard vom 11./12. November 1989, S. 31).

Für Österreich sprach der damalige Außenminister Alois Mock und bewertete den Fall der Mauer als einen *„Triumph der Demokratie und des Freiheitsstrebens“* (Der Standard vom 11./12. November 1989, S. 4). Dies sei ein Beitrag zur Auflösung der beiden Blöcke in Europa. Zu einer Wiedervereinigung äußerte er sich zurückhaltend, erkannte aber das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung an. Bundespräsident Kurt Waldheim bezeichnete im „Kurier“ den Mauerfall als *„historische Wende in Europa“*. Österreich müsse nun seinen Teil zu einem geeinten und friedlichen Europa beitragen (Vgl. Kotanko, In: Kurier vom 11. November 1989, S. 5). Der ORF sendete zur Feier des Tages eine Sondersendung zu *„dem Ende der Einmauerung einer Stadt und ihrer Menschen.“* (Maier, In: ebenda, S. 16).

Überraschenderweise hielt das Interesse an dem Ereignis Mauerfall nicht lange an. Bereits ein paar Tage später wandten sich beide Zeitungen wieder anderen Themen zu. Beide hatten allerdings ein Jahr danach erneut Berichte und Features, die sich mit dem Mauerfall und seinen Folgen beschäftigten. So berichtete Roman Freihsl, dass auch ein Jahr nach dem Mauerfall die Stadt Berlin immer noch geteilt war. Er teilte die Metropole in drei Klassen, die seiner Meinung nach auch noch lange Bestand haben würden: Erstens die reichen „Wessis“, zweitens die benachteiligten und armen „Ossies“ und drittens die sogenannten „Ex-Ossies“, womit die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter gemeint waren, die die Seiten gewechselt hatten um ihre Haut zu retten. Freihsl beklagte, dass die Stadt viel zu sehr vom Westen dominiert würde, der über den Osten nach Belieben verfüge. Bestätigung dafür holte er sich bei einem ostdeutschen Taxifahrer. Die Arbeitslosigkeit sei enorm, die Preise im Osten stiegen dagegen stetig an. Handwerker aus dem Osten hätten auf dem Arbeitsmarkt keine Chance, da ihnen der „Fachnachweis“ fehle. Viele andere Menschen, die im Osten wohnten, müssten jeden Tag in den Westen fahren um überhaupt Arbeit zu haben. Angestellt würden sie nur, weil das Unternehmen ihnen weniger bezahlen müsse. Der Osten hatte Angst, sein Volk könnte bei einer zu hohen Entlohnung im Westen weiter flüchten. *„Daher die Auskunft vom Arbeitsamt: Eine Anstellung sei zu nur 43 Prozent des üblichen Lohns möglich, da sie sich sonst eine Westwohnung leisten könnte und daher abwandern würde.“* (Freihsl, In: Der Standard vom 9. November 1990, S. 2). Freihsl deckte mit diesem Bericht auf, dass in Deutschland auch ein Jahr nach dem Mauerfall nicht alles so war, wie man es sich 1989 gewünscht hatte und kritisierte dies. Das blieb nach dem November 1989 allerdings der einzige Bericht, den es während des Untersuchungszeitraums im „Standard“ noch zum Mauerfall zu finden gab.

Auch Georg Fürböck zeichnete im „Kurier“ die Nachwirkungen des Mauerfalls auf. Er kam ebenfalls zu dem Schluss, dass die Deutschen noch kein homogenes Volk geworden waren. *„Die neuen Landsleute sind den „Wessis“ – vor allem den jüngeren – meist fremder als ihre Nachbarn im westlichen Ausland.“* (Fürböck, In: Kurier vom 9. November 1990, S. 5). Er berichtete von massiven Spannungen, die zwischen Ost und West existierten. Vor allem die Westdeutschen schienen ihm sehr ungehalten. Sie forderten Dankbarkeit für die finanziellen Hilfen, für die sich „ihre“ Bundesrepublik hoch verschuldet habe. Er zitierte aus einem Leserbrief eines Westdeutschen, der schrieb:

„Wenn von unseren ostdeutschen Landsleuten die Wiedervereinigung nur als Belastung empfunden wird, dann hätte ich einen Ratschlag: Baut euer Mäuerchen doch wieder auf, holt euren Honecker aus der Versenkung zurück und gebt uns unsere Milliarden zurück (…)“ (ebenda)

Als positiven Aspekt nannte Fürböck, das die Ostdeutschen nach einem Jahr bereits gelernt hätten ihre jahrzehntelang verwehrten Grund- und Freiheitsrechte zu gebrauchen (Vgl. ebenda).

7.3 Helmut Kohls 10-Punkte-Programm

Während im theoretischen Teil dargelegt wurde, dass die internationalen Reaktionen auf die plötzliche Vorstellung des Zehn-Punkte-Programms ohne Abstimmung mit den vier Alliierten mehrheitlich Entrüstung zum Ausdruck brachten und der allgemeine Tenor dahin ging, dass es Kohl mit dem Vorantreiben der deutschen Einheit übertreibe, stellte man in den beiden untersuchten Zeitungen nichts dergleichen fest. Die wenigen Artikel, die gefunden wurden, beschäftigten sich zwar mit der Ablehnung des Plans durch die internationale Politik, der einzige Artikel, der die Haltung Österreichs zu dem Plan zum Thema hatte, ist aber als rundweg positiv zu bewerten. Es käme durch die Vorstellung des Plans und durch eine mögliche deutsche Einheit nicht zu negativen Auswirkungen auf Österreich. Beide deutschen Staaten hätten aus ihrer Geschichte gelernt, an ihrer *„weltpolitischen Zurückhaltung ist nicht zu zweifeln“*. (Anzenberger, In: Kurier vom 3. Dezember 1989, S. 5). Man hoffte im Gegenteil auf Wachstumschancen für die österreichische Wirtschaft, die durch das Zusammenwachsen Deutschlands entstehen könnten (Vgl. ebenda).

7.4 Die Oder-Neiße-Grenzfrage

Wie auch die anderen österreichischen Zeitungen, äußerten sich „Standard“ und „Kurier“ kritisch über die Weigerung Helmut Kohls, die Grenze mit Polen endgültig anzuerkennen. Ein Sturm der Entrüstung, wie in manch anderen ausländischen Zeitungen, blieb in Österreich aber aus. Nach Werner Stanzl war der Grenzverlauf nach dem Krieg so vage bestimmt worden, dass ein Gerangel um die endgültige Festlegung vorherzusehen gewesen sei (Vgl. Stanzl, In: Der Standard vom 14. März 1990, S. 2). Trotzdem sahen auch die Autoren des „Standard“ Kohls Verhalten kritisch und stellten sich mehrheitlich auf die Seite der Polen. Werner Stanzl schrieb Kohls Weigerung eine destabilisierende Wirkung auf den Frieden in Europa zu. Die restlichen Länder Europas müssten nun zusammen daran arbeiten, dass die Grenze endgültig festgeschrieben und unantastbar werde (Vgl. Stanzl, In: Der Standard vom 7./8. Dezember 1989, S. 32). Der „Kurier“ vertrat die Auffassung, dass die Grenze zwischen Deutschland und Polen nicht ohne Krieg zwischen beiden Ländern verändert werden könne. Daher sei es von Helmut Kohl ungeschickt gewesen, den Eindruck zu erwecken, diese Grenzfrage sei noch offen. Dieses wenig staatsmännische Verhalten habe ihm, aber vor allem der deutschen Einheit, viele Sympathien gekostet (Vgl. Rau, In: Kurier vom 7. März 1990, S. 1). Als Verdeutlichung des plumpen Verhaltens von Kohl veröffentlichte der „Kurier“ eine Karikatur, in der das Nashorn Kohl mit seinem Fuß die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie stoppt (S. Abbildung 8).

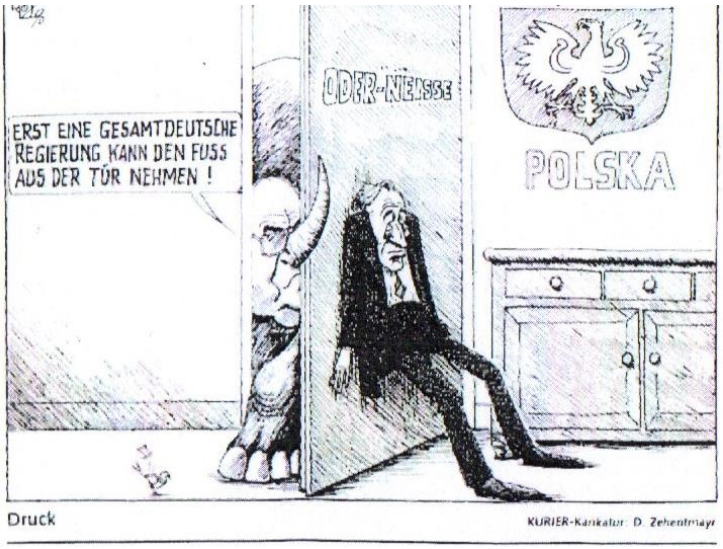

Abb. 8: Zehentmayr, D.: Druck. In: Kurier vom 5. März 1990, S. 2

Unverständnis löste dabei auch die Koppelung der Garantie der Grenze mit dem Reparationsverzicht Polens aus, die Kohl am Anfang forderte. Der polnische Autor Adam Michnik, der für den „Standard“ dazu interviewt wurde, bezeichnete diese Forderung als *„Unverschämtheit“. „Es bedeutet, daß sich die Deutschen nicht geändert haben.“* (Klingl, In: Der Standard vom 5. März 1990, S. 3). Deutschland sei nicht in der Position um in dieser Frage Bedingungen zu stellen. Andere polnische Stimmen wurden ebenso gedruckt, die sagten, dann könne man von Deutschland auch eine Wiedergutmachung für die Tausenden Kriegsopfer fordern. Nach einem Kommentar von Peter Sichrovsky kämen die Polen damit auf eine Summe von 537 Milliarden Mark bei 13 Millionen Menschen, die Anrecht auf die Wiedergutmachung hätten. Sichrovsky versuchte diese Summen nun auf andere Länder umzurechnen, die ebenfalls Anspruch geltend machen könnten und kommt auf horrende Zahlen, die den persönlichen und materiellen Schaden des Krieges nüchtern beschreiben. Er unterstützte Polens Forderungen nicht aktiv, fand es aber positiv, dass durch diese Diskussion die Erinnerungen an das Grauen des Zweiten Weltkrieges nicht begraben werden.

„Kohl steht zwar mit seiner Reaktion heute da wie einer, der sich in eine mißliche Lage gebracht hat, und nun nicht herausfindet. Aber man muß ihm auch dankbar sein – sein Vorstoß ist eine überaus wirksame Aktion gegen das Vergessen.“ (Sichrovsky, In: Der Standard vom 5. März 1990, S. 24).

Josef Kirchengast bescheinigte Helmut Kohl die alleinige Schuld daran, wenn alte Vorurteile und Ängste Europas vor den Deutschen wieder aufleben würden. In dieser entscheidenden Phase, für Deutschland aber auch für Europa, würde sich Kohl nicht wie der Staatsmann verhalten, als den er sich gerne selber sieht. Das stimme nicht nur andere Länder sondern auch Kirchengast persönlich sehr nachdenklich (Vgl. Kirchengast, In: Der Standard vom 7. März 1990, S. 28). Für Heinz Nussbaumer war die Unverletzbarkeit der Grenzen das wichtigste Fundament für Europas Sicherheit, dass nun, da Deutschland daran rüttele, zu bröckeln beginne (Vgl. Nussbaumer, In: Kurier vom 17. März 1990, S. 3).

Hansjakob Stehle kritisierte dabei vor allem, dass Deutschland die polnischen Ängste nicht ernst nehme sondern als kleinlich und engstirnig bezeichne. Diese seien jedoch aus Furchtkomplexen entstanden, die besonders mit der Oder-Neiße-Linie verbunden seien. Mit der Grenzfrage werde nicht nur die Grenze an sich sondern auch *„Polens Existenz als solche“* in Frage gestellt (Vgl. Stehle, In: Der Standard vom 19. Juli 1990, S. 24). Zusätzlich würden die jetzigen Ängste von nationalistischen Gruppen in Polen ausgenutzt um die durchaus dafür offene und leicht beeinflussbare Masse der

Bevölkerung zu manipulieren. (Vgl. ebenda). Sein Kollege Georg Possanner sorgte sich um ein erneutes Aufkommen des Nationalsozialismus, wenn alle europäischen Länder Schadensersatzforderungen stellten und die Deutschen für die Schuld ihrer Väter zahlen lassen wollten. Genau diese Haltung habe nach dem Ersten Weltkrieg bereits zum Aufstieg Hitlers geführt. Nun würde wieder versucht werden, das deutsche Schuldgefühl zu überstrapazieren. Damit unterstütze man aber das erneute Aufkommen des Rechtsextremismus. *„Daran kann nur Interesse haben, wer auf eine „Self-fulfilling prophecy" wartet: Wir haben es immer schon gesagt: so häßlich sind die Deutschen."* (Possanner, In: Der Standard vom 6. März 1990, S. 28). Zudem war er der Meinung, Helmut Kohl habe die ohnehin kleine Souveränität, die Deutschland in der Einheitsfrage gehabt habe, verspielt. Es sei nur verständlich, wenn nun immer mehr Nachbarn Deutschlands den Vereinigungsprozess aktiv mitgestalten wollten um die möglichen Gefahren, die von Deutschland ausgehen könnten, möglichst klein zu halten. *„Kohls Zögern in der Grenzfrage hat ihr* (der Souveränität, Anm. d. Aut.) *engere Grenzen gezogen."* (Possanner, In: Der Standard vom 9. März 1990, S. 28).

Besonderes Augenmerk der Autoren lag auf den Ängsten und Bedenken der Polen, die durch Kohls Verzögerungstaktik wiederauflebten. Nach einer Umfrage des deutschen Fernsehsenders ARD vom Februar 1990 glaubten 68% der Polen, dass eine deutsche Einheit die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen verschlechtern würde. Dabei waren die Jungen geringfügig optimistischer als die alte Generation, die den Krieg noch erlebt hatte (Vgl. Der Standard vom 1. März 1990, S. 2). Zusätzlich glaubten sie, dass in der Einheitsfrage wieder entschieden würde, ohne die Bedürfnisse Polens zu berücksichtigen. Für Deutschland sei die Grenzfrage, gekoppelt mit dem polnischen Verzicht auf Reparationszahlungen, nur für den eigenen Wahlkampf wichtig, während es sich für die Polen um eine existenzielle Frage handle. Die Kritik, die Deutschland auf das Verhalten Kohls hin vom Ausland entgegengeschlagen sei, sei zwar wohltuend gewesen, dennoch lege keines dieser Länder Wert darauf, Polen bei den Gesprächen über die Wiedervereinigung miteinzubeziehen (Vgl. Nemes, In: Kurier vom 8. März 1990, S. 3).

Der „Kurier" sprach von einem *„Scherbenhaufen"* den Kohl mit seinem Verhalten hinterlassen habe. Nun habe Deutschland praktisch alle Europäer gegen sich. Michail Gorbatschow sah eine *„Wiederbelebung revanchistischer Pläne"* und *„verantwortungsloser Politik, die zu sehr ernsten Konsequenzen führen könnte"*. (Fürböck, In: Kurier vom 7. März 1990, S. 3). Obwohl die Unterstützung der Polen durch andere Länder immer wieder erwähnt wurde, wurde doch die Rolle Frankreichs vom „Kurier" und vom „Standard" sehr deutlich hervorgehoben, das die Forderungen Polens

am stärksten unterstützte. Danny Leder bezeichnete dies als *„franko-polnische Allianz gegen BRD-Kanzler Kohl."* (Leder, In: Kurier vom 10. März 1990, S. 3). Präsident Mitterrand sowie Außenminister Dumas appellierten lautstark an die Regierungen beider deutschen Staaten, die Grenze anzuerkennen, und das vor der Wiedervereinigung, und Polen eine Beteiligung an den „Zwei-plus-Vier"-Gesprächen zuzusichern.

Beide Zeitungen berichteten auch von den Auseinandersetzungen, die die Grenzfrage innerhalb der Bundesrepublik, aber auch zwischen DDR und BRD auslöste. Die Opposition der BRD-Regierung nahm klar die Haltung ein, man müsse die Grenze so schnell wie möglich anerkennen, noch vor einer deutschen Wiedervereinigung. Für die FDP, damaliger Koalitionspartner der CDU, wurde dabei Hans-Dietrich Genscher immer wieder zitiert, der der Meinung war, dass eine Verzögerung in der Grenzfrage die deutsche Einheit verhindern würde. Auch als Kohl sein ungeschicktes Verhalten einsah und den Polen zumindest eine Erklärung beider deutschen Staaten versprach, die die Garantie der Grenze enthalten sollte, warf die SPD ihm vor, er habe Deutschland mit seinem Verhalten Schaden zugefügt und damit seine Pflicht dem Land gegenüber verletzt *„wie nie ein Kanzler zuvor"* (Der Standard vom 9. März 1990, S. 2). Bundespräsident Richard von Weizsäcker reiste als erstes westdeutsches Staatsoberhaupt nach Polen um die Unantastbarkeit der Grenze zu versichern. Deutschland habe keinerlei Gebietsansprüche. Man wolle nicht die Berliner Mauer abreißen um sie an Oder und Neiße wieder aufzubauen (Vgl. Der Standard vom 3. Mai 1990, S. 2).

Die endgültige Einigung zwischen Deutschland und Polen wurde mit Erleichterung zur Kenntnis genommen. Für Martin Maier war es schlussendlich ein faires Händereichen, das den gemeinsamen Wunsch ausdrückte, an einem neuen Europa mitzuarbeiten und die Vergangenheit ruhen zu lassen (Vgl. Maier, In: Kurier vom 22. Juni 1990, S. 1). Jedoch konnte sich der „Standard" einen kleinen kritischen Seitenhieb gegen Deutschland, das Polen im Gegenzug zur Zustimmung zur Grenzgarantie **nach** der deutschen Einheit wirtschaftliche Hilfen versprochen hatte, nicht verkneifen. Im Vorfeld hatte Polen noch die vertragliche Zusicherung der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze **vor** der Wiedervereinigung gefordert. Der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski erklärte die Gründe der Besorgnis, die in Polen herrschte. 44% der Polen hegten eine Abneigung oder Feindschaft gegen Deutschland. Man sähe jedoch nicht die militärische Bedrohung sondern fürchte sich vor dem *„Ausverkauf des Landes". „Jetzt kommen die Deutschen nicht mehr mit der Waffe in der Hand, sondern mit dem Scheckbuch in der Brusttasche."* (Szczypiorski, In: Der Standard vom 26. Juli 1990, S. 23). Dabei versuchte er gleichzeitig die Furcht zu zerstreuen. Ein geeintes

demokratisches Deutschland sei doch viel weniger gefährlich als eine totalitäre DDR. Zwischen zwei demokratischen Staaten sei noch nie Krieg ausgebrochen. Das würde aber von seinen Landsleuten immer wieder übersehen (Vgl. ebenda). Dennoch stand Polen derzeit mit seiner Furcht nicht alleine in Europa.

7.5 Angst vor dem Vierten Reich

Wie bereits im theoretischen Teil dieser Arbeit beschrieben, führte Europa eine Diskussion, ob die deutsche Wiedervereinigung gleichzeitig die Geburt des Vierten Reichs sein würde. Auch der „Kurier" und der „Standard" widmeten sich diesem Thema. Dennoch fand man in den Artikeln keine Angst der Österreicher vor der Einheit. Werner Stanzl benutzte in seinem Kommentar den Begriff des Vierten Reichs. Dies war jedoch nicht als Vergleich mit dem Dritten Reich oder als Ausdruck der Sorge vor einem neuen mächtigen Deutschland zu verstehen, sondern nur als Bezeichnung für ein zukünftiges geeinigtes Deutschland gedacht (Vgl. Stanzl, In: Der Standard vom 11./12. November 1989, S. 32). Der „Kurier" versuchte zu beruhigen, indem er anschaulich erklärte, dass das Vierte Reich das kleinste Deutschland aller Zeiten sein würde. In der Vergangenheit, in der Bedrohung von Deutschland ausgegangen war, sei das jeweilige Reich immer um vieles größer und damit gefährlicher gewesen (Vgl. Kurier vom 16. November 1989, S. 5). Peter Sichrovsky fand die Ängste mancher europäischen Länder zwar unbegründet, kritisierte aber die Art und Weise, wie der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl mit diesen Ängsten umging. Dessen Argument, dass Deutschland eine Demokratie sei und daher eine Wiederholung des Nationalsozialismus undenkbar sei, tat Sichrovsky als schwach ab. Auch die Weimarer Republik sei eine *„demokratisch organisierte Gesellschaft"* gewesen, *„die allerdings Hitler nicht aufhalten konnte."* (Sichrovsky, In. Der Standard vom 1. Februar 1990, S. 24).

> *„Daß fünfzig Jahre nach dem Holocaust die Erinnerungen nicht nur in Museen verstauben, sondern immer noch Ängste bei den Nachkommen hervorrufen, sollte eher ein Motiv sein, die ständigen Warner zu überzeugen, daß es keinen Grund mehr gibt, eine Vereinigung zu befürchten. Mit dem Zudrehen des Geldhahnes zu drohen, wie es Kohl getan hat, erscheint so plump wie unangemessen."* (ebenda).

Auch die Autorin Heide Korn sah die Angst der Nachbarländer vor allem in den sparsamen Versuchen der deutschen Regierung, die Bedenken zu zerstreuen, begründet.

„Die Geschichte holt die Deutschen immer wieder ein. (…) Die Deutschen machen ihren Nachbarn Angst, umso mehr, je mehr der Mitleidseffekt mit dem befreiten Osten nachläßt. (…) The Ugly German als neues altes Feindbild?“ (Korn, In: Der Standard vom 16. Juli 1990, S. 24).

Besonders Helmut Kohl warf sie in dieser Angelegenheit vor, keine klaren Stellungnahmen abzugeben, beispielsweise in der sensiblen Frage der polnisch-deutschen Grenze. *„Sein Stil ist nicht das Argumentieren, er bevorzugt die Überzeugungskraft des Geldes.“* (ebenda). Dabei blieben diejenigen auf der Strecke, die sich vor einem vereinigten Deutschland fürchten, die Deutschen selbst eingeschlossen, *„denen ihre Geschichte ohnehin schon als Mühlstein schwer genug am Halse hängt und die begreifen, daß die „irrationalen Ängste“ ihrer Nachbarn vielleicht weniger aus dem Bauch als aus einer verletzten Seele kommen.“* (ebenda).

Das Bild vom „hässlichen Deutschen“ wurde auch im Artikel von Hans-Henning Scharsach aufgeworfen, allerdings kam dieser zu dem Schluss, dass die alten Vorurteile, die den Deutschen gerne wieder angedichtet werden, nur wenig zutreffen. Es ergebe sich dagegen ein vielschichtiges Bild, dass er selbst von der Persönlichkeit der Deutschen erfahren habe. Er lebe kaum anders als der durchschnittliche Österreicher, er denke und empfinde nur anders, da er sich viel mehr als der Österreicher mit der Vergangenheit beschäftigen müsse und die Identifikation mit dem eigenen Land in Deutschland eine viel größere Herausforderung sei (Vgl. Scharsach, In: Kurier vom 27. September 1990, S. 5).

Der Kommentator Heinz Nussbaumer führte die international herrschende Skepsis auf die fehlende Ordnung in Europa zurück.

„Die alte Abschreckung der Supermächte schreckt nicht mehr; die Bündnissysteme stecken in tiefen Sinnkrisen; demokratische Mechanismen des Krisenmanagements fehlen noch weitgehend – und für das künftige „Europäische Haus“ fehlt vorerst jedes architektonische Gesamtkonzept.“ (Nussbaumer, In: Kurier vom 27. Jänner 1990, S. 3).

Allein die Europäische Gemeinschaft habe einen stabilisierenden Effekt und mache den Europäern die Vorstellung eines vereinten Deutschlands, dass in ebendiese Gemeinschaft integriert werde, erträglich (Vgl. ebenda). Daher müsse man alles tun, um diese Integration schnellstmöglich zu bewerkstelligen.

Der „Standard“-Korrespondent Werner Stanzl berichtete aus New York, dass die Meldungen im amerikanischen Fernsehen über die deutsche Wiedervereinigung mit

alten Schwarz-Weiß-Bildern aus Nazi-Zeiten unterlegt seien. Die NATO habe für die Amerikaner vor allem die Rolle, Deutschland zu kontrollieren, damit es die Untaten der Vergangenheit nicht wiederholen könne. Bei seinem Amerika-Besuch wurde auch Österreichs damaliger Kanzler Franz Vranitzky gefragt, ob sein Land Angst vor der Wiedervereinigung habe.

„Was der Bundeskanzler jeweils mit der Erklärung verneint, man könne den Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung nicht absprechen, sie hätten aus der Geschichte gelernt. Meist sind die US.Kollegen von dieser Antwort enttäuscht, als Sensation ist sie nicht zu verkaufen." (Stanzl, In: Der Standard vom 20. Februar 1990, S. 4).

Das widerspricht ein wenig dem Bild, das man aus anderen Quellen, die zum Beispiel im Kapitel über die Haltung der USA zusammengefasst wurden, über die Berichterstattung der amerikanischen Medien bekommen hat. Dort werden zwar auch geäußerte Bedenken beschrieben, aber nicht so extrem, wie es in Stanzls Bericht klingt. Allerdings bezog sich Stanzl hier eher auf das amerikanische Fernsehen, wohingegen sich die theoretischen Erkenntnisse vor allem aus den Printmedien herleiteten. Vielleicht ist der Unterschied dadurch zu erklären, dass das Fernsehen unter einem starken Druck stand, die Aufmerksamkeit des Publikums durch drastische Bilder auf sich zu ziehen.

Neben der österreichischen Meinung fanden aber auch Meinungen und Kommentare aus dem Ausland im „Standard" Platz. So wurde zum Beispiel im August 1990 eine Umfrage veröffentlicht, die das Meinungsbild in den Niederlanden abbildete. Danach breiteten sich Angst und Sorge auch bei diesem Nachbarland Deutschlands aus. *„Die Menschen fürchten weniger eine territoriale Expansion Deutschlands als vielmehr die immer weiter wachsende politische und besonders wirtschaftliche Macht des künftigen 82 Millionen-Volkes."* (Lhuillery, In: Der Standard vom 14./15. August 1990, S. 5). Im Mai 1990 lag die Zahl der Niederländer, die sich vor einer deutschen Einheit fürchten bei 46%. Bei den niederländischen Parlamentsabgeordneten schlossen es 36% nicht aus, dass Deutschland beizeiten wieder territoriale Ansprüche stellen könnte, 77% hegten anti-deutsche Gefühle. Die Gründe der Besorgnis lagen bei den Niederländern zu 63% in einer möglichen politischen Übermacht Deutschlands und sogar zu 90% in der Angst vor Deutschlands wirtschaftlicher Stärke (Vgl. ebenda). Mit den Ergebnissen dieser Umfragen beschäftigte sich auch Christoph Kotanko im „Kurier". Auch wenn die geäußerten Ängste eher von der militärischen Bedrohung Deutschlands geprägt seien, sei es doch in Wahrheit die Angst vor der wirtschaftlichen Größe eines vereinigten Deutschlands, die die Menschen in Europa umtreibe. Und wenn ein fast doppelt so großes Land wie Österreich, die Niederlande, Angst habe, wie groß müsse oder sollte

die Angst der Österreicher dann sein? Kotanko schloss sich der offiziellen Haltung der Regierung an, die zu Protokoll gab, dass die deutsche Einheit kein Grund zum Fürchten sei und positive Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland haben werde. Die Angst vor einem erneuten Anschluss an Deutschland, die in Österreich teilweise herrsche, sei ebenfalls unbegründet. (Vgl. Kotanko, In: Kurier vom 18. September 1990, S. 2).

Der Ex-NATO-Generalsekretär Joseph Luns kam in einem Artikel zu Wort und äußerte sein Misstrauen. Er hielt es für denkbar, dass jüngere Generationen, die sich an den Krieg nicht erinnern, wieder an den bestehenden Grenzen rütteln könnten. *„Ein strategisch wichtiges Land mit 82 Millionen sei „kein Grund zu tanzen“.“* (Kurier vom 27. Juli 1990, S. 3). Auch der bereits erwähnte Artikel des Briten Conor Cruise O'Brien wurde im „Standard“ abgedruckt, der das Wiederaufleben der nationalistischen Gefühle bei einer deutschen Wiedervereinigung befürchtete.

„Ich glaube nicht, daß das Vierte Reich (…) ein Ableger des Dritten Reichs sein wird. Doch ich habe das Gefühl, daß es in seiner Sucht nach Vormachtstellung dem Zweiten Reich in nichts nachstehen wird. (…) Auch der Gedanke genügt, um mich erstarren zu lassen.“ (O'Brien, In: Der Standard vom 1. Dezember 1989, S. 31).

Der jüdische Schriftsteller und Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel äußerte ebenfalls seine Ängste vor einem großen Deutschland. *„Ich kann die Tatsache, daß der Jude in mir besorgt, ja alarmiert ist, nicht beiseite lassen. Wann immer Deutschland zu stark war, fiel es Versuchungen des Ultranationalismus zum Opfer.“* (Wiesel, In: Der Standard vom 1. Dezember 1989, S. 31). Er freue sich dennoch für Ost- und Westdeutsche über den Mauerfall und setze auf die Vernunft der deutschen Jugend. *„Ich hoffe, sie hat die Lektionen des Zweiten Weltkrieges gelernt und wird durch diese Erinnerung gestützt. So lange die alte Generation noch lebt, muß man wachsam sein, auf der Hut.“* (ebenda). In Deutschland gebe es immer noch rechtsextreme Zeitschriften und Vereine, einzelne ehemalige Nationalsozialisten besetzten auch heute noch führende Positionen in der Politik (Vgl. ebenda).

Doch auch bei den ausländischen Kommentaren gab es nicht nur Zweifler. Der in London lebende Autor Lord Arthur Weidenfeld versuchte in seinem Beitrag die Ängste vor einer deutschen Einheit zu zerstreuen und nannte verschiedene Argumente dafür, dass von einem geeinigten Deutschland keine Bedrohung ausgehe.

„Die BRD ist seit ihrem Bestehen ein loyaler Partner beim Wiederaufbau Europas, die Regierungen des Landes haben sich immer in den Dienst des Friedens gestellt und es

ist ihnen gelungen, einen demokratischen Rechtsstaat zu errichten, dem unsere volle Bewunderung gehört." (Weidenfeld, In: Der Standard vom 3./4. Februar 1990, S. 23).

Auch ein zusammengewachsenes Deutschland würde den Frieden nicht gefährden. Zudem gehe er nicht davon aus, dass die deutsche Bevölkerungszahl in großem Maße zunehme, es bestehe daher für Deutschland auch keine Veranlassung, sich neuen Lebensraum und verlorene Territorien zu erschließen. Dazu komme die Abneigung der deutschen Jugend gegen den Militarismus. Der Rechtsextremismus in Deutschland sei im Gegensatz zu anderen Ländern relativ gering. Weidenfeld setzte seine Hoffnungen in die Ausweitung der Europäischen Gemeinschaft, in der die Macht der Länder untereinander ausgeglichen wäre. Damit sei die Angst vor einem übermächtigen Deutschland ebenso unbegründet.

„All diejenigen, die der Alptraum eines Vierten Reiches plagt, sollten den moralischen Werten trauen, die Pragmatiker der Humanität wie Adenauer und Heuss, Brandt und Weizsäcker gesetzt haben und an deren Kontinuität glauben. Und sie sollten einer jungen deutschen Generation ihr Vertrauen schenken, die guten Willens ist."
(Weidenfeld, In: Der Standard vom 3./4. Februar 1990, S. 23).

Der Jude Michael Kessler wehrte sich darüber hinaus gegen die vereinfachte Darstellung DES Deutschen.

„Ich würde nie von den *Deutschen sprechen, weil ich unter diesen verschiedenen Menschen begegnet bin: einem Herrn Göricke, der mir das Leben gerettet hat und einem Herrn Kellner, der meine Mutter erschossen hat. Wer von ihnen ist* der *Deutsche?"*
(Kessler, In: Der Standard vom 12. Februar 1990, S. 23).

7.6 Der EG-Beitritt Österreichs

Nach den Informationen aus den bisherigen Quellen, beispielsweise Ines Lehmann, wurde die Zustimmung Österreichs zur deutschen Wiedervereinigung dadurch getrübt, dass die DDR noch vor dem eigenen Land in die EG aufgenommen werden sollte, obwohl sich Österreich schon viel länger darum bemühte. Der Vorwurf wurde laut, man würde Deutschland bevorzugen. Dieser Eindruck bestätigte sich auch in der durchgeführten Analyse. Theo Faulhaber warf der EG vor, Österreich ins Abseits zu stellen und damit aus dem inneren Kreis der Macht in Europa auszuschließen (Vgl. Faulhaber, In: Kurier vom 6. Dezember 1989, S. 16).

Josef Kirchengast beschwerte sich zum einen darüber, dass bis 1993 eigentlich eine allgemeine Aufnahmesperre für die EG herrschen solle. Dass für die DDR eine Ausnahme gemacht werden soll, erschien ihm noch halbwegs akzeptabel, da die EG-Gründungsmitglieder bereits 1957, bei der Aufnahme der BRD, einer Bonner Erklärung zugestimmt hatten, die besagte, dass auch die DDR-Bürger als Deutsche gelten und somit ebenfalls als Mitglied der Gemeinschaft gelten sollten. Insofern sei die volle Aufnahme der DDR durchaus legitim. Was Kirchengast aber überhaupt nicht nachvollziehen konnte ist, dass das neutrale Österreich im Gegensatz zur DDR immer noch nicht aufgenommen werden sollte, obwohl diese Mitglied des Warschauer Paktes und damit im „feindlichen" Lager anzusiedeln war. Das passte für Kirchengast nicht im Geringsten zusammen und er war dementsprechend empört, dass dem Ansuchen der DDR früher stattgegeben wurde als dem Österreichs (Vgl. Kirchengast, In: Der Standard vom 16. Jänner 1990, S. 24). Auch Erwin J. Frasl regte sich sehr darüber auf, dass der Kommissionspräsident der Europäischen Gemeinschaft, Jacques Delors, sich bei Österreichs EG-Beitritt in besonderer Zurückhaltung übte.

> *„Offenbar benötigt man eine herzhafte kommunistische Vergangenheit (vielleicht mit einer kleinen Dosis Schießbefehl auf friedliche Demonstranten für die Einhaltung der Menschenrechte), um bei EG-Kommissions-Präsident Jacques Delors Wohlgefallen auszulösen."* (Frasl, In: Kurier vom 9. Jänner 1990, S. 7).

Er forderte die EG auf, Österreich, *„ein Hort an Stabilität und sozialer Sicherheit"* nicht schlechter zu behandeln als eine Ex-Diktatur (Vgl. ebenda).

Delors forderte auch keinen Ausstieg der DDR aus dem Warschauer Pakt, er hielt sogar die Auflösung der zwei Blöcke für unwahrscheinlich. Trotzdem habe die DDR Anspruch auf einen Platz in der EG. Für Georg Possanner war es ebenso rätselhaft wie für die anderen Autoren, dass die westlich ausgerichtete Demokratie Österreich weniger kompatibel mit der EG sein sollte als das an die Sowjetunion gebundene Ostdeutschland. Das Argument, dass die Neutralität Österreichs die *„Finalität der Gemeinschaft"* behindern würde, fand er unsinnig und vor allem unsachlich, da die EG selbst bisher nicht wüsste, wohin der Zug der Europäischen Gemeinschaft genau fahren sollte. Es läge also nicht an Österreich, dass die Ziele der EG noch nicht genau festgelegt waren (Vgl. Possanner, In: Der Standard vom 30. April/1. Mai 1990, S. 24). Auch andere Autoren waren derselben Meinung. Man sei ein Musterbeispiel für Demokratie und freie Marktwirtschaft, das einzige Land, dem es unter sowjetischer Besatzung gelungen war, ein solches System aufzubauen. Da könne es nicht sein, dass man sich hinter der DDR in die Warteschlange stellen müsse. Die Vorteile, die

Österreich der EG bringen würde, seien größer als die Bedenken, die in manchen Mitgliedstaaten herrschten. Es gäbe zum einen keine wirtschaftlichen oder kulturellen Anpassungsschwierigkeiten, die EG bekäme einen Nettozahler hinzu und die Europa-Verkehrspolitik könne mit Österreich, einem Transitland, viel besser vorangetrieben werden.

Dennoch glaubte Possanner, die Hintergründe für die Sonderstellung der DDR zu erfassen und schrieb, dass Delors mit dem Sonderstatus für die DDR Deutschland die Rolle zuschiebe, in Moskau noch eine Entlassung aus dem Warschauer Pakt zu erwirken. Dadurch müsse er sich selbst nicht die Finger verbrennen. Doch trotz seiner Kritik an dem Vorgehen der EG riet Possanner den Österreichern, im eigenen Interesse nicht weiter gegen die EG-Mitgliedschaft der DDR zu protestieren, das könne sich nur kontraproduktiv auswirken. *„Die Energien wären bei der Verfolgung des eigenen Weges besser aufgewendet."* (Possanner, In: Der Standard vom 18. Jänner 1990, S. 24). Österreich sollte sich also wieder auf den eigenen Beitritt konzentrieren und nicht Stimmung gegen die DDR machen. Die Haltung von Jacques Delors zu einem bevorzugten EG-Beitritt der DDR habe sich sowieso bereits positiv für Österreich ausgewirkt, da mehrere andere Staaten ebensolches Unverständnis darüber zum Ausdruck brachten, dass die DDR Österreich vorgezogen werden sollte. Daraus ergebe sich ein Solidaritätseffekt für Österreich. Die Länder, wie beispielsweise Belgien und auch Deutschland, fühlten sich dazu berufen, sich in Europa stark für eine ebenfalls bevorzugte Mitgliedschaft Österreichs auszusprechen (Vgl. Possanner, In: Der Standard vom 19. Jänner 1990, S. 2). Auch Italien bezeichnete Österreich als *„ersten Kandidaten"* (Possanner, In: Der Standard vom 30. Juni/1. Juli 1990, S. 24) für einen Platz in der EG, was allerdings kein Freundschaftsdienst sondern rein politisch bewogene Fürsprache sei. Italien sehe Österreich als Verbündeten gegen eine deutsche Übermacht in der EG. Die gegenteilige Annahme mancher EG-Staaten, Österreich sei ein dritter deutscher Staat, wies Possanner scharf zurück. Österreich habe seine eigene Identität, die es in der EG zudem besser bewahren könne als im Kreis der Abhängigkeiten. *„Kurz: Wer keinen dritten deutschen Staat will, muß sich für Österreichs Beitritt einsetzen."* (ebenda).

Wie EG-Vizepräsident Leon Brittan bei einem Besuch in Wien erklärte, sei Österreichs Neutralität auch durchaus kein Hindernis für einen Beitritt. Es erfülle alle Voraussetzungen. Es müsse nur noch bestimmte Politik- und Wirtschaftsbereiche an die EG-Normen anpassen, dann werde man das Ansuchen zeitig bearbeiten (Vgl. Der Standard vom 2. März 1990, S. 3). Dementsprechend wurde auch SPÖ-Politiker Peter Jankowitsch zitiert, der von Österreich forderte, aktiv und kreativ für seine Interessen

einzustehen und auf eine vorrangige Behandlung zu pochen (Vgl. Haber, In: Kurier vom 16. November 1989, S. 5). Alle Autoren waren sich darin einig, dass an der Neutralität Österreichs aber nicht gerüttelt werden dürfe. Sie sei Teil der österreichischen Identität. Österreich müsse nach Franz Ferdinand Wolf aber auch aufpassen, nicht die Attraktivität als politischer Standort zu verlieren. Seit dem Wandel im Osten sei die westlichere Lage von Prag auch von politischer Bedeutung. Österreich müsse handeln um seine Chancen in Mitteleuropa zu wahren (Vgl. Wolf, In: Kurier vom 3. Juni 1990, S. 2).

7.7 Wirtschaftliche Hilfen für die Sowjetunion

Beide untersuchten Zeitungen, sowohl der „Kurier" wie auch der „Standard" zeigten während des untersuchten Zeitraumes reges Interesse an den Geschehnissen in der Sowjetunion. Vor allem die wirtschaftlichen Hilfen der EG-Staaten, aber auch die Hilfen der Deutschen, die im Gegenzug für die Zustimmung zur Einheit geleistet wurden, standen in den Berichten im Vordergrund. Letzteres wurde von den Autoren skeptisch und kritisch betrachtet. Gerhard Plott titelte im „Standard": *„Kohl kam, sah und zahlte"* (Plott, In: Der Standard vom 17. Juli 1990, S. 24). Er ließ zwischen den Zeilen Zweifel aufkommen, ob die UdSSR zu einer deutschen Einheit auch bereit gewesen wäre, wenn es finanziell nicht am Abgrund gestanden hätte.

„Mit jeder Menge D-Mark in der Tasche hatte Kanzler Kohl alle notwendigen Argumente bereit, um Deutschland den Weg zur Einheit und in die NATO zu ebnen. Michail Gorbatschow vergaß angesichts der monetären Morgengaben seine Sicherheitsbedenken ob der zukünftigen Militärmacht Deutschland." (ebenda).

Plott unterstellte Kohl ein Generalkonzept in schwierigen politischen Fragen. *„Für Einheit und sonstige Wünsche muß gezahlt werden, am liebsten in bar. (…) Politische Zugeständnisse können erkauft werden, nur die Kasse muß stimmen. (…) Erfolg muß man sich eben leisten können."* (ebenda). Insgesamt war der Artikel Ausdruck des Unverständnisses, dass man mit Geld alles möglich machen kann und hinterließ insofern einen bitteren Geschmack, als dass der Eindruck entstand, die deutsche Einheit sei gegen den eigentlichen Willen der Sowjetunion und nur wegen des Geldes zustande gekommen. Auch in anderen Artikeln wurde eifrig über die Höhe der finanziellen Hilfen, die die UdSSR fordere und Deutschland biete, gerätselt. Die Beträge schwankten zwischen 7 und 18 Milliarden D-Mark. Werner Stanzl schrieb im September 1990 schließlich zynisch über die endgültige Summe von 12 Milliarden Euro: *„Harmonie,*

staatliche Einheit und ungestörte bilaterale Beziehungen kamen also zum Spottpreis über den Ladentisch." (Stanzl, In: Der Standard vom 12. September 1990, S. 5). Für ihn war das Erkaufen der deutschen Einheit ebenso verachtenswert, wie es bereits Gerhard Plott in seinem Kommentar durchblicken ließ. Daher sprach er auch von Helmut Kohl nur als *„Helmut Cash"*, dem Zahlmeister der Einheit (ebenda). *„So einfach ist Politik, wenn die Präsenz von Barem und die Absenz von Ideologie und Pathos, von rotem Teppich und Trinksprüchen sie entzaubern."* (ebenda).

Auch der „Kurier" berichtete davon, dass der Sowjetunion die Zustimmung abgekauft worden sei. Bei den Summen schrieben die Autoren hier sogar von 25 bis 30 Milliarden Mark, die die Einheit kosten sollte.

„Sowjet-Außenminister Schewardnadse setzt im Ringen um die Finanzhilfe auf die Achse Mitterrand-Kohl. Der schlaue Fuchs im Kreml verwies nicht ohne Hintergedanken (die ersehnte Zustimmung der BRD zur NATO-Zugehörigkeit des vereinten Deutschland) darauf, daß die Sowjetführung ständigen Kontakten zu Bonn „erstrangige Bedeutung" beimesse" (Haber, In: Kurier vom 9. Juli 1990, S. 3).

Im „Kurier" waren keine Kommentare zu dem Thema zu finden, daher kann man keine Rückschlüsse auf die Meinung der Autoren ziehen. Es ist jedoch zu vermuten, dass die Reaktionen in der „Kurier-Redaktion" ebenso ungehalten über die Art der Einigung ausgefallen sind, wie beim „Standard".

7.8 Die deutsche Wiedervereinigung

Auffallend ist, dass in beiden Zeitungen weniger über die Wiedervereinigung berichtet worden ist, als über den Mauerfall. Das liegt wahrscheinlich daran, dass dieser im Vergleich zur Einheit überraschend kam und vom Volk ausgelöst wurde. Die Einheit dagegen war nach langen Verhandlungen schon Monate vor dem 3. Oktober beschlossene Sache und die Feierlichkeiten daher vermutlich als Nachricht nicht so viel wert, als dass man darüber tagelang berichten müsste. Im „Kurier" waren noch mehr Artikel zu finden als im „Standard". In beiden Zeitungen wurden das Erlangen der vollen Souveränität von den Alliierten und die Feierlichkeiten beschrieben, das Hissen der deutschen Flagge, das Singen des „Deutschlandliedes" und der Dank Helmut Kohls an die Alliierten, besonders jedoch an Gorbatschow. Werner Stanzl betonte im „Standard", dass der Traum eines friedlichen Europa ohne die Einheit Deutschlands nicht möglich

gewesen wäre (Vgl. Stanzl, In: Der Standard vom 4. Oktober 1990, S. 32). In die gleiche Kerbe schlug auch ein Kommentar des „Kurier“, der die Freude Österreichs über die Einheit und vor allem über den Umbruch in Europa zum Thema hat. Man solle den Deutschen Vertrauen entgegenbringen (Vgl. Rau, In: Kurier vom 3. Oktober 1990, S. 1). Sie seien auch gar nicht mehr so autoritätsverkniffen sondern zeigten in ihrem Feiern eine neue Lockerheit, was ein gutes Zeichen für ein neues, unverkrampftes Deutschland sei (Vgl. Rau, In: Kurier vom 4. Oktober 1990, S. 1).

Es wurde aber auch festgestellt, dass der Jubel in Deutschland bei weitem nicht so groß war wie erwartet, es werde eher vorsichtige Freude ausgedrückt. *„Die Einheit ist da, die Bundesdeutschen feiern sie so, wie einen bloß zweiten Platz bei der Fußballweltmeisterschaft.“* (Stanzl, In: Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 4). Auch Hans-Henning Scharsach bezeichnete die Stimmung als überraschend nüchtern, ohne nationales Pathos und patriotischen Überschwang. Er sah das aber positiv. Deutschland habe jeder Machtpolitik abgeschworen, wolle zuerst ein guter Nachbar in Europa sein. Dies würde den Entspannungsprozess weiter fördern und die Zukunft als europäisches Deutschland sichern (Vgl. Scharsach, In: Kurier vom 4. Oktober 1990, S. 3).

Die internationalen Reaktionen auf die Einheit wurden ebenfalls von „Kurier“ und „Standard“ erfasst. Amerika äußerte sich - wenig überraschend positiv - und blickte mit Hoffnung auf eine neue Weltordnung. Die Sowjetunion sprach von einem historischen Ereignis, dass die Gelegenheit biete einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Sogar die britische Premierministerin Margaret Thatcher ließ sich zu einem Glückwunsch hinreißen und bezeichnete die Einheit als wichtigen Schritt zur Überwindung der Teilung Europas. Dennoch stellte der „Kurier“ fest, dass in Großbritannien eher eine geteilte Meinung herrschte, wobei die Queen den Deutschen herzlich gratulierte, während Thatcher wiederholt ihre Besorgnis über eine Dominanz des geeinten Deutschland zum Ausdruck brachte. Israel reagierte skeptisch. Der Parlamentspräsident Schilanski sah einen *„Trauertag für das jüdische Volk“* (Kurier vom 4. Oktober 1990, S. 2), der Premierminister Schamir erklärte, man müsse nun lernen, mit der neuen deutschen Realität zu leben. Auch China war nicht begeistert über die deutsche Wiedervereinigung und sah eine *„Dreier-Konfrontation“* zwischen den USA, der UdSSR und Deutschland voraus (ebenda). Die Einheit würde die Sicherheit in Europa weiter zerstören. In Australien gab es sogar Protestdemonstrationen. Österreich freute sich dagegen mit den Deutschen. Der damalige Bundespräsident Kurt Waldheim sprach von einem *„Tag der Freude und Zuversicht“*, der ein Vorbild für ein einheitliches Europa sei (Vgl. Kurier vom 3. Oktober 1990, S. 2). Kommentator Franz Ferdinand Wolf lobte

den Triumph der Demokratie, der 60 Jahre der Unterdrückung und Gewaltherrschaft beende. Es sei

„die Vollendung der friedlichen Revolution, die Realisierung des Traumes der Menschen in allen ehemals kommunistischen Ländern des Ostblocks, die sich gegen Gewalt, Unterdrückung, Panzer und Staatssicherheitsdienst gestellt und die Unrechtssysteme nach und nach zum Einsturz gebracht hatten." (Wolf, In: Kurier vom 4. Oktober 1990, S. 5).

Im „Standard" kamen erneut die ausländischen Zeitungen zu Wort. Mehrere Zeitungen erhofften sich, dass es nicht zu einer erneuten Teilung zwischen armen und reichen Ländern kommen würde. Die Entwicklungen in Deutschland dürften nicht auf Kosten anderer Länder gehen. Die „Herald Tribune" schrieb, es sei nicht die Schuld Deutschlands, dass es groß, reich und im zentralen Europa angesiedelt sei. Es wäre aber angesichts dessen auch nicht verwunderlich, dass die anderen Staaten Europas die Daumen drückten, dass die Gelassenheit der Deutschen angesichts der Einheit lange anhalten werde (Vgl. Der Standard vom 4. Oktober 1990, S. 31). Die israelische Zeitung „The Jerusalem Post" mahnte die Deutschen, die Verpflichtungen gegenüber dem jüdischen und israelischen Volk nicht zu vergessen, während die französische „Liberation" die Einheit als Ende des Kalten Krieges begrüßte und von einem Sieg der Räson Europas sprach (Vgl. ebenda).

Bei aller Freude gab es auch negative Aspekte, die von beiden Zeitungen aufgegriffen wurden. So berichtete der „Standard", dass die Einheit im Volk nicht ganz so einfach vollzogen werden könne wie von den Politikern gewollt. 40 Jahre, in denen in der DDR auch nicht alles schlecht gewesen sei, seien nicht so leicht auszulöschen, sagte „Standard"-Korrespondent Jürgen Siemund. Die Berliner Menschen würden beispielsweise Jahre brauchen um mit Ost und West wirklich nur den anderen Stadtteil zu meinen (Vgl. Siemund, In: Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 4). Auch Hans-Henning Scharsach sah eine Mischung aus Freude und Angst. In all der Zeit hätten sich verschiedene Ideale, Lebensziele und Verhaltensmuster gebildet, die die Deutschen nicht einen sondern trennen. *„Es sind nicht einfach zwei deutsche Staaten, es sind auch langjährige Frontstaaten verfeindeter Macht- und Systemblöcke."* (Scharsach, In: Kurier vom 3. Oktober 1990, S. 3). Des Weiteren fühlten sich die Ostdeutschen vom Westen nicht ernst genommen und vereinnahmt. Viele Mitglieder der verhassten DDR-Regierung seien auch weiterhin auf hohen Posten, während das einfache Volk seine Arbeit verliere. Trotzdem überwiege insgesamt die Hoffnung auf wirtschaftliche und politische Chancen zum Aufbau der DDR und damit auch eines neuen Selbstbewusstseins (Vgl. ebenda).

7.9 Wirtschaftliche Folgen der deutschen Einheit

Seit Februar 1990 berichteten sowohl der „Standard“ als auch der „Kurier“ intensiv über die wirtschaftlichen Veränderungen in Deutschland und über die Folgen der möglichen Einheit. Im Fokus standen natürlich besonders die Auswirkungen, die die Ereignisse in Deutschland auf Österreich hatten. Es wurde erfreut zur Kenntnis genommen, dass Österreich allen Prognosen nach von der deutschen Einheit profitieren und einen Wachstumsschub erleben werde, genau wie der Rest Europas. Besonders für die Oststaaten lohne sich die Einheit, wenn man die Märkte öffne und den Austausch von Gütern, vor allem den Transfer von Wissen, intensiviere. Damit hätten die USA

> *„als „Wachstumslokomotive“ ausgedient, weil Europas Konjunktur autonome Auftriebskräfte, wie die Vorbereitung auf den Binnenmarkt und die Sanierung der osteuropäischen Wirtschaft entwickelt hat, die den Unternehmen genügend Investitionsanreize bieten.“* (Der Standard vom 12. Juni 1990, S. 1).

Das Wachstum der EG-Mitgliedsstaaten wurde auf über 3% geschätzt, wobei Österreich mit einem Nettozuwachs von 3,5% des Bruttoinlandsproduktes mit an der Spitze der Profiteure der deutschen Einheit stehe. Österreich habe vor allem den Vorteil, dass es als einer der größten Zulieferer beim Aufbau der DDR in Anspruch genommen werde. Nach der deutschen Einheit bestätigten sich diese hoffnungsvollen Prognosen. Deutschland und Österreich seien zudem die einzigen Länder in Europa, die einen realen Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes über 4% verzeichnen könnten. Den Autoren war bewusst, dass dieser Wert für die nächsten Jahre nicht in Stein gemeißelt ist, aber man schaute dennoch hoffnungsvoll in die 90er Jahre.

Auch die finanzielle Belastung der BRD wurde intensiv betrachtet. Es wurde allgemein davon ausgegangen, dass die Sanierung der DDR-Wirtschaft und das Zusammenwachsen beider deutscher Staaten zwischen 100 und 500 Milliarden D-Mark kosten werden, dass die reiche Bundesrepublik diese Beträge aber verkraften könne, da sie, auch durch zusätzliche Lieferungen in die DDR, mit einem Wachstumsschub zwischen 1 und 1,5% und damit Einnahmen von circa 60 Milliarden D-Mark rechnen könne. Besonders große Belastungen wären aber zum einen die steigende Arbeitslosigkeit in der DDR, aber auch die Umtauschaktion von DDR-Mark gegen D-Mark, die im Zuge der Währungsunion stattfinden sollte. Daher wurde in den Berichten auch der hohe Schuldenberg von über einer Billionen Mark erwähnt, dem sich Deutschland gegenüber sah. Heinrich Mathis sprach in seinem Kommentar im Dezember 1990, also nach der Einheit, von Kosten um die 140 Milliarden D-Mark, die

die Einheit insgesamt erfordern werde. Die Prognosen gingen aber noch immer weiter nach oben. Neben den finanziellen Problemen konzentrierte er sich aber auch als einer der wenigen Autoren auf die sozialen Schwierigkeiten, die die Einheit mit sich brachte und die die Regierung unter Zeitdruck setzte. *„Die Koalition muß den Lebensstandard der Deutschen im ehemaligen Osten dem westlichen anpassen, bevor sich unvermeidliche sozialen Spannungen in nicht beherrschbaren Konflikten entladen."* (Mathis, In: Der Standard vom 4. Dezember 1990, S. 28). Vor allem die Löhne müssten in Ostdeutschland angepasst werden um eine weitere Auswanderungswelle nach Westen zu stoppen. Hier sah er aber auch das nächste Problem, das sich daraus ergab. Stiegen die Löhne im Osten, stelle das weniger Anreiz dar, neue Betriebe dort anzusiedeln, was wiederum ein Dämpfer für die ostdeutsche Wirtschaft sei, genau wie die steigenden Zinsen. Leichtes Unverständnis zeigte Mathis für Prognosen, dass ein neues Wirtschaftswunder bevorstehe und die ehemalige DDR durch die vielen neuen Investitionen in nur ein paar Jahren zum modernsten Industriestandort Europas aufgebaut werden könne. Wie es tatsächlich in ein paar Jahren um die Wirtschaft der neuen Länder bestellt sein werde, wusste er aber auch nicht mit Sicherheit zu sagen. *„Schon heute ist sicher, daß es nicht nur für die Deutschen ein schmerzhaftes Erwachen geben wird, wenn sich die deutsche Politik übernommen hat."* (ebenda).

Der dritte Punkt, der in den wirtschaftlichen Themen über Deutschland am meisten beachtet wurde, war die Umsetzung der Währungs- und Wirtschaftsunion im Juli 1990. Über diese schien die Presse in Österreich nicht sonderlich begeistert gewesen zu sein. Es waren mehrheitlich negative Artikel zu finden, beispielsweise über die Angst der USA, die angesichts der Währungsunion um die Stabilität des Dollar fürchtete. *„die Währungsunion wird höhere Preise und steigende Zinsen nach sich ziehen und Dollarkurs und Wirtschaft der USA berühren."* Man befürchtete, dass dies *„die ohnehin schwächliche Konjunktur ganz abwürgen"* könnte (Göbel, In: Der Standard vom 16. Februar 1990, S. 24). Auch von den Kommentatoren wurde die Währungsunion kritisch betrachtet. Sie waren der Meinung, dass diese nicht am Anfang stehen dürfe, da das *„weder politisch noch ökonomisch klug"* wäre (Dietz, In: Der Standard vom 23. Februar 1990, S. 27). Zunächst müsse die marode Wirtschaft der DDR aufgepäppelt werden, bevor man eine finanzielle Umstellung ins Auge fassen könnte. *„Dagegen hilft jedoch nicht die Deutsche Mark, sondern nur die Kräfte des Marktes. Die Währungsfrage löst sich danach spielend. Stellt man sie an den Beginn, sind beide überfordert: die Bevölkerung der DDR und die Deutsche Mark."* (ebenda). Der Autor Raimund Dietz nannte im „Standard" konkrete Vorschläge um dies zu umgehen. Seiner Meinung nach stifte die Währungsunion Unsicherheit und verursache eine Destabilisierung der DDR-

Wirtschaft. Er forderte den Beginn mit einem neuen deutschen Souverän, der durch DDR und BRD gegründet werden sollte.

„Warum sollten nicht für eine Übergangszeit von drei bis fünf Jahren zwei Währungs- und Wirtschaftsgebiete mit entsprechenden Warenkontrollen an den Landesgrenzen unter einem staatlichen Dach weiterfungieren?“ (ebenda)

Dadurch könne man die DDR-Betriebe an die internationalen Standards anpassen und die harte Umstellung auf die D-Mark etwas abfedern.

Dr. Ewald Walterskirchen wehrte sich in seinem Kommentar im „Kurier“ gegen das Ziel, mit der Währungsunion den Flüchtlingsstrom gen Westen aufhalten zu können. *„Von psychologischen Wirkungen ist die Rede – wie immer, wenn es keine handfesten Argumente gibt.“* (Walterskirchen, In: Kurier vom 26. Februar 1990, S. 7). Die Ostdeutschen würden ihre neue Währung sowieso im Westen ausgeben, was die DDR-Wirtschaft noch weiter ruinieren würde. Diese sei ohnehin nicht konkurrenzfähig. Durch die Währungsunion würde ihr aber auch die letzte Chance genommen, sich gegen die übermächtige BRD-Wirtschaft zu wehren. Walterskirchen sah einen weiteren rasanten Abstieg der ostdeutschen Wirtschaft nach der Währungsunion voraus. Dadurch würden auch weniger Kapitalgeber in diese Wirtschaft investieren. Der Strom der Übersiedler könne aber seiner Meinung nach nur gestoppt werden, wenn sich der DDR-Wirtschaft Perspektiven böten. Daher war er der gleichen Meinung wir Raimund Dietz. Eine umfassende Wirtschaftsreform in der DDR müsse unbedingt am Anfang stehen. Die DDR brauche materielle und technische Hilfe bei dem Übergang zur Marktwirtschaft. *„Eine Währungsunion mag der letzte Schritt auf dem Weg der Annäherung sein.“* (ebenda). Sie an den Anfang zu stellen verglich er mit dem Trojanischen Pferd. Die DDR müsse damit ihre Souveränität aufgeben, der Anschluss an Westdeutschland wäre dann unumkehrbar. *„Es könnte ein böses Erwachen aus dem Traum vom „einig Vaterland“ geben, sowohl für den konsumhungrigen DDR-Bürger als auch für den deutschen Steuerzahler.“* (ebenda).

Horst Knapp kritisierte hingegen die Prognosen, dass die DDR in zehn Jahren ähnliche Einkommensverhältnisse wie die BRD erreichen werde. Dies sei nur möglich, wenn die Bundesrepublik in diesen zehn Jahren ihr Wachstum komplett einstelle. Man

„mag sich ausrechnen, um wie viele Jahre sich der Aufholprozeß verlängert, wenn auch in der BRD das bisherige Wachstum anhält oder sich, Gott behüte, dank der Einverleibung der DDR noch beschleunigt.“ (Knapp, In: Der Standard vom 2. Juli 1990, S. 24).

Auch die hohe Arbeitslosigkeit in der DDR, die durch die Wirtschafts- und Währungsunion verursacht werde, beschäftigte die Autoren des „Standard“. Jürgen Siemund nannte die Autoindustrie mit rund 65.000 Mitarbeitern als ein Beispiel.

> *„Schon jetzt steigt der Import billiger Gebrauchtwagen rasant, und die Frage ist, wie lange sich noch Trabant-Käufer finden. Selbst wenn westdeutsche Kapitalgeber ihre Quellen zur Beteiligung an der Modernisierung in der DDR öffnen, kann das nicht von heute auf morgen geschehen.“* (Siemund, In: Der Standard vom 1. März 1990, S. 21).

Eine französische Umfrage ergab im Oktober 1990, dass fast 75% der ostdeutschen Bevölkerung Entlassungen fürchtete. 64,6% glaubten auch, dass sich das soziale Klima verschlechtern werde. (Vgl. Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 16). Diese Befürchtungen wurden nach der Einheit im Oktober 1990 vom „Standard“ bestätigt. Während das ehemalige Westdeutschland einen Boom erlebte, brach die Wirtschaft in Ostdeutschland völlig zusammen und produzierte nur noch die Hälfte der Güter, da sich die Ostdeutschen lieber mit westlichen Produkten eindeckten, die jahrzehntelang nicht zu bekommen waren (Vgl. Der Standard vom 9. November 1990, S. 20).

Allerdings wurde auch berichtet, dass zumindest Österreich von der steigenden Nachfrage nach ausländischen Artikeln profitieren werde. Das sei allerdings nicht nur positiv zu bewerten, da gleichzeitig das Risiko einer Inflation und die Zinsen stiegen, was auch Österreich nicht unberührt lassen werde (Vgl. Der Standard vom 7./8. April 1990, S. 17). Horst Knapp zeigte sich in seinem Kommentar darüber besorgt, dass der Schilling abgewertet werde und die österreichische Konjunktur durch die erhöhten Zinsen einen Dämpfer erhalten könnte. Wobei er zumindest der Abwertung des Schillings noch etwas Gutes abgewinnen konnte, nämlich dass dadurch Österreichs Exportchancen steigen und die Konjunktur wieder beleben würden (Vgl. Knapp, In: Der Standard vom 9. April 1990, S. 24). C. Schober-Klafl verbreitete im „Kurier“ ein wenig positivere Stimmung. Man müsse sich um den Schilling keine Gedanken machen. Selbst wenn die D-Mark ein bisschen schwächeln würde, müsse der Schilling stärker werden um österreichische Produkte nicht unter Wert verkaufen zu müssen. Man rechne jedoch damit, dass auch die D-Mark stabil bleiben könne (Vgl. Schober-Klafl, In: Kurier vom 9. Februar 1990, S. 6).

Der „Kurier“ gab sich in mehreren Artikeln Mühe, die DDR als idealen Standort für Betriebe zu verkaufen. Jens Tschebull riet auch österreichischen Firmen, ihren Sitz in der DDR aufzubauen. Da diese Mitglied der EG sei, habe man dadurch Zugang zum europäischen Markt. Dazu sei die DDR als Standort relativ billig und habe die Chance auf horrendes Wachstum in den nächsten Jahren. Tschebull glaubte an ein *„östliches*

Wiederaufbauwunder" (Tschebull, In: Kurier vom 1. Dezember 1990, S. 34). Die Autoren Gerhard Fink und Wolfgang Heinrichs nannten zusätzliche Faktoren, die dazu reizten, in die DDR zu investieren. Zum einen seien die Ertragssteuern von 98% auf 60% gesenkt worden, zum anderen erreichten die Löhne in der DDR nur 40-55% der westdeutschen Löhne. Mit einer anzunehmenden Produktivitätssteigerung würden zwar auch die Löhne steigen, jedoch nicht in dem Maß, wie es in Westdeutschland der Fall wäre. Dazu komme das sehr hohe Qualifikationsniveau der ostdeutschen Arbeiter (Vgl. Fink/Heinrichs, In: Kurier vom 1. Dezember 1990, S. 34). Eine Investition in die DDR würde sich also nach Meinung der „Kurier"-Autoren unbedingt lohnen.

7.10 Die Haltung der Österreicher zur Wiedervereinigung

Die Haltung der Österreicher wurde nur selten direkt angesprochen. Es bleibt nur die Analyse der Kommentare um Rückschlüsse auf die Haltung der Bevölkerung zu ziehen.

7.10.1 Politik

Politische Vertreter Österreichs äußerten sich in beiden Zeitungen durchweg positiv über die Entwicklungen in Deutschland. Ob das ihre private Meinung war oder nur dem öffentlichen Statement diente, ließ sich nicht feststellen. Der ehemalige Bundeskanzler Bruno Kreisky äußerte sich nicht konkret, er ließ in einem Interview des „Standard" nur durchblicken, dass die Berliner Mauer für ihn eine veraltete Institution war, die es nicht hätte geben dürfen. Die Wiedervereinigung Deutschlands sollten sich die Menschen gut überlegen. *„Es steht nirgends geschrieben, daß es nur ein Deutschland geben darf. Aber auch da bin ich nicht dagegen."* (Vécsei, In: Der Standard vom 1. Dezember 1989, S. 4). Im „Kurier" sprach er ausführlicher und sagte, er verfolge die Ereignisse in Deutschland mit großer Sympathie und Hoffnung. Man müsse keine Angst vor einem vereinten Deutschland haben, dürfe aber die Einheit nicht zu schnell vorantreiben oder ablehnen. Beides wäre falsch. Er schlug Gespräche zwischen den Alliierten und Deutschen vor, in denen ein Friedensvertrag ausgehandelt werden müsse. *„Wir brauchen einen Friedensvertrag, für den sich niemand schämen muß und der niemanden ängstigt!"* (Nussbaumer, In: Kurier vom 17. November 1989, S. 5). Damit schlug Kreisky genau das vor, was später in den „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" tatsächlich stattfand. Österreichs neutrale Position sei ein großer Stabilitätsfaktor und vor allem in Moskau mit

Erleichterung aufgenommen worden. Er glaube nicht, dass es wieder einen deutschnationalen Aufwind in Österreich geben werde. Wer wolle denn wirklich eine Wiederholung der Ereignisse der 30er Jahre? *„Wir bleiben ein deutschsprachiger Staat – das ist alles."* (ebenda). Als Fazit kann man ziehen, dass Kreisky eher eine neutrale Haltung zur Wiedervereinigung einnahm. Er befürwortete sie nicht offen, hatte aber auch keine Ängste für den Fall, dass sie eintreten würde.

Der damals amtierende Bundeskanzler Franz Vranitzky sprach deutlich positiver über eine mögliche deutsche Einheit. Für ihn werde damit die Sicherheit und Stabilität in Europa gestärkt. Sorgen, dass eine Gefahr von einem vereinten Deutschland ausgehen könnte, machte er sich nicht. Die Menschen würden nicht ans Ende des Jahrhunderts gelangen, nur um die Fehler vom Anfang wieder zu begehen. Europa habe im Umgang miteinander seit dem Krieg sehr viel gelernt und seit über 40 Jahren friedlich nebeneinander gelebt. Außerdem seien die Demokratien in den Ländern eine Garantie, dass man keine territorialen Kämpfe anstrebe. Nationale Grenzen würden weit mehr respektiert als früher. Zusätzlich gebe es internationale Regelungen wie die KSZE, die einzelne Länder im Notfall einbremsen könnten und Menschenrechts- sowie Grenzverletzungen undenkbar machten. Und zuletzt spiele auch das Volk eine wichtige Rolle. Politik vollziehe sich niemals ohne die Mitwirkung der Bevölkerung. Daher fürchte er sich auch nicht vor einem großen vereinten Deutschland. Er glaubte aber, dass sich alle Versprechungen und Vorsätze im harten Alltag bewähren müssten, wenn die Euphorie schon abgeklungen sei (Vgl. Stanzl, In: Der Standard vom 21. Februar 1990, S. 4/Rauscher, In: Kurier vom 15. Februar 1990, S. 5).

Alois Mock, der damalige Außenminister, konstatierte, dass die Chancen für Österreich in einem neuen Europa nicht schlecht stünden. Man müsse nur dafür sorgen, dass die Wirtschaft leistungsfähig und Österreich ein sozial und politisch stabiles Land bleibe. Die deutsche Einheit sei ein sehr wichtiges europäisches Ereignis und berühre damit natürlich auch die Österreicher, auch wenn nicht mehr als andere kleine Nachbarstaaten wie Belgien oder die Schweiz (Vgl. Rauscher, In: Kurier vom 4. März 1990, S. 5). Der zu dieser Zeit amtierende Vizekanzler Josef Riegler bekundete Sympathie für die Wiedervereinigung. Diese müsse aber Hand in Hand mit einer europäischen Einheit gehen. Außerdem stellte er klar, dass Österreich nicht im Entferntesten daran denke, ein Teil dieses neuen Staates zu werden. Österreich wolle seine Souveränität erhalten (Vgl. Kurier vom 27. April 1990, S. 4).

Der „Standard" versuchte weiteren prominenten Politikern eine Meinung abzuringen, stellte aber fest, dass dies schwierig war. Viele wollten sich nicht äußern, das Thema

war ihnen vermutlich zu heikel. Kurt Waldheim begrüßte die Einheit als Überwindung der Teilung Europas und Jörg Haider von der FPÖ sah eine große Chance für Österreich, Kulturgut in das vereinte Deutschland zu bringen. Peter Pilz von den Grünen fürchtete sich dagegen vor einem erneuten Anschluss Österreichs, während Susanne Sohn als Vertreterin der kommunistischen KPÖ wenig überraschend eine Bedrohung vermutete und die Österreicher aufforderte ihre Unabhängigkeit zu verteidigen (Vgl. Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 6).

Der FPÖ-Klubobmann Norbert Gugerbauer sah die Einlösung des deutschen Selbstbestimmungsrechtes mit Freude. Österreich werde von der Einheit profitieren, sich aber nicht erneut in ein deutschnationales Eck drängen lassen. Der SPÖ-Politiker Peter Jankowitsch warnte vor Verhaltensweisen, die auf einen dritten deutschen Staat hinweisen würden. Österreich müsse seine selbstständige Rolle hervorheben, sonst habe man bezüglich eines EG-Beitritts wenig Chancen. Man solle aber auch keine Feindseligkeit gegenüber Deutschland hegen (Vgl. Kurier vom 15. Februar 1990, S. 5).

7.10.2 Öffentlichkeit

Die Meinung der Öffentlichkeit wurde nur selten von den Zeitungen widergespiegelt. Leserstimmen kamen kaum vor. Gustav Preuss aus Bregenz schrieb, dass sich das Volk der DDR mit dem Sturz der Regierung selbst geadelt habe und es nun auch schaffe, einen demokratischen Staat zu schaffen. Von Wiedervereinigung sprach er nicht, aber er sagte, dass Österreich und der Westen Europas dankbar über die Entwicklungen und vor allem über deren Tempo sein sollten (Vgl. Preuss, In: Der Standard vom 13. Dezember 1989, S. 26). Das kann durchaus als Zustimmung zu einer deutschen Einheit gewertet werden. Dr. Gottfried Pratschke aus Wien schrieb nach dem Mauerfall, die Zeit der Lügen und Entmündigung sei nun vorbei. Eine mögliche Wiedervereinigung thematisierte auch er nicht, meinte aber, für eine Integration in Europa und die Vision eines gemeinsamen Hauses müssten sich sowohl die DDR, aber auch die BRD noch verändern, *„wozu es zweifellos auch eines geistigen Integrationsprozesses bedarf.“* (Pratschke, In: Kurier vom 17. November 1989, S. 27). Er schaute also in die Zukunft Europas. Dr. Franz Loidl aus Villach war dagegen noch sehr mit der Vergangenheit beschäftigt. Er zeigte Verständnis für das deutsche Streben nach Einheit, rief aber in Erinnerung, dass eben dieses Deutschland für den Zweiten Weltkrieg und die Massenvernichtung in den KZs verantwortlich gewesen war. Bis heute hätte die Bundesrepublik keine Reparationszahlungen geleistet und sich kaum mit der

Vergangenheit auseinandergesetzt. Deutschland müsse erst sein „Erbe“ aufarbeiten, sonst wäre es immer eine Gefahr für Europa und würde den Frieden gefährden. Zudem fügte er noch hinzu, dass Deutschland in Zeiten von größter territorialer Zerstückelung immer die größten kulturellen Leistungen hervorgebracht hatte. Dies solle man bei der deutschen Frage auch bedenken (Vgl. Loidl, In: Der Standard vom 2. Mai 1990, S. 26). Auch der Jude Michael Kessler aus Wien erinnerte an das Grauen des Zweiten Weltkrieges und erklärte damit die gemischten Gefühle, vor allem der Älteren, zur Wiedervereinigung. Dennoch sollte nach jüdischer Lehre der heutige Deutsche nicht für Fehler seiner Väter büßen, solange er sich selbst nichts zuschulden kommen lasse. Solange eine Demokratie in Deutschland herrsche, gehe von Deutschland nicht mehr Gefahr aus, als von anderen großen Ländern wie Frankreich. Um die Bedenken mancher Menschen zu reduzieren solle man aber darüber nachdenken, den Deutschen die Produktion von chemischen und atomaren Waffen zu verbieten. Das würde helfen, eventuelles Misstrauen gegenüber dem deutschen Volk abzubauen (Vgl. Kessler, In: Der Standard vom 19. November 1990, S. 22).

Unter den wenigen Leserbriefen wurde auch der Beitrag eines Ostdeutschen, Lüder Schlenstedt aus Dresden, veröffentlicht. Er beschrieb die Zustände in der DDR und fürchtete, dass das Potential zum Neuaufbau der DDR und der Wille zur Selbstbestimmung, die hinter den großen Demonstrationen gestanden hatten, verlorengegangen seien. *„Wir fragen uns langsam, ob es nicht sinnvoll wäre, Deutschland den Rücken zu kehren. (…) Die „Hierbleiber“ werden für ihre Ausdauer und ihre Arbeit am Ende auch nicht belohnt.“* (Schlenstedt, In: Der Standard vom 6. März 1990, S. 27). Es sei unmöglich, die DDR aus eigener Kraft wieder auf die Beine zu stellen, da die Regierung eine *„Wirtschaftsruine mit gigantischen ökologischen Problemen hinterlassen hat.“* (ebenda).

Der „Kurier“ veröffentlichte eine Gallup-Umfrage unter den Österreichern, die zeigte, dass eine große Mehrheit von 78% für eine deutsche Wiedervereinigung war. Besonders die älteren Österreicher, 84% der über 50-jährigen, befürworteten eine Einheit. Im Westen Österreichs sei die Zustimmung mit 88% in Tirol und Vorarlberg noch größer als mit 77% in Wien. Menschen mit höherer Schulbildung stimmten eher der deutschen Einheit zu und sahen eher positive Auswirkungen für Österreich als geringer Gebildete. Politisch gesehen freuten sich die FPÖ-Wähler mit 92% am meisten über ein vereinigtes Deutschland. 73% der Österreicher dachten nicht, dass ihr Land von der Wiedervereinigung betroffen sei. Von denjenigen, die das Gegenteil annahmen, befürchteten 36% wirtschaftliche Nachteile und 28% eine Gefährdung des Friedens in

Europa. Die Furcht vor einem erneuten Anschluss Österreichs oder einer anderen politischen Vereinnahmung hatten nur 8% (Vgl. Kurier vom 18. März 1990, S. 3).

Bei einer „Standard"-Umfrage äußerte sich die Historikerin Erika Weinzierl eher zurückhaltend. Man erinnere sich nicht gern an das letzte deutsche Reich, müsse aber den Nachbarn ein angenehmes Zusammenleben wünschen (Vgl. Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 6). Im „Kurier" sagte sie, eine Gefahr durch die deutsche Einheit sehe sie zwar nicht, verstehe aber die Ängste, die mit ihr einhergingen (Vgl. Kurier vom 11. Februar 1990, S: 2). Der Architekt und Karikaturist Gustav Peichl wagte kein eindeutiges Urteil. Man müsse abwarten, ob die deutsche Einheit für Europa von Nutzen wäre (Vgl. Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 6).

Die rechtsextreme Szene in Wien feierte die Wiedervereinigung mit einem stillen Aufmarsch am Wiener Stephansdom und Transparenten mit der Aufschrift *„Wir grüßen Deutsch-Österreich"* (Der Standard vom 5. Oktober 1990, S. 9). In Wien-Neubau wurden Autos und Hauswände mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Polizei griff nicht ein (Vgl. ebenda). Diese Reaktionen blieben aber die Ausnahme.

7.10.3 Presse

Bei den in den Zeitungen enthaltenen Artikeln und Kommentaren fällt auf, dass der „Standard" wesentlich mehr zu dem Thema Wiedervereinigung beizutragen hatte als der „Kurier". Das mag auch daran liegen, dass der „Standard" als Qualitätszeitung bestrebt ist, so viele verschiedene Ansichten wie möglich darzustellen. Die Meinung der Presse, zumindest von „Standard" und „Kurier", war ausgewogen. Es gab fast so viele negative Kommentare zur Wiedervereinigung wie positive. Unter den Autoren gab es auch lebhafte Diskussionen. Werner Stanzl war beispielsweise der Ansicht, dass eine Wiedervereinigung nicht zur Debatte stehe. Die Deutschen dürften allenfalls auf einen Friedensvertrag hoffen, bei dem sie kein Mitspracherecht haben sollten, sondern der von den Alliierten ausgehandelt werde. Bevor dies geschehe, müsse aber erst einmal die Lage in Europa neu geordnet werden. Stanzl kritisierte die freudige Zustimmung der amerikanischen Regierung zur Wiedervereinigung. Dies sei vermutlich nur mit der geographischen Entfernung zu Deutschland zu erklären (Vgl. Stanzl, In: Der Standard vom 23./24. September 1989, S. 28). Dieser Kommentar entstand allerdings bereits vor dem Mauerfall, die Meinung des Autors hatte sich nach den Ereignissen im November 1989 zwar nicht geändert, doch er erkannte die Einheit als unvermeidlich an. So schrieb

er Ende November 1989, dass es töricht sei, sich gegen eine Annäherung und Einheit der Deutschen zu stellen. Damit würde man versuchen in das *„rollende Rad der europäischen Geschichte zu greifen."* (Stanzl, In: Der Standard vom 29. November 1989, S. 24). Diesbezüglich kritisierte er die Rolle Margaret Thatchers. *„Wer, wie sie, glauben machen will, ein europäisches Konzert könnte in voller Harmonie ohne das eine Deutschland abgespielt werden, (…) hat nur sein eigenes Solo im Sinn."* (Stanzl, In: Der Standard vom 29. November 1989, S. 24). Niemand wolle einen deutschen Alleingang, alle Länder seien gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Man müsse Initiative ergreifen um in einem unaufhaltbaren Prozess eingreifen zu können (Vgl. ebenda). Erfreut über eine Einheit war er dennoch nicht. Er glaubte nach der Wende in der DDR den „hässlichen Deutschen" wieder zu erblicken. Der Ton sei herablassender und aggressiver geworden, auch gegenüber den Siegermächten. Pietät sei nicht eine Stärke der Deutschen. *„Aber daß sich weit und breit keiner dieses Versuches schämt, den Ausverkauf der DDR mit Silberlingen voranzutreiben, läßt auf einen fürchterlichen Konsens schließen."* (Stanzl, In: Der Standard vom 16./17. Dezember 1989, S. 28). Auch Peter Sichrovsky war vermutlich kein Freund der Einheit. Er bemängelte zwar die doppelzüngige Politik der Alliierten, vor allem Frankreichs und Englands, die einerseits den Deutschen das Recht auf Vereinigung zusprachen andererseits aber vor den ökonomischen und politischen Folgen für Europa warnten, zeigte aber auch Verständnis für diese Haltung. *„Aber wer soll sich darüber freuen, daß der Berliner Bär plötzlich im Zobel auftritt, seine Wärter tanzen und betteln läßt, und sie zum Schluß vielleicht doch verspeist?"* (Sichrovsky, In: Der Standard vom 24./25. Februar 1990, S. 32). Das lässt den Schluss zu, dass Sichrovsky, wenn schon kein eindeutiger Gegner, doch ein Kritiker der Einheit war, der sich Sorgen um die Folgen für sein Land und Europa machte. Genau wie die Autoren Hans Thalberg und Christoph Winder. Der ehemalige Botschafter Thalberg fand, die Geschwindigkeit mit der die Einheit vorangetrieben wurde, müsse jeden an die 30er Jahre und den Anschluss Österreichs denken lassen. Der Nationalsozialismus werde nicht der einzige Fehltritt Deutschlands bleiben, er sei tief in den Deutschen verwurzelt. Österreich müsse sich vorsehen, dass der Einfluss Deutschlands nicht zu groß werde, damit ein neuer Anschluss verhindert werden kann. Dass Deutschland wieder militärisch versuchen werde seine Ziele zu erreichen, glaubte Thalberg nicht, es würde eher wirtschaftliche Überredungskraft und gesunden Menschenverstand gebrauchen. Manche Deutschen hätten ja auch aus der Vergangenheit ihre Lehren gezogen, dennoch seien sie weit in der Minderheit. Dass nach dem Krieg kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, fand Thalberg bei einem so stolzen und entschlossenen Volk wie den Deutschen unverantwortlich und forderte, dass dies so schnell wie möglich nachgeholt wird. *„Verlassen wir uns nicht auf edle Worte und gefühlvolle Friedensgesten, (…)"* (Thalberg,

In: Der Standard vom 28. Mai 1990, S. 23). Zuvor müsse jedoch eine neue Ordnung in Europa entstehen. Der Publizist Konrad Viereck kritisierte diesen Beitrag von Thalberg scharf. Das sei *„mehr als dummes Zeug und eigentlich nicht der Rede wert."* (Viereck, In: Der Standard vom 13./14. Juni 1990, S. 27). Damit würde man den Groll der Deutschen nur wieder schüren. Die österreichische Bevölkerung wolle eine Einbindung Deutschlands in Europa und es sei töricht, den Deutschen etwas anderes als guten Willen zu unterstellen. Sie wollten, genau wie die Österreicher, nur in Frieden und Freiheit leben. Ein Friedensvertrag sei nur sinnvoll, wenn man die Deutschen damit nicht diszipliniere sondern sie in ein gemeinsames Europa einbinde (Vgl. ebenda). Christoph Winder glaubte aber wie Thalberg, dass man den Deutschen nicht trauen dürfe. *„Bei aller Sympathie für offene Grenzen und befreite Menschen – der deutsche Nationalismus hat schon zu viel auf seinem welthistorischen Kerbholz, als daß nicht jede kritische Stimme, die gegen ihn hörbar wird, höchst willkommen käme."* (Winder, In: Der Standard vom 28. Mai 1990, S. 23).

Hans Rauscher sah bezüglich einer deutschen Einheit positive Vorzeichen, da es vorrangig um die Freiheit gegangen sei, was bei anderen Massenbewegungen nicht der Fall gewesen wäre. Zusätzlich wurde dieses Ziel auf friedlichem Wege erreicht, was großartig sei. Man müsse sich vor einem vereinten Deutschland nicht fürchten. Bei einem vernetzten und offenen Europa sei eine aggressive Machtpolitik der Deutschen gar nicht möglich (Vgl. Rauscher, In: Kurier vom 16. Februar 1990, S. 2). Er stimmte einer Wiedervereinigung unter bestimmten Bedingungen zu. Den Versuch von Gorbatschow und Modrow, Deutschland neutral zu halten, wertete er nur als Zeitgewinn. Ein vereinigtes Deutschland könne mit seiner Größe nicht neutral sein. Es müsse aber in eine europäische Friedensordnung eingebunden werden. So könnte im Idealfall ein Europa entstehen, in dem Krieg als Mittel der Politik ausgeschlossen sei (Vgl. Rauscher, In: Kurier vom 3. Februar 1990, S. 2).

Der Autor Gerhard Plott freute sich im „Standard" zumindest über den Mauerfall und beschrieb, wie ansteckend die Euphorie in Berlin auf ihn gewirkt habe. Der alte Stalinismus der DDR sei aber trotzdem noch spürbar gewesen. Obwohl er sich für die Deutschen freue, habe er gemerkt, dass die Österreicher nicht mehr zu den Deutschen gehören sondern eine eigenständige Nation bilden und das sei auch gut so. *„Deutsche Schwerkraft, nein danke!"* (Plott, In: Der Standard vom 24. November 1989, S. 3). Der gleichen Meinung war Anton Pelinka. Er wehrte sich gegen die Rolle als Vermittler in der deutschen Frage, die Österreich zugespielt werde. Diese Rolle solle Österreich nicht einnehmen, das würde das Ende der eigenen Unabhängigkeit bedeuten. Nun käme es

auf eine starke nationale Identität an um sich nicht von der deutschen Frage angesprochen zu fühlen (Vgl. Pelinka, In: Der Standard vom 3. Jänner 1990, S. 24).

Gerhard Botz fühlte sich augenscheinlich schon auf die deutsche Frage angesprochen. Zumindest beschrieb er gleich in zwei Artikeln die Gefahren, die von Deutschland ausgehen könnten. Zum einen wäre ein vereintes Deutschland eine wirtschaftliche Großmacht in Europa. Daraus würde sich aber seiner Meinung nach auch eine politische und geistige Hegemonie herausbilden, die besonders Polen und die Tschechoslowakei in Sorge versetze. Die rasende Geschwindigkeit, mit der die Einheit vorangetrieben werde, betrachtete Botz ebenfalls mit Argwohn. Er sah darin eine Überrumplungstaktik, mit der Deutschland die einheitskritischen Länder der EG und vor allem die UdSSR zur Zustimmung bewegen wolle. Wenn das gelänge, wäre das *„der beste Indikator für das Bestehen einer starken nationalistischen Bewegung in Deutschland, deren Eigendynamik nicht mehr einfach abzudrehen wäre."* (Botz, In: Der Standard vom 7. März 1990, S. 27). Zudem fürchtete er, dass Deutschland immer noch bestrebt sei, Österreich als dritten deutschen Staat anzuschließen. In diesem Zug sorgte er sich auch um die Standhaftigkeit des österreichischen Volkes, das zwar in den letzten Jahren verstärkt eine nationale Eigenständigkeit entwickelt habe, allerdings eventuell noch leicht beeinflussbar sei (Vgl. ebenda). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Botz in der deutschen Einheit nur Probleme sah und nichts Positives aus einem vereinten Deutschland gewinnen konnte. Er wurde allerdings wegen seiner Aussagen scharf von anderen Kommentatoren angegriffen. Stefan Karner resümierte, dass die Bedingungen von 1990 ganz andere seien als in den 30er Jahren, in denen Österreich angeschlossen wurde. Österreich sei heute ein wirtschaftlich hoch entwickeltes Land mit geringer Arbeitslosigkeit und einem beispielhaften sozialen Frieden. Das müsse man berücksichtigen bevor man ein Szenario wie das von Gerhard Botz zur Diskussion stelle (Vgl. Karner, In: Der Standard vom 15. März 1990, S. 27). Auch Jürgen Nautz betonte, wie anders die Situation in Europa zu dieser Zeit war. Er sah in Botz' Aussagen eine Provokation. Die Annäherung der beiden Deutschland sei eingebettet in starke internationale Sicherheitssysteme. Botz' Vorschlag, sich stärker um eine Integration Österreichs in die EG zu bemühen, die Unabhängigkeit fördere, fasste er mit Verwunderung auf.

„Daß nun Botz das vermeintliche Heil gerade in der Europäischen Gemeinschaft suchen will, in der die Bundesrepublik „bei weitem die stärkste Wirtschaftsmacht" ist, versetzt einen dann doch in Erstaunen. Müßte Botz da nicht fürchten, allerschnellstens „angeschlossen" zu werden?" (Nautz, In: Der Standard vom 15. März 1990, S. 27).

Gerulf Stix sah die Äußerungen von Gerhard Botz ebenfalls kritisch. Er werde damit auch bei vielen Österreichern auf Unverständnis stoßen. Er selbst freute sich über die deutsche Einheit und glaubte, dass es den meisten Österreichern ebenso erging. Das habe man an der herzlichen Aufnahme der ostdeutschen Flüchtlinge gemerkt. Stix fragte sich, warum Botz in dem maßvoll geäußerten Nationalgefühl der Deutschen eine größere Bedrohung sah als in dem Nationalismus anderer Länder wie Rumänien oder Russland, der vor Blutvergießen nicht zurückschrecke. Auch um die Identität der Österreicher machte sich Stix keine Sorgen. Das Volk wolle den eigenen Staat sicher nicht aufgeben. Auch er wies darauf hin, dass dies anders sei, als noch vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Österreicher würden sich selbstbewusst zu ihrem Land bekennen. Die Vereinigung Deutschlands beende nur einen „inhumanen" Zustand und da Deutschland in Europa und die EG eingebettet sei, gehe von ihm auch keine Gefahr aus (Vgl. Stix, In: Der Standard vom 29. März 1990, S. 27). Hans Rauscher wiedersprach dem nicht. Er sah den Unterschied ebenfalls im Vergleich der Lage in den 30er Jahren zur heutigen Zeit. Die Demokratie habe sich als das erfolgreichere und überlegenere System herausgestellt. Trotzdem sah er für Österreich eine gewisse Ansteckungsgefahr durch den neuen Deutschnationalismus und die Irritation der gerade erst gefundenen österreichischen Identität. Eine ernste Bedrohung aber verneinte auch er (Vgl. Rauscher, In: Kurier vom 26. Oktober 1990, S. 2). Georg Possanner forderte dazu auf, den Deutschen Vertrauen zu schenken. Doch denen müsse klar sein, dass die ganze Welt genau hinschauen und die Deutschen beim Wort nehmen werde (Vgl. Possanner, In: Der Standard vom 13. September 1990, S. 28).

Josef Kirchengast äußerte sich ebenfalls positiv zur deutschen Einheit. Das Misstrauen gegenüber den Deutschen sei zwar verständlich, es sei jedoch ein großer Fehler allein Deutschland in einem gemeinsamen europäischen Haus das Selbstbestimmungsrecht zu verwehren. Damit würde man erst recht wieder Ressentiments in Deutschland schüren. Als Sicherheit für den Frieden war er für eine Reduzierung deutscher Truppen und die weitere zeitlich aber begrenzte Stationierung von sowjetischen und amerikanischen Truppen auf deutschem Boden. *„Aber es macht einen Unterschied, ob man die Deutschen in dieses Netz einwickeln will, oder ob sie es selber mitknüpfen können."* (Kirchengast, In: Der Standard vom 7. Juni 1990, S. 28). Gerfried Sperl war der Meinung, dass Deutschland nicht groß genug sei, um Angst vor ihm haben zu müssen, während Peter Sichrovsky erklärte, die jetzige Generation der Deutschen könne man nicht für die Taten ihrer Väter verantwortlich machen. Indem man sie immer wieder auf die Vergangenheit reduziere nehme man ihnen die Möglichkeit, einen neuen demokratischen nationalen Stolz zu entwickeln. Dieses demokratische Bewusstsein sei

aber wichtig für ein stabiles Europa (Vgl. Sichrovsky, In: Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 28). Auch Heinz Nussbaumer war der Ansicht, dass die Entwicklung eines gesunden Nationalismus den Deutschen verwehrt worden sei. Sie befänden sich daher in einer Identitätskrise, hätten aber aus ihrer Vergangenheit gelernt. Außerdem stellte er fest, dass das neue Deutschland territorial nicht aufgebläht sein würde. Beides waren für ihn Gründe, warum die Ängste vor einem Vierten Reich unberechtigt seien (Vgl. Nussbaumer, In: Kurier vom 3. März 1990, S. 5).

Emil Brix schrieb in seinem Artikel, dass ein vereintes Deutschland für Mitteleuropa zu groß und zu einer Zusammenarbeit mit kleineren Staaten wie Österreich nicht fähig sei. Es strebe nur Kolonialvorstellungen an, wohingegen Europa die ethnische und kulturelle Vielfalt fördern wolle. Er fürchtete, dass Österreich erneut zum Spielball in der deutschen Machtpolitik werden könnte (Vgl. Brix, In: Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 27). Dies brachte ihm Widerspruch von Andreas Khol ein, der Brix als einen Mann bezeichnete, der in *„Denkkategorien der Vorkriegszeit und des letzten Jahrhunderts“* denke (Khol, In: Der Standard vom 8. Oktober 1990, S. 30). Man könne Deutschland nicht aus Mitteleuropa ausschließen. Brix‘ Argumente wären an den Haaren herbeigezogen und es sei taktlos, das neue, demokratische und liberale Deutschland gerade am Tag der Einheit so zu beleidigen. Die Österreicher seien in ihrer Identität noch nie so selbstbewusst gewesen wie jetzt und man habe auch zu Deutschland nie ein besseres Verhältnis gehabt. Brix solle also seinen antideutschen Reflex abstellen (Vgl. ebenda).

Der damalige Direktor der Diplomatischen Akademie, Alfred Missong, empfand ehrliche Freude bei der deutschen Einheit und nahm aufrichtig Anteil am Glück der Deutschen, war aber stolz, dass er und ganz Österreich nicht in eine *„sentimentale alldeutsche Gefühlsduselei“* einstimmten (Missong, In: Der Standard vom 20./21. Oktober 1990, S. 31). Damit zeige man, dass das Schicksal Deutschlands Österreich nicht mehr berühre als die anderen Nachbarstaaten auch. Man möchte den östlichen Nachbarn zeigen, dass Österreich von Deutschland unabhängig bleibe und damit keine *„deutsche Gefahr“* (ebenda) bestünde. Österreich wisse um seine Verantwortung für die Stabilität und Sicherheit in Europa. *„Die historische Aufgabe, die den beiden Völkern im Interesse Europas aufgegeben ist, heißt nämlich: Zusammenleben in gegenseitiger Achtung, ohne atemberaubende Umarmungen, die den Kleineren erdrücken könnten.“* (ebenda). Auch Hans Rauscher teilte Österreich eine gewichtige Rolle zu. Allerdings hielt er Österreich für mitverantwortlich dafür, dass die deutsche Einheit überhaupt stattfinden könnte. Immerhin gäbe es die deutsche Einheit nicht ohne den Zusammenbruch der DDR, zu dem Österreich durch die Aufnahme der Flüchtlinge, die die Grenze von Ungarn

überquert hatten, maßgeblich beigetragen habe. Der Hauptteil dieses Verdienstes läge zwar bei Ungarn, dennoch sei auch hier die österreichische Politik der guten Nachbarschaft dafür verantwortlich, dass der Eiserne Vorhang zwischen Ungarn und Österreich bereits gehoben war und Ungarn sich daher zur Öffnung der Grenze entschließen konnte. *„Wir haben Grenzen abgebaut und überwunden, Vertrauen geschaffen, als anderswo noch Feindseligkeit herrschte."* (Rauscher, In: Kurier vom 18. Februar 1990, S. 2). Dies sei ein indirekter, aber doch realer Beitrag zur Wiedervereinigung gewesen. Martin Maier schrieb den Erfolg eindeutig dem Volk in der DDR zu und würdigte den Mut der Menschen, die ihr Leben an der Mauer opferten um in die Freiheit zu gelangen. Damit hätten sie den Sturz des kommunistischen Regimes und die weiteren Entwicklungen vorbereitet. *„Sie waren die Wegbereiter in die Freiheit. Ein Salut über ihren Gräbern."* (Maier, In: Kurier vom 3. Dezember 1989, S. 1).

Heinz Nussbaumer nahm die BRD gegen Kritik in Schutz. Die Revolution der Deutschen sei von ihr nicht geplant worden, das Tempo der Wiedervereinigung werde auch eher von Moskau als von Bonn bestimmt. Dass es jetzt zur Einheit komme, sei auch nicht den nationalistischen Sehnsüchten der Deutschen zur Last zu legen sondern dem katastrophalen Kurs der DDR-Regierung, die das Land in den Ruin getrieben habe. Die Deutschen seien nun seit 45 Jahren Musterschüler ohne nationales Selbstbewusstsein gewesen. *„Auch jetzt würden sie zu gerne tun, was eine argwöhnische Welt erhofft: (…) Der ideale Mieter im künftigen europäischen Haus."* (Nussbaumer, In: Kurier vom 10. Februar 1990, S. 3). Das wäre jedoch das Problem, da das vereinte Deutschland schon Realität sei, das europäische Haus aber noch eine Vision. Man könne die deutschen Entwicklungen jedoch nicht mehr bremsen, daher sollte man nun die Verantwortung schultern und nicht versuchen, etwas Unvermeidliches zu verhindern (Vgl. ebenda).

Die Grundstimmung in einem Artikel von Henryk M. Broder war positiv, dennoch beschrieb er die Verhältnisse in Deutschland wie in einem Land der dritten Welt. Deutschland sei nach der Vereinigung aufs Neue geteilt, in Mutterland und Kolonie, nur dass diese nicht tausende Kilometer auseinander liegen würden sondern eine territoriale Einheit bildeten. Und die Westdeutschen verhielten sich auch wie Kolonialherren.

> *„Da waren Tische vor den Eingängen der Geschäfte aufgebaut, auf denen sich Kassettenrecorder, Radios und Küchengräte der miesesten Qualität türmten. Und sie wurden gekauft wie die sprichwörtlichen warmen Semmeln."* (Broder, In: Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 6).

Die Westdeutschen seien schamlos, weil sie es mit der, sich derzeitig im Konsumrausch befindlichen, DDR-Bevölkerung machen könnten (Vgl. ebenda). Horst Knapp sah

dagegen bei einer Wiedervereinigung nur Gewinner. Vor allem die beiden deutschen Staaten würden langfristig profitieren, auch wenn das geeinte Deutschland kurzfristig durch die schlechten Zahlen der DDR im internationalen Vergleich deutlich verlieren werde (Vgl. Knapp, In: Der Standard vom 19. März 1990, S. 24).

Das Ergebnis der ersten freien Wahlen in der DDR sahen die Kommentatoren des „Standard“ eher hämisch und kritisch. Nicht die Programme der CDU hätten bei der Wahl eine Rolle gespielt sondern allein die Wünsche der Ostdeutschen, die man mit der D-Mark bezahlen könne. Das Geld hätte die Wahl entschieden. Die Menschen seien aber nicht lange mit bloßen Versprechungen zufriedenzustellen. Die DDR-Bürger wollten eine rasche Verbesserung ihrer Lage, während die Westdeutschen, die die Milliardenhilfen mittragen, ebenfalls schnelle Erfolge sehen wollen.

Die Unterzeichnung des „Zwei-plus-Vier“-Vertrages wurde von Hans-Henning Scharsach spöttisch als Meisterwerk Helmut Kohls bezeichnet. In Rekordzeit habe Kohl sich nicht nur die Freiheit und die Wiedervereinigung erkauft sondern auch die volle Souveränität Deutschlands. Das sei ein geringer Preis auch wenn für die wirtschaftlichen Hilfen für die Sowjetunion noch einige Milliarden D-Mark mehr fällig werden würden. Trotzdem sei dies gut angelegtes Geld, wenn dadurch eine neue Friedensordnung in Europa zustande käme (Vgl. Scharsach, In: Kurier vom 13. September 1990, S. 3). Für Europa prognostizierte er nun neue Herausforderungen. Zum einen müsse man den Aufbau der Demokratie im Osten unterstützen und den Übergang zur Marktwirtschaft erleichtern, zum anderen aber auch das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West ausgleichen und damit den anhaltenden Flüchtlingsstrom zum Erliegen bringen (Vgl. Scharsach, In: Kurier vom 15. September 1990, S. 3). Er warnte vor verfrühter Euphorie, die wirtschaftlichen Barrieren seien nach wie vor hoch. In Osteuropa gebe es keinen stabilisierenden Rückhalt, der die Folgen des Systemzusammenbruchs trage. Daher müsse der Westen eingreifen, damit die Teilung Europas endgültig überwunden werden könne und die neue Friedensordnung nicht reine Fiktion bleibe (Vgl. Scharsach, In: Kurier vom 28. September 1990, S. 5).

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Meinung von Politik und Öffentlichkeit positiv bis sehr positiv auf die Wiedervereinigung ansprach. Man wollte sich jedoch nicht zu euphorisch äußern um das Bild des dritten deutschen Staates gar nicht erst aufkommen zu lassen sondern klar zu stellen, dass Österreich souverän und neutral bleibt. Die untersuchten Zeitungen kannten nicht nur die positive Meinung, dort fand man mehr Facetten, vor allem in den Kommentaren. Nach der bereits beschriebenen Umfrage des „Kurier“ ließ sich aber aus den negativen Kommentaren nicht auf die

Mehrheit der Bevölkerung schließen, auch wenn einzelne durchaus Befürchtungen gegenüber einem vereinten Deutschland hatten, wie man an den Leserbriefen erkennen konnte.

7.11 Die Haltung der Alliierten zur Wiedervereinigung

In beiden Zeitungen fanden sich sehr viele Artikel, die sich mit der Haltung der Alliierten zur deutschen Einheit beschäftigten. Auffällig war aber doch, dass der „Standard“ weit mehr die Einstellung Großbritanniens und Frankreichs einbezog als der „Kurier“, der sich fast ausschließlich auf die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion konzentrierte. Insgesamt kann man sagen, dass die Meinung der Alliierten, die in den Zeitungen dargestellt wurde, mit der in der theoretischen Literatur übereinstimmte.

7.11.1 Amerika

Wie bereits im theoretischen Teil dieser Arbeit erläutert, nahmen die USA die deutsche Einheit mit mehr Freude auf, als die anderen Alliierten. Dafür fand man auch in den beiden untersuchten Zeitungen Belege. So wurde der damalige US-Präsident George Bush zitiert, der dazu aufrief, sich nicht weiter auf das Deutschland vor 1945 zu fixieren, sondern den Beitrag der Bundesrepublik für Demokratie und Frieden seit dem Krieg zu würdigen. Daher begrüße er die deutsche Einheit (Vgl. Stanzl, In: Der Standard vom 27. Februar 1990, S. 3). Die Wiedervereinigung sei ein legitimes Recht der Deutschen, das die USA und auch die NATO innerhalb einer europäischen Einbindung vollkommen unterstützten. Sie müsse aber *„in Frieden, Freiheit und Stabilität gelingen.“* (Kurier vom 14. November 1989, S. 1). In einer Serie des „Kurier“ erklärte der frühere Außenminister der USA, Henry Kissinger, dass Ost und West nun gefordert seien, ein neues Europa zu gestalten. Dies beinhalte unter anderem auch ein neues Verteidigungskonzept und eine neue damit einhergehende Abrüstungspolitik. Europa würde einem Stabilitätstest unterworfen, man müsse sehen ob es mit der UdSSR im Gleichgewicht existieren könne. Die Politik Gorbatschows sei ein guter Weg, den man in den USA unterstützen müsse (Vgl. Kissinger, In: Kurier vom 12. Oktober 1989, S. 5). Was die deutsche Frage angeht, war sich Kissinger sicher, dass die Wiedervereinigung unvermeidbar sei. Allerdings rechnete er in einem Zeitrahmen von drei bis vier Jahren (Vgl. Kurier vom 16. November 1989, S. 3). Die Teilung Deutschlands aufrecht zu erhalten schloss er als zu gefährlich

aus. Dies würde früher oder später zu einem erneuten deutschen Nationalismus führen. Auch er hielt aber die Mitgliedschaft in der NATO für unerlässlich. Ein nicht eingebettetes Deutschland würde in Europa für Instabilität sorgen, was über kurz oder lang auch die UdSSR wieder bedrohen würde. Dennoch müsse sich die NATO auch verändern um mit der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt zu verhandeln (Vgl. Kissinger, In: Kurier vom 14. Dezember 1989, S. 5). Kissinger kritisierte, dass zwar alle westlichen Verbündeten ihre Bedingungen für die deutsche Einheit festgelegt hätten, aber keiner eine deutsche Selbstbestimmung oder einen genauen Weg dahin erwähnte. Damit würde man den Status Quo, nämlich die Teilung Deutschlands, künstlich aufrechterhalten. Der Westen müsse aufpassen nicht irgendwann von den Deutschen die Schuld für ihre Situation zugesprochen zu bekommen. Das würde die Beziehungen gefährden. *„Sie dürfen kein deutsches Problem schaffen, indem sie versuchen, eines zu vermeiden."* (Kissinger, In: Kurier vom 18. Jänner 1990, S. 5). Man dürfe die deutsche Einheit auch nicht an die europäische binden, denn dann würde beides scheitern. Die Zeitdimensionen seien einfach nicht dieselben. Man solle nicht aus lauter Angst vor einem vereinten Deutschland die europäische Einheit zur Voraussetzung machen. Selbst wenn Deutschland erneut seine Macht ausspielen wolle, hätten Frankreich, Großbritannien und die USA zusammen die Stärke um dies zu verhindern (Vgl. ebenda). Es brauche zunächst aber erst einmal einen genauen Fahrplan für die deutsch-deutsche Annäherung und deren Integration in Europa. Zusätzlich müsse man ein neues europäisches Sicherheitssystem ausarbeiten, damit Deutschland ohne Befürchtungen vereint werden könne (Vgl. Kissinger, In: Kurier vom 18. Jänner 1990, S. 5). Die Hauptsache wäre jedoch, die Deutschen nicht als Besiegte zu behandeln sondern als gleichberechtigten Partner. Dazu gehöre es auch, schlussendlich auf die Besatzungsrechte zu verzichten und Deutschland seine Souveränität zurückzugeben (Vgl. Kissinger, In: Kurier vom 20. April 1990, S. 5).

Wichtig für die USA war dabei aber auch, dass die Sowjetunion seine Sicherheiten zugestanden bekam und Vorteile aus der deutschen Einheit ziehen konnte. Dadurch sollte die Teilung Europas endgültig überwunden werden. Eine Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO war für Amerika eine grundlegende Voraussetzung für die Einheit. Damit verband man eine Sicherheit für Europa. Ängste vor einem vereinten Deutschland seien unbegründet, es ginge keine Gefahr von Deutschland für die anderen Länder Europas aus. Eine Neutralität oder die Zugehörigkeit zu beiden Bündnissen, schlossen die USA für Deutschland aus. Dennoch bemühte man sich während der ganzen Zeit um Verhandlungen mit der Sowjetunion, deren Politik der Perestroika es ebenfalls zu unterstützen galt. Man wollte Gorbatschow halten, da nicht vorherzusehen

war, ob sein eventueller Nachfolger die gleiche offene Politik nach Westen verfolgen würde. Täte er dies nicht, würden die Überwindung des Kalten Krieges und die Abrüstung beider Blöcke wieder in weite Ferne rücken. Daher regte die USA auch eine Wandlung der NATO an, die es der UdSSR ermögliche, einen Schritt auf den Westen zuzugehen. Dazu gehörte zum Beispiel auch eine gemeinsame Erklärung mit dem Warschauer Pakt, dass man sich nicht mehr als Feinde betrachte. Für Moskaus Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands war die USA auch bereit als Gegenleistung wirtschaftliche Hilfen für die Sowjetunion bereitzustellen und militärpolitische Garantien, wie die Abrüstung, festzulegen (Vgl. Kurier vom 1. Juni 1990, S. 2). Die endgültige Zustimmung Gorbatschows zu einer NATO-Mitgliedschaft Deutschlands lobte Bush als eine *„staatsmännische Entscheidung“* (Vgl. Der Standard vom 17. Juli 1990, S. 3). James Baker bezeichnete sie als Wendepunkt in der deutschen Frage. Die deutsche Einheit wurde am 3. Oktober von den USA als ein bewegender Tag auch für die Amerikaner bezeichnet. Man war stolz der Freiheit und Demokratie zum Sieg verholfen zu haben. Meinungsumfragen zeigten auch im Volk die große Zustimmung und das Vertrauen in ein geeintes Deutschland. Es hätte seine Lehren aus der Vergangenheit gezogen und sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geändert.

7.11.2 Großbritannien

Wie bereits in vorherigen Kapiteln beschrieben, reagierte Großbritannien, speziell Premierministerin Margaret Thatcher ablehnend auf eine mögliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Auch Werner Stanzl hielt das im „Standard“ fest. *„Dann kamen die kritischen Anmerkungen der Alliierten. Am deutlichsten negativ klangen die aus Downing Street 10.“* (Stanzl, In: Der Standard vom 12. Dezember 1989, S. 32). Dennoch wurde Thatcher in den Artikeln bei weitem nicht so bissig und engagiert gegen die Einheit kämpfend dargestellt, wie es in der theoretischen Literatur geschah. Nach den Zeitungen war Thatcher einem großen Deutschland gegenüber sehr skeptisch und der Ansicht, dass die Vereinigung sehr langsam und auf europäischer Ebene durchgeführt werden müsste, da sonst mehr Sorgen anstatt größerer Sicherheit entstehen würden. Zudem sei die Entscheidung über die Einheit nicht allein Sache der Deutschen, die anderen Europäer hätten auch ein Mitbestimmungsrecht, da die Einheit auch auf sie große Auswirkungen habe. Auch der Versuch, mit Frankreich ein Bündnis gegen die deutsche Einheit zu schließen, wurde in den Berichten erwähnt. Es wurde aber auch beschrieben, dass Margaret Thatcher ihre privilegierte Position in den

Beziehungen zu Frankreich und vor allem zu den USA an Helmut Kohl abtreten musste und darüber sehr erbost war. Soweit stimmt dies mit der Literatur überein. Als aber die Rahmenbedingungen für eine Vereinigung festgeschrieben waren, habe Thatcher die Einheit voll unterstützt, hieß es in den Artikeln. Sie sei sich auch mit US-Präsident Bush einig gewesen, Deutschland die volle Souveränität zurückzugeben. Die volle NATO-Mitgliedschaft Deutschlands nahm sie mit großer Zufriedenheit zur Kenntnis. Zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober seien dann aber wieder skeptische Töne zu hören gewesen. Die Bedenken in Großbritannien seien geblieben, Thatcher hätte erneut vor einem deutschen Superstaat gewarnt. Zudem werde die Bündnistreue Deutschlands angezweifelt.

Ängste vor einem vereinten Deutschland sah Autor Gerfried Sperl vor allem bei den älteren Briten. Sie seien skeptischer und sähen in Deutschland immer noch eine große Bedrohung während die Jungen den Deutschen das Recht zugestehen, selbst über ihr eigenes Schicksal entscheiden zu dürfen (Vgl. Sperl, In: Der Standard vom 12. Februar 1990, S. 3). Die antideutschen Äußerungen des Abgeordneten Nicholas Ridley wurden in den beiden Zeitungen zwar erwähnt, die große Empörung die sie in Deutschland und Großbritannien selbst auslösten, blieb aber in Österreich aus. Genauso verhielt es sich mit der Veröffentlichung der Dokumente über das Chequers-Seminar, in dem die Deutschen als jähzornig, aggressiv, egoistisch und zu Selbstmitleid neigend bezeichnet wurden. Man sah im Gegenteil eher die positiven Aspekte, nämlich dass die Teilnehmer sich einig gewesen seien, dass von Deutschland keine Gefahr ausgehe und sie versucht hätten, Margaret Thatcher ihre Ängste vor einem vereinten Deutschland zu nehmen. Der „Kurier“ war jedoch der Meinung, dass das Image Thatchers nach diesen beiden Skandalen gelitten habe und nun nicht mehr zu retten sei (Vgl. Kurier vom 16. Juli 1990, S. 3). Dennoch stellte man eine zunehmende kritische Stimmung auch in der britischen Öffentlichkeit fest. In den Pubs würden wieder Stimmen laut, die ein übermächtiges Deutschland fürchten (Vgl. Kurier vom 14. Juli 1990, S. 4). Dies stimmt auch mit den theoretischen Erkenntnissen überein, die bereits aussagten, dass die britische Öffentlichkeit kritischer und skeptischer wurde, je näher die Einheit rückte.

7.11.3 Frankreich

Was bei der Untersuchung der Artikel ins Auge fällt, ist, dass der französische Präsident François Mitterrand in seinen Aussagen und Handlungen besser und nicht so wankelmütig dargestellt wurde, als das in den theoretischen Aufsätzen der Fall war.

Anfangs wurde seine Haltung als vorsichtig und verhalten beschrieben. Er hielt die Wiedervereinigung nicht für ein Thema der aktuellen Tagesordnung und war eher auf der Seite von Charles de Gaulle zu finden, der zwei Deutschlands einem vorzog. Mitterrand sah aber die entscheidende Rolle in der Frage bei der Sowjetunion und Michail Gorbatschow. Er betonte, dass er keine Angst vor der Wiedervereinigung habe und dass diese ein natürlicher Prozess sei. *„Er hütete sich aber davor, Fristen, Formen und Details dieses Prozesses festzulegen und geht davon aus, daß es noch auf unbestimmte Zeit zwei deutsche Staaten geben wird."* (Cullin, In: Der Standard vom 5. Dezember 1989, S. 4). Er legte viel Wert darauf, dass es in der Hand der vier Siegermächte liege, über die deutsche Einheit zu entscheiden. Daher zeigte er sich verärgert über den „Zehn-Punkte-Plan" Helmut Kohls, der Reformprozess ginge ihm zu schnell, Deutschland versuche über den Kopf der Alliierten hinweg eine Einheit zu forcieren. Für Mitterrand war, neben der Entscheidungsmacht über die Annäherung der beiden deutschen Staaten, aber auch entscheidend, dass die deutsche Einheit die europäische nicht gefährdete. Daher sah auch er eine NATO-Mitgliedschaft Deutschlands als unerlässlich an, genau wie die Integration in die EG. Diese sollte nach seinen Vorstellungen aber nicht erweitert werden, da Deutschland in einer dadurch zwangsweise lockeren Gemeinschaft sonst ungehindert seine Vormachtstellung ausüben könne. Daher lehnte er auch Österreich als Mitglied der EG ab, da er eine Verstärkung des deutschen Lagers fürchtete (Vgl. Leder, In: Kurier vom 2. November 1989, S. 3).

Mitterrands Besuch in der DDR wurde in den beiden untersuchten Zeitungen nicht, wie anderswo, mit Kritik aufgenommen. Er habe damit seine *„Zuständigkeit für das Schicksal der beiden deutschen Staaten"* unterstrichen (Klingl, In: Der Standard vom 22. Dezember 1989, S. 2). Die durch die deutsche Frage angespannte Beziehung zwischen Helmut Kohl und François Mitterrand fiel aber dennoch auf. Die Stabilität der Achse Paris-Bonn sei nicht mehr unbedingt vorhanden. Beide Staatschefs hätten sich in EG-Fragen faktisch gegenseitig erpresst. *„Kohl drohte mit einem Nein zur Wirtschaftsunion, Mitterrand wollte nichts von der deutschen Wiedervereinigung hören."* (Leder, In: Kurier vom 10. Dezember 1989, S. 3). Erst durch einen Kuhhandel sei man wieder zueinandergekommen. Die Beziehung sei aber geschädigt (Vgl. ebenda).

Ängste hatten die Franzosen weniger vor einer militärischen Bedrohung durch Deutschland als vor einer wirtschaftlichen Übermacht, die negative Auswirkungen auf die eigene Wirtschaft haben könnte. Man fürchtete, dass der internationale Einfluss Frankreichs durch das große Deutschland gemindert werden könnte (Vgl. Leder, In: Kurier vom 5. Oktober 1990, S. 3). Die ehemalige Europaministerin Edith Cresson sagte,

dass das Gleichgewicht Europas auf zwei Beinen stehe, Frankreich und Deutschland. Sie warnte: *„Wenn eines viel kürzer ist, hinkt man."* (ebenda). Daher dürfe man den wirtschaftlichen Aufbau im Osten nicht allein den Deutschen überlassen sondern müsse selbst Einfluss darauf nehmen (Vgl. Sperl, In: Der Standard vom 12. Februar 1990, S. 3). François Mitterrand äußerte sich in einem Artikel über die Chancen, in Deutschland neue Märkte zu erobern. Warum sollte man in Frankreich nicht von einer Stärkung der deutschen Wirtschaft profitieren. Zudem betonte er noch einmal, er sei von Anfang an für die Einheit gewesen und habe erkannt, dass die Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung hätten. Probleme bei den Verhandlungen, wie die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze habe er klar und ohne Umschweife zum Ausdruck gebracht und sich offensiv an deren Lösung beteiligt (Vgl. Der Standard vom 27. September 1990, S. 5). Diese Selbst-Heroisierung tauchte auch in der theoretischen Literatur auf. Wie aus der Theorie bekannt, hatte Mitterrand aber keinen großen Einfluss auf den Einigungsprozess.

Nach Michel Cullin war die deutsche Einheit für die Franzosen kein Grund zum Jubeln. Viele stellten vielmehr die Legitimität dieses deutschen Staates in Frage, der in der Vergangenheit so viel Leid über seine europäischen Nachbarstaaten gebracht habe. Zwischen Frankreich und Deutschland herrschten noch viele Unstimmigkeiten und Missverständnisse, die es auszuräumen gelte (Vgl. Cullin, In: Der Standard vom 5. Oktober 1990, S. 32). Auch Danny Leder berichtete aus Paris, dass die Franzosen die Einheit mit gemischten Gefühlen betrachten. Schon vor dem Mauerfall brachte man dem demonstrierenden Volk der DDR echte Sympathie entgegen und befürwortete prinzipiell eine Wiedervereinigung. Trotzdem trieben die Franzosen auch Ängste vor einem wirtschaftlich übermächtigen Deutschland um. Sie sorgten sich ebenfalls um die Zukunft der EG. Man befürchtete, die Deutschen könnten sich die Einheit von der UdSSR erkaufen und sich daraufhin zunehmend von NATO und EG abwenden (Vgl. Leder, In: Kurier vom 2. November 1989, S. 3).

7.11.4 Sowjetunion

Obwohl die sowjetische Regierung eine Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung sah und den Westen nach dem Mauerfall vor einem verfrühten Siegesschrei warnte, hatte sie doch im Prinzip nichts gegen eine Einheit einzuwenden. Sie vertrat die Meinung, alles hinge von den Deutschen selbst ab. Die Einheit dürfe aber nicht forciert werden, sondern sollte von der Geschichte entschieden werden. Man dürfe nicht

zulassen, dass der epochale Wandel in Europa durch *„plumpes Verhalten oder provokative Erklärungen“* gefährdet würde (Kurier vom 1. Dezember 1989, S. 3). Bereits vor dem Mauerfall hoffte man, dass sich die Zustände in der DDR ändern würden und war sich sicher, dass dies auch in nächster Zeit passieren würde. Außenminister Schewardnadse empfand die Einheit als *„logischen Schritt“*, allerdings müsse dem eine friedliche Ordnung und wirtschaftliche Einigung in Europa vorausgehen (Vgl. Der Standard vom 12. Dezember 1989, S. 2).

Wie aus der Theorie bereits bekannt, schloss Gorbatschow zunächst eine Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO kategorisch aus und äußerte Vorschläge über ein neutrales Deutschland oder eines, dass beiden militärischen Bündnissen angehören sollte, was der Westen aber strikt ablehnte. Zusätzlich wurde von der Sowjetunion eine Garantie gefordert, dass Deutschland die bestehenden Grenzen achte und keine Gebietsansprüche mehr stellen würde. Deutschland dürfe die Sicherheit in Europa nicht gefährden und müsse in der Frage der Einigung die Interessen der anderen europäischen Staaten berücksichtigen. Dennoch sei es unzweifelhaft, dass die deutsche Einheit kommen werde. Die Frage des Bündnisses entwickelte sich aber zum Kernpunkt in den Verhandlungen über die deutsche Einheit. Der Abgeordnete der Regierungspartei KPdSU, Nikolaj Portugalow stand der Vereinigung positiv gegenüber, glaubte aber weder an eine Einheit mit voller Einbindung in die NATO noch an eine volle Mitgliedschaft Deutschlands im Warschauer Pakt. Die Versuche des Westens, der UdSSR eine Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO schmackhaft zu machen, indem deren Vorteile und Sicherheiten aufgezählt wurden, bedachte er mit einem kritischen *„Da lachen ja die Hühner.“* (Der Standard vom 7. Februar 1990, S. 2). Für die UdSSR sei ein großes Deutschland in der NATO wohl kaum von Nutzen. Im Gegenteil, laut der Nachrichtenagentur TASS würde das die Bedrohung durch die NATO noch verstärken. Akzeptabel sei nur ein *„französischer Status“* Deutschlands in der NATO, also zwar eine Mitgliedschaft, aber keine militärische Einbindung in das Bündnis (Vgl. Der Standard vom 14. Februar 1990, S. 2). Für den Fall, dass beide deutsche Staaten trotzdem der NATO beitreten würden, drohte die Sowjetunion, dass sie das nicht teilnahmslos hinnehmen werde. Die guten Beziehungen zu den NATO-Staaten würden sich dann ändern. Außenminister Schewardnadse sagte mehrdeutig, die Sowjetunion habe noch *„gewisse Varianten auf Lager“* (Sajdik, In: Der Standard vom 21. Februar 1990, S. 3). Gorbatschow drohte offener mit einer Revision der Abrüstungspolitik. Dem Westen warf er vor, die deutsche Einheit in Wahrheit gar nicht zu wollen und darauf zu hoffen, dass er die Einheit bremsen würde und damit als der Einzige Böse dastehe. Valentin Falin bezeichnete die Bedingungen der Einheit als für die Sowjetunion und alle Nachbarn

Deutschlands lebenswichtig (Vgl. Kurier vom 14. März 1990, S. 4). *„Damit darf nicht gescherzt werden, hier muß volle Klarheit bestehen."* (Der Standard vom 13. März 1990, S. 2). Für ihn sei die Spaltung Deutschlands von vornherein ein Fehler gewesen, den der Westen zu verantworten habe. Nun müsse man sich um größtmögliche Stabilität und Sicherheit bemühen (Vgl. Der Standard vom 5. April 1990, S. 2).

Gerfried Sperl diagnostizierte der UdSSR eine „Urangst" vor einem starken Deutschland. Deshalb sei die Wiedervereinigung nur zum Preis der Neutralität zu haben. Er sah die Ursache für die anfängliche Haltung Gorbatschows aber auch darin, dass er diese dem sowjetischen kriegsgebeutelten Volk verkaufen musste, das höchstwahrscheinlich nichts anderes akzeptieren würde. Sperl sah aber keine Möglichkeit Deutschland bei seiner Größe neutral zu halten.

„Für einen Kleinstaat sei die Neutralität ein Schutz, der neutrale Großstaat könne zur Gefahr werden. Ohne jegliche Einbindung könnten historische Phänomene wie der Nationalismus fröhliche Urstände feiern." (Sperl, In: Der Standard vom 12. Februar 1990, S. 24).

Bekanntermaßen änderte sich die russische Haltung zur Wiedervereinigung noch. Man sah die wirtschaftlichen Vorteile, die ein geeintes Deutschland mit sich bringen würde. Bereits Ende März wurde selbst ein eigener NATO-Beitritt nicht mehr ausgeschlossen. Einer der Deutschland-Berater Gorbatschows, Valentin Koptzelzew, sagte, dass sich die Sowjetunion, wenn sich die NATO wandeln und verändern würde, einen Beitritt durchaus überlegen würde (Vgl. Der Standard vom 22. März 1990, S. 2). Man wolle zumindest diplomatische Beziehungen zur NATO aufbauen und regelmäßige Kontakte mit den Mitgliedsstaaten pflegen (Vgl. Kurier vom 19. Juli 1990, S. 3). Die TASS war sich plötzlich sicher, dass ein der NATO angehöriges Deutschland keine Bedrohung mehr für die Sowjetunion darstelle, weder in militärischer noch in sonstiger Hinsicht. Selbst Nikolaj Portugalow setzte Vertrauen in das geeinte Deutschland und erkannte dessen Anspruch auf eine Großmachtrolle als berechtigt an. Der „Kurier" glaubte, dass Gorbatschow später keine andere Wahl geblieben sei, als schließlich der Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO zuzustimmen. Sein Land sei ruiniert gewesen, er hätte auch gewusst, dass der Sozialismus vor dem Niedergang stehe. In dieser Situation zeuge es von Größe, dass er erkannt habe, dass das sowjetische Imperium eingestürzt sei. *„Die große Kunst ist es, den Rückzug zu „managen", ohne daß er ins Chaos abrutscht."* (Rau, In: Kurier vom 17. Juli 1990, S. 1). Das habe Gorbatschow auch getan.

In beiden Zeitungen wurden detailliert die Schritte und Verhandlungen zwischen den Siegermächten beschrieben, die schlussendlich dazu führten, dass man sich auf einen

Vertrag zur deutschen Einheit einigte und das schneller als ursprünglich erwartet. Der gute Wille sei dabei von Anfang an sichtbar gewesen. Zu dem Gipfeltreffen von Bush und Gorbatschow auf Malta schrieb ein Kommentator des „Kurier“: *„George Bush und Michail Gorbatschow haben vor der Weltpresse eine Art Liebesfest abgehalten, wie es zwischen den Führern der Supermächte noch nie da war.“* (Rau, In: Kurier vom 4. Dezember 1989, S. 1). Auffällig ist nur, dass den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen keine größere Bedeutung zugeschrieben wurde. Die Ergebnisse der vier Treffen der Außenminister wurden nur nebenbei erwähnt. Ein Grund dafür könnte sein, dass die eigentliche Sensation, die deutsche Wiedervereinigung, schon feststand und an den inneren und äußeren Bedingungen kein großes Interesse mehr bestand. Dennoch erhält man insgesamt einen guten und ausführlichen Überblick über die Haltung der Alliierten und welche Rolle sie in dem Vereinigungsprozess gespielt haben.

7.12 Merkmale der Berichterstattung der beiden Zeitungen

Beide untersuchten Zeitungen hegten von Anfang des Untersuchungszeitraumes an ein reges Interesse an den Ereignissen in Deutschland. Was bei der Analyse der Artikel auffällt ist, dass der „Standard“ seinen Schwerpunkt auf neutralen Artikeln hatte, wohingegen der „Kurier“ deutlich mehr mit Kommentaren und auch mit Karikaturen (s. zum Beispiel Abbildung 9+10) arbeitete. Dafür wurden im „Standard“ häufig die Stimmen ausländischer Zeitungen und Kommentare von ausländischen Autoren abgedruckt, was beim „Kurier“ völlig fehlte. Beide hatten kaum Leserstimmen zu den wichtigen Ereignissen der Wiedervereinigung aufgenommen, der „Kurier“ nur eine einzige, sodass man nur unbestimmte Rückschlüsse auf die Meinung der Österreicher zulassen kann.

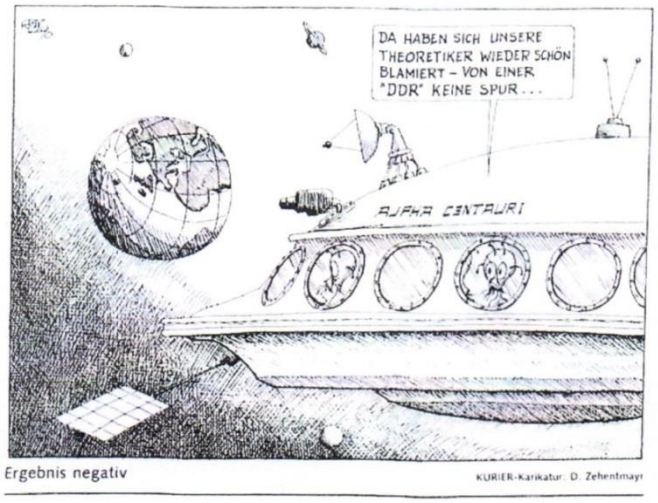

Abb. 9: Zehentmayr, D.: Ergebnis negativ. In: Kurier vom 4. Oktober 1990, S. 5

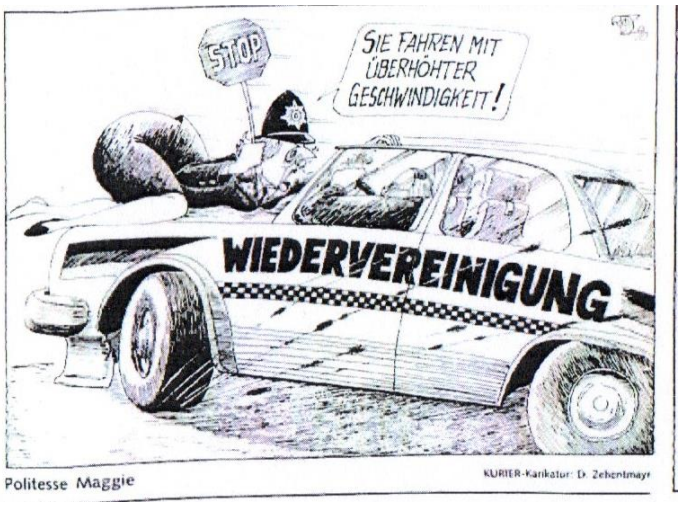

Abb. 10: Zehentmayr, D.: Politesse Maggie. In: Kurier vom 22. Februar 1990, S. 2

Beim „Standard“ fand man längere Artikel, die mit weniger Bildern geschmückt waren, als beim „Kurier“. Die Ausnahme bildeten emotionale Ereignisse, wie der Mauerfall oder die Wiedervereinigung, bei denen man nicht ohne Bilder arbeiten kann, wenn man beim Leser „Gänsehaut“ erzeugen will. Auffällig mehr Interesse als der „Kurier“ zeigte der „Standard“ bei wirtschaftlichen Themen rund um die Wiedervereinigung. Bei den wirtschaftlichen Folgen der Einheit, auch für Österreich, fand man im „Standard“ mehr als doppelt so viele Artikel wie im „Kurier“, was einen deutlichen Qualitätsunterschied hervorhebt. Insgesamt kommt man zu dem Schluss, dass der „Standard“ vielfältiger berichtete als der „Kurier“. Bei beiden Zeitungen hielt das Interesse an der Wiedervereinigung nur solange an, bis Moskau seine Zustimmung zur Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO gegeben hatte und die Einheit damit fixiert war. Danach nahmen andere Themen überhand. Die Situation in anderen Ländern war wichtiger, beispielsweise in Ungarn oder Litauen sowie die Geiselnahme mit österreichischen Geiseln in Kuwait. Die tatsächliche Wiedervereinigung am 3. Oktober war wie bereits erwähnt nur kurz Thema, danach wurde sie von den Nationalratswahlen in Österreich verdrängt.

Die Funktionen der Massenmedien erfüllten aber beide Zeitungen gut. Beide trugen der Informationsfunktion Rechnung und überschütteten die Österreicher regelrecht mit neuen Statusmeldungen aus dem Nachbarland und förderten gleichzeitig durch die Berichte über die unterschiedlichen Haltungen von DDR, BRD, den Alliierten und den anderen europäischen Nachbarn die politische Meinungsbildung. Sie gaben, gemäß der sozialen Orientierungsfunktion, einen ausführlichen und verständlichen Überblick über

die Geschehnisse und ermöglichten es den Österreichern durch ausgewogene Berichterstattung, sich ein eigenes Bild zur deutschen Einheit zu machen. Auch die Artikulationsfunktion wird von beiden Zeitungen umfassend wahrgenommen, vom „Kurier“ noch mehr als vom „Standard“. In den enthaltenen Kommentaren fanden sowohl negative als auch positive Statements zu den Geschehnissen statt und zeigten dem Rezipienten Vorteile der deutschen Einheit, auch für Österreich, aber auch die Ängste und Befürchtungen auf, die die Wiedervereinigung mit sich bringen könnte. Dennoch kam leider nicht immer ganz klar zum Vorschein, was die österreichische Bevölkerung wirklich über ein vereinigtes Deutschland dachte, da nur sehr wenige Leserstimmen oder Umfragen in der Bevölkerung veröffentlicht wurden. Das war aber das einzige Manko an einer sonst sehr ausführlichen und lückenlosen Berichterstattung über den Weg zur deutschen Einheit.

8. Fazit

Die deutsche Einheit am 3. Oktober 1990 war für die Deutschen das bedeutendste Ereignis seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Nach 45 Jahren der Teilung, wobei die Berliner Mauer auch die Grenze zwischen den beiden militärischen Blöcken NATO und Warschauer Pakt darstellte, wurde durch friedliche Demonstrationen des Volkes das Symbol des Kalten Krieges zum Einsturz gebracht und damit die Wiedervereinigung Deutschlands eingeleitet. Die Arbeit sollte feststellen, ob in den österreichischen Tageszeitungen überhaupt Interesse an der Einheit bestand und welche Gefühle dadurch ausgelöst wurden. Bei der Haltung der Alliierten sollte geprüft werden, ob die österreichischen Zeitungen ihre wirkliche Meinung widerspiegelten. Vor allem bei der britischen Premierministerin Margaret Thatcher war dies interessant. Aus der theoretischen Literatur ging hervor, dass sie die Wiedervereinigung verhindern oder zumindest verzögern wollte. Die qualitative Inhaltsanalyse hat dazu ergeben, dass der „Standard“ und der „Kurier“ zwar wohl die Ablehnung Thatchers registrierten und thematisierten, diese jedoch längst nicht als so extrem dargestellt wurde, wie in der Hintergrundliteratur. Dennoch stimmte das Grundbild der Haltung Thatchers zwischen Theorie und Untersuchung überein. Die Beurteilung der öffentlichen Meinung Großbritanniens fiel sowohl in der Theorie als auch in der Untersuchung gemischt aus. Beide zeichneten eine grundlegende Zustimmung zur Einheit auf, die aber schwand, je näher die Wiedervereinigung kam. Die Medien, die laut Literatur der Einheit mit gemischten Gefühlen entgegensahen und Ängste und Bedenken genauso äußerten wie

beruhigende Worte, kamen in den beiden untersuchten Zeitungen kaum vor. Im „Standard“ erschienen selten Beiträge aus britischen Zeitungen, die sich dann überwiegend negativ äußerten, im „Kurier“ fanden sich gar keine ausländischen Pressestimmen. Generell scheint es aber so zu sein, dass die Waage schlussendlich zugunsten der deutschen Einheit ausgefallen sein dürfte.

Die USA taten sich sowohl in der Literatur als auch in den untersuchten Artikeln als erster Unterstützer der Einheit hervor. Obwohl anfangs überrascht und zögerlich zogen Präsident George Bush und Außenminister James Baker alle Register um die Wiedervereinigung Deutschlands zu realisieren und Moskau zur Zustimmung zu bewegen. Die amerikanische Öffentlichkeit begegnete den Deutschen mit großer Sympathie und Zustimmung zur Einheit. Das Interesse an den Ereignissen in Deutschland ebbte zwar im Laufe der Zeit ab, internationale Themen gewannen wieder an Brisanz, aber die Unterstützung blieb den Deutschen erhalten. Ausnahme bildeten die amerikanischen Juden, die allenfalls vorsichtige Unterstützung äußerten, aber fast zur Hälfte skeptisch blieben. In den untersuchten Zeitungen kam die Meinung der amerikanischen Öffentlichkeit nicht vor, daher konnten dazu keine eigenen Erkenntnisse gewonnen werden. Die Medien in den USA äußerten mehrheitlich Freude über die zurückgewonnene Freiheit der Deutschen, bildeten aber auch Ängste und Bedenken ab. Auch dies stützt sich auf theoretische Erkenntnisse, da die Haltung der amerikanischen Presse in den österreichischen Berichten nicht abgebildet wurde.

Was bei der Darstellung der französischen Haltung interessant ist, ist die Tatsache, dass François Mitterrand in den Zeitungen nicht als der wankelmütige Staatschef dargestellt wurde, den man in der Literatur anfindet. Er wurde zwar als zögerlich und zurückhaltend beschrieben, es wurde aber nicht erwähnt, dass er die Einheit eigentlich auch lieber verhindert hätte, so wie es in den meisten Büchern geschrieben steht. Übereinstimmungen zeigten sich aber in der Bewertung der Rolle, die Mitterrand im Einigungsprozess einnahm. Sowohl Literatur als auch „Standard“ und „Kurier“ schrieben ihm wenig Einflussnahme zu. Bei der französischen Öffentlichkeit gibt es wiederum unterschiedliche Ansichten. In vielen Büchern wurde die Zustimmung der Franzosen zur Einheit beschrieben, über die Hälfte der Bevölkerung seien dafür. Dem widersprachen die untersuchten Artikel auch nicht, allerdings bescheinigte man dem französischen Volk gemischte Gefühle, sowohl Sympathie aber auch Angst vor einer wirtschaftlichen Übermacht Deutschlands und dem damit einhergehenden Verlust des französischen Einflusses in Europa. Über die Stimmen in der französischen Presse ließ sich in den beiden untersuchten österreichischen Zeitungen nichts finden. Nach der Hintergrundliteratur war es aber sie, die von allen westlichen Medien die größten Zweifel

an der Wiedervereinigung äußerte. Sie sah in der deutschen Einheit ein Sicherheitsproblem für Europa und sagte ein Abdriften Deutschlands gen Osten und Warschauer Pakt voraus. Zudem war auch hier die Furcht vor den wirtschaftlichen Konsequenzen einer Einheit spürbar.

Alle westlichen Siegermächte waren sich darin einig, dass sie das Recht hatten über die Deutschen zu entscheiden. Ihre Bedingungen für die Einheit waren der Verbleib Deutschlands in der NATO und der EG sowie die Einbettung der deutschen Einheit in die europäische. Das kam sowohl in der Theorie als auch in den untersuchten Zeitungen zum Ausdruck. Was die Sowjetunion anbelangt, waren sich Fachliteratur und Untersuchungsmaterial einig. Michail Gorbatschow habe zunächst eine deutsche Einheit nicht auf der aktuellen Tagesordnung gesehen, ihr aber im Prinzip auch nichts entgegenzusetzen gehabt. Die Bedingungen des Westens lehnte er recht lange ab und schlug stattdessen ein neutrales Deutschland oder eines, dass sowohl NATO als auch Warschauer Pakt angehöre, vor, was wiederum im Westen auf Ablehnung stieß. Einig waren sich Bücher und österreichische Zeitungen auch darin, dass die endgültige Zustimmung Gorbatschows und die darauffolgende Einigung der Alliierten hauptsächlich daher rührte, dass die Sowjetunion vor dem finanziellen und wirtschaftlichen Ruin stand und man als Gegenleistung für die Einheit enorme finanzielle Hilfen vom Westen einfordern konnte. Dennoch wurde Gorbatschow einstimmig als große Figur in der Weltpolitik gewürdigt, der nichtsdestotrotz die deutsche Einheit und das Ende des Kalten Krieges möglich gemacht hatte. Das sowjetische Volk war nicht besonders angetan von seinem Staatschef. Man rief Gorbatschow dazu auf, sich auch verstärkt um sein eigenes Land zu kümmern, statt sich nur auf Europa zu konzentrieren. Diese Einstellung kam sowohl in „Kurier“ und „Standard“ zur Geltung als auch in der theoretischen Literatur. Dennoch zeigte man sich einer deutschen Einheit gegenüber aufgeschlossen, obwohl man wegen Deutschland die größten Verluste im Krieg hatte. Hier war aber laut Fachliteratur dasselbe Bild wie in Großbritannien zu finden. Je näher die Einheit kam, desto mehr schwand die Unterstützung. Auch die Begründung war dieselbe. In den Zeitungsartikeln wurden die Ängste des sowjetischen Volkes erwähnt, jedoch nicht genauer spezifiziert, daher kann man keine konkreteren Rückschlüsse ziehen. Die Haltung der Presse kann man auch nur nach der Fachliteratur beurteilen, wonach diese sich eindeutig nach der jeweils aktuellen Meinung der sowjetischen Regierung ausrichtete.

Bei der Haltung Österreichs herrschte eine Übereinstimmung zwischen Literatur und den Artikeln der beiden Zeitungen „Standard“ und „Kurier“. Die österreichische Politik äußerte sich sehr positiv und freute sich über die Wiedervereinigung. Angst hatte man keine, es

sei aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt worden. Es wurde jedoch immer wieder betont, dass sich Österreich nicht mehr betroffen fühle als alle anderen europäischen Länder auch. Man sei kein dritter deutscher Staat, der nur darauf warte, erneut von Deutschland angeschlossen zu werden. Man habe eine eigenständige Identität und wolle diese auch nicht wieder aufgeben. Einen Wermutstropfen für Österreich stellte die Bevorzugung der DDR bei der Aufnahme in die EG dar. Dieses Vorgehen wurde auch in der österreichischen Presse scharf kritisiert, man zeigte sich empört über die Entscheidung. Da sonst nicht viel über die Berichterstattung der österreichischen Presse bekannt war, stützen sich die weiteren Erkenntnisse allein auf die Untersuchung, die für diese Arbeit angestellt wurde. Die Darstellung der deutschen Wiedervereinigung war ausgewogen, es gab sowohl negative als auch positive Artikel. Insgesamt war die Haltung der österreichischen Presse, zumindest was man aus den beiden untersuchten Zeitungen schließen kann, als neutral mit leichter Neigung zum positiven einzuschätzen. Sie zeigte zwar Ängste und Bedenken, auch der anderen Nationen, auf, fand aber meistens auch Argumente, die dafür sprachen, dass diese unbegründet seien. Das Bild der österreichischen Öffentlichkeit, das in Literatur und Untersuchung gezeichnet wurde, ist ebenfalls ein positives. Nach Umfragen hatten über 70% der Österreicher die Einheit befürwortet. Es gab leider zu wenig Leserbriefe in den Zeitungen um wirklich etwas über die mehrheitliche Meinung zu erfahren. Die, die zu finden waren, spiegelten ein ausgewogenes Bild wider, die Hälfte äußerte sich dafür, die andere Hälfte dagegen. Auch die in den Zeitungen abgedruckten Kommentare ließen keinen eindeutigen Schluss zu. Erklärung hierfür war das Bestreben der Zeitungen möglichst ausgewogen zu berichten. Dem würde es widersprechen nur positive oder nur negative Kommentare erscheinen zu lassen. Wenn man dies aber mit den Umfragewerten vergleicht, kann man doch guten Gewissens zu dem Schluss kommen, dass die Österreicher der Wiedervereinigung zustimmten und sie unterstützten, wenn es auch ganz sicher Ausnahmen davon gab, die sich auch in den negativen Kommentaren in ihrer Meinung bestätigt sahen.

Generell kann man zu der durchgeführten Untersuchung sagen, dass das Interesse an der deutschen Wiedervereinigung sehr groß war, besonders bezüglich der DDR-Flüchtlinge. Dieses Interesse ist verständlich, da Österreich zumindest von der Grenzöffnung durch Ungarn konkret betroffen war. Aber auch sonst nahm die Presse regen Anteil. Sehr kritisch wurde die Weigerung Helmut Kohls, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, aufgenommen. Dennoch fiel auf, dass die Zeitungen längst nicht in dem Maß empört waren wie die Presse in anderen Nationen. Auch in anderen Themen gaben sich „Kurier“ und „Standard“ betont neutral. Über das „Zehn-Punkte-Programm“ und die

antideutschen Äußerungen in Europa wurde beispielsweise auch nicht so entrüstet geschrieben wie anderswo. Richtige Empörung herrschte unter den Autoren nur bei der bevorzugten Aufnahme der DDR in die Europäische Gemeinschaft. Angst vor einem Vierten Reich hatte man in beiden Zeitungen nicht. Dennoch wurde den Ängsten der Nachbarn Rechnung getragen. Vor allem der „Standard“ veröffentlichte ausländische Kommentare und Umfragen in anderen europäischen Ländern. Verachtung und Unverständnis zeigte man bei der Art und Weise, wie die Einheit zustande kam. Helmut Kohl habe sich die Einheit erkauft. Für Österreich positiv erachtete man in beiden Zeitungen die wirtschaftlichen Folgen der Einheit, vor allem für Österreich. Man äußerte sich erfreut über einen erwarteten Aufschwung und die verstärkte Nachfrage nach österreichischen Produkten durch Deutschland. Wie Ines Lehmann bereits aufzeigte, endete die Aufmerksamkeit abrupt, als Gorbatschow seine Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft gab und die deutsche Frage damit als geklärt galt. Was man zu eventuellen Qualitätsunterschieden der beiden untersuchten Zeitungen sagen kann ist, dass der „Standard“ auffällig vielfältiger und ausführlicher berichtete und mehr Meinungen, auch aus anderen Nationen, mit einbezog, was beim „Kurier“ völlig fehlte. Beide Zeitungen veröffentlichten enttäuschend wenige Leserstimmen. Der „Kurier“ setzte zwar auch auf neutrale Berichte, publizierte jedoch auch verstärkt Kommentare und Karikaturen. Die Funktionen der Massenmedien, wie sie in der Theorie herausgearbeitet wurden, erfüllten aber beide gut. Es ließen sich keine Belege dafür finden, dass die Tatsache, dass sich beide Zeitungen in deutschem Besitz befanden, Einfluss auf die Berichterstattung hatte.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Zeitungen und die Fachliteratur größtenteils in ihrem Bild der alliierten Haltung übereinstimmten, wonach die USA die Einheit am freudigsten aufgenommen hat. Bei allen Vergleichen zwischen Literatur und Untersuchung muss man beachten, dass die theoretische Literatur Jahre später verfasst wurde und somit die Ereignisse in den Monaten und Jahren nach der Wende in Deutschland kannte, während die beiden Zeitungen mitten in den Ereignissen berichten mussten und nicht sagen konnten, was in den nächsten Tagen passieren wird. Österreichs Haltung kann man als positiv einordnen, obwohl die Presse auch in vielen Artikeln Bedenken äußerte. Die Berichterstattung war ausgewogen, nur bei manchen Themen wie der Anerkennung der polnischen Grenze oder dem EG-Beitritt der DDR äußerten sich die Zeitungen einstimmig kritisch und sogar empört. Das Interesse der beiden Zeitungen an Deutschland war groß, solange die deutsche Frage offen war. Danach flaute die Berichterstattung rasant ab. Generell war das Interesse Österreichs an der deutschen Wiedervereinigung aber größer als vor der Untersuchung erwartet.

9. Literaturverzeichnis

Ahbe, Thomas/Gries, Rainer/Schmale, Wolfgang (2009): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig

Baker, James A. (1995): Drei Jahre, die die Welt veränderten. Siedler Verlag, Berlin

Becker, Josef (1992): Wiedervereinigung in Mitteleuropa. Außen- und Innenansichten zur staatlichen Einheit Deutschlands. Verlag Ernst Vögel, München

Bortfeldt, Heinrich (1993): Washington – Bonn – Berlin. Die USA und die deutsche Einheit. Bouvier Verlag, Bonn

Brosius, Hans-Bernd/Haas, Alexander/Koschel, Friederike (2012): Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Bullard, Julian: Die britische Haltung zur deutschen Wiedervereinigung. In: Becker, Josef (1992): Wiedervereinigung in Mitteleuropa. Außen- und Innenansichten zur staatlichen Einheit Deutschlands. Verlag Ernst Vögel, München, S. 27-42

Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar

Donges, Patrick/Jarren, Otfried: Redaktionelle Strukturen und publizistische Qualität. In: Haas, Hannes/Jarren, Otfried (Hrsg)(2002): Mediensysteme im Wandel. Struktur, Organisation und Funktion der Massenmedien. Verlag Wilhelm Braumüller, Wien, S. 77-88

Drentwett, Christine (2009): Vom Nachrichtenvermittler zum Nachrichtenthema. Metaberichterstattung bei Medienereignissen. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Duisberg, Claus J. (2005): Das deutsche Jahr. Einblicke in die Wiedervereinigung 1989/1990. Wjs Verlag, Berlin

Dumas, Roland: Muß man vor Deutschland Angst haben? In: Wickert, Ulrich (Hrsg.)(1990): Angst vor Deutschland. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, S. 304-316

Evans, Richard J.. In: Kuczynski, Rita (2005): Ostdeutschland war nie etwas Natürliches. Deutschlandkenner aus Mittel- und Osteuropa, Frankreich, Großbritannien und den USA über das vereinte Deutschland. Parthas Verlag GmbH, Berlin, S. 47-57

Falin, Valentin (1997): Konflikte im Kreml. Karl Blessing Verlag, München

Genscher, Hans-Dietrich: Wir wollen ein europäisches Deutschland, nicht ein deutsches Europa. In: Wickert, Ulrich (Hrsg.)(1990): Angst vor Deutschland. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, S. 317-324

Giesbert, Franz-Olivier (1997): François Mitterrand. Die Biographie. Propyläen Verlag, Berlin

Glaab, Manuela (1999): Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Leske und Budrick Verlag, Opladen

Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Gorbatschow, Michail (1995): Erinnerungen. Siedler Verlag, Berlin

Gorbatschow, Michail (1999): Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung. Ullstein Verlag, Berlin

Gries, Rainer: Perspektiven einer Historiographie deutsch-deutscher Kommunikationsräume. In: Ahbe, Thomas/Gries, Rainer/Schmale, Wolfgang (2009): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990. Universitätsverlag, Leipzig, S. 15-20

Grigorjew, Alexej: Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust…In: Wickert, Ulrich (Hrsg.)(1990): Angst vor Deutschland. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, S. 197-206

Haas, Hannes/Jarren, Otfried (Hrsg.)(2002): Mediensysteme im Wandel. Struktur, Organisation und Funktion der Massenmedien. Verlag Wilhelm Braumüller, Wien
Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.)(1994): Deutschlandbilder. Das vereinigte Deutschland in der Karikatur des Auslands. Prestel Verlag, München

Hein, Dieter (2005): Deutsche Geschichte in Daten. Verlag C.H. Beck, München

Himmler, Norbert (2001): Zwischen Macht und Mittelmaß. Großbritanniens Außenpolitik und das Ende des Kalten Krieges. Duncker & Humblot Verlag, Berlin

Jackisch, Klaus-Rainer (2004): Eisern gegen die Einheit. Margaret Thatcher und die deutsche Wiedervereinigung. Societäts-Verlag, Frankfurt

Janes, Jackson. In: Kuczynski, Rita (2005): Ostdeutschland war nie etwas Natürliches. Deutschlandkenner aus Mittel- und Osteuropa, Frankreich, Großbritannien und den USA über das vereinte Deutschland. Parthas Verlag GmbH, Berlin, S. 281-293

Jenkins, Peter (1990): No Time for misgivings. In: The Independent vom 1.2.1990, zitiert nach: Jackisch, Klaus-Rainer (2004): Eisern gegen die Einheit. Margaret Thatcher und die deutsche Wiedervereinigung. Societäts-Verlag, Frankfurt, S. 301

Joffe, Josef: Amerikas Rolle bei der Vereinigung Deutschlands – Deutschlands Rolle in der Welt. In: Becker, Josef (1992): Wiedervereinigung in Mitteleuropa. Außen- und Innenansichten zur staatlichen Einheit Deutschlands. Verlag Ernst Vögel, München, S. 15-25

Kim, Hak-Sung (1992): Die Auswirkungen der Perestroika auf die DDR und die deutsche Wiedervereinigung. Dissertation der Universität München

Knappe, Jens (1996): Die USA und die deutsche Einheit. Amerikanische Deutschlandpolitik im Kontext von veröffentlichter und öffentlicher Meinung 1989/90. Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, München

Kortunov, Andrej: Die Vereinigung Deutschlands: Niederlage Gorbatschows oder Sieg des neuen Denkens? In: Wickert, Ulrich (Hrsg.)(1990): Angst vor Deutschland. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, S. 240-251

Kuczynski, Rita (2005): Ostdeutschland war nie etwas Natürliches. Deutschlandkenner aus Mittel- und Osteuropa, Frankreich, Großbritannien und den USA über das vereinte Deutschland. Parthas Verlag GmbH, Berlin

Kuhn, Ekkehard (1993): Gorbatschow und die deutsche Einheit. Bouvier Verlag, Bonn

Le Gloannec, Anne-Marie. In: Kuczynski, Rita (2005): Ostdeutschland war nie etwas Natürliches. Deutschlandkenner aus Mittel- und Osteuropa, Frankreich, Großbritannien und den USA über das vereinte Deutschland. Parthas Verlag GmbH, Berlin, S. 86-97

Lehmann, Ines (1996): Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse. Band I: Die Presse der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs. Peter Lang Verlag, Frankfurt/Wien

Lehmann, Ines (1997): Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse. Band II: Die Presse Dänemarks, der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs, Österreichs, der Schweiz, Italiens, Portugals und Spaniens und jüdische Reaktionen. Peter Lang Verlag, Frankfurt/Wien

Lehmann, Ines (2001): Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse. Band III: Die Politik, die Medien und die Öffentliche Meinung der Sowjetunion. Peter Lang Verlag, Frankfurt/Wien

Margolina, Sonja. In: Kuczynski, Rita (2005): Ostdeutschland war nie etwas Natürliches. Deutschlandkenner aus Mittel- und Osteuropa, Frankreich, Großbritannien und den USA über das vereinte Deutschland. Parthas Verlag GmbH, Berlin, S. 154-167

Meier, Klaus (2007): Journalistik. UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz

Meyen, Michael (2004): Mediennutzung. UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz

Mitscherlich-Nielsen, Margarete: Eben doch Angst vor Deutschland? In: Wickert, Ulrich (Hrsg.)(1990): Angst vor Deutschland. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, S. 134-138

Mitterrand, François (1996): Über Deutschland. Insel Verlag, Frankfurt

Nenning, Günther, In: Profil vom 13.11.89, zit. nach: Lehmann, Ines (1997): Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse. Band II: Die Presse Dänemarks, der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs, Österreichs, der Schweiz, Italiens, Portugals und Spaniens und jüdische Reaktionen. Peter Lang Verlag, Frankfurt/Wien, S. 124

Nenning, Günther, In: Profil vom 22.1.90, zit. nach: Lehmann, Ines (1997): Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse. Band II: Die Presse Dänemarks, der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs, Österreichs, der Schweiz, Italiens, Portugals und Spaniens und jüdische Reaktionen. Peter Lang Verlag, Frankfurt/Wien, S. 134

Nenning, Günther: Teddybär mit Pratzen, In: Profil vom 12.2.90, zit. nach: Lehmann, Ines (1997): Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse. Band II: Die Presse Dänemarks, der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs, Österreichs, der Schweiz, Italiens, Portugals und Spaniens und jüdische Reaktionen. Peter Lang Verlag, Frankfurt/Wien, S. 132

Reißig, Rolf: Der Umbruch in der DDR und das Scheitern des „realen Sozialismus“. In: Reißig, Rolf/Glaeßner, Gert-Joachim (1991): Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit. Dietz Verlag, Berlin, S. 12-59

Reißig, Rolf/Glaeßner, Gert-Joachim (1991): Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit. Dietz Verlag, Berlin

Rhomberg, Markus (2009): Politische Kommunikation. Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG, Paderborn

Rödder, Andreas (2011): Geschichte der deutschen Wiedervereinigung. C.H.Beck Verlag, München

Ronneberger, Franz: Funktionen des Systems Massenkommunikation. In: Haas, Hannes/Jarren, Otfried (Hrsg.)(2002): Mediensysteme im Wandel. Struktur, Organisation und Funktion der Massenmedien. Verlag Wilhelm Braumüller, Wien, S. 61-68

Ronneberger, Franz (1971): Sozialisation durch Massenkommunikation. F. Enke Verlag, Stuttgart

Ruffmann, Karl-Heinz: Rußland und die staatliche Einheit Deutschlands vornehmlich 1945 bis 1990. In: Becker, Josef (1992): Wiedervereinigung in Mitteleuropa. Außen- und Innenansichten zur staatlichen Einheit Deutschlands. Verlag Ernst Vögel, München, S. 43-53

Sana, Heleno (1990): Das Vierte Reich. Deutschlands später Sieg. Rasch und Röhring Verlag, Hamburg

Saxer, Ulrich: Der gesellschaftliche Ort der Massenkommunikation. In: Haas, Hannes/Jarren, Otfried (Hrsg.)(2002): Mediensysteme im Wandel. Struktur, Organisation und Funktion der Massenmedien. Verlag Wilhelm Braumüller, Wien, S. 1-14

Schabert, Tilo (2002): Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit. Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart

Schmidt, Hartwig: Wertwandel in einheimischen und westlichen Lebenswelten. In: Reißig, Rolf/Glaeßner, Gert-Joachim (1991): Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit. Dietz Verlag, Berlin, S. 243-267

Schulmeister, Otto: Die Mauer ist gefallen. In: Die Presse vom 11./12.11.89, zit. nach: Lehmann, Ines (1997): Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse. Band II: Die Presse Dänemarks, der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs, Österreichs, der Schweiz, Italiens, Portugals und Spaniens und jüdische Reaktionen. Peter Lang Verlag, Frankfurt/Wien

Simmel, Johannes Mario (1989): Wiedervereinigung – und was sie für Österreich bedeutet. In: Wochenpresse 46 vom 17.11.1989, zit. nach. Gries, Rainer: Perspektiven einer Historiographie deutsch-deutscher Kommuniktaionsräume. In: Ahbe, Thomas/Gries, Rainer/Schmale, Wolfgang (2009): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990. Universitätsverlag, Leipzig, S. 17

Soutou, Georges-Henri: Deutsche Einheit – Europäische Einigung. Französische Perspektiven. In: Becker, Josef (1992): Wiedervereinigung in Mitteleuropa. Außen- und Innenansichten zur staatlichen Einheit Deutschlands. Verlag Ernst Vögel, München, S. 1-14

Teltschik, Horst (1991): 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Siedler Verlag, Berlin

Thatcher, Margaret (1993): Downing Street No. 10. Die Erinnerungen. ECON Verlag, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau

The Wall Street Journal (16.3.1990): Americans, while voicing some deep concerns, widely favor german reunification, poll shows. Zit. nach: Lehmann, Ines (1996): Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse. Band I: Die Presse der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs. Peter Lang Verlag, Frankfurt/Wien, S. 39

Tofahrn, Klaus W. (2004): Chronologie der Wiedervereinigung Deutschlands. Verlag Dr. Kovač, Hamburg

Unterberger, Andreas: Deutsche (Alp)Träume. In: Die Presse vom 8.11.89, zit. nach: Lehmann, Ines (1997) Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse. Band II: Die Presse Dänemarks, der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs, Österreichs, der Schweiz, Italiens, Portugals und Spaniens und jüdische Reaktionen. Peter Lang Verlag, Frankfurt/Wien, S. 118

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag)

Weber, Jürgen/Pfändtner, Bernhard (2009): Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Buchners Kolleg Geschichte, Ausgabe B. C. C. Buchners Verlag, Bamberg

Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.)(1996): Handbuch zur deutschen Einheit. Campus Verlag, Frankfurt/New York

Wickert, Ulrich (Hrsg.)(1990): Angst vor Deutschland. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg

Artikel in Fachzeitschriften

Blätter für deutsche und internationale Politik. Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Bonn

Charlier, Michael: Deutschland, schwierig Vaterland. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/90. Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, S. 179-187

Davy, Richard: Großbritannien und die deutsche Frage. In: Europa-Archiv, Folge 4/90. Verlag für Internationale Politik GmbH, Bonn, S. 139-144

Der deutsche „Einigungsvertrag“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/90. Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, S. 1257-1277

Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik. Verlag für Internationale Politik GmbH, Bonn

Haltzel, Michael H.: Amerikanische Einstellungen zur deutschen Wiedervereinigung. In: Europa-Archiv, Folge 4/90. Verlag für Internationale Politik GmbH, Bonn, S. 127-132

Riese, Hans-Peter: Die Geschichte hat sich ans Werk gemacht. In: Europa-Archiv, Folge 4/90. Verlag für Internationale Politik GmbH, Bonn, S. 117-126

Schulmeister, Otto: Wien und die deutsche Wiedervereinigung. In: Europa-Archiv, Folge 4/90. Verlag für Internationale Politik GmbH, Bonn, S. 145-148

Schütze, Walter: Frankreich angesichts der deutschen Einheit. In: Europa-Archiv, Folge 4/90. Verlag für Internationale Politik GmbH, Bonn, S. 133-137

Internetliteratur

Kurier.at (5.12.2011): Die Geschichte des KURIER. In: http://kurier.at/services/diezeitung/die-geschichte-des-kurier/714.239 (22.2.13, 16:29 Uhr)

Leick, R./Funk, W./Lohfeldt, H.P. (27.11.1989): Wiedervereinigung unausweichlich. In: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498630.html (4.6.13, 14:59 Uhr)

Media Analyse (MA 11/12): Tageszeitungen. In: http://www.media-analyse.at/studienPublicPresseTageszeitung.do?year=11/12&title=Tageszeitungen (25.2.13, 15:33 Uhr)

Österreichische Auflagenkontrolle (ÖAK) (25.2.2013): Auflagenliste Jahresschnitt 2012. In: http://www.oeak.at/content/intern/Auflagenlisten/OEAK_2012_JS.pdf (25.2.13, 15:31 Uhr)

Sperl, Gerfried (9.3.1992): Wie der Name DER STANDARD gefunden wurde. In: http://derstandarddigital.at/2140958/Wie-der-Name-DER-STANDARD-gefunden-wurde (26.2.13, 16:55 Uhr)

Vyslozil, Wolfgang (8.5.2011): Der Standard. In: http://www.medienkompetenz.cc/2011/05/08/der-standard/ (22.2.13, 16:25 Uhr)

Vyslozil, Wolfgang (8.5.2011): Kurier. In: http://www.medienkompetenz.cc/2011/05/08/kurier/ (22.2.13, 16:25 Uhr)

Untersuchungsmaterial

Anzenberger, Andreas: Politiker reagieren auf Kohl-Programm gelassen. In: Kurier vom 3. Dezember 1989, S. 5

Baumann, Gunther: West-Berlin am Tag danach: Die Insel sieht wieder Land. In: Kurier vom 14. November 1989, S. 3

Berenyi, G.: „Ungarn will helfen – und keinen Menschenhandel“. In: Kurier vom 12. September 1989, S. 5

Botz, Gerhard: Nach der „deutschen“ die „österreichische Frage“? In: Der Standard vom 7. März 1990, S. 27

Brix, Emil: Mitteleuropa und die deutsche Einheit. In: Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 27

Broder, Henryk M.: Eine Kolonie gleich vor der Haustür. In: Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 6

Conrath, Michel: „Wie lange wird das noch dauern?“ In: Der Standard vom 26. September 1989, S. 2

Cullin, Michel: Mißverständnisse. In: Der Standard vom 5. Oktober 1990, S. 32

Cullin, Michel: Mitterrand wandelt de Gaulles Ostpolitik behutsam ab. In: Der Standard vom 5. Dezember 1989, S. 4

Dalma, Alfons: Von Jalta nach Malta. In: Der Standard vom 13. November 1989, S. 24

Der Standard vom 1. September 1989 – 31. Dezember 1990. Standard Verlagsgesellschaft m.b.H, Wien

Dietz, Raimund: Die deutsche Währungsunion: Schwache Politik mit starker Mark. In: Der Standard vom 23. Februar 1990, S. 27

Faulhaber, Theo: Brüssel, Prag, Bermuda-Dreieck. In: Kurier vom 6. Dezember 1989, S. 16

Faulhaber, Theo: Das ist der Sonderzug aus Pankow. In: Kurier vom 3. Oktober 1989, S. 18

Faulhaber, Theo: Verwirrung der Gefühle. In: Kurier vom 14. November 1989, S. 16

Fink, Gerhard/Heinrichs, Wolfgang: Schocktherapie in Ostdeutschland. In: Kurier vom 1. Dezember 1990, S. 34

Frasl, Erwin J.: EG-Mitgliedschaft: Vorzug für Ex-Volksdemokratien? In: Kurier vom 9. Jänner 1990, S. 7

Freihsl, Roman: Die Mauer ist weg, die Trennung nicht. In: Der Standard vom 9. November 1990, S. 2

Fürböck, Georg: „28 Jahre habe ich auf diesen Augenblick gewartet“. In: Kurier vom 11. November 1989, S. 2f.

Fürböck, Georg: Bonns Koalition bereinigt Krach um Polen-Grenze. In: Kurier vom 7. März 1990, S. 3

Fürböck, Georg: Das „Jahr 1“ nach der Mauer. In: Kurier vom 9. November 1990, S. 5

Fürböck, Georg: „Österreichbild“ wieder ohne Flecken. In: Kurier vom 3. September 1989, S. 15

Galoppi, Stefan: Die Mauer fällt – der Terror hat ein Ende. In: Kurier vom 15. November 1989, S. 4

Göbel, Jochen: Deutsche Währungsunion erzeugt in den USA Ängste um Stabilität des Dollarkurses. In: Der Standard vom 16. Februar 1990, S. 24

Haber, Irmgrad: Die sieben reichen West-Onkel sollen Not der Sowjets lindern. In: Kurier vom 9. Juli 1990, S. 3

Haber, Irmgard: EG-Sorgen mit der Wiedervereinigung. In: Kurier vom 16. November 1989, S. 5

Hofwiler, Roland: Es wird unruhig in der DDR. In: Der Standard vom 15. September 1989, S. 3

Karner, Stefan: Zeitgeschichtliche Ergänzungen. In: Der Standard vom 15. März 1990, S. 27

Kessler, Michael: Politik mit zweierlei Maß? In: Der Standard vom 12. Februar 1990, S. 23

Kessler, Michael J.: Väter und Söhne. In: Der Standard vom 19. November 1990, S. 22

Khol, Andreas: Was soll dieser antideutsche Reflex? In: Der Standard vom 8. Oktober 1990, S. 30

Kirchengast, Josef: Der Enkel macht Sorgen. In: Der Standard vom 7. März 1990, S. 28

Kirchengast, Josef: Flucht in ein neues Europa. In: Der Standard vom 12. September 1989, S. 24

Kirchengast, Josef: Geschlossene Gesellschaft. In: Der Standard vom 4. Oktober 1989, S. 24

Kirchengast, Josef: Souveränität zweiter Klasse? In: Der Standard vom 7. Juni 1990, S. 28

Kirchengast, Josef: Taktik statt Vision. In: Der Standard vom 16. Jänner 1990, S. 24

Kissinger, Henry: „Deutschland muß nach Einigung bei der NATO bleiben“. In: Kurier vom 14. Dezember 1989, S. 5

Kissinger, Henry: Die BRD darf man nicht als „Besiegte“ behandeln. In: Kurier vom 20. April 1990, S. 5

Kissinger, Henry: „Die deutsche Frage muß gelöst werden“. In: Kurier vom 12. Oktober 1989, S. 5

Kissinger, Henry: Westen darf nicht Sowjet-Komplize werden. In: Kurier vom 18. Jänner 1990, S. 5

Klingl, Livia: Geglückter Sprung über den Nachbarszaun. In: Der Standard vom 2. Oktober 1989, S. 3

Klingl, Livia: Michnik: Kohl-Vorschlag ist eine Unverschämtheit. In: Der Standard vom 5. März 1990, S. 3

Klingl, Livia: Mitterrand in der DDR: „Unverletzliche Grenzen“. In: Der Standard vom 22. Dezember 1989, S. 2

Klingl, Livia: Neue Humanität. In: Der Standard vom 2. Oktober 1989, S. 20

Klingl, Livia: Prager Herbst. In: Der Standard vom 29. September 1989, S. 24

Knapp, Horst: An der D-Mark-Nabelschnur. In: Der Standard vom 9. April 1990, S. 24

Knapp, Horst: Dicker Vetter, dünner Vetter. In: Der Standard vom 19. März 1990, S. 24

Knapp, Horst: Start ins zweite Wirtschaftswunder. In: Der Standard vom 2. Juli 1990, S. 24

Korn, Heide: The ugly German. In: Der Standard vom 16. Juli 1990, S. 24

Kotanko, Christoph: Waldheim: „Historische Wende in Osteuropa“. In: Kurier vom 11. November 1989, S. 5

Kotanko, Christoph: Wer fürchtet sich vorm vereinten Deutschland. In: Kurier vom 18. September 1990, S. 2

Kurier vom 1. September 1989 – 31. Dezember 1990. Kurier Zeitungsverlag und Druckerei GmbH, Wien

Leder, Danny: „Deutsche Frage“ sorgt Paris. In: Kurier vom 2. November 1989, S. 3

Leder, Danny: Deutschlands Aufstieg macht Frankreich Sorgen. In: Kurier vom 5. Oktober 1990, S. 3

Leder, Danny: EG-Gipfel – Einigung mit bitterem Beigeschmack. In: Kurier vom 10. Dezember 1989, S. 3

Leder, Danny: Paris und Warschau: Einig gegen Bonn. In: Kurier vom 10. März 1990, S. 3

Lhuillery, Jacques: Holländer fürchten deutsche Macht. In: Der Standard vom 14./15. August 1990, S. 5

Loidl, Franz: Deutsches Erbe. In: Der Standard vom 2. Mai 1990, S. 26

Maier, Martin: Der Salut. In: Kurier vom 3. Dezember 1989, S. 1

Maier, Martin: Grenzenlos. In: Kurier vom 11. November 1989, S. 16

Maier, Martin: Händereichen. In: Kurier vom 22. Juni 1990, S. 1

Mathis, Heinrich: Zahltag nach der Wahl. In: Der Standard vom 4. Dezember 1990, S. 28

Mayer, Kurt: Zurück in die DDR will keiner, versichern sie. In: Kurier vom 7. September 1989, S. 19

Missong, Alfred: Die Grenzen der Begeisterung. In: Der Standard vom 20./21. Oktober 1990, S. 31

Nautz, Jürgen: Vom Bierdunst infiziert? In: Der Standard vom 15. März 1990, S. 27

Nemes, G.: „Man will wieder ohne uns über Polen entscheiden!“ In: Kurier vom 8. März 1990, S. 3

Nussbaumer, Heinz: Aufbruch in die Freiheit – nur für Flüchtlinge? In: Kurier vom 2. Oktober 1989, S. 3

Nussbaumer, Heinz: „Das geht jetzt wie im Sturm!“ In: Kurier vom 17. November 1989, S. 5

Nussbaumer, Heinz: Das Rütteln an den Nachkriegs-Grenzen. In: Kurier vom 17. März 1990, S. 3

Nussbaumer, Heinz: „Die Einheit kommt wie ein Hagelsturm“. In: Kurier vom 10. Februar 1990, S. 3

Nussbaumer, Heinz: Europas Ängste – und Österreichs Chancen. In: Kurier vom 27. Jänner 1990, S. 3

Nussbaumer, Heinz: Stirbt die DDR, dann stirbt auch die BRD. In: Kurier vom 3. März 1990, S. 5

Nussbaumer, Heinz: Was wird jetzt aus den Deutschen? In: Kurier vom 11. November 1989, S. 3

O’Brien, Connor Cruise: Deutschland am Vorabend des „Vierten Reiches“? In: Der Standard vom 1. Dezember 1989, S. 31

Pelinka, Anton: Der deutsche Sog. In: Der Standard vom 3. Jänner 1990, S. 24

Plott, Gerhard: Ein Besuch in der Stadt des Lächelns. In: Der Standard vom 24. November 1989, S. 3

Plott, Gerhard: Kohl kam, sah und zahlte. In: Der Standard vom 17. Juli 1990, S. 24

Possanner, Georg: Achtung, die Deutschen kommen! In: Der Standard vom 13. September 1990, S. 28

Possanner, Georg: Der Sonderfall. In: Der Standard vom 18. Jänner 1990, S. 24

Possanner, Georg: Die Grenze. In: Der Standard vom 9. März 1990, S. 28

Possanner, Georg: Die häßlichen Deutschen. In: Der Standard vom 6. März 1990, S. 28

Possanner, Georg: Dubliner Europaexpress. In: Der Standard vom 30. April/1. Mai 1990, S. 24

Possanner, Georg: Partner und Gegengewicht. In: Der Standard vom 30. Juni/1. Juli 1990, S. 24

Possanner, Georg: Solidaritätseffekt für Österreich. In: Der Standard vom 19. Jänner 1990, S. 2

Pratschke, Gottfried: Nach dem Fall der Mauer: Gemeinsames Haus Europa. In: Kurier vom 17. November 1989, S. 27

Preuss, Gustav: Volksadel. In: Der Standard vom 13. Dezember 1989, S. 26

Rau: Der Triumph der Freiheit. In: Kurier vom 11. November 1989, S. 1

Rau: Entschieden. In: Kurier vom 13. September 1989, S. 1

Rau: Geschichte? In: Kurier vom 28. September 1989, S. 1

Rau: Guter Wille. In: Kurier vom 4. Dezember 1989, S. 1

Rau: Held des Rückzugs. In: Kurier vom 17. Juli 1990, S. 1

Rau: Neue Lockerheit. In: Kurier vom 4. Oktober 1990, S. 1

Rau: Nicht staatsmännisch. In: Kurier vom 7. März 1990, S. 1

Rau: Überwindung ist möglich. In: Kurier vom 12. November 1989, S. 1

Rau: Vertrauen. In: Kurier vom 3. Oktober 1990, S. 1

Rauscher, Hans: Deutsche Einheit, Europa und Österreich. In: Kurier vom 3. Februar 1990, S. 2

Rauscher, Hans: Mit Sympathie und Zuversicht. In: Kurier vom 16. Februar 1990, S. 2

Rauscher, Hans: Neues Deutschland, neues Europa. In: Kurier vom 12. November 1989, S. 5

Rauscher, Hans: Österreichbewusstsein statt Nationalismus. In: Kurier vom 26. Oktober 1990, S. 2

Rauscher, Hans: Unsere diskrete europäische Rolle. In: Kurier vom 18. Februar 1990, S. 2

Rauscher, Hans: Vranitzky zu Österreich und deutscher Einheit. In: Kurier vom 15. Februar 1990, S. 5

Rauscher, Hans: „Wir sind wieder im Zentrum Europas“. In: Kurier vom 4. März 1990, S. 5

Sajdik, Marianne: Schewardnadse: „Wir haben noch Varianten auf Lager“. In: Der Standard vom 21. Februar 1990, S. 3

Scharsach, Hans-Henning: Die Deutschen unter einem Dach. In: Kurier vom 25. September 1990, S. 5

Scharsach, Hans-Henning: Die Wiedervereinigung als Chance für Europa. In: Kurier vom 28. September 1990, S. 5

Scharsach, Hans-Henning: Die Zukunft des neuen Europa hat begonnen. In: Kurier vom 15. September 1990, S. 3

Scharsach, Hans-Henning: Europa wächst zusammen. Freiheit zum Billigtarif. In: Kurier vom 13. September 1990, S. 3

Scharsach, Hans-Henning: Kein deutsches Europa, ein europäisches Deutschland. In: Kurier vom 4. Oktober 1990, S. 3

Scharsach, Hans-Henning: Plötzlich hat der häßliche Deutsche wieder Saison. In: Kurier vom 27. September 1990, S. 5

Scharsach, Hans-Henning: Zwischen Jubel und Angst. In: Kurier vom 3. Oktober 1990, S. 3

Schlenstedt, Lüder: „Im Grunde lohnt es sich nicht mehr, hierzubleiben“. In: Der Standard vom 6. März 1990, S. 27

Schober-Klafl, C.: D-Mark bleibt stabil – damit auch der Schilling. In: Kurier vom 9. Februar 1990, S. 6

Sichrovsky, Peter: Angst ist ungerecht. In: Der Standard vom 1. Februar 1990, S. 24

Sichrovsky, Peter: Der Endkampf um die Einheit. In: Der Standard vom 24./25. Februar 1990, S. 32

Sichrovsky, Peter: Der neue Deutsche ohne Schuld. In: Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 28

Sichrovsky, Peter: Irreparationen. In: Der Standard vom 5. März 1990, S. 24

Siemund, Jürgen: DDR wird Arbeitskräfte brauchen. In: Der Standard vom 1. März 1990, S. 21

Siemund, Jürgen: Mit letzter Kraft in den rettenden Hafen. In: Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 4

Sperl, Gerfried: Alte Ängste in London. Paris ist vorsichtiger. In: Der Standard vom 12. Februar 1990, S. 3

Sperl, Gerfried: Der tote Punkt ist überwunden. In: Der Standard vom 12. Februar 1990, S. 24

Stanzl, Werner: „…und am 9. Tag schuf Gott uns“. In: Der Standard vom 3. Oktober 1990, S. 4

Stanzl, Werner: „1990 wird so manche Euphorie abklingen, und der beinharte Alltag beginnt“. In: Der Standard vom 21. Februar 1990, S. 4

Stanzl, Werner: Auch die BRD-Zukunft ist ungewiß. In: Der Standard vom 23./24. September 1989, S. 28

Stanzl, Werner: DDR-Ausreisewelle im Steigen. In: Der Standard vom 10. Jänner 1990, S. 2

Stanzl, Werner: Deutsche Frage dominiert Vranitzkys US-Werbetour. In: Der Standard vom 20. Februar 1990, S. 4

Stanzl, Werner: Deutschland, einig Vaterland. In: Der Standard vom 29. November 1989, S. 24

Stanzl, Werner: Die Generalprobe. In: Der Standard vom 4. Oktober 1990, S. 32

Stanzl, Werner: Die Nacht des Vierten Reiches? In: Der Standard vom 11./12. November 1989, S. 32

Stanzl, Werner: Ein Hupkonzert begrüßte die Reisefreiheit. In: Der Standard vom 10. November 1989, S. 2

Stanzl, Werner: „Helmut Cash“, Zahlmeister der Einheit. In: Der Standard vom 12. September 1990, S. 5

Stanzl, Werner: Hierbleiben und dortbleiben. In: Der Standard vom 7. November 1989, S. 28

Stanzl, Werner: Hoheitsgerangel an der Oder-Neiße. In: Der Standard vom 14. März 1990, S. 2

Stanzl, Werner: „Janz Berlin is eene Trabi-Wolke“. In: Der Standard vom 11./12. November 1989, S. 5

Stanzl, Werner: Kein Einheitsmenü. In: Der Standard vom 12. Dezember 1989, S. 32

Stanzl, Werner: Mehrfacher Kummer. In: Der Standard vom 7./8. Dezember 1989, S. 32

Stanzl, Werner: „Nach 28 Jahren kommt es auf vier Stunden nicht mehr an“. In: Der Standard vom 13. November 1989, S. 2

Stanzl, Werner: Schlagseite. In: Der Standard vom 8. November 1989, S. 28

Stanzl, Werner: Tagschicht. In: Der Standard vom 16./17. Dezember 1989, S. 28

Stanzl, Werner: Wendepunkt der Wende. In: Der Standard vom 13. November 1989, S. 24

Stanzl, Werner: „Wir sollten aufhören, uns auf Deutschland vor 1945 zu konzentrieren“. In: Der Standard vom 27.Februar 1990, S. 3

Stehle, Hansjakob: Polens allzu gutes Gedächtnis. In: Der Standard vom 19. Juli 1990, S. 24

Stix, Gerulf: Kein Grund zur Beunruhigung. In: Der Standard vom 29. März 1990, S. 27

Szczypiorski, Andrzej: Die neue Angst der Polen vor Deutschland. In: Der Standard vom 26. Juli 1990, S. 23

Thalberg, Hans: „Operation Dampfwalze“. In: Der Standard vom 28. Mai 1990, S. 23

Tschebull, Jens: Auf zwei Kirtagen. In: Kurier vom 1. Dezember 1990, S. 34

Vécsei, Paul: „Die Mauer war eine barocke Institution“. In: Der Standard vom 1. Dezember 1989, S. 4

Viereck, Konrad: Kennen sie den?: „Hitler war ein Deutscher und Beethoven ein Österreicher“. In: Der Standard vom 13./14. Juni 1990, S. 27

Walterskirchen, Ewald: Währungsunion: Dolchstoß für die DDR-Wirtschaft. In: Kurier vom 26. Februar 1990, S. 7

Weidenfeld: Keine Angst vor der deutschen Einheit! In: Der Standard vom 3./4. Februar 1990, S. 23

Wiesel, Ellie. In: der Standard vom 1. Dezember 1989, S. 31

Winder, Christoph: Deutsche Antworten auf deutsche Fragen. In: Der Standard vom 28. Mai 1990, S. 23

Wolf, Franz Ferdinand: Dieser „Club 2“ hat uns Geschichte gestohlen. In: Kurier vom 4. Oktober 1990, S. 5

Wolf, Franz Ferdinand: Österreichs Chancen im neuen Europa. In: Kurier vom 3. Juni 1990, S. 2

10. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die vier Besatzungszonen in Deutschland ab 1945……..S. 3
In: Weber/Pfändtner, 2009, S. 87

Abbildung 2: Karikatur Ya'acov Farkas (1989)…….....S. 20
In: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.)(1994): Deutschlandbilder. Das vereinigte Deutschland in der Karikatur des Auslands.
Prestel Verlag, München, S. 34

Abbildung 3: Karikatur Kevin Kallaugher (1990)……....S. 32
In: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.)(1994): Deutschlandbilder. Das vereinigte Deutschland in der Karikatur des Auslands.
Prestel Verlag, München, S. 31

Abbildung 4: Karikatur Bill Caldwell (1990): Der Marsch des Vierten Reiches….....S. 40
In: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.)(1994): Deutschlandbilder. Das vereinigte Deutschland in der Karikatur des Auslands.
Prestel Verlag, München, S. 35

Abbildung 5: Karikatur Nicholas Garland (1990)…….S. 42
In: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.)(1994): Deutschlandbilder. Das vereinigte Deutschland in der Karikatur des Auslands.
Prestel Verlag, München, S. 33

Abbildung 6: Karikatur Louis Mitelberg (1989)…….S. 48
In: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.)(1994): Deutschlandbilder. Das vereinigte Deutschland in der Karikatur des Auslands.
Prestel Verlag, München, S. 38

Abbildung 7: Karikatur Vladimir Motchalov (1992)……..S. 57
In: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.)(1994): Deutschlandbilder. Das vereinigte Deutschland in der Karikatur des Auslands.
Prestel Verlag, München, S. 39

Abbildung 8: Zehentmayr, D.: Druck…….....S. 83
In: Kurier vom 5. März 1990, S. 2

Abbildung 9: Zehentmayr, D.: Ergebnis negativ……..S. 122
In: Kurier vom 4. Oktober 1990, S. 5

Abbildung 10: Zehentmayr, D.: Politesse Maggie……...S. 123
In: Kurier vom 22. Februar 1990, S. 2

11. Lebenslauf

Sandra Greis

Persönliches

Geboren am 17. Juli 1989 in Mainz

Studium und Ausbildung

10/11 – 11/13	**Magisterstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Wien**
10/08 –06/11	**Bakkalaureatsstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Wien**
1999 - 2008	**Gutenberg-Gymnasium in Wiesbaden**
1995 – 1999	**Karl-Gärtner-Grundschule in Wiesbaden-Delkenheim**

Berufliche Erfahrung

01/07/12 – 31/08/12 **2-monatiges Praktikum im Universum Verlag in Wiesbaden**

- Verfassen von Newsletterartikeln und Pressemitteilungen
- Erstellen von Kampagnenwebsites mit dem Content Management System „Webcom“
- Textkorrektur

25/07/11 – 02/09/11 **Werkstudententätigkeit im Rückstellmusterlager bei Sanofi in Frankfurt**

01/07/10 – 14/08/10 **6-wöchiges Praktikum beim Fernsehsender ZDF neo**

- Verfassen von Pressemitteilungen
- Journalistische Recherche
- Erstellen eines Trailers

06/07/09 – 14/08/09 **Werkstudententätigkeit in der Kommunikationsabteilung des Pharmaunternehmens Sanofi in Frankfurt**

- Verfassen und Übersetzen von Presseartikeln
- Organisation von Events

4/08/08 – 12/09/08 **6-wöchiges Praktikum beim „Erbenheimer Anzeiger“ in Wiesbaden**

- Verfassen von Zeitungsartikeln
- Journalistische Recherche
- Textkorrekturen